G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Wolfram Elsner
Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung

Günter Berndt
Polen in Schulbüchern der BRD

Michael Eiken
Analyse des Ärztestreiks im Herbst 1971
Reaktionär oder progressiv?

Rudi Maslowski
Portugal nach Salazar

Martin Hall
Vorschau auf die Präsidentschaftswahlen 1972 in den USA

12'71

Dezember 1971 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM, für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1971

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1971 1217

HANS RHEINFELDER † 1220

KOMMENTARE UND BERICHTE

Mobilmachung gegen links . . . . . *Godela Linde und Rainer Rilling* 1221

Die Bedeutung des Treffens Brandt-Breschnew *Daniil Melnikow, Moskau* 1224

Wirth und Wagner . . . . . *Winfried Schwamborn* 1227

Reflexionen zum Tag der Menschenrechte . . . . . *Frank Benseler* 1229

HAUPTAUFSÄTZE

Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung . . *Wolfram Elsner* 1223

Die Abrüstung und die Ideologie des Gleichgewichts (II) *Gunnar Matthiessen* 1249

Polen in Schulbüchern der BRD. Zur Ratifizierung des Warschauer Vertrags auf gesellschaftlicher Ebene . . . *Günter Berndt* 1260

Analyse des Ärztestreiks im Herbst 1971. Reaktionär oder progressiv? . . . . . *Michael Eiken* 1272

Portugal nach Salazar. „Erneuerung in der Kontinuität"? . . . . . *Rudi Maslowski* 1285

Vorschau auf die Präsidentschaftswahlen 1972 in den USA *Martin Hall, Los Angeles* 1296

BUCHER

Michael Jungblut, Die Reichen und die Superreichen in Deutschland . . . . . *Wolfgang Krutz* 1303

Joachim Hirsch / Stephan Leibfried, Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik . . . . . *Heinz-Gerhard Haupt* 1304

Hans-Jürgen Haug / Hubert Maessen, Was wollen die Lehrlinge? . . . . . *Hermann Korte* 1307

Walter Jaide, Jugend und Demokratie . . . . . *Richard Kelber* 1308

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1312

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Sowjetisch-französische Erklärung vom 30. Oktober 1971 (Wortlaut) . . . 1314

Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion 1318

Sowjetisch-kanadisches Kommuniqué vom 26. Oktober 1971 (Wortlaut) . 1320

Aufruf zur Unterstützung der weltweiten Kampagne gegen die Militärdiktatur in der Türkei 1325

Erklärung des Belgischen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wortlaut) 1326

Hans Rheinfelder †

Der Mitherausgeber unserer Zeitschrift Prof. Dr. Hans Rheinfelder, emeritierter Ordinarius für römische Philologie an der Universität München, geboren am 15. Februar 1898 in Regensburg, ist am 31. Oktober 1971 verstorben.

Hans Rheinfelder war als einer der führenden deutschen Romanisten weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannt — nicht zuletzt als langjähriger Präsident der Deutschen Dante-Gesellschaft. Zahlreiche Publikationen, unter anderem über die Lyrik der chilenischen Nobel-Preisträgerin Gabriela Mistral und zu Dantes „Göttlicher Komödie", sicherten ihm seit Jahrzehnten internationalen Ruf. Doch rührte Rheinfelders Reputation nicht nur von seinem Fachwissen, sondern auch von seinem persönlichen humanistischen Engagement in der Gesellschaft her. Er — der im Nazideutschland aus politischen Gründen nicht zum Ordinarius ernannt wurde — verkörperte markant jenen im deutschen Bürgertum seltenen Typ des Gelehrten, der an fakultativer Esoterik kein Genüge findet, sondern sich bewußt die Selbstverpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit auferlegt. Vitale Christlichkeit bedingte Rheinfelders Eintreten für Frieden, Verständigung und Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen in Europa. Als Mitherausgeber und Autor der „Blätter" ebenso wie als Mitglied der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" setzte er in der innenpolitischen Auseinandersetzung der Bundesrepublik sein internationales Ansehen vor allem gegen die gesellschaftliche Restauration und gegen die Notstandsgesetzgebung ein, deren reaktionärer Grundzug für ihn von Anfang an außer Frage stand. Schon im Februar 1958 hatte er den „Appell der 44 Professoren an den Deutschen Gewerkschaftsbund" gegen die „Aufrüstung mit Atomwaffen auf unserem Boden" mitunterzeichnet. Rheinfelders gesellschaftliche Progressivität verband sich mit außergewöhnlicher menschlicher Bescheidenheit.

Redaktion und Verlag

Kommentare und Berichte

Mobilmachung gegen links

Die bundesrepublikanische Rechte rüstet sich. Mit der Einigung auf den Kanzlerkandidaten Barzel sind jetzt die personellen und konzeptionellen Fragen in der CDU/CSU auf der Grundlage der Strauß'schen Forderungen geklärt. Die sozialdemagogischen Angriffe auf die Regierungskoalition verschärfen sich. Dabei ist ein geschicktes politisches Timing mit entsprechenden Aktionen aus Unternehmerkreisen spürbar. In einer Anzeigenaktion, die „in dieser Form bisher einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik" ist, hatten Ende November 63 „prominente Unternehmer ... massive öffentliche Kritik" [1]) an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD/FDP-Regierung geübt. Ein beträchtlichter Teil der Unterzeichner ist Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats, weitere namhafte Unterzeichner sind der CDU/CSU auf andere Weise verbunden. Zugleich wurde mit provokativen Lohnangeboten, direkten und indirekten Aussperrungen durch Produktionsstillegungen von den Unternehmerverbänden in der Metallindustrie ein Arbeitskampf geführt, der an Härte und Brutalität seinesgleichen sucht. Vorreiter auf Unternehmerseite sind der Gesamtmetall-Vorsitzende van Hüllen (Mitunterzeichner der Großanzeige) und das Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates Schleyer. Die Absicht der Unternehmer in dieser Auseinandersetzung war von vornherein klar: für die siebziger Jahre rechnen sie mit einer verstärkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt und vor allem mit einer wachsenden inneren Labilität in der Wirtschaft. Bereits zu Beginn dieser Entwicklung soll in der Auseinandersetzung mit der größten Gewerkschaft der Welt beispielhaft klargemacht werden, wie künftige Tarifauseinandersetzungen auszusehen haben und wie im Zweifelsfall die Methoden der Krisenbewältigung eingesetzt werden; dabei sollte ganz offensichtlich auch eine Situation herbeigeführt werden, in der die Arbeiter und ihre Organisationen — etwa über eine zentrale politische Schlichtung — von der Führung der Regierungsparteien massiv diszipliniert werden. Wer freilich meint, daß mit der Solidaritätserklärung des SPD-Parteitages für die streikenden Metallarbeiter dieses Kalkül der Unternehmer und ihrer politischen Parteigänger durchkreuzt worden sei, urteilt zumindest arg optimistisch. Ein Parteitag der SPD, auf dem einige Ansätze einer an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientierten Politik sichtbar wurden, und eine realistischere, international gewürdigte Außenpolitik können und dürfen nicht den Blick für eine Reihe politischer Entscheidungen trüben, die — meist kaum von der Öffentlichkeit registriert — in den letzten Monaten von der SPD/FDP-Regierung gefällt wurden und die gerade der äußersten politischen Rechten in die Hände spielen:

1) So wächst entgegen früheren Versicherungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und entgegen gemeinsamen Feststellungen der NATO-Verteidigungsminister der Haushalt des BMVg 1972 gemessen am Gesamthaushalt überproportional (+11 %) und erreicht eine in der Geschichte der BRD noch nie dagewesene Rekordhöhe. Zusätzliche finanzielle Unterstützungen für die USA und die NATO sind bereits angekündigt. Ohne die Stützungsleistungen für den kriegskranken Dollar bewegen sich 1972 die gesamten militärischen Ausgaben der BRD (Haushalt

[1]) „Handelsblatt" vom 26./27. 11. 1971.

BMVg, Devisenzahlungen, Militärgehälter, Militärhilfe, Zivilverteidigung, NATO-Zahlungen, Bundesgrenzschutz, Berlin-Hilfe) um die 30-Milliarden-Grenze. Eine solche massive Ausgabensteigerung macht nicht nur jegliche innere Reformen unmöglich, sondern wirkt auch außenpolitisch als Provokation: in der UdSSR, der stärksten sozialistischen Militärmacht, war bereits 1971 der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt „mit 11,1 Prozent der niedrigste seit vielen Jahren" [2]), und 1972 wird das Verteidigungsbudget weiter zurückgehen: auf 10,3 %.

2) Auf der Grundlage eines „sorgfältig erarbeiteten Beschlusses" (Schmidt) soll 1972 eine Mobilmachungsübung durchgeführt werden, bei der erstmals private Kraftfahrzeuge erfaßt werden sollen. Vom BMVg wird zusätzlich versichert, daß damit nur „ein Anfang gemacht werde" [3]). Die Mobilmachung — „das Übergangsstadium zwischen Frieden und Krieg" — wird also noch öfter geübt werden. Die Ankündigung der Übung wurde von der CDU/CSU nahestehenden Presseorganen und Fernsehkommentatoren mit großem Beifall aufgenommen. In der ARD etwa kommentierte am 2. November 1971 Johannes Groß: „Daß mitten im tiefen Frieden Mitteleuropas, inmitten einer politischen Szenerie, die von Plakaten der Entspannung und des Friedens beherrscht wird, probeweise an den Kriegsfall erinnert wird, fordert eine Gesellschaft heraus, die den Ernstfall aus dem politischen Bewußtsein verdrängen möchte." Es geht jedoch nicht nur darum, den sozialistischen Staaten „zu zeigen, daß wir es ernst meinen" (Schmidt). Innenpolitisch soll die Übung die Unzulänglichkeit des Bundesleistungsgesetzes für eine solche Maßnahme demonstrieren und der Öffentlichkeit verdeutlichen, daß die Durchsetzung der Ausführungsbestimmungen zu den einfachen Notstandsgesetzen nun auf der Tagesordnung stehe. Für eine solche Beweisführung ist das Bundesleistungsgesetz — einst von der SPD selbst als Notstandsgesetz bezeichnet — allerdings kaum geeignet, da seine Generalklauseln zu allem herhalten können. Befremdend ist dabei, daß Spekulationen, die Übung habe keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage, nicht vom BMVg durch einen Hinweis auf § 73 BLG entkräftet wurden — nur so kann wohl die Mär aufrecht erhalten werden, das BLG sei nicht ausreichend. Auf jeden Fall hält die Regierung offensichtlich nun die Zeit für gekommen, „mitten im tiefen Frieden Mitteleuropas" (Gross) die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze endgültig und vollends funktionsfähig und handhabbar zu machen. Der Unterstützung durch die Militärs kann die Bundesregierung dabei gewiß sein: in führenden Militärzeitschriften häufen sich neuerdings die Forderungen nach Aufhebung des „Stillegungsbeschlusses" für die Ausführungsbestimmungen der Notstandsgesetze, der 1968 von dem damaligen Innenminister und Notstandsexperten Ernst Benda (CDU) und Helmut Schmidt (SPD) mitinitiiert wurde, um die „Öffentlichkeit nicht erneut zu beunruhigen". Beunruhigt muß diese Öffentlichkeit allerdings sein, wenn diese taktische Zurückhaltung zu einem Zeitpunkt aufgegeben wird, zu dem die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz auf der Tagesordnung stehen. Beunruhigt muß diese Öffentlichkeit auch sein, wenn zur selben Zeit die zwei Notstandsexperten Ernst Benda (CDU) und Martin Hirsch (SPD) auf die Sessel des höchsten deutschen Gerichts gehievt werden. Vor allem die Wahl Ernst Bendas zum Verfassungsrichter ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: das Bundesverfassungsgericht wird mögli-

2) „Handelsblatt" vom 10. 12. 1970. Nach Angaben des prominenten amerikanischen Eskalationstheoretikers Herman Kahn haben die USA als die Hauptverbündeten der BRD in der Vergangenheit pro 1 Mrd. Dollar für Abwehrwaffensysteme 3—4 Mrd. Dollar für Angriffswaffen ausgegeben, während es bei der UdSSR umgekehrt ist (Flug Revue 8/1969, S. 16).

3) „Frankfurter Rundschau" vom 3. 11. 1971.

cherweise über die Ostverträge und über die Ausführungsbestimmungen der Notstandsgesetze zu entscheiden haben, ebenso vermutlich über die verfassungswidrige Praxis des Ausschlusses von Sozialisten und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst [4]).

3) Beunruhigen muß diese Besetzung des Bundesverfassungsgerichts um so mehr, als jüngst die SPD/FDP-Regierung ein Gesetz vorgelegt hat, das nach Meinung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, schlicht verfassungswidrig ist. Es handelt sich um die Neufassung des Bundesgrenzschutzgesetzes (BGSG) von 1951. Das neue BGSG der SPD/FDP-Regierung bestätigt die einst von der Notstandsopposition vielfach geäußerte Befürchtung, daß die Notstandsgesetze zu einer Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens führen würden. Zwar war der BGS schon immer eine paramilitärische Organisation [5]), seine Aufgaben waren jedoch auf die „Grenzsicherung" beschränkt. Während nun in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, es gehe mit dem neuen BGSG darum, den Bundesgrenzschutz an die neuen Anforderungen aufgrund der Notstandsgesetze anzupassen, werden dem BGS in Wirklichkeit noch darüber hinaus zusätzliche Aufgaben zugeordnet. Er gewinnt allgemein „an Bedeutung im Rahmen der Gesamtsicherheitsaufgaben der BRD" als ein „zusätzliches . . ., jederzeit abrufbares Sicherheitspotential", als eine „Sicherheitsreserve" zur „Abrundung des Sicherheitspotentials" [6]). Genauer: seine personelle Stärke soll massiv verbessert werden, und er soll verfassungswidrig als „Bundespolizei" bereits unterhalb der „Notstandsschwelle" eingesetzt werden, nachdem bereits in den letzten Jahren der Grenzschutz gesetzeswidrig zur „Flughafensicherung" und bei Demonstrationen eingesetzt wurde. In einem Interview erinnerte der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Kuhlmann, angesichts der „Generalklausel" des Gesetzes an den Artikel 48 der Weimarer Verfassung; nach dem Gesetz könne der Grenzschutz „aus jedem Anlaß" und „zu jeder Zeit bei Demonstrationen oder bei Arbeitskämpfen" eingesetzt werden [7]). Innenminister Genscher selbst hatte am 31. August 1971 in einer Rede vor Offizieren des BGS „die vielfältigen Erscheinungsformen eines politischen Radikalismus" an die Wand gemalt, „der unsere freiheitliche und demokratische Ordnung beseitigen will, mit Gewalt, mit der Drohung mit Gewalt, mit Unterwanderung, Verächtlichmachung und Zersetzung" [8]). Das Bestreben der Bundesregierung, den Bundesgrenzschutz in eine zentrale paramilitärische Bürgerkriegsorganisation zu verwandeln, steht nicht isoliert da. Es fügt sich vielmehr beklemmend nahtlos in die allgemeine Entwicklungstendenz ein, die innere Niederhaltungsfunktion der militärischen Organisationen im NATO-Bereich auszubauen und zu vervollkommnen. In militärpolitischen Fachzeitschriften nicht nur der BRD häufen sich nach den in den letzten Jahren immer stärker aufflammenden Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa Studien über den „Modellfall Vietnam", über „Guerillas in Westeuropa", über „Tupamaros in Westeuropa" etc.; NATO-Organe widmen dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit, und die bundesrepublikanische „Heimatschutztruppe" (die z. B. „Banden im Inneren der BRD" bekämpfen soll) wird neu organisiert und stark ausgebaut. Sogar im Fernsehen wird gefordert, der Bundeswehr einen Kampfauftrag in die-

4) Während die CDU (vor allem Benda) und die Regierungskoalition die Entfernung von Sozialisten und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst betreiben, wurde von der Regierungskoalition mit dem 2. Gesetz zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 19. 5. 1971A (BGBl. 1971 Teil I, S. 665) die bevorzugte Einstellung gedienter Wehrpflichtiger in den öffentlichen Dienst — ohnehin schon lange in der Wirtschaft praktiziert — gesetzlich verankert.

5) Der BGS besitzt den Kombattantenstatus, seine Mitglieder werden wie in der Bundeswehr ausgebildet; er ist mit Handgranaten, Schnellfeuerkanonen, Panzerwagen und Hubschraubern ausgerüstet und militärisch gegliedert.

6) Innenminister Genscher in einem Interview des Hessischen Rundfunks am 9. 9. 1971.

7) Ebenda.

8) Bulletin vom 2. 9. 1971.

sem Sinne zu geben. In seinem Kommentar zu der Mobilmachungsübung der Bundeswehr (!) verwies Johannes Gross darauf, daß viele Staaten der Welt „gleichzeitig ihre Beziehungen zur Sowjetunion verbessert und die kommunistische Bewegung im Innern rücksichtslos niedergehalten" haben; zwar sei momentan zur „Rücksichtslosigkeit" noch kein Anlaß, aber die Bundesregierung „wäre gut beraten, wenn sie auch eine Mobilmachung für die innere Sicherheit plante".

Diese Mobilmachung nach innen ist schon lange angelaufen. Einige zusätzliche Stichworte — Wehrstrafgerichtsbarkeit im Frieden, stärkere Ausländerüberwachung, Wehrkunde in den Schulen, Vorbeugehaft etc. — genügen, um die Dimensionen dieser Mobilmachung erkennen zu lassen. Sie geht sicherlich nicht nur auf den wachsenden Druck einer sich konsolidierenden CDU/CSU und auf die tiefeingesessene sozialdemokratische Gewohnheit zurück, bei jedwedem Anwurf seitens der CDU/CSU, die SPD betreibe eine „sozialistische" Politik, unverzüglich den durchschlagenden Gegenbeweis anzutreten. Sie ist vielmehr voll von der gegenwärtigen Regierungskoalition zu verantworten, und es ist abzusehen, daß bei sich zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen auch die Sozialdemokraten das Opfer jener Mobilmachung werden, die sie jetzt selbst organisieren.

Godela Linde und Rainer Rilling

Die Bedeutung des Treffens Brandt–Breschnew

Das Treffen zwischen Leonid Breschnew und Willy Brandt vom August dieses Jahres auf der Krim hat die öffentliche Meinung in Europa, und nicht nur in Europa, stark beeindruckt. Es wurde von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der europäischen Länder gebilligt, rief aber gleichzeitig im Lager der Gegner einer Entspannung in Europa Gereiztheit hervor.

Bereits im August vorigen Jahres, als der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD unterzeichnet wurde, verwiesen führende sowjetische Persönlichkeiten darauf, daß die Bedeutung dieses Vertrages über den Rahmen der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD hinausreicht, da er die Voraussetzungen schafft für eine grundlegende Verbesserung der gesamten Lage in Europa.

Diese Einschätzung hat sich inzwischen bestätigt. Der günstige Einfluß des Vertrages wirkt sich heute auf alle Seiten des internationalen Lebens aus. Die im sowjetisch-westdeutschen Vertrag enthaltenen Möglichkeiten offenbaren und entfalten sich natürlich erst nach seinem Inkrafttreten, d. h. nach seiner Ratifizierung. Wie es im Kommuniqué über das Treffen zwischen Breschnew und Brandt heißt, wird das baldige Inkrafttreten der Verträge der BRD mit den beiden sozialistischen Ländern UdSSR und Polen „eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen den genannten Ländern ermöglichen und eine umfassende, dauerhafte, langfristige Zusammenarbeit zum Nutzen der heutigen und künftigen Generationen dieser Länder sowie deren Nachbarn und zur Festigung des Friedens in Europa einleiten".

In internationalen Dokumenten ist eine derartige Einschätzung eines Abkommens nicht oft anzutreffen. Sie ist nur dann berechtigt, wenn wir es mit einer Erscheinung von wirklich großer Bedeutung, mit einem Ereignis von historischen Ausmaßen zu tun haben.

Die Feinde der europäischen Entspannung und des sowjetisch-westdeutschen Vertrages und des Ergebnisses des

Treffens auf der Krim erklären, daß die dort getroffene Vereinbarung die Bundesrepublik in eine benachteiligte Lage zur UdSSR bringe und der Sowjetunion einseitige Vorteile biete. Das aber ist ein altes Lied! Das Märchen von den „einseitigen Vorteilen" ist das Leitmotiv aller Ausführungen von Franz Josef Strauß, der die Beziehungen zwischen den beiden Staaten vergiften möchte. Dieser Gedankengang zieht sich auch durch die Kommentare jener Presseorgane, die eine erbitterte Kampagne gegen die Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages entfalteten und sich in nicht geringerem Maße gegen die Ergebnisse des Treffens in Oreanda wenden.

Alle aber, die auf dem Boden der Realität stehen, lehnen die demagogische Erfindung von dem angeblich einseitigen Vorteil der UdSSR ab. Das Heuchlertum der Gegner einer Entspannung ist nicht nur amoralisch, sondern auch gefährlich, da es Feindschaft zwischen den Völkern Europas sät. Der Außenminister der Bundesrepublik, Walter Scheel, betonte in einem Interview für die „Neue Ruhr-Zeitung" mit Fug und Recht, es sei Mut erforderlich, um Illusionen zu zerstreuen und die Wahrheit zu sagen. Wenn man von diesen beiden unerläßlichen Komponenten der (erfolgreichen) Friedenspolitik von Staaten ausgeht, dann läßt sich auch die unsinnige Legende, die heutigen Bemühungen zur Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen dienten lediglich einer Seite, nämlich der Sowjetunion, widerlegen.

Das Kommuniqué über das Treffen auf der Krim ist beispielgebend für ein beiderseitig vorteilhaftes Dokument von großer und langfristiger Bedeutung. Es ist vor allem auf die Beschleunigung und Vertiefung des Normalisierungsprozesses in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD gerichtet, dessen Beginn der Vertrag vom 12. August 1970 darstellt.

Außer der Ratifizierung der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie zwischen Polen und der BRD ist auch die Lösung eines anderen wichtigen Problems an der Reihe: die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Im Kommuniqué von Oreanda wird betont, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in den entsprechenden Grenzen betreffen, heute möglich ist und große Bedeutung haben wird. Einer der wichtigsten Schritte in dieser Richtung wäre der Eintritt der DDR und der BRD in die Organisation der Vereinten Nationen und in deren internationale Spezialorganisationen.

Niemand wird leugnen können, daß der im sowjetisch-westdeutschen Vertrag formulierte Kurs bereits wichtige Ergebnisse zur Erreichung dieser Ziele zeitigte.

Über das vierseitige Abkommen zwischen der Sowjetunion, Großbritannien, den USA und Frankreich über Westberlin heißt es im Kommuniqué von der Krim, daß es einen großen Schritt auf dem Weg zur europäischen und internationalen Entspannung darstellt. Weiter wird darin betont, daß das Zustandekommen dieses Abkommens gute Voraussetzungen für weitere praktische Schritte schafft, die auf die Gesundung der Lage im Zentrum Europas gerichtet sind.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß die Gegner des sowjetisch-westdeutschen Vertrages seine Anhänger von Anfang an geradezu des „Verrates" an den Interessen der Bevölkerung der BRD und einer „Verschlechterung" der Chancen auf Abschluß einer Vereinbarung der vier Großmächte über Westberlin beschul-

digten. Die Zeit widerlegte aber ihre düsteren und gehässigen Prophezeiungen, die nur das eine Ziel verfolgten, das Vertrauen in die Wirksamkeit eines sowjetisch-westdeutschen Vertrages zu untergraben. Nun ist das Abkommen unterzeichnet, nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von den drei Westmächten, die es auf sich genommen haben, die Interessen der BRD zu wahren. Und nun müssen die Entspannungsgegner Nachhutgefechte führen, um ihre Niederlage zu verschleiern. Ein wichtiger Teil des Kommuniqués von der Krim ist schließlich jener, in dem von den Möglichkeiten für die Organisierung und den Ausbau der beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der BRD auf verschiedenen Gebieten die Rede ist. Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft, soll laut Kommuniqué eine gemischte Kommission geschaffen werden, die Möglichkeiten für die Entwicklung von gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder ausfindig machen soll. Die Früchte der auf der Krim erzielten Vereinbarung werden sowohl die Völker der Sowjetunion wie auch das Volk der BRD ernten.

Die Bedeutung des Treffens auf der Krim wie auch des sowjetisch-westdeutschen Vertrages reicht weit über den Rahmen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten UdSSR und BRD hinaus. Das bezieht sich sowohl auf die Fragen, welche unmittelbar die Interessen der beiden Länder berühren, wie auch auf die umfassenderen, beide Seiten interessierenden internationalen Probleme. In diesem Zusammenhang sei lediglich auf solche Probleme verwiesen wie die Einberufung einer gesamteuropäischen Beratung zu Fragen der europäischen Sicherheit sowie Reduzierung der Bewaffnung und der Streitkräfte in Europa, zu deren Lösung das Treffen auf der Krim ebenfalls seinen Beitrag geleistet hat.

Unter dem Einfluß der auf die Gewährleistung der Sicherheit in Europa abgestimmten Bemühungen der sozialistischen Länder und der realistischen Politik der Regierungen einiger westeuropäischer Staaten zerstreuen sich die Legenden, daß es unmöglich sei, die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen in Europa zu entwickeln. Mehr noch: Es festigen sich die Grundlagen für ihre friedliche Koexistenz auf unserem Kontinent.

Auch die verschiedenen Erfindungen, die Hindernisse auf dem Weg zur Normalisierung zwischen der UdSSR und der BRD schaffen sollen, erleiden ein Fiasko. Es wird immer offensichtlicher, daß jene, die sich in bösartiger Absicht dagegen stemmen, wie auch jene, die Inkonsequenz an den Tag legen, sich sehr verstrickt haben. Die Zeit bringt aber Klarheit in ihre komplizierten Kalkulationen und Winkelzüge, die Ereignisse zeigen sich im wahren Lichte, die Tendenzen zur Entspannung in Europa und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten gewinnen die Oberhand.

Das Treffen auf der Krim hat gezeigt, daß die Völker Europas eine neue Etappe der Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Kontinent erreicht haben, eine Etappe, in der mit den Überresten des Kalten Krieges, mit dem Wettrüsten und der Feindschaft zwischen Staaten unterschiedlicher Systeme Schluß gemacht werden kann.

„Die Zukunft des europäischen Kontinents ebenso wie anderer Gebiete der Welt", heißt es im Kommuniqué von der Krim, „soll nicht auf militärischer Konfrontation, sondern auf der Grundlage gleichberechtigter Zusammenarbeit und Gewährleistung der Sicherheit für jeden einzelnen sowie für alle Staaten zusammen gebaut werden."

Darauf hoffen die Völker der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland und aller Länder Europas.

Daniil Melnikow, Moskau

Wirth und Wagner

Das Lied von den Soldaten, die sich alle gleich sind, nimmt wohl schon lange niemand mehr ernst. Um festzustellen, wie falsch diese Aussage ist, bedarf es nicht einmal einer Betrachtung über die Abhängigkeit der Funktion des Soldaten von der Art des gesellschaftlichen Systems, in dessen Armee er Dienst leistet. Wer allein die Vorgänge in „unserer" Bundeswehr kritisch verfolgt, der erkennt die Absurdität der Unterstellung von der Gleichheit aller Soldaten.

Für die Gegensätze, die in unserem Land bislang durch die Formel „Krupp und Krause" signalisiert wurden, bürgen für den Bereich der deutschen Bundeswehr neuerdings die Namen Wirth und Wagner.

Der Gefreite Otto Wagner ist Soldat der Bundeswehr zu einer Zeit, da die Forderung des Generals Oster nach der Wiedereinführung des Reichsarbeitsdienstes ebenso ungesühnt bleibt wie das reaktionäre Gedankengut der Unnaer Hauptleute; da ein Truppendienstgericht den Major v. Strachwitz, der Willy Brandt wegen der Unterzeichnung der Ostverträge des Volksverrats bezichtigt, vom Vorwurf der Verletzung seiner Dienstpflichten freispricht; in einer Zeit, in der gleichzeitig die Verbreitung der Studie demokratischer Wehrpflichtiger, „Soldat 70", innerhalb der Bundeswehr verboten ist und disziplinarisch verfolgt wird.

In dieser Zeit hat Otto Wagner als Soldat der Bundeswehr für die erklärten Ziele der Politik der Regierung Brandt demonstriert. Als Soldat einer Armee, die als Friedensarmee verstanden werden will, erkannte es Otto Wagner als selbstverständlich, in Uniform für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für die Europäische Sicherheitskonferenz, für Frieden und Entspannung also, öffentlich einzutreten.

Der Kommandeur des Fernmeldebataillons 2 in Marburg, Oberstleutnant Wirth, bestrafte den Gefreiten Otto Wagner für diese Demonstration mit 21 Tagen verschärfter Ausgangsbeschränkung, der zweithöchsten Disziplinarstrafe der Bundeswehr. Die Beschwerde Otto Wagners wurde vom Divisionskommandeur zurückgewiesen. Einen Tag bevor er Otto Wagner bestrafte, tat Oberstleutnant Wirth etwas nach der herrschenden Auslegung des Soldatengesetzes durchaus nicht Unerlaubtes: er machte Politik in Uniform. Und weil, was beim Gefreiten auch nicht rechtens ist, dem Oberstleutnant dennoch billig sein kann, wurde Wirth bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Er hatte auch nur eine Rede gehalten, in Uniform zwar und als Kommandeur des Bataillons, doch immerhin in der Kaserne und anläßlich einer Rekrutenvereidigung. Der formale Rahmen blieb damit gewahrt. Die Hardthöhe schweigt beharrlich.

Auf der Suche nach einer Sinngebung für die Existenz der Bundeswehr und ihrer Soldaten fand Wirth etwas härtere Ausdrücke als üblicherweise sein Bundeswehrminister: „Der Sinn Ihres Hierseins basiert auf der Tatsache, daß durch ein Bemühen um politische Entspannung, die ich jederzeit unterstütze und sehnlichst herbeiwünsche, die gefährliche Bedrohung durch den Kommunismus trotzdem nicht beseitigt oder nur verringert wird ... Der Beobachter der sowjetischen Politik fragt sich darum mit Recht, was eigentlich noch geschehen muß, um das Ausmaß der Gefahr deutlich zu machen, in der wir uns befinden ... Die Umfassungspläne der Sowjets richten sich nicht nur gegen Europa, sondern gegen die gesamte westliche Welt und ihre lebenswichtigen Versorgungswege."

Um den „Schrecken aus dem Osten" auch glaubhaft zu machen, griff Wirth auf sein Geschichtsbild zurück: „Millionen von Menschen in Ost- und Südeuropa haben nach 1945 ihre Freiheit

verloren. Ihre Erfahrungen mit dem Kommunismus scheinen weite Teile der westlichen Welt nicht zu interessieren." Heute ist es für einen Offizier der Bundeswehr offenbar wieder möglich, den Verlust der „Freiheit" des Hitlerfaschismus zu beklagen.

Doch mit militärstrategischen Pseudo-Überlegungen darf es nicht getan sein, soll das Gespenst der „kommunistischen Bedrohung" auch die rechte blutrote Farbe annehmen. Diese Bundeswehr ist im Entwurf ihres Feindbildes noch nie ohne die Kombination von äußerem und innerem „Feind" ausgekommen: „Auch in unserem Staat machen sich mehr und mehr Kräfte breit, vom Osten eingeschleust und unterstützt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen ... Wirtschaft und Industrie sind bereits unterwandert. In Universitäten, Schulen, Gerichten und Behörden sitzen diese Kommunisten bereits in einflußreichen Positionen. Auf kommunistischen Parteischulen und Akademien der DKP in unseren Großstädten werden diese Kräfte für ihre subversive Tätigkeit geschult ... Auch in unserem Bataillon gibt es Soldaten, die im Untergrund wühlen und zersetzende Tätigkeiten ausüben ..."

Der Gefreite Otto Wagner forderte den Oberstleutnant Wirth daraufhin öffentlich zum Rücktritt auf. Wagner wurde erneut bestraft, mit 21 Tagen Arrest. Wirth bleibt frei.

Die Öffentlichkeit will solche Zustände in der Bundeswehr nicht länger hinnehmen. So forderte der Kreis Frankfurt des DGB Freiheit für Otto Wagner und die Entlassung des Oberstleutnants aus der Bundeswehr. Auf Initiative des DGB entstand ein Ausschuß für demokratische Betätigungsfreiheit in der Bundeswehr. Gewerkschaften, Jungdemokraten, Jungsozialisten, SDAJ und DKP, verschiedene ASten und Studentenorganisationen informierten gemeinsam auf einem großen Tribunal die Öffentlichkeit.

In dieser Situation hatte Helmut Schmidt die Möglichkeit, sich für Wirth oder Wagner zu entscheiden. Eine auf diese beiden Personen bezogene Erklärung aber steht bis heute aus. Am 30. Oktober 1971 allerdings ergriff Helmut Schmidt mit seiner Kieler Rede Partei für die Wirths in der Bundeswehr. Die Positionen der Wirths decken sich mit denen des Bundeswehrministers; die Wagners sind es nach wie vor, die gemeinsam mit den demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik die erklärten Ziele der Politik der Regierung Brandt vertreten.

In Kiel hat Helmut Schmidt den Rückfall in den Kalten Krieg und den Vorstoß in den inneren Notstand geprobt. Im Jahr der Europäischen Sicherheitskonferenz soll die erste Mobilmachung in der Geschichte der Bundesrepublik Krisenangst schüren. Die so erzeugte Panikmache ist Voraussetzung für Schmidts Strategie der permanenten Mobilmachung, die eine Revision der überholten Feindbilder nicht dulden will. Wo Helmut Schmidt von „Sicherheit und Entspannung" redet, da spricht Wirth von der „Zangenbewegung" der Sowjetunion. Wo Helmut Schmidt es unwidersprochen hinnimmt, daß sein Amtsvorgänger, Kai Uwe v. Hassel, in Kiel vor dem „Zeitgeist Friedenssehnsucht" warnt, da überträgt Oberstleutnant Wirth die Geisteshaltung seines Ministers auf die Praxis: „Sie müssen dazu erzogen werden, Tag für Tag Ihren Willen und Ihre Bereitschaft zur Verteidigung unter Beweis zu stellen. Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß jedes Nachlassen Ihrer Anstrengung eine gefährliche Vorleistung darstellt ..."

Otto Wagner hat die Aussagen dieser Bundesregierung über die Entspannungspolitik beim Wort genommen. Und er hat auch den Satz Willy Brandts beherzigt: „Mehr Demokratie wagen." Fürwahr ein Wagnis!

Winfried Schwamborn

Reflexionen zum Tag der Menschenrechte

Marx kritisiert im 18. Brumaire die historische Auseinandersetzung mit den Menschenrechten als weltgeschichtliche Totenbeschwörungen. Wir müssen uns klar werden darüber, was es bedeutet, daß die Internationale das Menschenrecht erkämpft; wenn wir Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen unterstützen; wenn wir mit Hungerstreiks — wie im Falle des im Iran verurteilten Mainzer Studenten Hussein Rezai — aufs Weltgewissen einwirken wollen; wenn wir uns mit Angela Davis solidarisieren.

Ist es tatsächlich so, daß — wie Bloch schön gemeint hat — jedes Volk nur diejenige Art und Höhe sozialer Revolution haben und gewinnen wird, zu der es aufgrund erlangter und behaltener Menschenrechte bereitet ist? Aktuell: Geben die Menschenrechte etwas her für die Methoden der offenen US-Kolonie Griechenland gegenüber der Systemopposition? Der afrikanische Befreiungskampf etwa der Frelimo gegen den portugiesischen Kolonialismus einerseits, die praktische Auseinandersetzung mit der neokolonialistischen Herrschaftsverinnerlichung, wie sie etwa in Senghors nur im Gewissen möglichen Negritude als metaphysischem Stimulanz individualisierter Unterdrückter vorliegt, muß begriffen werden. Das gleiche gilt von der direkten Apartheidspolitik in Rhodesien und Südafrika, die sich auf Menschenrechte beruft, wie von der Behandlung etwa der black panthers in den USA, wo unter dem Mantel des fair trial, unter Berufung auf die amerikanischen Verfassungen mit ihren Menschenrechtserklärungen der Terror der kapitalistischen Machtelite ihre Pyrrhussiege (Jacksonmord, Attica, Angela Davis) erzwingt.

Gewissensfreiheit war, wie Jellinek und Weber richtig bemerkten, das protestantisch-sektiererische Muttergrundrecht, das erste Freiheitsrecht, von dem die Erklärungen der Menschenrechte in den amerikanischen Einzelstaatsverfassungen sowohl wie die französische Deklaration von 1789 ausgehen. Gemeint ist, die Verfassung von New Hampshire gibt das in der Formulierung von Roger Williams am besten wieder, die Freiheit, Gott zu ehren „only according to the dictates of his own conscience and reason". Wir haben hier am Anfang die Komponenten für Begründung und praktische Ausfächerung von Menschenrechten sehr deutlich zusammen: Diktat der jeweils höchstpersönlich verstandenen Vernunft und des zugehörigen Bewußtseins. Diese rein innerliche Freiheit aus Vernunftnotwendigkeit drängt als Religionsausübungsfreiheit nach außen, wobei allerdings diese äußere Gewissensfreiheit Funktion und Symbol zugleich der neuen, individuell-privaten Intimsphäre des Bürgertums ist. Habermas sagt deutlich, daß die Sicherung der Intimsphäre, speziell des religiösen Kultus, der historisch frühe Ausdruck einer für die Reproduktion des Kapitalismus in der Phase des liberalen Marktverkehrs notwendig werdenden Sicherung der Privatsphäre überhaupt ist.

Im liberalen Freiheitsrecht des Gewissens wird so der religiöse Wahrheitsanspruch wie der protestantische Anspruch der individuellen Prädestination und Unmittelbarkeit zu Gott zum Rammbock gegen den Feudalismus bzw. das ständische Zunftwesen im objektiven Interesse der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Auf der anderen Seite enthält die Gewissensfreiheit eine auf gesellschaftliche Öffentlichkeit gerichtete Komponente, die uns besonders interessieren muß. Gewissensfreiheit auch zur Ausübung von kultischen Bedürfnissen heißt immer auch äußere Bekenntnisfreiheit und damit Freiheit der Meinungsbildung, Meinungsfreiheit, Veröffentlichungs- und Pressefreiheit. Damit sind just die Grundrechte umschrieben, die nicht als liberale Staatsfreiheitsrechte

zu tarnen sind, vielmehr die Basis eines kollektiv-demokratischen Menschengrundrechts darstellen: des zwangsfrei herrschaftsbegründenden Diskussions- bzw. Wissenschaftsrechts.

Hier ist der Punkt, wo individuelle liberale Freiheitsrechte mit kollektiven demokratischen zusammenstoßen: heute muß die Begründung von Menschenwürde gegen formelle Gewissensfreiheit durchgesetzt werden. Als Beispiel, das aktuell und sehr anschaulich ist, verweise ich auf die äußerstenfalls privatfreiheitlich verstandene Begründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft", gegen die massendemokratische, auf ein neues Grundrecht sozialer Produktion und Verwendung von Wissenschaft gerichteten Grundrechte formuliert werden müssen.

In der Geschichte ist diese Spaltung des Gewissensfreiheitsrechts zur Freiheit privater Betätigung (in Kultus und Ökonomie) und als Begründungspunkt demokratisch-sozialer und kollektiver genereller Verhaltensweisen in der staatlichen und ökonomischen Sphäre deutlich. Gewissens- als Glaubensfreiheit ist im Allgemeinen Landrecht, in den Verfassungen von 1850, in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz immer mit der Religionsfreiheit zusammengefaßt. Entstehungsgeschichte und Verlauf der Anwendung des Grundgesetzes zeigen drastisch die politische Funktion dieses einst fortschrittlichen Menschenrechts. So wenn der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee ausdrücklich sagt, man könne die kollektiven Grundrechte mit Rücksicht auf die vorläufige Natur des Grundgesetzes nicht berücksichtigen. So wenn der Versuch der SPD, Grundrechte im (doch gewiß sozial sehr eingeschränkten) Sinne von Friedrich Naumann fürs Gemeinwesen zu formulieren, abgelehnt wird, weil die Zeit nicht reif sei. Und noch die neuesten Kommentare zu Art. 4 GG erklären einfach, daß in der Konfliktslage zwischen Gemeinschaft und dem Einzelnen unsere Verfassung dem einzelnen und dem Schutz seines Gewissens in bemerkenswerter Weise den Vorrang einräumt. Der Art. 9 der Menschenrechtskonvention, der Gedanken, Gewissens- und Religionsfreiheit zu privater oder gemeinschaftlicher Ausübung schützt, wiederholt zusammenfassend diesen liberalen Aspekt.

Die massendemokratische Komponente im Gewissensfreiheitsrecht hat sich daneben immer wieder über Meinungs- und Wissenschaftsfreiheitsrecht geäußert. Überall, wo es zu revolutionären Erhebungen kam, stand nicht Religionsfreiheit als die, wie Lenin sagt, Freiheit des Kapitals, um die Masse mit dem Opium der Religion zu verdummen, an erster Stelle, sondern Pressefreiheit, worunter in erster Linie Bildungsgleichheit, Informationsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit im sozialen Sinne zu verstehen ist. Und das mit vollem historischen Recht. Die individuelle kapitalistische Betätigung ist durch die Entwicklung der Produktivkräfte zur Fessel ökonomischer gesamtgesellschaftlicher Effektivität geworden. Höhere Information und allgemeinere Bildung, für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktion unentbehrlich, gewannen aber im Zeitalter wissenschaftlicher Herrschaftssicherung und kapitalistischer Alleinverwertung und Bestimmung von Wissenschaft systemsprengende kollektive Gewalt. Deshalb haben wir heute überall den Versuch, Wissenschaftsproduzenten zu fachidiotisieren, d. h. im eigentlichen Sinne, gesellschaftsbezogene, allgemeine Arbeit im Interesse politischer Entschärfung zu privatisieren.

Aber Privatsachen gibt es heute nicht mehr: der einzelne, der nach Marx' Diktum egoistische, vom Menschen und Gemeinwesen getrennte Mensch, der Gewissensfreiheit erhielt, statt vom Wahn des rein privaten Gewissens befreit zu werden, existiert nicht mehr. Nur in der individuellen Aneignungs- und Abwehrstrategie des Kapitalisten

steht das autonome Subjekt scheinhaft auf dem Felsen seiner Individualität. Es hat sich herausgestellt, was immer schon richtig war, obwohl es historisch dysfunktional wirkt, daß niemand individuell produzieren und das heißt auch denken, niemand individuell leben und sein kann.

Es gibt weder die autonome sittliche Persönlichkeit des deutschen Idealismus, die in der Vorstellung vom einzelnen und einsamen Gewissen spukt, noch die bürgerlich-private Neutralität, auf die Menschenrechtskonvention und Verfassungen zurückgreifen, um ihre Wertentscheidungsenthaltung zu legitimieren. Was es aber gibt, das ist die Tatsache der Unterdrückung und Ausbeutung, des Terrors, ausgeübt im Mantel des Schutzes von Individualrechten, der Ausrottung ganzer südostasiatischer und südamerikanischer Völker unter dem Anspruch der Freiheit individuell verstandener, weil individuell vermittelter Kultur.

Entsprechend dem historischen Ausgangspunkt, daß Gewissensfreiheit in Übereinstimmung mit conscience und reason zu stehen hat, ist nach den Bedingungen und Möglichkeiten für Vernunft und Bewußtsein zu fragen. Zum einen wird in der Literatur ganz allgemein festgestellt, daß das angebliche Menschenrecht der Gewissensfreiheit nicht irgendeine wie auch immer geartete freie Betätigung schützen wolle, sondern nur diejenige, die sich bei den heutigen Kulturvölkern auf dem Boden gewisser übereinstimmender sittlicher Grundanschauungen im Laufe der geschichtlichen Entwicklung herausgebildet hat. Es handelt sich also nicht um autonomes Menschenrecht, sondern eingestandenermaßen um Recht der vorausgesetzten Kulturvölker des abendländischen Kreises, das sich bei nachlassender Fähigkeit, die Welt zu kolonial-ausbeuterischen Zwecken unter direkter Machtkontrolle zu halten, als Gewissenszwang auswirken soll, sich im ausbeuterischen Sinne gesittet zu benehmen, d. h. sich mit Anstand unterdrücken und ausbeuten zu lassen. Diese Verinnerlichung von Kolonialherrschaft, die Selbstzensur durch ein individuelles, mit europäischen Privatautonomieinhalten gefülltes Gewissen erreichen will, ist in der Geschichte der Perversion des Naturrechts nur konsequent. Die Herrschaft der Kirche durch Sündenbewußtsein, das durch die Stimme eines freien Gewissens vermittelt war, ist das geläufigste; die Reglementierung bourgeoisen Zusammenlebens vor der Revolution durch Ehrvorstellungen, die ebenfalls gewissensvermittelt auftraten und häufig zum Selbstmord oder Duell führten, ein näherliegendes Beispiel. Der Leistungs- und Bewährungsdruck, der sich in den fatalen Grausamkeits- und Sexualexperimenten angeblich empirischer Sozialforschung zeigt, bei denen im Interesse der Wissenschaft gefoltert und gequält wird, ist das uns zuletzt gegebene und schrecklichste Beispiel.

Zum anderen, denken wir wieder an conscience und reason in der Gewissensfreiheit, ist festzustellen, daß die Zahl der Analphabeten in den letzten 10 Jahren wegen der Bevölkerungsexplosion, wie das Lexikon es neutral und militärisch geläufig ausdrückt, um 50 Millionen auf 750 Millionen (bei 3,551 Milliarden Gesamtbevölkerung der Erde im Juli 1969) Menschen angestiegen ist, d. h. auf 21,12 %. Hier zeigt sich, daß das Gewissenfreiheits- und Menschenrechtsproblem eine Farce für diejenigen wird, die es eben nicht aus ihrer subjektiv sittlichen Autonomie wahrnehmen und auswirken können. Wenn in Guinea 99,7 % der Gesamtbevölkerung Analphabeten sind, in Niger 99,1 % und im Senegal 94,4 % (Index Ende 1968), dann kann Gewissensfreiheit und Menschenrecht nur in dem bestehen, was der Beherrscher, welcher politischen und gesellschaftlichen Couleur er nun sein mag, über traditionelle, religiöse oder auch rationale Vermittlung oktroyiert. Hier stehen wir vor der Einfallspforte der

manipulativen Entmündigung der Entwicklungsländer, wie sie mit Missionsschulen, kapitalistischer Aufklärung, Export von Experten und Gewalt allseits vor unseren Augen vor sich geht. Bildungsprozesse sind in der Geschichte nicht an Vernunft, immer an Bewußtsein der eigenen Lage geknüpft. Revolutionen sind deshalb unter anderem Kanalisierungen starker, bewußtseinsmäßig vermittelter Bedürfnisse. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als könne man die Tschadneger mit dem gleichen Erweckungsritual bürgerlicher Kulturbringer zur Wahrnehmung ihrer Menschenrechte bewegen wie den christianisierten Zulu, der über Rassenschulen intellektuelle Unterdrückungsführung übernehmen darf, oder den black panther in seinem durch staatlicherseits ermöglichten Heroingenuß mental liquidierten Gettomilieu. Festzuhalten ist indessen, daß die Anwendung der europäischen individuellen Freiheitsrechte auf außereuropäische Verhältnisse allenfalls auf ein naturrechtlich reagierendes Weltgewissen rekurrieren kann, für die ausgebeuteten Massen selber aber keine Bedeutung hat. Sind sie in unserem Verstande menschenrechtsfähig geworden, d. h. von Objekten zu Subjekten der Menschenrechte, so haben sie gleichzeitig als unhistorische Individuen alle Eigenschaften verloren, derentwillen sie frei sein wollten und müßten.

Auch von dieser Warte aus führt kein Weg daran vorbei, kollektives Menschenrecht zu begründen. Und da dies im Gegensatz zu den Interessen und dem fixierten Völkerrecht steht, weil es Massen als Träger von Rechten nicht gegen den eigenen Staat, vielmehr gegen die kapitalistische Gesellschaft in ihrem heutigen Bestand voraussetzt, hat eine andere Gewalt als die Satzungsmacht etwa der UNO oder anderer völkerrechtlicher Institutionen zu sprechen.

Der alte deutsche Jurist Ihering sagte, was sich nicht realisiert, ist kein Recht. Er hat damit ein Todesurteil für die gegenwärtige Menschenrechts- und Grundrechtspraxis gesprochen. Oliver Wendell Holmes definierte dagegen Grundrechte als das, wofür ein Volk zu kämpfen bereit ist. Glauben wir ernstlich, daß die Vietnamesen für individuell-private Staatsfreiheitsrechte kämpfen? Daß die südamerikanischen Guerillas für Bekenntnisfreiheit, die black panthers für Bürgerrechte kämpfen? Daß die Ostbengalen für Selbstbestimmung sich erhoben haben? Nein! Was sich hier äußert, ist etwas historisch viel Weitergehendes: Es handelt sich darum, daß eben die Ideologie der Bourgeoisie, zu der auch die Menschenrechte herabgewürdigt worden sind, überwunden wird, daß ein Bewußtsein der ausgebeuteten kollektiven Existenz eintritt, daß ein Drang zur Überwindung eben dieser Ausbeutung sich kämpferisch rationalisiert. Man muß es deutlich — auch gegen Marcuse — sagen: Die Ausübung von bürgerlichen Menschenrechten ist bei denen, die sie nicht haben, gar kein Ziel mehr; wohl aber die Entziehung der Grundrechte gegenüber jenen, die den Ausgebeuteten diese Rechte vorenthalten haben.

Gewissensfreiheit ist heute die Kehrseite repressiver Toleranz: konzediert den historisch überholten ausgebeuteten Lohnabhängigen der Metropolen; als Möglichkeit der Befreiung vorgegaukelt den wirklich Unterdrückten der Dritten Welt, hat dieses einstmals sprengende Institut, dem marxistische Vernunft historisch verpflichtet ist, eine konterrevolutionäre Funktion erhalten. Sozialismus ist heute wie immer mehr als Privatsache: Klassenkampf als demokratisch erzieherische Diktatur zu kollektiver Befreiung autonomer Menschen ist die Einlösung all dessen, was im Morgen des bürgerlichen Zeitalters individuelle Befreiung für die Entwicklung der Gesellschaft war. Die alten Menschenrechte sind historisch wie naturrechtlich verwirkt, weil sie zum Kampf gegen den Befreiungsprozeß mißbraucht worden sind.

Frank Benseler

Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung

Von Wolfram Elsner

Wesentlich neue Entwicklungen innerhalb der kapitalistischen Welt, die Herausbildung von Konzernen internationaler Größenordnung, die internationale Produktions- und Kapitalverflechtung, die westeuropäische Integration und die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Westeuropa und den USA haben in den letzten Jahren die internationale Arbeiterbewegung vor neue Probleme gestellt. Einerseits haben sie dem Kapitalismus neue Bewegungsspielräume erschlossen und die Gefahr heraufbeschworen, daß eine national und ideologisch gespaltene Arbeiterbewegung mehr und mehr in die Defensive gedrängt wird. Andererseits erhält aber auch die Arbeiterbewegung neue Aktionsebenen und qualitativ neue Möglichkeiten, einen Internationalismus auf höherer Stufe zu verwirklichen und den Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus voranzutreiben.

Die Entfaltung der Produktivkräfte und die Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft

Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verursachte in den letzten Jahren einschneidende Veränderungen im technischen Ablauf der industriellen Produktion. Zunehmende Komplexität des Produktionsprozesses machen einen wachsenden materiellen Einsatz und eine verstärkte Arbeitsteilung im internationalen Maßstab notwendig.

Die Internationalisierung der Produktion und der Märkte ist unter kapitalistischen Bedingungen gefesselt an die Organisationsformen des privaten Kapitals, an die monopolistische Konkurrenz. Deren treibendes Moment ist die profitorientierte Kapitalverwertung und der Machtkampf der Großkonzerne um Marktanteile und Einflußsphären. Expansionsdrang und Machtkämpfe machen das Wesen des Imperialismus aus.

Neue Faktoren bestimmen allerdings heute die Existenzbedingungen des Monopolkapitalismus, so daß sein Wesen teilweise neue Erscheinungsformen angenommen hat. Zu diesen Faktoren gehören in der Hauptsache: die geographische Einengung des Expansionsfeldes des Monopolkapitalismus durch die Entstehung der sozialistischen Staaten und durch die wachsende Zahl junger Nationalstaaten, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg wählen; die Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus und schließlich — wie bereits erwähnt — die Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens unter dem Druck der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Die Einengung des Expansionsraumes des Monopolkapitalismus verschärft den kapitalistischen Konkurrenzkampf auf internationaler Ebene und führt zu einer intensiveren gegenseitigen Durchdringung innerhalb der kapitalistischen Staaten selbst. Die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus zwingt den Kapitalismus zu erhöhten Leistungen und zur effektiveren Nutzung der Potenzen des

wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution schließlich zwingen den Kapitalismus zur weiteren internationalen Monopolisierung und verstärken somit auch den Konkurrenz- und Machtkampf zwischen den kapitalistischen Monopolen.

All diese Faktoren machen deutlich, daß unter den heutigen Existenzbedingungen die beschleunigte Internationalisierung des Monopolkapitals zu einer Überlebensfrage des Kapitalismus geworden ist. Mit der Herausbildung internationaler Korporationen und transnationaler Integrationsgebilde wie etwa der EWG hat der Monopolkapitalismus sein aggressives und expansionistisches Wesen *nicht etwa überwunden, sondern lediglich neue Bewegungsformen angenommen*. „Die Herausbildung internationaler Monopole und die imperialistische Integration sind die Formen, in denen sich heute der Expansionsdrang der Monopole mehr und mehr realisiert" [1]).

Zur entscheidenden Frage für den Kapitalismus wird es heute, wie er sich auf die neuen technisch-ökonomischen Anforderungen der Produktion einstellen kann. Die steigenden Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen fordern wachsenden Kapitaleinsatz, die zunehmende Kompliziertheit der Produktion fordert eine Planung der Beschaffung, der Produktion und des Absatzes. In den fortgeschrittensten Industrien, den sogenannten Wachstumsindustrien, wie Mineralölindustrie, Elektronik, Elektrotechnik, Chemie, NE-Metallindustrie, Luft- und Weltraumtechnik, ist deshalb in den letzten Jahren ein sprunghafter Anstieg des Anteils an fixem Kapital zu verzeichnen. Das Kapitalminimum, das die großen Konzerne einsetzen müssen, wollen sie konkurrenzfähig bleiben, wächst rapide. Der riesige Kapitalbedarf übersteigt heute vielfach die Aufbringungsmöglichkeiten einzelner Monopolgesellschaften, selbst bei staatlicher Förderung. Die wachsenden Widersprüche zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ließen schon die unmittelbare Indienststellung des Staates für die Erhaltung des Profits zu einer unabdingbaren Notwendigkeit des Kapitalismus werden. Aber selbst unter den Bedingungen staatsmonopolistischer Globalregulierung (Investitionssteuerung, Infrastrukturplanung usw.) ist den größten Monopolen heute eine profitable Kapitalverwertung nicht mehr zu gewährleisten. Die Monopole der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten sind heute zur „Flucht nach vorne" in die internationale Konkurrenz gezwungen, wollen sie sich auch nur die Chance erhalten, konkurrenzfähig zu bleiben. Die langfristige Verwertung der eingesetzten Kapitalien zwingt die großen Gesellschaften heute zu einer Organisierung der Beschaffungs- und Absatzmärkte, zu Kooperation, Spezialisierung und Konzentration im internationalen Maßstab. Das wiederum beschleunigt den Prozeß der internationalen Monopolisierung.

Die Internationalisierung ist selbstverständlich kein neues Phänomen. Neu aber ist, daß der Prozeß der internationalen Verflechtung sich mehr und mehr auf die hochentwickelten kapitalistischen Staaten konzentriert, sich also auch relativ immer mehr im „Klub der Reichen" abspielt. Ein weiteres neues Kennzeichen dieses Prozesses ist, daß er sich nicht mehr, wie traditionell, über den Warenexport, sondern immer mehr über Direktinvestitionen, also über die Auslandsproduktion vollzieht. Bei vielen US-amerikanischen und westeuropäischen Konzernen übertrifft der Anteil der Auslandsproduktion an der Gesamtproduktion bereits den Inlandsteil (auch bei Größen wie Investition, Beschäftigung, Profit usw.). Der Wert der Auslandsproduktion der hochentwickelten kapitalistischen Staaten macht beinahe das Doppelte des Gesamtwertes der Exporte aus diesen Staaten

[1]) Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/Main 1971, S. 400.

aus [2]). Bei den 16 größten westdeutschen Konzernen sind die Steigerungsraten der Auslandsproduktion etwa doppelt so hoch wie die Steigerungsraten der Gesamtgrößen. Reiner Warenexport und leihweiser Kapitalexport übernehmen immer mehr nur Vorläuferfunktion zur direkten Kapitalinvestition und zur Gewinnung von eigenen Produktionsstätten im Ausland.

Die Internationalisierung vollzieht sich heute im Kapitalismus in folgenden Hauptformen: Wachsender Anteil des Außenhandels am Nationalprodukt, Bildung internationaler Korporationen und Kapitalgruppen, Entwicklung internationaler Integrationsgebilde (EWG, OECD, IWF u. ä.).

Zur Charakterisierung internationaler Korporationen muß betont werden, daß diese Konzerne in erster Linie nationale Konzerne internationaler Größenordnung sind, d. h. der Art ihrer Kontrolle nach national, ihrem Operationsfeld nach international [3]). Die zunehmend internationale Finanzierungsbasis ändert meist nichts daran, daß die wesentlichen strategischen Entscheidungen noch national getroffen werden, signalisiert dagegen eine neue Form der Konkurrenz: den Kampf um die Akkumulationsquellen. Das rein supranationale Unternehmen, das in keiner Weise mehr national zuzuordnen und national verwurzelt wäre, gibt es bisher nicht.

Die Herausbildung internationaler Korporationen vollzieht sich in der Regel über die Errichtung von Produktionsstätten, Filialen, Tochtergesellschaften im Ausland, über Gemeinschaftsgründungen mit anderen Konzernen und über Beteiligungen und Übernahme ausländischer Unternehmen.

In Westeuropa sind heute vor allem drei Formen internationaler Verflechtung und Konzentration zu beobachten: nationale Konzentration zwecks Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit; internationale Verflechtung zugunsten des US-Kapitals; internationale Verflechtung ohne eindeutige Vorherrschaft einer nationalen Kapitalgruppe.

EWG — das Kleineuropa der Monopole

Angesichts der Größenordnung der internationalen Konzerne — so ist z. B. der Umsatz von General Motors größer als das jeweilige Sozialprodukt von 110 der 124 UNO-Mitgliedsstaaten — sind die kapitalistischen Einzelstaaten mit ihrem nationalen wirtschaftspolitischen Instrumentarium nicht mehr in der Lage, in der erforderlichen Weise die nötigen Rahmenbedingungen für eine effektive Kapitalverwertung zu schaffen und zu beeinflussen. Angesichts der Verschärfung der internationalen Konkurrenz, der zunehmenden Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen, der Verschärfung der nationalen Klassenkämpfe und der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus bedürfen die transnationalen Konzerne aber mehr denn je der flankierenden Maßnahmen einer transstaatlichen Wirtschaftspolitik. Da es diesen Monopolen möglich ist, nationale Wirtschaftspolitiken zu unterlaufen und zu unterminieren, wird von hier aus ein starker Druck in Richtung auf Bildung notwendiger transnationaler wirtschaftspolitischer Instanzen ausgeübt. Vor diesem Hintergrund sind die Integrationstendenzen in Westeuropa zur EWG, zur Zollunion, zur Wirtschafts- und Währungsunion und schließlich zur politischen Union in ihren ökonomischen Triebkräften (es gibt natürlich auch politische) zu begreifen.

---

[2]) Detaillierte Angaben z. B. bei: Jung, Heinz, Internationale Konzerne heute, in: „Marxistische Blätter", 3/71; sowie: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Neue Aspekte der Monopoltheorie, in: „Marxismus Digest" 3/71, Juli 1971.

[3]) Vgl. z. B. H. Jung, a.a.O., S. 13, sowie: Matthöfer, Hans, Internationale Kapitalkonzentration und Gewerkschaftsbewegung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/71, S. 470.

Die internationalen Konzerne unterliegen dabei allerdings spezifischen Widersprüchlichkeiten: einerseits beruhen sie auf der nationalen Macht und benötigen den Nationalstaat mehr denn je zur Bewältigung ökonomischer und politischer Probleme und als Instrument im internationalen Konkurrenzkampf, andererseits stoßen sie an die Grenzen eben des Nationalstaates, umgehen und unterminieren sie ihn; einerseits drängen sie nach Integrationsgebilden, andererseits hemmen sie ihre Entwicklung, um auf internationaler Ebene frei von staatlichen Bestimmungen operieren und von Staat zu Staat differierende Bestimmungen weiterhin zu ihrem Vorteil nutzen zu können.

Die EWG-Behörden stimmen mit der seit eh und je von den westeuropäischen Unternehmerverbänden (UNICE, internationale Handelskammer) vorgebrachten Auffassung über die ausschließlichen Funktionen, die die Wirtschaftsgemeinschaft wahrzunehmen habe, überein: Erweiterung des Umfangs der Industriebetriebe, Forcierung internationaler Kapitalverflechtung, gesetzliche Erleichterungen für Fusionen und großräumige Marktstrategien [4]).

In der Tat hat der Gemeinsame Markt den größten Konzernen neue Aktionsfelder geschaffen, um die inneren Widersprüche durch Expansion einigermaßen ausgleichen zu können. Neue Technologien, die Vorteile der Großproduktion usw. kommen zur Anwendung.

Natürlich ist nicht das Kapital als Ganzes Nutznießer dieser Entwicklung: Nutznießer und treibende Kräfte sind allein die fortgeschrittensten transnationalen Monopole. Diese Monopole haben mit den Europäischen Gemeinschaften (EG) ihren — national ohnehin vorhandenen — ökonomischen und politischen Machtvorsprung noch weiter ausbauen können. Sie sind im übernationalen Bereich in die Offensive übergegangen.

Die westeuropäischen transnationalen Zusammenschlüsse sind allerdings nicht allein aus ihren ökonomischen Triebkräften heraus zu verstehen, sondern weitgehend auch politisch bedingt. Mit der Herausbildung von Konzernen internationaler Größenordnung entstand bloß die *Interessengrundlage* für eine (internationale) Globalstrategie des Kapitalismus. Gleichzeitig ließ aber das Erstarken des sozialistischen Weltsystems, der antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen sowie der sozialistischen Kräfte innerhalb der kapitalistischen Staaten selbst ein gemeinsames globales Interesse des Kapitalismus an der Systemerhaltung entstehen.

Zu den politischen Bedingungen des Entstehens westeuropäischer Integrationsgebilde gehörten z. B. die Intentionen der US-Globalstrategie, in Westeuropa die politischen und ökonomischen Grundlagen der NATO und ihrer antisozialistischen „roll-back"-Strategie zu schaffen [5]). Dazu gehörten aber ebenso die spezifischen antisozialistischen Pläne des westdeutschen Imperialismus, die er unter den gegebenen Bedingungen durch ein starkes, hochintegriertes und atomar bewaffnetes Westeuropa am besten realisieren zu können glaubte [6]). Und schließlich die Hegemonialbestrebungen Frankreichs (später auch der BRD), Führungsmacht in einem vereinigten westeuropäischen Block zu sein.

---

4) Vgl. z. B. das Memorandum der Kommission an den Rat vom 15. Mai 1968.
5) Vgl. z. B. Kuby, Heinz, Entspannung als Wille und Vorstellung, in: „Merkur — Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken", 8/69, S. 704. In den Worten eines „großen Europäers" hört sich das etwa so an: „Als Europa nach dem Kriege darniederlag, von Hunger, Chaos und Kommunismus bedroht, und die Gefahr eines sowjetischen Vorstoßes zum Atlantik bestand, sah sich Amerika zur Hilfe herausgefordert. Seine Antwort war beispiellos großzügig: Umfassend und wirksam durch Marshall-Plan und OEEC, durch jahrelange Duldung einer kontingentspolitischen Diskriminierung stützte es den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, mit der NATO schuf es militärischen Schutz für seine Verbündeten" (Walter Hallstein, damaliger Präsident der EWG-Kommission, 17. September 1963 in Straßburg, zit. nach: C. Gasteyger, Einigung und Spaltung Europas, Frankfurt/Main 1966, S. 387).
6) Vgl. z. B. F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 46 f.

Grundsätzlich hatte die Bildung der EG drei Stoßrichtungen: als erste und wichtigste die gegen den real existierenden Sozialismus [7]) ähnlich wie schon zuvor die „Europäische Verteidigungsgmeinschaft" (EVG) und die geplante „Europäische Politische Gemeinschaft" (EPG); zweitens die gegen die Arbeiterklasse im Innern (Ausschaltung der parlamentarischen Einflüsse der Organisationen der Arbeiterklasse in wichtigen Entscheidungsbereichen); drittens die gegen die übrigen kapitalistischen Staaten (antiamerikanisches, später auch antijapanisches Schutzinstrument). „Die Bemühungen um eine europäische Einigung haben sich bisher nahezu ausschließlich an den Interessen des Großkapitals (...), den Interessen der Rüstungsindustrie (...) und den Interessen antikommunistischer Großmacht-Strategen orientiert" [8]).

In ökonomischer Hinsicht war der Gemeinsame Markt nicht nur Resultat eines ihm vorangegangenen Monopolisierungs- und Konzentrationsprozesses, sondern in ganz entscheidender Weise auch Entwicklungsform neuer verstärkter Konzentrationsvorgänge. Er hat neue Möglichkeiten der Entfaltung der Produktivkräfte geschaffen, Großproduktion, Automatisierung und Programmierung gefördert, die internationale Arbeitsteilung vertieft. Die Internationalisierung hat die Produktivität gesteigert und insgesamt bis Mitte der sechziger Jahre in Westeuropa das wirtschaftliche Wachstum erheblich beschleunigt (EWG-Boom). Damit konnten die westeuropäischen Monopole ihre internationale Konkurrenzsituation verbessern und das internationale innerkapitalistische Kräfteverhältnis, insbesondere im Verhältnis zu den USA, zugunsten der EWG-Staaten verschieben [9]).

Expansion und Verschärfung der monopolistischen Konkurrenz

Es wäre nun aber verfehlt anzunehmen, der Monopolkapitalismus sei mit der Internationalisierung aller seiner Prozesse und mit dem Entstehen übernationaler Integrationsformen in eine Phase harmonischer, widerspruchs- und krisenfreier Entwicklung eingetreten [10]). Derartige, von bürgerlichen Harmonielehren wie von Kautskyschen Ultraimperialismustherorien gleichermaßen vertretene Auffassungen sind durch die Realitäten widerlegt.

Schon im Jahre 1915 hatte Lenin die Losung von den „Vereinigten Staaten von Europa", also die Möglichkeit einer Föderation der kapitalistischen Staaten Europas, folgendermaßen beurteilt: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen' und ‚zivilisierten' kolonialen Mächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär" [11]).

Nach Lenin ist eine europäische Integration kapitalistischer Staaten entweder unrealisierbar, da sie eine langfristige planmäßige Organisation der Weltwirtschaft bei endgültiger Aufteilung der Einflußsphären unter die jeweiligen Staaten erforderte, oder sie stellt ein reaktionäres Bündnis dar, ein zeitweiliges Bündnis der Großmächte Europas zur Verbesserung der Ausbeutung der abhängigen Gebiete. Diese grundsätzliche Einschätzung, basierend auf Lenins Imperialis-

7) Vgl. z. B. F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 111.
8) Deutsche Jungdemokraten, Beitrag auf dem Brüsseler Jugendkolloquium, Juni 1970, in: Kommission der europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Kolloquium „Die Jugend und die europäische Gemeinschaft" — Dokumente, S. 91.
9) Damit ist lediglich eine Tendenz ausgedrückt. Dies hat selbstverständlich noch nichts daran geändert, daß die strategisch wichtigen Produktionsbereiche us-amerikanisch beherrscht bzw. stark beeinflußt sind (vgl. z. B. Sachmatowa, M. R., Die Expansion des US-Privatkapitals nach Westeuropa, Berlin 1968).
10) Vgl. Matthöfer, a.a.O., S. 472.
11) Lenin, W. I., Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Aufsatz im „Sozial-Demokrat", Nr. 44, 23. 8. 1915, in: Ders., Werke, Bd. 21, Berlin 1968, S. 343.

musanalyse [12]), ist durch die Realitäten des westeuropäischen Integrationsprozesses als richtig erwiesen worden. Die Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus, des Widerspruchs zwischen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses und dem privaten Charakter der Aneignung, und die dadurch bedingten immer größeren ökonomischen, sozialen, politischen Schwierigkeiten des Kapitalismus zwingen die Monopole zu immer weiterer Expansion und führen zu immer weiterer Monopolisierung. Dies aber verschärft den Konkurrenz- und Machtkampf um neue Profitquellen sowie um die Neuverteilung der alten. Der Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Monopolen, Monopolgruppen und Staaten hat sich in der Tat innerhalb und mit Bildung der EWG ungeheuer verschärft. Gleichzeitig erhöhte sich der Monopolisierungsgrad in den 60er Jahren sprunghaft. Die Beherrschung der Wachstumsindustrien und der Einfluß auf die Gestaltung der westeuropäischen Integration sind heute die zentralen Bereiche verschärften Konkurrenzkampfes.

In essentiellen Fragen ist es bisher in der „Gemeinschaft" kaum zu einheitlichen Lösungen gekommen. Die EWG hat bisher auf die zyklischen, strukturellen und regionalen Krisen keine gemeinschaftlichen Antworten finden können; wesentliche Ziele hat sie bisher nicht erreichen können. Jede Krise (wie in diesen Monaten die Weltwährungskrise) läßt die alten fundamentalen Interessengegensätze — vor allem zwischen den westdeutschen und den französischen Monopolen und Interessengruppen — mit gleicher Heftigkeit wieder aufbrechen. Agrarpolitik, Entwicklungspolitik, Währungspolitik usw. sind immer wieder Austragungsort heftigster Interessengegensätze. Der Staat gewinnt dabei für das nationale Monopolkapital in wachsendem Umfang als ökonomische Potenz und Machtinstrument im Integrationsprozeß an Bedeutung. Die verschiedenen Interessen- und Machtpositionen des französischen und des westdeutschen Kapitals haben ihre Auswirkungen bis in die politischen Konzeptionen vom weiteren Integrationsverlauf in der französischen und westdeutschen Regierungspolitik [13]).

13 Jahre EWG haben gezeigt, daß solche Integrationsformen imperialistische Großmachtbestrebungen und innersystemare Kräfteverschiebungen nicht eliminieren. War traditionell Frankreich die führende Macht im Integrationsprozeß, so sind heute die westdeutschen Monopole — zumindest ökonomisch — eindeutig beherrschend. Der EWG-Beitritt des britischen Großkapitals wird von den französischen Konzernen mit Sicherheit zur Stärkung ihrer Positionen gegenüber den westdeutschen Konzernen benutzt werden.

Ergebnisse von 13 Jahren kapitalistischer Integration

Die EWG ist in keiner Beziehung der harmonische und friedliche „Zusammenschluß der Völker Europas", zu dem ihre Gründer und Apologeten sie seit eh und je hochzustilisieren versuchen. Sie hat fast ausschließlich den größten und

12) Im bürgerlichen Verständnis dieser Einschätzung stellte sie sich als eine kaum begründbare Kehrwendung Lenins gegenüber der allgemeinen Linie der Sozialdemokratie dar (ein Produkt des „russischen Nationalismus"; hier zeige sich, „daß Lenin vor allem der russische Staatsmann war" usw.; vgl. Zellentin, Gerda, Die Kommunisten und die Einigung Europas, Frankfurt/Main 1964, S. 12 ff.); tatsächlich aber hat Lenin in diesem Artikel nur erste Schlußfolgerungen seiner erst im Jahre 1915 begonnenen Imperialismusanalyse dargelegt. Seine Erkenntnisse über die notwendig ungleichmäßige Entwicklung im internationalen Monopolkapitalismus brachten in der Tat neue Einschätzungen mit sich (so die theoretische Ableitung der Möglichkeit eines Sieges der Revolution in einem Land, dem schwächsten Kettenglied nämlich). Weiterhin ein (kapitalistisch) vereinigtes Europa vorrangig zu fordern, hätte also bedeutet, die Sache der Kapitalisten besser zu betreiben, als diese es selbst gekonnt hätten. Stattdessen kam es vorrangig darauf an, gerade die Differenzen zwischen den kapitalistischen Staaten zu nutzen, eine Internationalisierung aber nur unter Führung der Arbeiterklasse zu betreiben. Allerdings haben auch noch Jahre später zahlreiche deutsche Sozialdemokraten ein kapitalistisch vereinigtes Europa als „ökonomisch progressiv" angesehen und gefördert. Daß ihnen im Vergleich zu Lenin heute die Sympathien bürgerlicher EWG-Befürworter zufallen, ist mehr als verständlich.

13) Auf diese verschiedenen Interessenlagen der Kapitalgruppen in der EWG detailliert einzugehen, ist bei dem beschränkten Umfang dieser Arbeit leider nicht möglich.

aggressivsten Großkonzernen Vorteile gebracht. Sie wurde zunehmend zu einer existentiellen Gefahr für die Mittel- und Kleinindustrie, die seit Schaffung des Gemeinsamen Marktes ohnehin schon zu einem erheblichen Teil eliminiert worden ist, sowie für die Bauern, für die das gleiche zutrifft. Die EWG hat die regionalen Ungleichgewichte in Europa, das ökonomische und soziale Gefälle zwischen den armen und den industrialisierten Regionen nicht aufgehoben oder gemildert, sondern auf brutalste Weise verschärft. Die Investitionen konzentrieren sich mehr und mehr in bestimmten Industriezonen. Die Schaffung der Freizügigkeit in Europa hat nicht den Arbeitern gedient, sondern lediglich die juristische Grundlage für die ungehinderte Ausbeutung noch vorhandener Arbeitskräftereservoire in Südeuropa geschaffen. Hiermit wurde ein einheitlicher „Arbeitskräftemarkt" hergestellt, der es dem Monopolkapital ermöglicht, Spannungen im Arbeitskräftebedarf auszugleichen, großzügiger zu disponieren und zusätzlich noch die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen[14]). Bei alledem hat sich die soziale Sicherheit der Arbeiterklasse in Westeuropa nicht verbessert, sondern verschlechtert. Eine autonome EWG-Sozialpolitik gibt es nicht; sie ist der Industriepolitik untergeordnet[15]) und dazu da, die größten sozialen Härten (bei „Rationalisierungskonzentration", Strukturkrisen u. ä.) auszugleichen und soziale Konflikte zu kanalisieren.

Selbst die elementarsten ökonomischen Verheißungen der EWG-Gründungsverträge wurden nicht realisiert: statt den Wohlstand zu steigern, also die Massenkaufkraft und den Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen zu erhöhen, brachte die EWG, und zwar in allen Mitgliedsländern, vornehmlich Preis- und Steuererhöhungen, verbunden mit gleichzeitiger Überproduktion und Produktvernichtung (z. B. im Agrarsektor)[16]).

Im Bereich der Entwicklungspolitik hat die EWG nicht primär den assoziierten Entwicklungsländern gedient, sondern die Profite der großen Konzerne gesichert, deren Profiterwartung in diesen Ländern vier- bis fünfmal so hoch ist wie in den kapitalistischen Ländern. Die Assoziierungspolitik hat diese Länder weitgehend zu Empfängern von EWG-Überschußproduktionen gemacht und insgesamt ihre Abhängigkeit von der EWG vertieft, statt ihre brennenden Probleme lösen zu helfen.

Entdemokratisierung im politischen Bereich

Diesen Feststellungen entspricht ganz und gar die politische Verfassung der EWG und das Verhältnis der in ihr wirkenden Kräfte.

Schon der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften antizipiert eine vornehmlich ökonomische (Partial-) Integration[17]). Die Organisationen der Arbeiterklasse hatten auf die Entstehung des Vertrages keinerlei Einfluß. Ihre Rechte und Interessen sind dementsprechend auch mit keinem Wort erwähnt. Die EG als politisches System sind in keiner Weise mehr demokratisch legitimiert. Sie enthalten nicht einmal mehr das Maß an formaldemokratischen Strukturen, das die Mitgliedstaaten im nationalen Bereich wenigstens noch bieten. Das höchste entscheidungskompetente Organ ist der EWG-Ministerrat, eine Ver-

14) Vgl. z. B. auch: Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten, Bremen, Dezember 1970, in: „JS-Magazin", Januar 1971, S. 4.
15) „Die Beteiligungen des (Sozial-)Fonds werden auch weiter in sozialer Hinsicht von Bedeutung sein, doch werden seine Zielsetzungen und Ansatzpunkte ebenso und vielleicht sogar in stärkerem Maße wirtschaftlicher Natur sein" (Sprecher der Kommission, Juni 1969, zit. nach: Kolloquium „Die Jugend und die europäische Gemeinschaft" — Dokumente, a.a.O., S. 96).
16) Vgl. z. B. Mozer, Alfred, Der Alptraum „Landwirtschaft", in: „Dokumente — Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit", 3/70, S. 148 ff.
17) Vgl. z. B. G. Muhr, Stand, Perspektiven und Möglichkeiten der EWG-Sozialpolitik. Die Sicht des DGB, in: „europäische gemeinschaft", 3/71, S. 22.

sammlung von Regierungsvertretern, die — wie die Praxis zeigt — nicht einmal mehr von den nationalen Parlamenten kontrolliert werden können [18]). Zwar existiert ein Europäisches Parlament, doch hat es keinerlei Entscheidungsfunktion. Zudem ist es ebenfalls nicht direkt demokratisch legitimiert, sondern wird von den nationalen Parlamenten zusammengesetzt. Durch juristische Manipulationen ist es bis 1969 gelungen, die italienische wie die französische kommunistische Partei aus dem Europäischen Parlament herauszuhalten. Erst seit 1969 ist die PCI mit sieben Abgeordenten vertreten, während andererseits kleine liberale Fraktionen der nationalen Parlamente seit jeher im Europaparlament vertreten sind. Institutionalisierte Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften gibt es in den EG nicht (große Gewerkschaften wie die französische CGT und die italienische CGIL werden bisher von den Organen der EG nicht einmal anerkannt oder zu deren Beratungen in sozialen Fragen hinzugezogen). Lediglich im Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG (WSA), einem beratenden Organ der Kommission, sind die Gewerkschaften zu einem Drittel vertreten. Die personelle Entscheidung über die Ausschußmitglieder wird dabei allerdings vom Rat, also den Regierungen, getroffen [19]). Alle übrigen Ausschüsse, die Wirtschafts- und Währungsfragen vorentscheiden, sind aus Regierungsvertretern, den Notenbankpräsidenten oder hohen Vertretern der Staatsbürokratie zusammengesetzt [20]).

In den Behörden der EG werden Entscheidungen getroffen, auf die die transnationalen Monopole entscheidenden Einfluß haben [21]). Während einerseits der Integrationsprozeß die nationalen Zuständigkeiten mehr und mehr in transnationale Gremien verlagert (Ministerrat) und somit die noch bestehenden Kontrollmöglichkeiten, die der Parlamentarismus im nationalen Rahmen an bestimmten Stellen noch bietet, ständig weiter aushöhlt, werden auf EWG-Ebene diese wenigstens noch formaldemokratischen Rechte nicht einmal mehr institutionalisiert [22]) „Die Heranbildung internationaler Monopole und Monopolverbände (...) führt (...) zum weiteren Abbau demokratischer Rechte, weil die westeuropäischen Organe noch stärker dem Einfluß der Werktätigen entzogen sind als die nationalen Institutionen" [23]).

Dieser direkte Angriff auf souveräne demokratische Rechte der westeuropäischen Völker seitens der transnationalen Monopole und der Regierungen trifft alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, insbesondere aber die Arbeiterklasse. Während sich also das internationale Monopolkapital die politischen Rahmenbedingungen seiner weiteren Expansion schafft, gerät die Arbeiterbewegung in die Gefahr, von der transnationalen Ebene her immer weiter in die Defensive gedrängt zu werden [24]).

---

18) Vgl. z. B. A. Mozer, Ancien Régime und demokratische Praxis, in: „europäische gemeinschaft", 5/71, S. 21.
19) In der Tat ist hieraus ein Instrument politischer Zensierung der Gewerkschaften gemacht worden. Vgl. G. Zellentin, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG und Euratom, Leyden 1962, S. 35; darüberhinaus hat der westeuropäische Unternehmerspitzenverband UNICE aber sehr viel direktere Kanäle zu den Entscheidungsorganen als über den WSA; die UNICE wird meist früher konsultiert als der WSA (vgl. a.a.O., S. 153 ff.).
20) Seeger, Heinz, EWG, Monopole, Gewerkschaftliche Gegenmacht, Frankfurt/Main 1971, S. 28.
21) So sind z. B. selbst die äußerst schwachen Grundsätze im Römischen Vertrag über die Kontrolle der Monopolisierung bei gezielter Einflußnahme durch die bisherige Verordnungspraxis der Kommission umgangen worden; in Zusammenarbeit mit der Kommission und den Regierungen umgehen die Konzerne seit Jahren durch die Herbeiführung internationaler Fusionsabkommen das Statut für europäische Handelsgesellschaften und insbesondere die darin enthaltenen Mitbestimmungsregelungen.
22) Vgl. A. Mozer, a.a.O. Vgl. auch Erich Kitzmüller in seinem Referat und seinen Diskussionsbeiträgen auf dem 16. Europäischen Gespräch des DGB, Recklinghausen, Juli 1967, in: Europa 1970, Köln o. J.
23) Thesen des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei (Entwurf), Düsseldorf 1971; ähnlich etwa: J. Steffen, „europäische gemeinschaft", 3/1971, S. 20.
24) Vgl. z. B. H. Kuby, Provokation Europa, Köln und Berlin (West) 1965, S. 328 f.

Die Offensive des internationalen Monopolkapitals gegen die Rechte der Arbeiterklasse

Transnationale Konzerne können nicht allein auf national beschränkte Staatsapparate und Regierungen einen wirksamen Druck ausüben; in noch viel stärkerem Maße kann eine national isolierte westeuropäische Arbeiterklasse von diesen Mammutkonzernen unter Druck gesetzt werden. „Die heutigen Möglichkeiten der Globalunternehmen, auf dem Welt-Schachbrett Regierungen und Gewerkschaften nach eigenen Bedürfnissen auszumanövrieren, übertrifft alles Dagewesene" [25]). Die neuen Machtmittel der internationalen Monopole gegenüber der Arbeiterklasse sind evident: „Es ist offensichtlich, daß die Lütticher Stahlarbeiter die Streikwaffe kaum noch erfolgreich im Wirtschaftskampf anwenden könnten, wenn sich die Eigentümer ihrer Stahlwerke über sechs Länder verteilen und wenn diese Eigentümer nur etwa 10 % ihrer Investitionen im Lütticher Strahlrevier angelegt hätten. Es wäre dann für diese Großkapitalisten angebracht, eher sechs Monate Produktion und Profit in Lüttich zu verlieren, als den dortigen Werktätigen Zugeständnisse zu machen, die sich rasch auf alle anderen Stahlreviere der EWG ausdehnen würden" [26]).

Angesichts der Tatsache, daß bei Siemens der Personalaufwand pro Beschäftigtem im Inland auf 20 000 DM, im Ausland jedoch nur auf 14 000 DM errechnet worden war, erklärte die Siemens-Konzernleitung schlicht: „In Zukunft sollen aus Kostengründen neue Kapazitäten fast nur noch in anderen Ländern erstellt werden" [27]).

In ähnlicher Weise ließ Henry Ford II anläßlich seines Europa-Besuchs erklären, daß, solange die Streiks in England nicht aufhörten, geplante Investitionen nicht mehr in England, sondern auf dem Kontinent (Saarbrücken und Köln) getätigt würden, weil „die Dinge in Westdeutschland viel besser gehen" [28]). Die internationalen Konzerne machen sich internationale Lohnniveauunterschiede zunutze, um sie in Richtung eines internationalen Lohndrucks zu verwenden und eine international rückläufige Lohnbewegung einzuleiten. Durch Produktionsverlagerungen können das Streikrecht sowie ökonomische und soziale Forderungen der Arbeiter auf neue Weise blockiert und unterminiert werden. Von der internationalen Ebene her droht der Arbeiterklasse in Westeuropa eine rapide Verschlechterung ihrer Positionen. Natürlich gehörte das Gegeneinanderausspielen von Belegschaften und nationalen Gruppen schon immer zum Klassenkampfinstrumentarium der Unternehmer, doch haben hier gerade die internationalen Konzerne qualitativ neue Möglichkeiten. Nationale Kampfmaßnahmen der Arbeiter können flexibler beantwortet, unterlaufen, unwirksam gemacht werden.

Die gleichen Gefahren drohen einer national organisierten Arbeiterklasse von der Ebene der (nationalen und übernationalen) staatlichen Wirtschaftspolitik her. Das transnational organisierte Großkapital ist nicht nur imstande, wirtschaftspolitische Regelungen einzelner Staaten zu umgehen, nationale Regierungen gegeneinander auszuspielen und ihre Entscheidungen ohne Rücksicht auf die Folgen in einem Lande zu treffen, sondern es hat darüberhinaus durch seinen dominierenden Einfluß auf die Instanzen der EG heute die Macht, auch von dort aus nationale Wirtschaftspolitik, Konjunktur-, Steuer- und Einkommenspolitik zu seinen Gunsten zu entscheiden [29]). Übernationale Rahmenabmachungen, etwa die

[25]) H. Matthöfer, a.a.O., S. 472.
[26]) Mandel, Ernest, Die EWG und die Konkurrenz Europa—Amerika, Frankfurt/Main 1968, S. 100.
[27]) Zit. nach H. Jung, Internationale Konzerne heute, a.a.O., S. 18.
[28]) Vgl. z. B. „Der Spiegel", 11/1971, S. 109 ff. (Ford-Streik).
[29]) Nach Kolloquium „Jugend und die europäische Gemeinschaft" — Dokumente, a.a.O., S. 97.

Festlegung einer maximalen jährlichen Lohnsteigerungsrate, legen nicht nur die Politik der Regierungen fest, sondern können darüber hinaus zur erpresserischen Disziplinierung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften verwandt werden (wobei die nationalen Regierungen sogar noch ihre Verantwortlichkeit für den „Gemeinschaftsbeschluß" ablehnen können).

National erkämpfte Mitbestimmungsrechte werden durch anderswo getroffene Entscheidungen umgangen und zunehmend eingeschränkt. Eine national operierende Arbeiterklasse wird zunehmend an Wirksamkeit einbüßen, ins Leere stoßen, und zwar auf allen Ebenen, der betrieblichen, der Unternehmensebene und der Ebene der Wirtschaftspolitik. In Westeuropa hat bisher schon eine eklatante Verschiebung der Kräfteverhältnisse zuungunsten der Lohnabängigen stattgefunden [30]).

Zu einem Instrument der Stabilisierung dieser Kräfteverhältnisse in Westeuropa und zu einem Hebel, den Machtinteressen der internationalen Konzerne einen legalen Rahmen zu erstellen, soll die Schaffung eines einheitlichen europäischen Gesellschaftsrechts gemacht werden. Welche Rechte will man dabei den Arbeitern zugestehen?

Die Rechte der Arbeitnehmer in internationalen Konzernen nach den Vorstellungen der EWG-Bürokratie

Im Rahmen der Angleichung der Wirtschaftsordnungen der EWG-Mitgliedsstaaten befassen sich die Organe der EWG schon seit mehreren Jahren damit, einen rechtlichen Rahmen zu erstellen, der den Konzernen ungehinderte Ausbreitungs- und Fusionsfreiheit verschafft. Am 30. Juni 1970 wurde dem Ministerrat von der Kommission der EG ein beschlußreifer „Vorschlag einer Verordnung des Rates über das Statut für Europäische Aktiengesellschaften" [31]) übermittelt. Wesentliche Änderungen seitens der Organe der EWG sind bis zu einer Kodifizierung durch den Rat nicht mehr zu erwarten.

Der Statutenvorschlag tritt in seinem Titel V: „Die Vertretung der Arbeitnehmer in der S. E." (S. E. = Société Européenne, Europäische Aktiengesellschaft) mit dem Anspruch auf, den Arbeitern „die Möglichkeit der gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen" und „der Mitwirkung an bestimmten Entscheidungen im Unternehmen" zu geben. Die Instrumente der Interessenvertretung der Arbeiter nach dem Statut sind: 1) Der Europäische Betriebsrat (EBR), 2) die Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat der S. E. und 3) die Möglichkeit tarifvertraglicher Vereinbarungen zwischen Kapitaleignern und im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften. Das Statut begründet eine spezielle Tariffähigkeit der S. E. über die nationalen Tarifsysteme hinaus.

Bei jeder S. E., die Betriebsstätten in mehreren EWG-Mitgliedstaaten besitzt, wird ein Europäischer Betriebsrat als einheitliche Vertretung der Lohnabhängigen gebildet; die national gebildeten Vertretungen in den einzelnen Betrieben wie z. B. die Betriebsräte in der BRD oder die „commissioni interni" in Italien bleiben dabei unverändert bestehen (Art. 101). Die Mitglieder der EBR werden nicht durch die Gesamtheit der Lohnabhängigen im Unternehmen gewählt, sondern nach Betriebsstätten getrennt (Art. 103), wobei der jeweilige nationale Wahlmodus für Betriebsvertretungen gilt.

Artikel 114 verkündet die im westdeutschen BVG ebenfalls enthaltene „Verpflichtung (der Mitglieder des EBR) zur Wahrung der Betriebs- und Geschäfts-

[30]) Vgl. z. B. H. Offele, Die Rolle der Gewerkschaften, in: „europäische gemeinschaft", 7/71, S. 9.
[31]) Sonderbeilage zum Bulletin 8/70 der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1970.

geheimnisse". Es handelt sich bei diesen „Geheimnissen" um solche Tatsachen, „an deren Geheimhaltung die S. E. ein wirtschaftliches Interesse hat" [32]). Die Sanktionen bei Verletzung dieser Pflicht richten sich nach den nationalen Strafvorschriften (in der Regel also fristlose Kündigung). Im gleichen Sinne wird bestimmt, daß die regelmäßig zu erfolgenden Berichte des EBR an die Belegschaft „die Interessen der S. E. zu berücksichtigen (haben) und (...) insbesondere keine Betriebs- und Produktionsgeheimnisse preisgeben (dürfen), die Gegenstand besonderen Schutzes in einem der Mitgliedstaaten sind" [33]).

Artikel 119 bestimmt, daß die Zuständigkeit des EBR sich auf solche Angelegenheiten beschränken muß, die die gesamte S. E. oder mehrere ihrer Betriebsstätten betreffen. Alle anderen Angelegenheiten fallen in die Zuständigkeit der jeweiligen nationalen Vertretung.

Die Autoren des Entwurfs sind der Meinung, daß eine „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand und dem EBR (...) im Interesse sowohl der Leitung der S. E. als auch der EBR und der von ihm vertretenen Arbeitnehmer" liege. Darauf begründen sie eine regelmäßige Informationspflicht des Vorstandes gegenüber dem EBR (Art. 120). Der Vorstand soll auf Verlangen dem EBR Auskünfte und Erläuterungen zum Vorstandsbericht geben — allerdings nur, „sofern nicht zwingende Interessen der Gesellschaft entgegenstehen".

Der EBR besitzt ein Veto-Recht in Personalfragen, Lohnangelegenheiten und sozialen Angelegenheiten (Art. 123), also solchen Fragen, „die die Arbeitnehmer der S. E. unmittelbar betreffen". Die Autoren loben: „Dieser Artikel gibt dem EBR für bestimmte Angelegenheiten ein echtes Mitentscheidungsrecht". Doch wird auch dieses Recht insofern eingeschränkt, als bei Verweigerung der Zustimmung durch den EBR diese durch die Zustimmung einer paritätisch besetzten Schiedsstelle des Unternehmens ersetzt werden kann.

Der EBR hat ein Konsultativrecht in Fragen, die betreffen: die Bewertung der Arbeitsplätze, die Regelung von Akkord und Stücklohnsätzen, Stillegungen und Unternehmenserweiterungen, wichtige Änderungen in der Unternehmensorganisation und dauernde Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen (Art. 124 f.). In einem europäischen Konzern, der aus mehreren S. E. gebildet wird, überträgt das Statut der führenden S. E. zahlreiche Entscheidungsbefugnisse für den Gesamtkonzern. Deshalb wird geregelt, daß in diesem herrschenden Unternehmen ein Konzern-Betriebsrat gebildet wird, der die Arbeiter aller Konzern-Unternehmen vertreten soll (Art. 130 ff.).

Die Lohnabhängigen sind im Aufsichtsrat der S. E. mit einem Drittel vertreten. Die Autoren dazu: „Diese Beteiligung gewährleistet eine wirkungsvolle Geltendmachung der Gesichtspunkte der Arbeitnehmervertreter in diesem Gremium". Die Arbeitervertreter im Aufsichtsrat werden nach Listenwahl von den einzelnen Betriebsvertretungen gewählt. Dabei wird bestimmt, daß die Mitglieder der Betriebsvertretungen „an Beschlüsse und Weisungen der Vertretungen, denen sie angehören, nicht gebunden" sind (Art. 139).

Die Autoren gehen erwartungsgemäß von einem sozialharmonischen, integrationistischen Mitbestimmungsmodell aus. Das wiederholte Propagieren und Insistieren auf einer „engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit" soll letztlich die Bindung der Arbeiterorganisationen an die Bewegungsgesetze des Kapitals und ein unkritisches „Vertrauen" der Arbeitervertreter den Kapitaleignern gegenüber gewährleisten. Die Verpflichtung der Arbeitervertreter auf eine Koope-

32) A.a.O., S. 95.
33) A.a.O., S. 97.

rationshaltung soll institutionell durch die Kodifizierung eines Schiedsverfahrens abgesichert werden (vgl. Art. 128): „Im Interesse einer möglichst engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit (...) sind alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Unternehmens beizulegen". Die Fiktion eines Gesamtinteresses von Kapitaleignern und Lohnabhängigen, des sogenannten „Betriebsinteresses", eines abstrakten Gemeinwohls, das über Partikularinteressen stehe, ist eine sich faktisch gegen die Interessen der Arbeiter auswirkende Formel (vgl. z. B. die darauf begründete Beschränkung der Informationspflicht des Vorstandes). Aus dieser Formel wird die arbeiterfeindliche Schweigepflicht der Arbeitervertreter abgeleitet, die diese tendenziell von der Belegschaft entfernt und an die Politik der Kapitalseite und die Bewegungsgesetze der Monopolkonkurrenz bindet. Nach dem Prinzip „Pflichten statt Rechte" wird versucht, die Arbeitervertreter von ihrem eigentlichen Auftrag zu entfremden und in die Rolle von Kapitaleignern zu verweisen. Ohne auch nur annähernd die gleichen Möglichkeiten einer Beeinflussung der Unternehmenspolitik zu haben, obliegen den Arbeitervertretern im Aufsichtsrat die gleichen Pflichten wie den Kapitalvertretern — Pflichten, die den letzteren zugute kommen.

Die gleiche Tendenz der Loslösung der Arbeitervertreter von ihrer Basis bergen Bestimmungen in sich, die nach dem Prinzip der Verlagerung der Mitbestimmung in möglichst basisferne Gremien verfahren. Die Funktion, die derartiges haben soll, ist leicht erkennbar: die Einschränkung der Befugnisse der EBR zugunsten des übergeordneten Konzern-Betriebsrates wird insoweit vorgenommen, „wie es (...) für die Entscheidungsfähigkeit der Konzernleitung unbedingt erforderlich ist". Die Gefahr, daß Mitbestimmung gegen die Interessen der Kapitalseite ausgeübt werden, einen reibungslosen Entscheidungsablauf also stören könnte, soll soweit wie möglich gebannt werden.

Die formale internationale Vereinheitlichung der Arbeitervertretung wird begleitet von Bestimmungen, die eine internationale Solidarisierung der Arbeiter behindern. So wird z. B. der EBR nicht von der Gesamtheit der Arbeiter einheitlich gewählt, sondern national und betrieblich getrennt. Die Autoren argumentieren nur scheinbar einleuchtend: „Die gegebenen sprachlichen Schwierigkeiten (im Falle einer einheitlichen Wahl — d. V.) können z. B. schon die Vorstellung der Kandidaten behindern". Ebenso wird eine enge Kooperation zwischen Betriebsvertretungen und EBR durch strikte Kompetenzabgrenzung erschwert (vgl. Art. 119). Eine für die Arbeiter vorteilhafte Regelung ließe die Organe der Arbeitervertretung diese Kompetenzabgrenzung frei in praktischer Kooperationserfahrung selbst entscheiden.

Insgesamt kennzeichnet die Verhinderung realer Mitbestimmungsrechte den Charakter des gesamten Statuts. Sie beginnt bei der Beschränkung der mitzubestimmenden Fragen auf Personal-, Lohn- und soziale Fragen, also Fragen, die die „Freiheit des Kapitals" nicht unmittelbar berühren. Das Veto-Recht des EBR in diesen Fragen wird zudem noch durch ein Schiedsverfahren eingeschränkt. Zwar behaupten die Autoren, das Veto-Recht gebe „dem EBR für bestimmte Angelegenheiten ein echtes Mitentscheidungsrecht", doch wird an anderer Stelle zugegeben: „Der EBR kann zwar die Einführung zusätzlicher Maßnahmen nicht erzwingen; er kann jedoch nachdrücklich darauf hinweisen und bei der Anlage neuer Einrichtungen die Belange der Arbeitnehmer vertreten" [34]). Mitbestimmung reduziert sich so auf ein „nachdrückliches Hinweisen" und eine rein verbale „Geltendmachung der Gesichtspunkte der Arbeitnehmervertreter". So wird versucht, die Arbeitervertretung in den europäischen Unternehmen in die Rolle

[34]) A.a.O., S. 102.

einer Sozialfürsorge für den Notfall zu zwängen: der EBR „kann durch rechtzeitige Maßnahmen nachteilige Auswirkungen für die Arbeitnehmer verhindern oder mildern". „Der Vorstand wird ihm deshalb oft das Recht zur selbständigen Führung von Wohlfahrtseinrichtungen zubilligen" [35]).

In allen wichtigen Fragen wird nach der Devise verfahren: Anhörungsrecht statt Mitbestimmungsrecht. Ein derartiges Konsultativrecht hat selbstverständlich keine reale Bedeutung, denn der Vorstand kann bei seiner Entscheidung von den Empfehlungen des EBR abweichen. Zwar hat er eine abweichende Entscheidung dem EBR gegenüber zu begründen, doch darf man annehmen, daß ihm das nicht sonderlich schwerfallen wird.

Bei der Frage der Mitbestimmung in den Unternehmensorganen (Aufsichtsrat, Vorstand), die das Statut ausdrücklich positiv beantwortet, kann vom Standpunkt der Arbeiter trotz aller verschleiernder Floskeln nur die Frage nach den Paritäten eine Rolle spielen. Auch hier entpuppt sich das Statut als mitbestimmungsfeindlich: es fällt mit seiner 2:1-Besetzung hinter das Montanmitbestimmungsmodell mit seiner halbparitätischen Besetzung zurück, das sowohl in den Forderungen des EBFG vom 17. März 1970 als auch in der Stellungnahme des DGB zur Mitbestimmung in der Europäischen Handelsgesellschaft vom 5. Februar 1969 als Minimum betrachtet wird.

Zusammenfassend kann man folgendes feststellen: Für die Arbeitervertretung in den Europäischen Aktiengesellschaften wurde eine Form gewählt, bei der die Betriebsräte in Fragen der wirtschaftlichen Mitbestimmung keinerlei Rechte erhalten, eine Form, die ein Minimum an realer Mitbestimmung bietet, die sich aber als Integrationsinstrument in der westdeutschen Mitbestimmungspraxis erwiesen hat. „Bei der Abfassung dieser Vorschläge haben eindeutig der reaktionäre Inhalt und die arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen des reaktionären Betriebsverfassungsgesetze der Bundesrepublik Pate gestanden" [36]). Der Hoffnung, daß sich der Integrationszweck erfüllt, wird im Statut verschiedentlich Ausdruck gegeben; so etwa, wenn gesagt wird: „Die Erfahrungen (. . .) zeigen, daß sich die Mitglieder von Arbeitnehmervertretungen an diese Verpflichtung (hier: Schweigepflicht — d. V.) halten".

Nun ist zu berücksichtigen, daß zahlreiche europäische Gewerkschaften diese Integrationsgefahr erkannt haben und einige sich deshalb entschieden weigern, sich im Rahmen derartiger Modelle an den Unternehmensorganen zu beteiligen (so etwa große Teile der englischen und französischen Gewerkschaften, die belgischen und italienischen Gewerkschaften [37])). Die Autoren des Statuts gehen auf diesen Sachverhalt ein: „Diese Einstellung kann dazu führen, daß die Arbeitnehmer einer S. E. keine Vertreter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entsenden. Um die Funktionsfähigkeit der Organe der Gesellschaft auch für diesen Fall zu sichern, sieht das Statut vor, daß der Aufsichtsrat in solchen Fällen auch ohne Arbeitnehmervertreter beschlußfähig bleibt" [38]).

Das „Integrationsangebot" an diese Gewerkschaften bleibt natürlich bestehen. Gleichzeitig erhöht sich die Gefahr der Spaltung dieser Gewerkschaften dadurch, daß eine Mandatsbindung der Mitglieder der jeweiligen Betriebsvertretungen bei der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder untersagt wird (Art. 139). „Durch diese Regelung wird erreicht, daß sich auch Mitglieder derjenigen Vertretungen an der Wahl beteiligen können, die die Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat in ihrer Mehrheit ablehnen".

[35]) A.a.O., S. 103.
[36]) H. Seeger, EWG, Monopole, Gewerkschaftliche Gegenmacht, a.a.O., S. 33.
[37]) Vgl. Hondrich, Karl Otto, Mitbestimmung in Europa — Ein Diskussionsbeitrag, Köln 1970, S. 44.
[38]) *Sonderbeilage*, a.a.O., *S. 86.*

Während das Statut einerseits dem Kapital ein einheitliches Auftreten und Agieren auf westeuropäischer Ebene ermöglicht, bringt es für die Gewerkschaften zahlreiche Gefahren der Spaltung im Innern wie auch untereinander mit sich, denen sie angesichts ihres bisherigen Integrationsgrades noch nicht wirksam zu begegnen imstande sind.

Der Statutenentwurf ist anzusehen als ein Element innerhalb der — in ihren übrigen Aspekten schon beschriebenen — Offensive des internationalen Kapitals auf die wirtschaftliche, soziale und politische Lage der westeuropäischen Arbeiterklasse.

Welche Möglichkeiten hat die internationale Arbeiterbewegung angesichts der Herausforderungen eines sich immer rascher internationalisierenden Großkapitals?

Die Perspektiven der Arbeiterbewegung und der Kampf für gesicherten Frieden und sozialen Fortschritt

Mit den beschriebenen objektiven Prozessen entstehen der Arbeiterbewegung nicht nur Gefahren, sondern auch neue Möglichkeiten, eine höhere Stufe internationaler Aktionseinheit zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse eines jeden Landes stößt bei ihrem Kampf um soziale Verbesserungen und antimonopolistische Alternativen mehr und mehr auf die gemeinsame konzertierte Reaktion einer sich internationalisierenden Monopolbourgeoisie. Das verdeutlicht, daß ein antimonopolistischer und antiimperialistischer Kampf heute langfristig nur noch als internationaler Kampf erfolgreich sein kann. Es ermöglicht und erfordert, „daß die allgemeinen Prinzipien der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung (...) in den verschiedenen imperialistischen Ländern mehr denn je übereinstimmen können und müssen. Damit wachsen die Möglichkeit und Notwendigkeit für eine gemeinsame koordinierte konkrete Grundstrategie des Kampfes um Demokratie und Sozialismus" [40]).

Gleichzeitig entstehen mit den internationalen Konzernen ganz neue Kampffelder, auf denen sich internationale Zusammenarbeit, Aktionen und schließlich Organisationsformen unmittelbarer anbieten als je zuvor. Hier werden nicht mehr nur der Inhalt, sondern auch die Formen des Kampfes international.

Immer wieder versteht es die bürgerliche Presse, die Ablehnung der EWG vom Standpunkt der Arbeiterklasse als „reaktionär" zu diffamieren. Eine solche Haltung (z. B. der englischen, skandinavischen und zahlreicher anderer Gewerkschaften, wie sie in deren Haltung zur Beitrittsfrage zum Ausdruck kamen) wende sich gegen „den Fortschritt" schlechthin. Oftmals findet diese „Argumentation" auch bei überzeugten Demokraten Anklang. Eine „Europabegeisterung von links", wie sie verbreitet ist, die Neigung, internationale kapitalistische Integrationsgebilde nur unter dem Aspekt des technischen und ökonomischen Fortschritts zu betrachten [41]), ist aber völlig fehl am Platze. Technik und wirtschaftspolitische Instrumente in den Händen der Monopole sind — wie sich erneut erwiesen hat — eine Waffe gegen die Arbeiterklasse. Eine Ablehnung dieses Europas der Monopole wendet sich also in keiner Weise gegen den Fortschritt. Der Kampf „gegen eine monopolkapitalistische ‚Einheit' Westeuropas wendet sich nicht gegen den objektiven Prozeß der Internationalisierung und erst recht

[40]) Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 448.
[41]) Das führt nicht selten zu der Illusion, die bloße Institutionalisierung eines Parlamentarismus auf Gemeinschaftsebene (europäische Wahlen, Verantwortlichkeit der Exekutive, Budgetrecht des Parlaments usw.) brächte endlich den Willen der europäischen Völker zur Geltung und könne so ein demokratisches Gegengewicht zur Macht der Monopole darstellen (vgl. z. B. H. Kuby, Provokation Europa, a.a.O., S. 351 ff.).

nicht gegen die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten. Es geht um den Kampf gegen die reaktionären Ziele, die das Großkapital mit der imperialistischen Integration verfolgt. Es geht um die Entwicklung einer demokratischen, antimonopolitistischen Alternative der Arbeiterklasse" [42]). Der Kampf wendet sich im Gegenteil gegen jene Hemmnisse, die die Prozesse der Internationalisierung einengen, sie den restriktiven Bewegungsgesetzen des Privatkapitals unterordnen. Es handelt sich hierbei also gerade um den Kampf zur Freisetzung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Der internationale Kapitalismus wird sich auch weiterhin höchst ungleichmäßig und widersprüchlich entwickeln. Das bedingt zwar, daß auch der antimonopolistische Kampf sich in verschiedenen Ländern unterschiedlich stark entfalten wird; gleichzeitig bietet sich der demokratischen Bewegung aber die Möglichkeit, die Ungleichmäßigkeiten im internationalen Kapitalismus zu nutzen, um die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte international zu isolieren und zurückzudrängen. Somit wird es zum Kern einer demokratischen Alternative gehören, die aggressiven, antisozialistischen Inhalte der westeuropäischen Integration [43]) zu bekämpfen und gemeinsam mit den sozialistischen Staaten für die Anerkennung der Prinzipien der Friedlichen Koexistenz und die Errichtung eines Systems der europäischen Sicherheit einzutreten. „Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Staaten Europas noch kein einziges Mal zusammengefunden, obgleich es eine Vielzahl von Fragen gibt, die ihrer Erörterung am Verhandlungstisch harren. Ausgehend von den Interessen der Festigung des Friedens gibt es keine gewichtigen Gründe, die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz aufzuschieben (...) Ein dauerhaftes System der europäischen Sicherheit ermöglicht, durch gemeinsame Anstrengungen große Projekte auf dem Gebiet der Energetik, des Verkehrswesens, die in unmittelbarer Beziehung zum Wohlstand der Bevölkerung des gesamten Kontinents stehen, zu verwirklichen. Eben dieses Gemeinsame kann und muß zum Fundament der europäischen Sicherheit werden" [44]). Ein gesicherter Friede in Europa ist nicht nur *Voraussetzung* für Erfolge des Kampfes für sozialen Fortschritt, sondern selbst schon ein Erfolg für die gesamten demokratischen und sozialistischen Kräfte der Welt. Nicht umsonst bestätigt uns ein über jeglichen Verdacht der Sympathie für Frieden und Demokratie erhabener Zeitgenosse, „daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, in Frieden triumphiert" [45]). Notwendig also ist der Kampf für europäische Sicherheit, für sofortige Abrüstung und Truppenreduzierung in Mitteleuropa, für die Zusammenarbeit aller europäischen Völker und gegen eine Politik der Diskriminierung anderer Völker und Staaten [46]).

Die Interessen der Konzernbelegschaften verschiedener Länder wachsen zusammen. Eine internationale Klassensolidarität erhält dadurch neue Impulse, der Kampf um ökonomische und soziale Tagesforderungen neue Möglichkeiten. Dieser Kampf gegen die unmittelbare Herrschaft des Großkapitals in den internationalen Konzernen bildet die Grundlage für alle weiteren Aktivitäten der Arbeiter-

---

42) Thesenentwurf zum Düsseldorfer Parteitag der DKP, a.a.O.

43) Vgl. G. Zellentin, Intersystemare Beziehungen in Europa, Leyden 1970, S. 240, Berichte des Europa-Parlamentes und Reden der EWG-Kommissare referierend.

44) Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. März 1969; vgl. z. B. auch ein „Manifest" des Brüsseler Jugendkolloquiums: „Wir müssen eine Sicherheitsorganisation für ganz Europa schaffen, die insbesondere mit der Lösung der deutschen Frage (und der Anerkennung der DDR) befaßt wird. Die Frage betrifft in der Tat alle Europäer und kann von ihnen nur dauerhaft im Rahmen der europäischen Einigung gelöst werden" (in: Kolloquium „Die Jugend und die europäische Gemeinschaft" — Dokumente, a.a.O., S. 130).

45) William S. Schlamm, Die Grenzen des Wunders, Zürich 1959, S. 185.

46) Allein dieser Weg wird allen Völkern Europas gleichermaßen Nutzen bringen. Hier bestehen natürlich wegen der verschiedenen politischen Zielvorstellungen Schwierigkeiten der verschiedensten Art. Es sei hier auf zwei Arbeiten hingewiesen, die diese Probleme halbwegs umfassend (von zwei grundsätzlich verschiedenen Positionen aus) behandeln: K. H. Domdey (Hrsg.), Europäische Sicherheit und internationale Wirtschaftsbeziehung, Frankfurt/Main 1970, und G. Zellentin, Intersystemare Beziehungen in Europa, a.a.O.

organisationen. Betriebsräte und Betriebsgruppen können sich auf europäischer Ebene koordinieren, es können multinationale Streiks durchgeführt werden, beispielsweise zur Erreichung einheitlicher westeuropäischer Tarifverträge, gegen den Abbau gewerkschaftlicher Rechte usw. Auf Konzern- oder Branchenebene können bi- oder multinationale Gewerkschaftsstrukturen entstehen. Ein Schritt mag mit der Gründung des „Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB)" in Brüssel getan worden sein, der 80 % der organisierten Metallarbeiter der EWG-Mitgliedsländer vertritt und ein verbindliches Lenkungsorgan, den Exekutivausschuß, besitzt [47]). Allerdings hängt der Erfolg solcher Zusammenschlüsse entscheidend von Art und Umfang der Massenbewegungen ab.

Gleichzeitig muß es Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein, innerhalb der einzelnen kapitalistischen Staaten Einfluß auf die Integrationspolitik zu gewinnen, das heißt z. B. die Regierungen zu ständiger Information zu zwingen und eine Kontrolle der internationalen Konzerne durchzusetzen. Und schließlich muß es Ziel sein, auch in den Organen und Instanzen der EWG eine qualifizierte Mitbestimmung der Arbeiteroganisationen und eine demokratische Kontrolle zu erzwingen. Dem westeuropäichen Integrationsprozeß muß ein neuer wirtschaftlicher und sozialer Inhalt gegeben und eine Revision der Römischen Verträge in einem demokratischen und antimonopolistischen Sinne erwirkt werden. Die „Arbeiterbewegung muß alle Formen des Klassenkampfes beherrschen, einschließlich aller parlamentarischen Möglichkeiten. Dazu gehört auch die Wirkung in den verschiedenen internationalen Organen und Gremien, die nicht als ausschließliches Feld dem internationalen Monopolkapital überlassen bleiben dürfen, sondern für die Ziele der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung genutzt werden müssen" [48]).

Die Arbeiterbewegung ist bis heute weitestgehend vom westeuropäischen Integrationsprozeß ausgeschlossen. Aber auch der Stand der transnationalen Kooperationsformen der Gewerkschaften signalisiert ihren politischen Rückstand. Während eine Adressenliste der seit Gründung der EWG errichteten europäischen Unternehmerorganisationen und Trade Associations einen 513 Seiten starken Band füllt (Stand 1968), ist es bisher noch nicht zu einer einheitlichen schlagkräftigen Vertretung aller westeuropäischen Gewerkschaften in Brüssel gekommen — nicht zuletzt auf Grund antikommunistischer Ressentiments einiger reformistischer Gewerkschaftsführungen. Es gibt ein internationales Büro des EBFG in Brüssel, das hauptsächlich von der belgischen Gewerkschaftsorganisation nebenher unterhalten wird. Daneben gibt es seit 1966 ein ständiges Koordinationskomitee von CGT und CGIL (Allgemeiner Gewerkschaftsbund Frankreichs und Allgemeiner Italienischer Gewerkschaftsbund), von dem aus bisher zahlreiche Kooperationsangebote an die EBFG-Gewerkschaften ergangen sind.

Die Rückständigkeit in den internationalen Kooperationsbeziehungen und Gewerkschaften verdeutlicht eine Reihe nationaler Kampfaktionen der Arbeiter in den letzten Jahren, deren Schlagkraft mangels internationaler Koordination und Geschlossenheit beträchtlich geschwächt wurde, die also ihre Ziele aus eben diesen Gründen ganz oder teilweise nicht erreichten (französischer Bergarbeiterstreik, Streik der britischen Seeleute, der Lütticher Arbeiterinnen u. a. m.). Internationale Solidarität der Arbeiter kann nur durch die Vermittlung der Arbeiterorganisationen entstehen (Informationsvermittlung) [49]). Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit aller Gewerkschaften über theoretische Differenzen hinweg, die

[47]) Vgl. „Frankfurter Rundschau", Nr. 147, 30. Juni 1971, S. 2.
[48]) H. Seeger, a.a.O., S. 29.
[49]) Vgl. P. Janz, Gastarbeiter — im Wartesaal des Bürgerrechts, in: „europäische gemeinschaft", 11/70, S. 28.

Aktionseinheit der Arbeiterklasse also, heute zu einer der wichtigsten Fragen der westeuropäischen Arbeiterbewegung geworden.

Diese Erkenntnis findet in den letzten Jahren auch in den reformistisch geführten Gewerkschaften immer mehr Verbreitung [50]). Eine internationale Zusammenarbeit aller Gewerkschaften hat ihre Grundlage im gemeinsamen Interesse aller Arbeiter. Die sachlich gemeinsamen Forderungen der Gewerkschaften sollten deshalb den Ausgangspunkt bilden. Die internationale Einheit wird angesichts der beschriebenen Entwicklungen nicht nur zur wichtigsten, sondern langfristig auch zu einer Überlebensfrage der demokratischen und Arbeiterbewegung werden.

Die Abrüstung und die Ideologie des Gleichgewichts (II)*)

Von Gunnar Matthiessen

Flexible response und SALT

Eine prinzipielle Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Strategie des Gleichgewichts des Schreckens ist ihre Funktionsfähigkeit. Der größte Teil der westlichen Militärexperten sieht sich zu positiver Haltung gegenüber den SALT-Gesprächen motiviert aus der Sorge, daß der waffentechnische Fortschritt, der Rüstungswettlauf sich selbst ad absurdum führen könnte. „Die nächste Phase bringt, paradox genug, trotz gesteigerten technischen Raffinements und extrem ansteigender Kosten weniger Sicherheit. Die nächste Generation der Nuklearwaffen läßt eine gefährliche Destabilisierung des Abschreckungssystems erwarten. Von der nächsten Generation strategischer Waffen läßt sich voraussagen, daß sie insgesamt die Erfolgsaussichten für einen ersten Schlag zu vergrößern und die Chancen des Vergeltungsschlages zu verringern scheint. Darin liegt ihre Abträglichkeit für die bisher relativ hohe Stabilität des Abschreckungssystems. Diese neuen Waffen üben also einen starken politischen Druck zugunsten von SALT ... aus" [40]). Destablilisierend wirken sich nach seiner Auffassung wie auch nach der anderer Militärexperten [41]), die zunehmende Treffgenauigkeit von ballistischen Flugkörpern, die Mehrfachsprengköpfe und die Raketenabwehrsysteme aus. Folge der ersten beiden ist, daß bei dem ersten Schlag ein Großteil des gegnerischen Potentials vernichtet werden kann und ihm damit seine soge-

50) Vgl. z. B. den Antrag der IG Chemie, Papier, Keramik an den 8. O. Bundeskongreß des DGB: „Die Aufnahme von Verbindungen auch mit kommunistischen Gewerkschaften im EWG-Bereich erscheint dringend erforderlich, weil in immer stärkerem Maße Unternehmen aus Deutschland, die Betriebe in den EWG-Ländern unterhalten, bei den betrieblichen und tariflichen Verhandlungen die Belegschaften gegeneinander auszuspielen versuchen (. . .)" (in: Anträge und Entschließungen an den 8. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 16.—23. 5. 1969 in München, vervielf. Manuskr., S. 34 f.).

*) Vgl. Heft 10/71.

40) Günter Gillesen, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12. 11. 1970.

41) Vgl. Theo Sommer, Verkehrsregeln über den Rüstungswettlauf, „Moderne Welt", 4/69, S. 347 ff.

nannte second strike capacity, d. h. die Möglichkeit zu einem Vergeltungsschlag genommen werden kann. Der Aufbau eines Raketenabwehrsystems (ABM) [42] würde zudem einen geschwächten Vergeltungsschlag gleichsam nutzlos machen. Es wäre nur logisch, von hier aus die Überlegung anzustellen, zu einem grundsätzlichen Verbot der Anwendung von Kernwaffen zu kommen. Das aber würde die Strategie des Gleichgewichts außer Kraft setzen. Es zu verhindern, war Absicht des ohnehin gegenüber Abrüstungsgesprächen skeptischen Helmut Schmidt, der auf der Wehrkundetagung in München von den beiden Verhandlungspartnern forderte, daß im Rahmen von SALT kein Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, von sogenannten preemptive-strikes, ausgesprochen werden sollte. Er würde ins „Herz der Allianz" zielen [44].

In der Tat würde es den Kerngedanken der Gleichgewichtsstrategie treffen, als massive Drohung sich den Einsatz von Atomwaffen offenzuhalten.

Kritik der Strategie des Gleichgewichts

Sich in der Bundesrepublik mit dieser Gleichgewichtsstrategie auseinanderzusetzen, ist nicht einfach. Denn unversehens gerät man in die Ecke, in die einen Coulmas allzu gerne manövrieren möchte: Das Spiel des „Gegners" zu treiben. Denn die Gleichgewichtsstrategie ist behütetes Staatseigentum und wird unterschiedlos und völlig selbstverständlich von allen Bundestagsparteien vertreten. Erschwerend kommt hinzu, daß zu ihren glühendsten Anhängern ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister zählt. Diese Selbstverständlichkeit hat ein Denken hinterlassen, das sich Frieden nur als militärisches Schreckgespenst vorstellen kann. Doch scheint noch nicht so klar, was Theo Sommer als absolut zwangsläufig sehen möchte. „Wenig deutet freilich darauf hin, daß die totale Abrüstung auf der Tagesordnung der nächsten zehn Jahre anders als rein ornamental figurieren wird. Hingegen ist es nicht undenkbar, daß auf dem Gebiet der Kontrolle, der Begrenzung und vielleicht sogar der Verminderung der Rüstung einiger Fortschritt gemacht wird" [45]. Selbstverständlich ist, daß unter den gegenwärtigen komplizierten Bedingungen des Rüstungswettlaufs eine totale Abrüstung auf einen Schlag undenkbar erscheint und einzelne, konkrete gleichgewichtige Schritte ein realistischer Ansatzpunkt für jeden Fortschritt im Abrüstungsbereich darstellen. Die Frage ist nur, mit welcher Perspektive, ob als Schritt zur völligen Abrüstung oder als Schritt, das Wettrüsten auf den jeweiligen waffentechnischen und politischen Entwicklungsstand einzupendeln.

Ein Argument, das beweisen soll, daß Frieden nur auf der Grundlage des Schrekkensgleichgewichts denkbar ist, ist biologisch begründet. Es geht von der eingeborenen Aggressivität des Menschen aus, die echte friedliche Beziehungen zwischen ihnen ausschließe. Es kann hier nicht der Ort sein, über die Stichhaltigkeit solcher biologischen Erkenntnisse zu debattieren. Aber selbst einmal angenommen, diese Aggressivität bestünde, so spricht sie nicht für, sondern gegen die Aufrechterhaltung der Gleichgewichtsstrategie. Denn es hieße, auf der Grundlage der komplizierten Kriegsführung im Rahmen der hochindustrialisierten Gesellschaft diese arg zu simplifizieren, wollte man sie auf einen spontanen, psychologischen Akt beschränken, der unmittelbar zum Ausbruch käme. Zu denken ist hier nur an die Mobilmachungszeit, an die Organisationsstruktur, insgesamt an die hochentwickelte „technische Rationalität", die der gegenwärtigen Kriegsführung zugrundeliegt. Gerade die Beseitigung der militärischen Möglich-

[42] Anti ballistic missile = Antiraketenraketen.
[44] „Die Welt", 23. 2. 71.
[45] Theo Sommer, Verkehrsregeln für den Rüstungswettlauf, „Moderne Welt", 4/68, S. 347.

keit würde unter den gegenwärtigen Bedingungen jeder angeborenen Aggressivität die Basis zu ihrer Anwendung nehmen.

Ein wichtigeres Argument ist, daß gerade das Wettrüsten es gewesen ist, das atomare Patt, das die Stabilität in Europa gewährleistet habe und in Zukunft gewährleisten müsse. Nun ist aber zuerst einmal überhaupt nicht einsehbar, warum total abgerüstete Völker den Frieden stärker bedrohen sollten als total hochgerüstete Völker, es sei denn, man stelle sich vor, sie gingen mit Hacken und Spaten aufeinander los, und das sei gefährlicher für ihr Überleben als die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Der Frieden ist wohl kaum sicherer zu machen, als wenn man die materiellen Bedingungen beseitigt, die seine Verletzung erlauben.

Es ist zu erwägen, wenn man wiederum das Denken der Anhänger des Gleichgewichts des Schreckens nicht vereinfachen will, daß es eine Reihe von Zwischenstufen in der Rüstung zwischen völliger Abrüstung und nuklearer Rüstung gibt, so insbesondere den großen Bereich der konventionellen Rüstung, auf deren Ebene Europa schon zwei verheerende Weltkriege erlebt hat. Es muß dabei gar nicht bestritten werden, daß das atomare Patt den Einsatz der konventionellen Waffen riskanter gestaltet und dazu beigetragen hat, daß sie fünfundzwanzig Jahre lang nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht angewandt wurden. Dies aber nur, weil der Friedenswille der europäischen Völker nach dem Kriege immens gewachsen ist. Die Frage ist auch hier die nach den besseren Garantien. Soll man die konventionelle Rüstung neutralisieren durch die atomare oder aber beseitigen durch ihre Abrüstung. Gibt das Wettrüsten wirklich eine Garantie, daß es nicht zu militärischen Verwicklungen konventioneller und atomarer Art kommt? Die Denkspiele der Eskalationstheoretiker zeugen vom Gegenteil. Zum ersten schließen sie innerhalb des atomaren Patts keineswegs die Anwendung konventioneller Waffen aus. Hierbei bliebe dann zu fragen: Was eigentlich soll die atomare Rüstung verhindern? Ihre eigene Anwendung? Dann wäre es sicherer, sie zu beseitigen. Zum anderen gehen sie von der prinzipiellen Fehleinschätzung aus, daß sie die Anwendung auf dem konventionellen Bereich beschränken könnten. In der von v. Weizsäcker herausgegebenen Studie „Kriegsvorbeugung und Kriegsverhütung" ist eindrucksvoll nachgewiesen worden, daß die europäische Zukunft nur politisch und nicht militärisch gesichert werden kann. Die Hoffnung auf die Möglichkeit eines „kalkulierten Risikos", das die militärische Auseinandersetzung im Rahmen des konventionellen Bereichs halten könnte, ist um so gefährlicher, als sie den qualitativ neuen Charakter der Kriegsführung unter den Bedingungen der atomaren Aufrüstung völlig verfehlt. Warum dann nicht eine totale Abrüstung? Der Krieg müßte zwangsläufig konventionell beschränkt bleiben und liefe nicht Gefahr, sich in den atomaren auszuweiten. Im übrigen sieht man hieran nur das Makabre dieses Denkens. Als Wesensmerkmal der Militärstrategie im Raketenzeitalter hat der sowjetische Militärexperte Marschall Sokolowski darauf hingewiesen, daß das alte Mobilmachungssystem völlig veraltert ist, ebenso wie die Auffassung eines Prozesses der militärischen Entfaltung. „Unter den Bedingungen eines Raketenkernwaffenkrieges sieht auch das strategische Prinzip des Haushaltens mit den Kräften völlig anders aus, wenn es klar ist, daß von der Quantität und der Wirklichkeit der Kraftanstrengung schon zu Beginn eines Krieges weitgehend auch sein Ausgang abhängt, dann ist es kaum vernünftig, noch mit einer Ausschöpfung der potentiellen Möglichkeiten eines Staates zu rechnen und einen großen Teil der Kräfte für die Führung von Kampfverhandlungen in folgenden Perioden des Krieges zu reservie-

ren. Zu einer solchen Schlußfolgerung neigt auch heute die überwiegende Mehrheit der Militärtheoretiker in den hochentwickelten Ländern der Welt" [46]).

Ebenso hinfällig geworden ist die traditionelle Kriegsführung der strategischen Entfaltung, in der die Streitkräfte nacheinander und planmäßig eingesetzt werden zu bestimmten Aufgaben. „Diese Auffassung ist heute sichtlich veraltet" [47]). Vielmehr ist davon auszugehen, daß bei einem drohenden Kriegsausbruch der Staat alle seine militärischen Potenzen mobilisiert und sie zum massiven Einsatz bringt in der Befürchtung, daß ihm ein massiver Überraschungsangriff bei zu später Reaktion die Möglichkeit des Vergeltungsschlages raubt. Die NATO-Militärdenker hoffen, daß die eine Seite gemäß den Vorstellungen der anderen handelt, sich also nach bestimmten „Spielregeln"verhält. „Jedenfalls gilt für beide Seiten daß von der Rationalität des anderen die eigene Existenz abhängt . . . Man rechnet damit, daß er Signale versteht" [48]). Wie auch immer man solche Modelle durchspielt, sie legen es dem Gegner nahe, sofort seine ganzen militärischen Möglichkeiten anzuwenden. Entweder muß er befürchten, der andere halte die Spielregeln nicht ein. Oder aber der Gegner hält die Spielregeln ein, muß aber befürchten, daß der, der sie vorgeschlagen hat, sie selbst verletzt: Es läuft so oder so alles auf die unmittelbare atomare Mobilmachung hinaus, um für den Fall gewappnet zu sein, daß der Gegner die Spielregeln nicht einhält. Der wiederum wird denken, daß der andere, der atomar mobilisiert, die Spielregeln nicht einhalten will. Es zeigt sich hieran das gefährliche Ausmaß der Irrationalität solcher Kriegsdenkspiele. Zu der gleichen Auffassung wie Sokolowski kommt ein anderer Militärexperte, Marschall Malinowski. „Heute kann niemand die Möglichkeit eines kurzen Krieges leugnen, vor allem deshalb, weil die ersten überraschend geführten Raketenkernwaffenschläge unerhörte Zerstörungen anrichten, eine gewaltige Anzahl von Truppen in ihren ständigen Konzentrierungsräumen sowie einen erheblichen Teil der Bevölkerung in den Großstädten vernichten können [49]). Und eben derselbe: „Ich gehe sicherlich nicht fehl, wenn ich sage, daß ein großer Teil der Anstrengung, die früher von einem Land und von seiner Armee für die Erringung des Sieges über den Feind im Verlaufe von mehreren Jahren unternommen wurden, heute auf den ersten Raketenkernwaffenschlag und auf die darauf folgenden koordinierten Handlungen aller Teilstreitkräfte konzentriert werden müssen [50]). Es ist geradezu ein Wesensmerkmal der neuen Bedingungen der Kriegsführung im Rahmen des atomaren Patts, daß gerade in Europa die konventionellen Kräfte überhaupt gar nicht erst zur Entfaltung kommen können, sondern daß viel eher damit zu rechnen ist, daß beide Seiten fast sofort sich gezwungen sehen, zur strategischen Kriegsführung überzugehen, weil ihnen die Unwägbarkeit, ob die gegnerische Seite atomare Waffen einsetzt, zu riskant ist. Die Gefährlichkeit der Eskalationstheorie liegt darin, daß deren Denker mit ihrem willkürlich fixierten Stufenplan hoffen, die moderne Technik noch einmal überlisten und Krieg spielen zu können — wie vor zwanzig Jahren. Solch Denken allein schon verführt zu Experimenten, die später theoretisch zu revidieren nicht mehr möglich sein wird.

Eine Militärstrategie ist immer Ergebnis konkreter politischer Zielsetzung. Sie von ihr abstrahieren zu wollen und zu einem technischen, keiner bestimmten Politik zugeordneten Planspiel zu reduzieren, würde sie jeden konkreten Inhalts berauben. Aber selbst mit der Zuflucht zu einem solchen abstrakten Modell der Militärstrategie ließe sich die Strategie des Gleichgewicht des Schreckens nicht

[46]) Militärstrategie, hrsg. von W. D. Sokolowski, Berlin 1966, S. 23.
[47]) Ebenda, S. 25.
[48]) Graf v. Baudissin, a.a.O., S. 2.
[49]) Marschall R. J. Malinowski, Auf Friedenswacht, in: „Militärisches Denken", Heft 3/1963, S. 21.
[50]) Ebenda, S. 13.

begründen. Angenommen, es gäbe die Eskalationstheorie nicht, nicht die Überlegung, daß militärische Kriegsführung als kalkuliertes Risiko denkbar sei — wäre es dann denkbar, daß die atomare Pattlage zum Verzicht der Anwendung jeder militärischen Gewalt zwänge? Solche Überlegungen existieren, wenngleich dabei nicht ganz einsichtig ist, warum dann nicht die totale Abrüstung die bessere Garantie ist, jede Anwendung von Waffengewalt zu verhindern, anstelle der atomaren Vernichtungsdrohung. Es liegt im Charakter der Gleichgewichtsstrategie als solcher begründet, daß sie stets die Gefahr des Ausbruchs eines weltweiten atomaren Vernichtungskrieges in sich birgt. Denn das Gleichgewicht selbst ist eine unwägbare Größe, die nie genau zu definieren ist und daher die andere Seite immer motiviert, einer denkbaren Kräfteverschiebung mit dem preemptive-strike zu begegnen. Die westlichen Militärstrategen sprechen selbst immer nur von einem relativen Gleichgewicht, weil es ein absolutes nicht gibt. In diesen Begriff spielen Faktoren hinein wie geographische Bedingungen, politisch/gesellschaftliche, bündnispolitische, psychologische, waffentechnische Ungleichheiten in der Stärke der konventionellen, taktischen und strategischen Atomwaffen, das Verhältnis, in dem sie zueinander stehen, unterschiedliche Planungs- und Koordinierungsbedingungen in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen inklusive ihrer Auswirkung auf den waffentechnischen Fortschritt. Die meisten Militärexperten des Westens kommen zu einer richtigen Einschätzung von der Unwägbarkeit des Begriffes Gleichgewicht. Seine Ergänzung durch das Wörtchen relativ zeigt nur, daß er untauglich ist. „Nun ist das Gleichgewicht freilich immer labil. Jede Erfindung, jede sonstige Veränderung stellt den erreichten Stand infrage. Noch schlimmer: Gleichgewicht ist von vornherein unmeßbar, nicht zu verifizieren, da es das Ergebnis einer unübersehbaren großen Anzahl materieller Faktoren und darüber hinaus ihrer psychologischen Einschätzungen durch alle betroffenen Parteien ist" [51]). Auf die makabren Konsequenzen, die in einem nicht definierbaren Begriff des Gleichgewichts liegen, weist in aller Schärfe Graf von Baudissin hin. „Auf dem Wege zu einem neuen Gleichgewicht können Krisenlagen entstehen, die einer Seite den first strike als einzige Überlebenschance nahe legen" [52]). Aus diesen richtigen Einsichten ziehen sie allerdings nicht die richtigen Konsequenzen, nämlich die Untauglichkeit der Theorie selbst anzuerkennen, sondern versuchen, das Gleichgewicht etwas weniger relativ zu machen durch die arms control, mit deren Hilfe eine Reihe Disproportionen ausgeglichen werden sollen. Sie zielt darauf ab, die Gleichgewichtstheorie effektiver zu machen, nicht aber sie zu überwinden.

Nicht das atomare Patt, sondern der wachsende Friedenswillen der europäischen Völker hat den Ausbruch eines neuen Krieges in Europa verhindert. Kein Waffensystem verhindert per se den Ausbruch eines Krieges. Im Gegenteil, es begünstigt ihn. Ob es zur Anwendung kommt, hängt einzig vom politischen Kräfteverhältnis ab.

Von welcher Seite man auch immer an die Schreckenskonzeption herangeht, sie erweist sich als nicht plausibel und als eine immense Gefahr für den Frieden. Daß sie bislang nicht zu einem verheerenden neuen Weltkrieg geführt hat, liegt weniger in ihr begründet als darin, daß die Kräfte in der Welt zugenommen haben, deren zunehmender Widerstand die Anwendung militärischer Gewalt mehr und mehr verhindert. Hierin liegt die einzige Perspektive für die stabile Friedenssicherung in Europa. Es hängt vom Ausmaß und der Intensität des Kampfes ab, den die Völker in Europa für ihre friedliche Zukunft führen, um mit ihm auch eine Grundlage für effektive und beschleunigte Abrüstungsverhand-

[51]) Peter Coulmas, a.a.O., S. 340.
[52]) Grenzen und Möglichkeiten militärischer Bündnisse, a.a.O., S. 4.

lungen zu schaffen. In West und Ost ist man sich einig darüber, daß alle Abrüstungsgespräche um so größere Aussicht auf Erfolg haben werden, wenn im politischen Entspannungsprozeß Fortschritte erzielt werden. „Wir sind vielmehr der Auffassung vieler anderer Delegierter, die den Stein des Anstoßes auf politischem Gebiet erblicken. Lange Erfahrungen in Abrüstungsverhandlungen lehren, daß bei Bereitschaft zu entsprechenden politischen Entscheidungen Probleme technischer Art von sekundärer Bedeutung sind und keine unüberwindlichen Hindernisse zur Erreichung gegenseitig annehmbarer Abkommen darstellen" [53]).

Bilanz der Abrüstungsbestrebungen

Trotz aller Schwierigkeiten sind die bisher geführten erfolgreich abgeschlossenen und geplanten Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West als wesentlicher Beitrag zur Eindämmung des Rüstungswettlaufs und zum Übergang zu weitergehenden Abrüstungsverhandlungen zu werten. Sie beweisen, daß der Rüstungswettlauf kein unabänderliches Schicksal ist, sondern bei gutem Willen aller beteiligten Parteien gestoppt und umgekehrt werden kann. Die Vereinbarungen, die Antarktis (1961), den Weltraum (1967) und den Meeresboden (1971) für militärische Zwecke zu sperren, hat verhindert, daß das Wettrüsten noch globalere Dimensionen angenommen hat und sich auf noch nicht genutzte Räume erstrecken konnte. Das Teststoppabkommen 1963 und der Atomwaffensperrvertrag 1968 waren ein Schritt, die Ausdehnung der atomaren Potenzen auf andere Länder zu vermeiden und damit dem Risiko aus dem Weg zu gehen, daß die Unwägbarkeiten eines Atomkrieges noch vervielfältigt würden. Sie haben eine günstige Ausgangsposition geschaffen für weitere atomare Abrüstungsgespräche unter Teilnahme der fünf Atommächte. Die Ausdehnung von Atomwaffen auf weitere Staaten würde konkrete Vereinbarungen in Zukunft erheblich erschweren. Es besteht also kein Grund, diese fünf Verträge als „bescheiden" [54]) zu bezeichnen. Auch wenn sie noch keine konkreten Abrüstungsschritte darstellen, haben sie doch dafür eine wesentliche Basis geschaffen. Die Kritik an diesen Verträgen erhält im Rahmen der arms control, die ja ohnehin nicht auf Abrüstung orientiert ist, einen fragwürdigen Charakter. Ihr scheint eher das Motiv zugrundezuliegen, in allen Abrüstungsvereinbarungen eine Übervorteilung der kleinen Staaten durch die großen zu sehen. Ihr liegt ein Denken zugrunde, das Souveränität einzelner Staaten nur dann noch sieht, wenn diese die Möglichkeiten zur selbständigen Kriegsführung und Machtpolitik als Grundlage der internationalen Beziehungen besitzen. In einer Rede vor der Georgetown-Universität bezog sich Franz Josef Strauß expressis verbis auf die Ausführungen des Oxforder Professors für politische Wissenschaft, Max Bellow, die er sich zu eigen machte. „Wenn die Länder nicht unabhängig voneinander kämpfen können, ist die historische Bastion der Souveränität bereits gefallen, da die Souveränität im Grunde ... nach außen im Recht und in der Fähigkeit besteht, Krieg zu führen". Von hieraus sei nach Strauß zu schlußfolgern, daß sich heute „Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen (anschicken), zum Symbol, zum Charakteristikum, zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden" [55]). Ebenso die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Die Zukunft beginnt mit der Anpassung der Politik an die Bedingungen des Atomzeitalters. Unter ihnen ist die Souveränität von ehedem längst ein Fetisch geworden. Die Interessen der nationalen Gemeinwesen sind an diese Souveränitäten nicht mehr gebunden" [56]).

[53]) Botschafter Rostschin auf der 495. Tagung des Genfer Abrüstungsausschusses, DDZ, 11/71, 1. Juniheft, S. 35.
[54]) So Theo Sommer.
[55]) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 224/1961, S. 2097 ff.
[56]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19. 9. 1964.

Dies ist die veralterte Auffassung, die immer noch davon ausgeht, daß Staaten nur dann internationale Positionen erlangen können, wenn sie ihre außenpolitischen Beziehungen auf der Grundlage der Machtpolitik gestalten. Gerade aber der totale Vertrauensschwund, dem die USA heute in aller Welt begegnen und der sie und andere Länder in eine tiefe Krise gestürzt hat, beweist nachdrücklich, daß Staaten nur dann heute noch Chancen haben, internationale Geltung zu erlangen, wenn sie ihre außenpolitischen Beziehungen nach den Prinzipien des friedlichen und freundschaftlichen Mit- und Nebeneinanders gestalten. Es ist dem Vorsitzenden des finnischen Komitees für europäische Sicherheit, Oittinen, durchaus zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die aktive Neutralitätspolitik seiner Regierung dazu geführt hat, daß Finnland in der internationalen Politik heute eine bedeutsame Rolle spielt.

Wenn also die beiden führenden Großmächte, die USA und UdSSR, untereinander zur Übereinkunft kommen, in bestimmten Kategorien als ersten Schritt den Rüstungswettlauf einzudämmen, dann können die kleineren und mittleren Staaten im Sinne ihrer eigenen Souveränität nur davon profitieren. Durch die Befreiung vom Druck des massiven Rüstungswettlaufes erhalten sie einen größeren Handlungsspielraum und können in das internationale Geschehen relativ selbständig eingreifen. Von einem wachsenden Teil auch der sozialdemokratischen Parteien wurde diese Einsicht nachdrücklich auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki dieses Jahr vertreten.

SALT

Im Rahmen von SALT haben sich die USA und UdSSR nun auf den prozeduralen Rahmen geeinigt, innerhalb dessen sie über bestimmte Kategorien der strategischen Rüstung verhandeln wollen. Auch bei SALT geht es gegenwärtig vorerst nicht darum, über konkrete Abrüstungsmaßnahmen zu entscheiden. Gegenstand des Gesprächs sind die nuklearen Defensivwaffen, konkret das ABM-System, dessen Entwicklung eine weitere Forcierung des Rüstungswettlaufes bedeuten würde. Wenn es beiden Partnern gelänge, hierin zu einer konkreten Übereinkunft zu kommen, könnte das Ergebnis von SALT beispielhaft auf andere Abrüstungsgespräche ausstrahlen. Während es in den obenerwähnten Vereinbarungen wesentlich darum ging, den Rüstungsablauf nicht auf neue Gebiete auszudehnen bzw. auf bestimmte Anwendungsformen zu verzichten, würde der vertraglich abgesicherte Verzicht auf die Entwicklung des ABM-Systems und gegebenenfalls der Mehrfachsprengköpfe, der sogenannten MIRV-Waffen, ins Zentrum des Rüstungswettlaufs selbst vorstoßen und dessen innere Logik infrage stellen. Die Begeisterung über die konkreten Aussichten von SALT, den Rüstungswettlauf an einem entscheidenden Punkt einzudämmen, ist in der Bundesrepublik nicht sehr groß, das Achselzucken um so nachdrücklicher. „SALT kann den Rüstungswettlauf nicht stoppen — ein Abkommen allein über Raketen wäre kein Erfolg" [57]). „Mageres Ergebnis der dritten SALT-Runde" [58]). Und Helmut Schmidt kommentiert das Übereinkommen über das prozedurale Vorgehen im Rahmen von SALT: „Ich glaube nicht, daß man dem eine besonders große Bedeutung beimessen sollte" [59]).

Sicherlich, aus SALT werden sich noch keine konkreten Abrüstungsschritte ergeben. Aber mit einem positiven Ausgang würden sie sie nachdrücklich fördern. Das Problem, das einer Ausweitung von SALT auf offensive Nuklearwaffen erschwert und gegenwärtig verhindert, ist durch die unterschiedliche geogra-

57) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15. 3. 1971.
58) „Handelsblatt", 21. 12. 1970.
59) „Die Welt", 2. 6. 1971.

phische Situation der beiden Großmächte gegeben. In einer Studie des Londoner Instituts für strategische Forschungen „Die militärische Balance 1970/71" wird darauf verwiesen, „daß die USA eine Kette von Stützpunkten in fast allen Teilen der Welt besitzen und Bomben auf 16 Flugzeugträgern stationiert haben. (Es) verschafft ihnen bessere Möglichkeiten, gezielter Attacken auf das Gebiet der Sowjetunion" [60]). Die Einbeziehung strategischer Offensivwaffen in die gegenwärtige Gesprächsrunde würde bei der gegebenen militärpolitischen Situation bedeuten, daß die USA zwar durch die Sowjetunion unverwundbar, diese aber jederzeit von den taktischen Atomwaffen, die als Gürtel rings um sie aufgestellt sind, angreifbar wäre. Um weitere Fortschritte bei SALT zu erzielen, müßten notwendigerweise die ausländischen Militärstützpunkte überhaupt in die Diskussion mit einbezogen werden. Dies aber rührt an den Kern der Globalstrategie und den Hegemonialanspruch der USA. Der Zusammenhang von Abrüstungsverhandlungen und politischer Entspannung stellt sich hierbei zwingend ein. Eine Europäische Sicherheitskonferenz, auf der ein kollektiver Gewaltverzicht vereinbart würde und den Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf unserem Kontinent zum Durchbruch verhülfe, würde auch den Abbau ausländischer Truppenkontingente günstig beeinflussen und damit auch die Fortführung von SALT. Um solche Perspektiven zu eröffnen, wäre aber auch hier ein kritisches Überdenken der Gleichgewichtsstrategie notwendig. Auf ihr weiterhin zu insistieren, muß die Möglichkeiten von SALT begrenzen. Wenn es lediglich die „Angst vor der Destabilisierung des atomaren Patts" sein soll, die „jedenfalls ein Motiv der SALT-Politik bildet" [61]), dann wird die Ausdehnung auf alle atomaren Waffenkategorien von vornherein theoretisch ausgeschlossen. Aus dieser Unsicherheit erklärt sich auch der Zwiespalt, mit dem westliche Militärexperten der Vereinbarung der Sowjetunion und USA begegnen, vorläufig über die strategischen Defensivwaffen zu verhandeln. Einerseits sehen sie darin die Voraussetzung, ihre Strategie zu sichern. Aber: „Das atomare Patt ist zugleich das Gleichgewicht des Schreckens ... eine Begrenzung des offensiven und der defensiven taktischen Atomwaffen könnte darum nur Vorteile mit sich bringen." So Nixon [62]). Andererseits aber müssen diese Kreise befürchten, daß die Verhandlungen eine Dynamik entwickeln, die die Gespräche über das anvisierte Ziel von arms control hinaustreiben und zu echten Abrüstungsgesprächen ausweiten. Wie bereits bei den anderen Rüstungsbegrenzungsabkommen, tritt auch bei SALT der unlösbare Widerspruch von machtpolitischem Denken und echten Abrüstungsgesprächen zutage. Ein zu weites Vorgehen der USA könnte auf die eigenen militärpolitischen Zielsetzungen ausstrahlen und die Strategie des Gleichgewichts gefährden. Das antiquierte Denken in machtpolitischen Kategorien wird auch gegenüber SALT erneut zur Geltung gebracht und mit völkerrechtlich überholten Souveränitätsansprüchen zu rechtfertigen versucht. „Trotz der Konsultationen und Diskussionen über die Themen von SALT zwischen den Alliierten müssen die Bündnispartner der beiden Weltmächte dabei in erster Linie mit den Auswirkungen von Entscheidungen rechnen, auf die sie keinen oder jedenfalls nur einen geringfügigen Einfluß ausüben können. Zum erstenmal seit Beginn der Ost/West-Verhandlungen über die internationale Abmachung der globalen Sicherheitspolitik und der arms control-Probleme sind alle europäischen Staaten von der Beteiligung ausgeschlossen ... So bezeichnet SALT, bevor es ein arms control-Resultat gezeitigt hat und noch bevor sich die weitere Orientierung der bilateralen strategisch sicherheitspolitischen Diskussion zwischen den beiden Weltmächten abzeichnet, den Beginn einer Hierarchisierung

[60]) „Handelsblatt", 29. 10. 1970.
[61]) Theo Sommer, Verkehrsregeln für den Rüstungswettlauf, a.a.O., S. 352.
[62]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15. 3. 1971.

auch im Bereich der formalen, auf die Veränderung des Völkerrechts gerichteten Diplomatie: Der ‚Einfache Atomklub', in dem sowohl Großbritannien als auch Frankreich mit ihren nuklearen Rüstungsanstrengungen Eingang gefunden zu haben glaubten, erweist sich als eine Fiktion ... In dieser Perspektive erscheinen die organisierten Militärbündnisse als Instrument und Funktion der globalen und bilateralen Sicherheitspartnerschaft der beiden Supermächte. Sie wollen als Instrumente von arms control-Abmachungen dienen, ohne ihre Funktion als Verteidigungspakte und Militärorganisationen zu verlieren. Aber die letztere Funktion tritt zurück und wird der ersteren im Dienst der arms control untergeordnet" [63]).

Einmal ganz davon abgesehen, daß der Autor offensichtlich die Wandlung des Völkerrechts noch nicht mitbekommen hat, das das alte Prinzip des Rechts auf Krieg abgelöst hat durch die Verpflichtung zum Frieden, die jetzt als Grundlage jeder völkerrechtlichen Souveränität gilt, ist es das Charakteristische solcher Stellungnahmen, daß sie eben dann jeden Abrüstungsverhandlungen heftigen Widerstand entgegensetzen, wenn diese die Grenzen der arms control überschreiten, die Existenz der Militärblöcke antasten und das Militär überhaupt als politische Kategorie zu liquidieren drohen.

Solche Hindernisse sind bei den Abrüstungsverhandlungen in Rechnung zu stellen. Sie können aber nichts daran ändern, daß die Kräfte im internationalen Geschehen, die die Beziehungen aller Staaten und Völker zueinander auf eine friedliche Grundlage stellen wollen, zum bestimmenden Faktor geworden sind. Davon zeugen die erfolgreichen Abschlüsse aller bisherigen Verträge und die jüngste Entwicklung im Rahmen von SALT. Mir scheint darin die Ursache für das Zustandekommen dieser Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung zu liegen. Die Vorstellung, daß Abrüstung möglich und notwendig ist, hat Eingang in die Politik der meisten die UNO tragenden Staaten gefunden und ist zu deren integriertem Bestandteil geworden.

Genfer Abrüstungsausschuß

Seit fast 50 Jahren existiert nun die Ächtung von chemischen und bakteriologischen Waffen, die seinerzeit vom Völkerbund ausgesprochen wurde. Heute bestehen reale Möglichkeiten ihrer teilweisen Verwirklichung und Inkraftsetzung. Die Ächtung wurde seinerzeit von den USA zwar unterzeichnet, aber niemals ratifiziert. Jahrelang ist es gegen ihren Widerstand, insbesondere mit Assistenz Großbritanniens, nicht gelungen, im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz einen Vertrag über das Verbot der Anwendung bakteriologischer und chemischer Waffen auszuarbeiten. Um zumindest einen relativen Fortschritt in dieser Frage zu erzielen, haben die sozialistischen Länder einen Entwurf vorgelegt, indem sie vorschlugen, im ersten Zug zu einem Verbot bakteriologischer und toxischer Waffen zu kommen. Die USA und UdSSR haben sich jetzt auf einen gemeinsamen Entwurf einigen können, den sie dem Genfer Abrüstungsausschuß als Vertragsentwurf vorgelegt haben. In seiner Präambel wird darauf hingewiesen, daß es sich nur um einen Versuch handeln kann, durch die Übereinkunft in diesem Bereich auch zu einem Verbot der Anwendung chemischer Waffen zu kommen.

Truppenverminderung

Neue Möglichkeiten zeichnen sich ab auch in der Diskussion um die Truppenverdünnung in Europa. Erfolgreiche Verhandlungen in dieser Frage würden auch einen günstigen Einfluß auf SALT ausüben, wenn es im Zuge des Abbaus ausländischer Stützpunkte auch zum Abbau taktischer Atomwaffen in Mitteleuropa

[63]) Lothar Ruehl, Abschreckung und Abrüstung, SALT und Europa, „Der Monat", Heft 262, Juli 1970, S. 20 und 22.

käme. Die politische Kernfrage, um die es bei der Erörterung der Truppenverminderung in Europa geht, ist vom Chefredakteur der DPA, Hans Benirschke, treffend umschrieben worden: „1944/45 strömten die Millionenheere der siegreichen Alliierten von Westen und Osten nach Mitteleuropa. Sie blieben zunächst als Besatzungstruppen, und heute sind die damaligen alliierten Soldaten als Verbündete im Rahmen der NATO und des Warschauer Paktes in beiden Teilen Deutschlands stationiert. Ein Vierteljahrhundert lang hat man vergeblich darüber diskutiert, wie man diese Armeen verringern, auseinanderrücken, von Atomwaffen ‚entblößen' oder ganz aus dem Herzen Europas entfernen könnte" [64]). Nichts jedoch steht dabei der gleichzeitigen Erörterung über den Abbau ausländischer und einheimischer Streitkräfte entgegen. Auf welchen prozeduralen Rahmen man sich schließlich bei den konkreten Vorbesprechungen einigen wird, bleibt den Verhandlungspartnern, die gemeinsam an einem Tisch sitzen, überlassen. Die NATO hat eine Reihe unterschiedlicher Modelle — insgesamt sechs — erarbeitet, die von unterschiedlichen Gesichtspunkten her die Möglichkeit einer Truppenreduktion in Europa theoretisch vorwegzunehmen versuchen. Dies ist gewiß ein legitimes Vorgehen, um im Verhandlungsstadium die Erörterung zu erleichtern und selbst seine eigenen Zielvorstellungen vortragen zu können. Allerdings können diese Modelle die konkreten Verhandlungen nicht ersetzen. Ihre Angemessenheit haben sie im Gespräch mit dem Partner zu erweisen. Dies liegt im Interesse beider Seiten. Um zu Gesprächen mit dem Osten zu kommen, „bedarf es keiner unverrückbaren starren westlichen Verhandlungsposition, keines ausgefeilten Modells. Es bedarf eines politischen Impulses, fester Kriterien und wacher Sinne. Es bedarf desselben Geschicks, das die Amerikaner in den SALT-Konferenzen erwiesen haben: am Konferenztisch herauszufinden, was möglich ist — und das Mögliche dann zu vollziehen" [64a]).

Auf welchen prozeduralen Rahmen auch immer die Partner sich einigen werden, die politische Aufgabe der Gespräche über die Truppenverminderung in Europa muß es sein, zu einer qualitativen Rüstungsverminderung zu kommen. Es kann nicht die Aufgabe sein, auf der gleiche Stufe der Rüstung zu einer Umstrukturierung und Neuordnung des Militärs zu gelangen. Schon ein geringfügiger Abbau von Truppen im qualitativen Sinne würde immense finanzielle Mittel für die Lösung innergesellschaftlicher Aufgaben freisetzen. „Schon Truppenverminderungen um 5 % erbrächten Milliarden, die in Bonn dem Bildungsetat zufließen könnten" [65]).

Solche Erwartungen allerdings hätten sich als irrig zu erweisen, wenn es nach den politischen Zielvorstellungen einiger Militärexperten ginge. „Die Bundeswehr füllt die durch die Truppenverringerung entstehenden Lücken auf und gleicht durch organisatorische Verbesserungen die Schwächen aus, die durch die geplanten Truppenveränderungen entstehen. Den deutschen Streitkräften würden bei dieser Lösung die Kampfaufträge der ausländischen Truppen, die aus Deutschland abziehen, zufallen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, müßte die Bundeswehr personell und materiell verstärkt und ihr Mobilisierungssystem neu überdacht werden" [66]). Der Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Adelbert Weinstein, würde es begrüßen, wenn noch vor allen Verhandlungen die NATO sich unmißverständlich auf ihre weitere Stärkung verpflichten würde. „Das nordatlantische Bündnis hat das ‚Signal von Tiflis' aufzunehmen. Es sollte aber zugleich — und zwar jetzt auf den beiden Konferenzen

64) „Hessische Allgemeine", 1. 6. 1971.
64a) Theo Sommer, „Die Zeit", 11. 6. 1971.
65) „Der Spiegel", Nr. 28, 1970, S. 28.
66) Gerd Schmückler, Die NATO-Strategie und die Truppenverminderung, „Europa-Archiv", a.a.O., S. 556.

in Brüssel und Lissabon — unmißverständlich zeigen, daß die westliche militärische Kraft weiter ausgebaut wird" [67]). Wie gegenüber SALT reagieren die Rüstungsexperten in der Bundesrepublik auch gegenüber der Möglichkeit, konkrete Verhandlungen über die Truppenverminderung zu führen, äußerst zwiespältig. Einerseits liegt sie in ihrem Interesse, weil sie sich von ihr eine positive Auswirkung auf ihre Strategie der flexiblen Reaktion erhoffen, andererseits müssen sie auch in diesem Bereich eine Dynamik befürchten, die die Truppenreduktion weit über das gewollte Ziel, nämlich lediglich zu einer Umorganisierung des Militärs zu kommen, hinaustriebe. Derselbe Theo Sommer, der aus dem ersten Grund zu konkreten Verhandlungen ermutigt und sich höchst amüsiert über die Reaktion des Westens äußert — „Gipfel der Infamie: sie lassen sich auf die NATO-Initiative ein. Was Wunder, wenn der Westen, unversehens beim Wort genommen, in Verdrückung gerät" —, gerät aus dem zweiten Grund selbst in Verdrückung. „Bis zu wirklichen MBFR-Verhandlungen zwischen Ost und West hat es auf jeden Fall Weile. Noch gärt der Wein in den Schläuchen, er braucht Zeit und Pflege, bis er genießbar wird" [68]). Vor Eile warnt auch ein anderer Militärexperte: „Das nächste ist Berlin, und da ist die Allianz solidarisch, das genügt zunächst. Und das übernächste kann MBFR sein. Aber darüber wird frühestens im nächsten Jahr mit der Sowjetunion verhandelt werden können und dann noch sehr lange" [69]).

Solche Bremsmanöver aber können kein echter Beitrag zur Abrüstung sein. Die angespannte und labile Lage Europas erfordert es, daß alle nur denkbaren und möglichen politischen Initiativen ergriffen werden, um zu einem wenn auch noch so relativen Fortschritt in der Entsapnnung und Abrüstung zu kommen. Durch Abwarten wird kein Problem gelöst werden, auch dann nicht, wenn man von der irrigen Hoffnung ausgeht, daß man zu einem späteren Zeitpunkt von besseren Machtpositionen aus verhandeln und den Partner unter Druck setzen könnte.

Wenn die Truppenverminderungsgespräche zu einem wirklichen Abrüstungserfolg führen sollen, dann müßten sie der gegenwärtigen besonderen Militärstrategie Rechnung tragen. Die Truppenverminderung müßte sich ebenso sehr auf die Mannschaften, wie im besonderen auch auf das Offizierskorps erstrecken; sie müßte gekoppelt sein mit der Erörterung, die Atomschwelle heraufzusetzen, damit nicht die Verringerung der Mannschaftstärke durch die Bewaffnung mit taktischen Atomwaffen ausgeglichen werden. Die Festlegung eines bestimmten Tonnagegewichts bei Atomwaffen könnte dies verhindern. Wenn man von solchen Überlegungen an die Frage der Truppenverminderung herangeht, dann allerdings könnten sich die Erwartungen der europäischen Völker erfüllen.

Eine Europäische Sicherheitskonferenz, auf der die friedliche Koexistenz zwischen allen Staaten Europas vereinbart wird, müßte sich positiv auf Truppenverminderungsgespräche auswirken. Durch sie wäre eine politisch stabile Basis geschaffen, auf der Abrüstungsverhandlungen schneller und mit Aussicht auf größeren Erfolg geführt werden könnten. Die Anerkennung des Status quo von Europa, der Verzicht auf Gewalt und die Vereinbarung multinationaler Zusammenarbeit macht in der Perspektive jede Rüstung überflüssig. Unmittelbar würde das bereits in den laufenden Verhandlungen zur Geltung kommen. In allen Stellungnahmen, die zum sogenannten Signal von Tiflis in der Bundesrepublik abgegeben wurden, wird darauf verwiesen, daß der Truppenabbau eine derart komplizierte Materie ist, daß eine Einigung höchstwahrscheinlich eine längere Zeit beanspruchen

67) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28. 5. 1971.
68) „Die Zeit", 4. 6. 1971.
69) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 8. 6. 1971.

würde als SALT. Der Vorschlag, die Frage der Truppenverminderung auf einer gesonderten Konferenz zu erörtern, ist deshalb geeignet, daß jetzt alle europäischen Regierungen ihre Anstrengungen vermehren, um parallel zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz eine erste Verhandlungsrunde über die Truppenverminderung vorzubereiten.

Trotz der Denkschwierigkeiten und der politischen Hemmnisse, die auf dem Weg zum Europäischen Sicherheitssystem und zur Abrüstung noch zu überwinden sind, sind gegenwärtig in Europa alle Voraussetzungen bereits gegeben, daß alle diese Projekte in naher Zukunft verwirklicht werden können. Lediglich vom guten Willen aller Beteiligten hängt es ab, politische Differenzen in Verhandlungen miteinander zu erörtern und zu überwinden.

Polen in Schulbüchern der BRD

Zur Ratifizierung des Warschauer Vertrags auf gesellschaftlicher Ebene

Von Günter Berndt

I

Der Warschauer Vertrag zwischen der BRD und Polen wurde vor nunmehr einem Jahr unterzeichnet. Die seinerzeit weltweite Zustimmung und Anerkennung jenes Vertragswerkes, seine außerordentlich positive Beurteilung vornehmlich auch bei den Verbündeten der Bundesrepublik ließ alle aufatmen, die seit Jahren für eine Aussöhnung mit jenem Volk eintraten, das neben dem russischen am bittersten die nationalsozialistische Ausrottungspolitik zu spüren bekam. Hoffnungen wurden geweckt, eine neue Epoche der Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen wurde eingeleitet. Dabei wird die Unterschrift unter dieses Vertragswerk für den noch bedeutsamer, der erkennt, daß hier der Schlußstrich nicht nur unter die nationalsozialistische, sondern unter eine fast ungebrochene zweihundertjährige deutsche Polenpolitik gezogen wurde. Werden wir uns aber gerade der Tatsache einer zweihundertjährigen Tradition antipolnischer Politik bewußt und betrachten wir die emotional aufgeheizte Diskussion um den Vertrag vom 7. Dezember 1970 in den letzten Monaten, die bis hin zu Diffamierungskampagnen führte, so wird die gewiß berechtigte Hoffnung auf eine neue Epoche einige Ernüchterungen erfahren. Wir werden auf die Realitäten zurückverwiesen. Mit diesen Realitäten meinen wir die Machtverhältnisse und Interessen in unserer Gesellschaft wie auch — und das scheint besonders wichtig — den Bewußtseinshorizont der Bürger in unserem Staat. Diese Ernüchterung veranlaßt uns, die hoffentlich bald erfolgende Ratifizierung des Vertrages in ihrer Relativität zu begreifen, gilt es doch, durch eine lange intensive Bildungsarbeit diesem

Neubeginn die heute noch fehlende Basis zu geben. Daraus folgt: Die eigentliche Ratifizierung des Warschauer Vertrages findet auf gesellschaftlicher Ebene statt. Es muß eine lange, durch Generationen geprägte Tradition überwunden werden. In seinem Aufsatz „Nach Warschau" hat Imanuel Geiss den Begriff „Ratifizierung auf gesellschaftlicher Ebene" geprägt und als wesentliches Erfordernis „die grundsätzliche Bereinigung des deutschen Geschichtsbewußtseins gegenüber Polen" aufgezeigt [1]).

Zu so verstandener Ratifizierung auf gesellschaftlicher Ebene gehört die Änderung des Bewußtseins unserer Bürger, gehören Kenntnisse und Informationen über das polnische Volk, seine Geschichte und seinen heutigen Staat. Im Vertrag BRD—Polen wird besonders auf die junge, die neue Generation verwiesen, wenn die Präambel den Vertrag „eingedenk dessen, daß in beiden Ländern inzwischen eine neue Generation herangewachsen ist, der eine friedliche Zukunft gesichert werden soll", begründet. Und im gemeinsamen Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers in Warschau wird betont: „Im Prozeß der Normalisierung kommt der jungen Generation beider Länder eine besondere Rolle zu." Der damalige polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz verwies in seiner Tischrede auf die Verpflichtung der älteren Generation: „Es ist die moralische Pflicht unserer Generation, Herr Kanzler, einer Generation, die den Zweiten Weltkrieg durchlebt hat, daß wir der jungen Generation keine Angelegenheiten, die aus dem Krieg resultieren, auch nur scheinbar offen, nicht bis zum Ende erledigt oder glimmend, und manchmal als schwärenden Keim kommenden Streits, als Nachlaß überlassen."

In die Jugend werden also Hoffnungen gesetzt. Sind sie berechtigt? Findet die Einleitung der neuen Epoche zwischen den Völkern der BRD und Polens auf seiten der jungen Generation Verständnis, sind hier die Voraussetzungen günstig? Welchen Nachlaß übernimmt die junge Generation?

Nun, nach Umfrageergebnissen erscheint zumindest bei der jungen Generation mehr Bereitschaft vorhanden zu sein als bei der älteren. Aber auch hier ist Nüchternheit und sogar Skepsis geboten. Mögen auch manche Vorurteile und Klischees nicht so verfestigt sein wie bei der älteren Generation, so steht die junge Generation in der Unkenntnis über die Geschichte und die Gegenwart Polens der älteren nicht nach. Und es bedarf nur geschickter Manipulateure — an denen es nicht mangelt —, um alle latent vorhandenen Klischees und Vorurteile wieder abzurufen. Im folgenden soll an Beispielen der Darstellung Polens in unseren Schulbüchern jene Gefahr verdeutlicht und damit die Notwendigkeit einer „Ratifizierung auf gesellschaftlicher Ebene" unterstrichen werden.

Warum aber gerade am Beispiel Schulbuch? Wird das Schulbuch in seiner Wirkung nicht überschätzt? Klaus Christian Becker kommt in seiner Untersuchung zur Einstellung deutscher Schüler gegenüber Franzosen, Polen und Russen zu dem Ergebnis: „Polen wird als ein kleines und unbedeutendes Nachbarland Rußlands betrachtet, während Hinweise auf die Nachbarschaft Deutschlands fehlen. Geographisches Wissen ist kaum vorhanden. Über die Hauptstadt Warschau machen die Schüler kaum geographische Angaben. Bei den politischen Gegebenheiten stehen die deutschen Ostgebiete und die enge Verbindung Polens mit Rußland im Vordergrund" [2]). Daß solche Einstellungen, mangelnde Kenntnisse und alte tradierte Vorurteile nicht ausschließlich das Ergebnis des Umgangs mit

[1]) Imanuel Geiss, Nach Warschau — Ratifizierung auch auf gesellschaftlicher Ebene, in: „Kommunität", Vierteljahreszeitschrift der Evangelischen Akademie Berlin, Nr. 57, Januar 1971, S. 1 ff.
[2]) Klaus Christian Becker, Einstellung deutscher Schüler gegenüber Franzosen, Polen und Russen — Ein Beispiel zum Problem des Ost-West-Gefälles der Vorurteile, in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", 22 (1970), S. 737—755.

Schulbüchern sind, versteht sich von selbst. Es bleibt die Frage, ob die Schulbücher zu einer Änderung jener Einstellungen und zu einem Abbau der Vorurteile führen und neue, richtige Kenntnisse vermitteln oder die alten Vorurteile bestätigen. Hat also Imanuel Geiss recht, wenn er feststellt, daß die Schulbücher häufig den Stand von vor fünfzig Jahren reflektieren? Die Feststellung im „Handbuch für die Neugestaltung von Schulbüchern und Lehrmitteln" (herausgegeben von der UNESCO) über die Bedeutung und den Stellenwert der Schulbücher [3]) ist in der Untersuchung „Heile Welt und dritte Welt" von Fohrbeck/Wiesand/Zahar bestätigt worden [4]).

II

Von besonderer Bedeutung für die Frage nach der Darstellung Polens in westdeutschen Schulbüchern sind die Bücher, die für jüngere Schüler bestimmt sind und deren zweifellos hervorragende Aufmachung die autoritätsgläubige Haltung der Eltern und Schüler, nicht zuletzt auch vieler Lehrer unterstützt. Wir fragen dabei: Welche Vorurteile werden in den Schulbüchern reproduziert? Fehlende und falsche Informationen sowie politische Indoktrination sind aufzudekken. Und schließlich muß nach den Ursachen solcher Darstellung gefragt werden. Im Übungsbuch für den Rechenunterricht von Hermann Thyen, Ausgabe Berlin 1968, kann der Schüler der 6. Klasse folgendes lesen: „Seit dem Jahre 1945 sind Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien bis zu einer endgültigen Grenzregelung im Friedensvertrag vorläufig unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt... Die Flächengröße des Deutschen Reiches (Grenzen vom 31. 12. 1937) betrug rund 471 000 qkm. Den wievielten Teil davon nahmen unsere Ostgebiete ein? ... Der Jahresdurchschnittsverbrauch betrug im Jahre 1966 pro Person 80,9 kg Kartoffeln, 23,2 kg Butter und Fett, 57,5 l Milch und 60,5 kg Fleisch. Wieviel Menschen könnten nach diesem Verbrauch durch die Erzeugnisse der Ostgebiete ernährt werden? Wie hoch würde der Lebensmittelüberschuß sein, wenn Du die Bevölkerungszahl der Ostgebiete des Jahres 1937 abrechnest? Wieviel Menschen könnten von dem Überschuß noch ernährt werden?"

Dieses Rechenbuch ist für zwölfjährige Schüler bestimmt. Durch anscheinend harmlose Rechenbeispiele — um Rechnen geht es in diesem Buch — erfährt der Zwölfjährige, wie unhaltbar unser Zustand sei, da uns die Ostgebiete fehlen. In den Erdkunde- und Sozialkundebüchern wird derselbe Schüler noch genügend weitere Beispiele dafür vorgesetzt bekommen.

3) „Wenn es auch der Lehrer ist, der die Haltung des Schülers unmittelbar beeinflußt, und wenn auch der Inhalt des Unterrichts weitgehend von denjenigen bestimmt wird, die für die Gestaltung der Lehr- und Unterrichtspläne zuständig sind, so ist es doch das Schulbuch, das den meisten Kindern ein zusammenhängendes Bild von der menschlichen Geschichte und Kultur und von der Welt, in der sie leben, vermittelt. Selbst der vorbildlichste Lehrplan in der Hand des tüchtigsten Lehrers kann nur dann zur vollen Auswirkung gelangen, wenn erstklassige Schulbücher und Lehrmittel zu seiner Verwirklichung mithelfen." In: A Handbook for the improvement of textbooks and teaching materials. Hrsg. von der UNESCO, Strasbourg — Paris 1951.

4) „Was die Benutzung der Schulbücher im Unterricht betrifft, so wurde von Hauptschul- wie Gymnasiallehrern bei der Umfrage des ‚Instituts für Sozialforschung' häufig betont, man verwende sie bei der Behandlung aktueller Themen kaum mehr, da sie — wie die Lehrpläne auch — dazu keinen ‚Stoff' liefern würden. Für ‚aktuelle Stunden', in denen man sich nicht auf Schulbücher stützen kann, werden dann z. B. die ‚Informationen für politische Bildung', Dias oder Filme benutzt. Für weniger aktuelle Stoffe ist das Schulbuch jedenfalls so aktuell wie eh und je. Das Gros der Lehrer hält an den darin verkörperten obrigkeitlichen Stoff- und Bildungsvorstellungen fest. Die meisten Eltern erwarten von ihren Kindern, daß sie ordentlich die schulischen Leistungsanforderungen erfüllen, um einmal etwas (oder etwas Besseres) zu werden — und verehren dabei das Schulbuch als Wissenskanon. ... Der größte Teil der Schüler paßt sich ebenfalls an, lernt sein aufgegebenes ‚Pensum' eifrig oder verärgert ..." „Jedes Mittel ist recht, selbst die schlechtesten Schulbücher scheinen gut genug, um die Prestige-Interessen der Eltern zu fördern. Anders ist es kaum zu erklären, daß ca. 70 % der befragten Eltern mit dem Symbol schulischer Leistung, den Schulbüchern ihrer Kinder, zufrieden waren, sie als ‚lobenswert' und ‚in unsere Zeit passend' bewerteten. Nur etwa 14 % kritisierten die Schulbücher als ‚veraltet', Kritik und Wünsche richteten sich allenfalls auf die Form, kaum dagegen auf veränderte Zielsetzungen und Inhalte. Man wünschte sich ‚gut ausgestattete Bücher mit vielen Illustrationen' — eine Forderung übrigens, für die 64 % der Eltern angeblich bereit waren, finanzielle Opfer zu bringen." Fohrbeck, Wiesand, Zahar, Heile Welt und dritte Welt, Medien und politischer Unterricht I, Schulbuchanalyse, Leske Verlag, Opladen 1971, S. 107/108.

„Die deutschen Ostgebiete waren Deutschlands Kornkammern. Gib an, welche Gebiete im Deutschen Reich Überschußgebiete und welche Zuschußgebiete waren" [5]).

„Die Abtrennung unserer Ostgebiete, in denen seit 800 Jahren Deutsche wohnten, ist für uns aus mehreren Gründen sehr schmerzlich. Es haben durch die Vertreibung nicht nur viele Millionen ihre Heimat, ihr Hab und Gut verloren. Hier erzeugten die deutschen Bauern so viel, daß ein Drittel aller Deutschen davon ernährt werden könnte. Außerdem entbehren wir manches, was der Osten noch lieferte: Holz aus den weiten Wäldern, Kohle, Eisen und Zink aus Oberschlesien. Der Verlust unserer Ostgebiete bedrückt uns aber auch deshalb, weil wir immer noch Mühe haben, die vielen ostdeutschen Bauern in ihrem Beruf unterzubringen. Die Polen und Russen andererseits richten sich im deutschen Osten so ein, als ob es ihr eigenes Staatsgebiet wäre. Wo früher 10 Millionen Deutsche wohnten, kamen 8 Millionen Polen herein und zogen größtenteils in die Industriestädte. In ländlichen Gebieten wie Ostpommern lebten vor dem Krieg doppelt so viel Menschen wie heute. Diese geringe Bevölkerungszahl erzeugt heute weit weniger an Lebensmitteln, als früher zum Markt gebracht wurde. Das ist für unser dichtbesiedeltes Europa ein unbefriedigender Zustand. Über das endgültige Schicksal der deutschen Ostgebiete wird eine künftige Regelung zwischen Deutschland und Polen sehr schwierig sein. Die vielen Vertriebenen in Westdeutschland hoffen immer noch, daß sie einmal wieder in ihre alte Heimat zurückkehren können, und betonen, daß jedermann das Recht haben müsse, in seiner Heimat in Frieden und Freiheit ohne Furcht vor Vertreibung zu leben" [6]).

„Fruchtbares Ackerland und reiche Bodenschätze gingen Deutschland durch diesen Krieg verloren. Die Kohlenlager, Blei- und Zinkgruben in Oberschlesien werden heute von Polen abgebaut" [7]).

„Mit Oberschlesien hat die gesamte europäische Wirtschaft eine wertvolle Energie- und Rohstoffquelle verloren, und der Osten hat den entsprechenden Gewinn" [8]).

Der Verlust der Ostgebiete des Deutschen Reiches wird mit der alten, noch wohlbekannten Ideologie vom „Volk ohne Raum" in fast allen Erdkundebüchern bei der Darstellung Westpolens als „deutscher Osten" untermauert, mag man sich auch scheuen, den Begriff „Volk ohne Raum" zu verwenden. Dafür wird die Bedeutung des früheren deutschen Ostens als Überschußgebiet hervorgehoben. Dies erscheint unverfänglicher, läßt es sich doch an Zahlenbeispielen (s. Rechenbuch v. Thyen) nachweisen. Daß jede Region mit ihren Hauptprodukten „Überschußgebiet" ist, erscheint dabei unwichtig, gilt es doch, ein bestimmtes politisches Bewußtsein zu indoktrinieren. Dem ahnungslosen Leser — das ist zweifellos der Schüler — wird auf diese Weise der unhaltbare Zustand des gegenwärtigen Deutschland eingeredet. Das dem deutschen Volk zugefügte Unrecht (selbstverständlich durch Polen) ohne eine Darstellung des Ursachenzusammenhangs fordert — wenn auch nicht immer ausgesprochen — zur Revision auf. Dabei können sich Schulbuchautoren auf eine lange Tradition berufen. Vergleichen wir jene Texte mit alten Schulbüchern, so kann es schließlich nicht verwundern, wenn viele Lehrer und Eltern solche Texte, die man nur teilweise baren Unsinn nennen kann, gutheißen, haben sie doch in der Jugendzeit das gleiche gelesen und gelernt. Sehen wir uns solche alten Schulbuchtexte an:

[5]) **Fahr mit in die Welt, Band 1, Diesterweg 1967, S. 63.**
[6]) Deutschland, Ausgabe C, Klett 1968, S. 53 f.
[7]) Erdkunde I, Deutsche Landschaften, Schöningh 1964, S. 114.
[8]) Deutschland in der Mitte Europas, Klett 1969, S. 111.

„Deutscher Staatsbürger — ob klein oder groß. Deutsche Staatsbürgerin — ob im Süden oder Norden, im Westen oder Osten unseres Vaterlandes! ... Denke daran, daß unser Staat einem lebenden Organismus gleicht, wenn Du unser Vaterland betrachtest! Wenn Du Dir die Karte Deines zerrissenen Landes nachdenklich ansiehst, und ganz besonders auch, wenn Du von den großen Nöten Deines ‚Volkes ohne Raum' hörst und liest.

Mit solchen Gedanken wollen wir nun zusammen im Geiste durch das Ostland reisen. Unter solchen Gesichtspunkten wirst Du dann auch die große Bedeutung des deutschen Ostens für unser ganzes Volk besser erkennen und schätzen lernen. Denn für Deinen Staat ist der Osten Deutschlands:

die wichtigste Kornkammer des Reiches; das Hauptversorgungsland an Vieh; ein Gebiet reicher Bodenschätze (Schlesien: Kohle, Erze, Gesteine); ein unentbehrliches Absatzgebiet für unsere Industrie; eine Quelle unserer besten Volkskraft; das Land für Siedlungsraum für Millionen von Volksgenossen und damit in Zukunft: der lebende ‚Bauernwall' gegenüber der Slawenflut" [9])

„Der Verlust der Provinz Posen an Polen ist für das Reich besonders schwer, da sie als Überschußgebiet (Kartoffeln, Weizen, Zucker) zur Deckung des Nahrungsbedarfs im Reiche in erster Linie in Betracht kam" [10]).

Der Schüler bekommt im Geographieunterricht, zumindest was die Bücher anbelangt, kaum Informationen über die physische Geographie und die Wirtschaftsgeographie Ostmitteleuropas. Durch unproportional umfangreiche historische Abhandlungen wird der Besitzanspruch der Deutschen aufrecht erhalten. Die Darstellung des Rechts auf Heimat wird wichtiger als Kenntnisse über das heutige Polen, werden doch die Deutschen als Hauptkulturträger des Ostens ausgegeben.

„Viele Städte in Pommern und im Gebiet von Warthe und Netze zeugen noch heute von dem Fleiß und der Arbeit unserer Vorfahren" [11]).

„Bauernland wurde Ostpreußen erst durch die deutsche Kolonisation. Im Mittelalter riefen polnische Fürsten gegen die heidnischen Pruzzen den deutschen Ritterorden ins Land. Dieser siedelte deutsche Bauern an, die die Wälder rodeten und den fruchtbaren Boden urbar machten" [12]).

„Breslau wurde nach dem Mongolensturm 1241 als deutsche Stadt neu gegründet, und bereits hundert Jahre später errichteten die Bürger das mächtige Rathaus als ein Zeichen des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Bedeutung, die die Stadt schon damals besaß. Das schönste Gebäude hat die Stürme der Zeit überdauert, sogar die Zerstörung der Stadt in den Kämpfen des Jahres 1945. Seitdem hört man indessen fast nur noch polnische Laute in ihren Mauern" [13]).

„Wer sich früher in Breslau wohlfühlte, der vermag diese Stadt heute nur mit Mühe wiederzuerkennen. Dabei gibt es noch viele Gebäude, ja ganze Viertel, die er vielleicht nur geringfügig verändert finden wird. Dennoch wirkt diese schlesische Hauptstadt heute auf eine bestürzende Weise fremd, ja man möchte sagen, slawisch. Und das rührt gewiß von den neuen Menschen, die sich in ihr so ausnehmen, als seien sie plötzlich hereingeschneite Reisende in einem großen

---

[9]) Lese- und Arbeitsbogen für die Schule, Nr. 52, Was der deutsche Osten für unser Volk bedeutet, von J. Vogel, 2. verbesserte Auflage, S. 2, in: Schriften zu Deutschlands Erneuerung, Sachband VIII, Grenz- und Auslandsdeutschtum / Unsere Kolonien, Verlag von Heinrich Handel, Breslau o. J.
[10]) E. v. Seydlitz, Deutschland 1922, S. 18.
[11]) Deutschland 1, Hirth/Schroedel, Reihe Seydlitz, 1967.
[12]) Erdkunde 1, Deutsche Landschaften, Schöningh, 1964, S. 48.
[13]) Erdkunde 2, Schroedel, Reihe Erkunden und Erkennen, 1968, S. 152.

Kritische Sachbücher

Produktion 1971

Ingrid Langer-El Sayed: **Frau und Illustrierte im Kapitalismus,** 298 Seiten, kart. DM 14,80.

Mitbestimmung als Kampfaufgabe, hrsg. v. IMSF/Frankfurt, 348 Seiten, kart. DM 17,80.

Werner Treuheit: **Sozialismus in Entwicklungsländern,** Indonesien - Burma - Ägypten - Tansania - Westafrika (Sammlung Junge Wissenschaft), 243 Seiten, kart. DM 16,—.

Sergio Vilar: **Die spanische Opposition,** aus dem Spanischen von J. Bender, 391 Seiten, kart. DM 20,—, Leinen DM 30,—.

Willy Wyniger: **Demokratie und Plan in der DDR,** Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution (Sammlung Junge Wissenschaft), 140 Seiten, kart. DM 14,80.

Igor S. Kon: **Soziologie der Persönlichkeit,** aus dem Russischen von W. Hoepp, 488 Seiten, Leinen DM 19,80.

In der Kleinen Bibliothek

Hassan Nazari: **Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl** (Band 7), 217 Seiten, DM 9,80.

Dieter Kramer: **Reform und Revolution bei Marx und Engels** (Band 10), 201 Seiten, DM 9,80.

Hermann Ley — Thomas Müller: **Kritische Vernunft und Revolution,** Zur Kontroverse zwischen Hans Albert und Jürgen Habermas (Band 11), 267 Seiten, DM 9,80.

Frank Deppe: **Das Bewußtsein der Arbeiter,** Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Anhang von Helga Deppe-Wolfinger (Band 12), 359 Seiten, 2. Aufl., DM 12,80.

BRD — DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme, Beiträge von Jung, Deppe, Tjaden, Fülberth, Kühnl, Römer, Wulff, Steinhaus u. a. (Band 13), 442 Seiten, 2. Aufl., DM 12,80.

Das Konzept der deutschen Rechten, Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, hrsg. v. Dieter Halfmann (Band 14), 239 Seiten, DM 9,80.

Wilfried v. Bredow: **Entscheidung des Gewissens,** Kriegsdienstverweigerer heute (Band 15), 168 Seiten, 2. Aufl., DM 9,80.

Eberhard Czichon: **Wer verhalf Hitler zur Macht?** Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik (Band 16), 105 Seiten, 2. Aufl., DM 9,80.

Winfried Schwamborn: **Handbuch für Kriegsdienstverweigerer** (Band 18), 150 Seiten, DM 9,80.

Dieter Boris, Elisabeth Boris, Wolfgang Ehrhardt: **Chile auf dem Weg zum Sozialismus** (Band 19), 289 Seiten, DM 9,80.

Christen und Revolution, Konvergenz und Theologie, hrsg. v. Heinrich Werner, Beiträge von Bassarak, Treblin, Schweizer, Roer, Jockers, Stuckmann und Werner (Band 20), 154 Seiten, DM 9,80.

Pahl-Rugenstein

unbequemen Wartesaal. Gediegenheit und Behaglichkeit sind mit ihnen geschwunden" [14]).

Das letzte Beispiel zeigt in besonders auffälliger Weise, was für Einstellungen gegenüber Polen sich hinter diesen „historischen" Darstellungen „verbergen": Die Überlegenheit der Germanen, der Deutschen gegenüber den Slawen. In den Geschichtsbüchern können wir dann feststellen, wie Polen immer noch als Saisonstaat verstanden wird. Dabei kann es uns keineswegs darum gehen, daß die deutschen Kulturleistungen verschwiegen werden sollten. Es ist aber zu prüfen, wie weit die Vorstellung der Überlegenheit gegenüber Slawen die Geschichte verzerrt und die latent vorhandene Ideologie der Herrenrasse sich gut einreihen läßt in das Freund-Feind-Schema.

Es sind die gleichen Argumente wie in der Hundertjahrausgabe des Geographiebuches von Seydlitz: „... Endlich fällt schwer ins Gewicht, daß die Deutschen in den verlorenen Gebieten die Hauptkulturträger sind und daß sie namentlich in den Ostgebieten überall, auch da, wo sie in der Minderheit sind, die gebildete und meist auch wohlhabendere Oberschicht der Bevölkerung darstellen, die in den Sammelpunkten der Intelligenz, in den landwirtschaftlich fortgeschrittenen oder industriell entwickelten Gebieten wohnt. Ihr gehört der größere Teil des landwirtschaftlichen Bodens und des städtischen Grundbesitzes, in ihren Händen liegen in der Hauptsache Handel, Industrie und Verkehr. Mit anderen Worten: das, was Westpreußen, Posen, Oberschlesien jetzt sind, was sie an wirtschaftlichen und kulturellen Werten hervorzubringen vermögen, verdanken sie deutschem Denken und deutscher Arbeit, rastlosem deutschen Fleiß und deutscher Tatkraft. Abgesehen von allen anderen Rechten, gehören dem Deutschen diese Lande, weil er sie durch seines Geistes und seiner Hände Arbeit erworben hat" [15]).

III

Imanuel Geiss hat recht: Die Schulbücher reflektieren die Ideologie von gestern. Bei den bisher zitierten Beispielen aus Geographiebüchern wurde deutlich: Nicht Informationen über die Gegenwart — das heutige Westpolen — werden dem Schüler vermittelt, sondern eine Darstellung des deutschen Ostens, wobei „Deutschland" in den häufigsten Fällen als Deutsches Reich in den Grenzen von 1914 verstanden ist. Bei einem Seminar zur Darstellung Polens in westdeutschen Schulbüchern in der Evangelischen Akademie Berlin kamen die Teilnehmer zu dem Ergebnis: „Besonders in den für die Hauptschulen vorgesehenen Bänden (gemeint sind Geographiebücher) werden unzureichende Sachinformationen geboten, die durch die enge Verknüpfung mit gefühlsbetonten historischen Darstellungen und politischen Implikationen eine unzulässige Mischung von Sachbuch, pseudowissenschaftlicher Darstellung und politischem Pamphlet bilden."

Auf einen Hinweis sind wir dabei noch nicht eingegangen: die gefühlsbetonte Darstellung. In seinem Buch „20 Jahre Schulbuchrevision in Westeuropa" weist Otto Ernst Schüddekopf darauf hin, daß das ernsteste Problem bei der Begutachtung von Schulbüchern nicht die tatsächlichen und leicht nachweisbaren Ungenauigkeiten sind, sondern die besonderen Formulierungen (verbal nuances), die

14) Kletts Erdkundliche Quellenhefte, Heft 1: Deutschland, 1967, S. 19/20.
15) E. v. Seydlitzsche Geographie, aus dem Kapitel „Deutschland nach dem Weltkriege", Hundertjahrausgabe, 1. Band, S. 42/43, Ferdinand Hirth Verlag, Breslau 1925.

Urteile enthalten, ‚which reveal a feeling'. Urteile aber, die auf irgendwelchen Gefühlen beruhen, sind meist Vorurteile" [16]).

Hierfür bieten die Lese- und Arbeitshefte für den Unterricht und nicht zuletzt die Sozialkundebücher bei der Darstellung der Vertreibung Beispiele, die der Propaganda der Vertriebenenverbände in nichts nachstehen.

In einem Leseheft zur Geschichte: „In der neuen Heimat. Kaum dämmerte der Morgen, schon regte es sich in der Wagenburg, und als die Sonne rot im Osten aufstieg, schwankten schon die Wagen ihr entgegen. Sie kamen an Kornfeldern vorbei. Solche niedere, schüttere Frucht hatte Hans noch nicht gesehen. Vater schüttelte mißbilligend den Kopf, ging auf den Feldrain zu und wühlte mit dem Fuß die Ackerkrume los. Der Boden war gut. Er war ausgeruhter und fruchtbarer als daheim. Und trotzdem ... ‚Sieh mal, Vater, was ist denn das?' fragte Hans dazwischen und zeigte auf ein gabeliges Gestell, das seitwärts neben dem Acker lag. ‚Das ist ein Pflug, Junge!' rief der Vater. ‚Das soll ein Pflug sein?' fragte Hans, ‚der hat ja keine Räder und keine Schar. Wie soll man damit denn die Scholle wenden?' ‚Das geht eben mit diesem Pflug nicht, er kann die Erde nur aufreißen, aber nicht wenden', erwiderte der Vater. Hans blickte zum spärlichen Kornfeld zurück. ‚Jetzt verstehe ich auch, warum das Korn hier so mager steht.' ‚Und ich verstehe, warum uns der fremde Fürst hierher in sein Land gerufen hat'. Mit diesen Worten ging der Vater zu seinem Wagen zurück und schnürte den großen Räderpflug darauf noch fester an die Wagenrungen. Hinterm Gesträuch am Wegesrand duckten sich kleine, dürftige Hütten. Ein paar Kinder rannten schreiend am Weg entlang. Ihr struppiges Haar fiel in Strähnen bis auf ihre Schultern, und durch die zerschlissenen Kittel pfiff der Wind. Aber sie lachten und jubelten und sprangen von einem Bein aufs andere. Hinter dem Flechtzaun am Hause standen auch Erwachsene. Einige winkten herüber. ‚Es sind freundliche Menschen, diese Slawen hier!' Der Ritter rief es vom Pferde herab den Einwanderern zu. ‚Die Mönche haben sie schon zu unserem Heiland bekehrt. Sie sind gastfrei und dulden uns gern als Nachbarn.' — ‚Wir nehmen ihnen ja auch nichts weg', sagte der Vater, ‚denn braches Land gibt's hier im Überfluß" [17]). Der Text spricht für sich.

In Sozialkundebüchern wird bei der Schilderung der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches durch gefühlsbetonte Darstellung dem Schüler das Freund-Feind-Schema und ein Wert-Unwert-Schema indoktriniert. Dabei kommen den Schulbuchautoren neben den bereits genannten antipolnischen Klischees die antikommunistischen Vorurteile zu Hilfe. „Eine Fluchtbewegung riesigen Ausmaßes hatte bereits eingesetzt, als die sowjetischen Truppen die deutsche Reichsgrenze überschritten. Die Leiden der zurückgebliebenen Zivilbevölkerung begannen mit der Deportation Arbeitsfähiger in die Sowjetunion. Konzentrationslager entstanden, in denen Deutsche zusammengetrieben wurden, die Frauen oft vorher von ihren Kindern getrennt. Die Gefangenen waren vielfach ausgesuchten Quälereien durch die Wachmannschaften ausgesetzt. Viele starben an Erschöpfung, verhungerten oder wurden geschlagen. Auch von Massenerschießungen Alter, Kranker und Arbeitsunfähiger wird berichtet. Die Austreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches und aus dem Sudetenland war schon in vollem Gange, als die Potsdamer Konferenz begann. Sie wurde nun hier und in den übrigen Gebieten ‚legal' fortgesetzt. Manche hatten nur wenige Minuten Zeit, einen Teil ihrer Habe zusammen-

16) Ernst Otto Schüddekopf, 20 Jahre Schulbuchrevision in Europa, Albert Limbach Verlag, Braunschweig 1966, S. 34.
17) Heerdt/Heumann, Unser Weg durch die Geschichte, Hirschgraben Verlag, Frankfurt 1967, S. 55.

zupacken, viele wurden auf dem Transport völlig ausgeplündert. Tagelang waren sie in Güterzüge eingepfercht, oft ohne Nahrung und Wasser. Viele — meist Kinder und Alte — starben. Tote blieben unbestattet neben den Gleisen liegen. Insgesamt 14 Millionen Menschen wurden durch die Beschlüsse von Potsdam aus ihrer Heimat vertrieben, mehr als die heutige Bevölkerung von Dänemark, Norwegen und Finnland zusammengenommen. Mehr als 2 Millionen von ihnen kamen um" [18]).

Wer das hier geschilderte Schicksal selbst erfahren hat, ist sicherlich geneigt, der Darstellung zuzustimmen, besteht sie doch aus vielen kleinen Halbwahrheiten. Was will aber der Autor mit einem solchen Text erreichen? Das Leid einzelner Menschen, anschaulich geschildert, wird auf einen Urheber zurückgeführt. Es sind letztlich die Kommunisten, zunächst die Sowjets, aber die Polen sind dabei wohl eingeschlossen, denen wir diese Greueltaten zu verdanken haben. Den Autor stört dabei nicht der Widerspruch, wenn er am Anfang von der Fluchtbewegung vor dem Einmarsch der Truppen berichtet, dann aber von 14 Millionen Vertriebenen spricht. Wohlgemerkt, es geht hier nicht um die Frage von Recht und Unrecht, sondern um die Frage, wie diese Geschehnisse differenziert und welcher Ursachenzusammenhang dargestellt werden müßte. Was also hier bleibt, ist: die Kommunisten sind schuld.

Noch deutlicher wird das in der folgenden rührenden Geschichte: „Alle sind bettelarm. Ein alter Gaul schleppt einen Karren, auf dem Großvater, Mutter und Kind nur schwer Platz finden. Der Pappkarton eines müden Greises enthält die wenige Habe, die Polen und Tschechen den Heimatlosen ließen. Drei Millionen Menschen finden bei dieser Austreibung den Tod. Andere werden krank, elend und lebensmüde. Von vielen fehlt bis heute jede Nachricht" [19]). Hier sind es inzwischen 3 Millionen, die umgekommen sind. Und das „Gemälde" einer Flucht wird zum Symbol der Austreibung durch Polen und Tschechen. Gewiß, das persönliche Schicksal einzelner, das sicherlich heute noch das Bewußtsein prägt, kann nicht leichtfertig behandelt werden. Es darf aber erst recht nicht herhalten für eine Volksverdummung.

Wie anders nimmt sich gegenüber dem bisher zitierten die Darstellung des nationalsozialistischen Deutschlands aus.

„Der Nationalsozialismus war ein Fieberwahn" [20]). „In Konzentrationslagern finden viele einen grausamen Tod. Namenloses Leid bringt die Durchführung dieses Kernpunktes des nationalsozialistischen Programms über die Menschheit" [21]). „Kein Deutscher jüdischer Abstammung durfte mehr ins Kino gehen, 1939 mußten sie ihre Rundfunkgeräte abgeben, und schließlich durften sie nicht einmal mehr leben" [22]).

Die verharmlosende Tendenz in der Darstellung der Ausrottungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands, die fehlenden Angaben über die Urheber wie die Ursachen sind offenkundig und stehen in krassem Widerspruch zu der vorher zitierten emotionalen Schilderung des Unrechts der Vertreibung.

Es kann kein Zweifel sein, daß solche Schulbücher, Geographie-, Geschichts- wie Sozialkundebücher, zu einem großen Teil ein Potential für Revanchismus darstellen. Es darf darum nicht verwundern, wenn heute Schüler mit polnischer Geschichte nicht viel mehr verbinden als deutsche Ostkolonisation, deutsche Kultur-

18) Thurich/Endlich, Zweimal Deutschland, Diesterweg, Frankfurt, 4. Aufl. 1970, S. 5 f.
19) Beckert, Staatsbürger von morgen, Gehlen Verlag, Hamburg 1968, S. 207.
20) Monsheimer/Hilligen, Aktionsfeld Politik, Hirschgraben Verlag, Frankfurt, 3. Aufl. 1969, S. 101.
21) Beckert, Staatsbürger von morgen, a.a.O., S. 149.
22) Heinrich, Wir leben in Freiheit, Bayerischer Schulbuchverlag, München, 2. Aufl. 1967, S. 108.

leistung und Vertreibung. Von preußischer Polenpolitik, von der Germanisierungspolitik werden sie kaum erfahren (das Kompendium „Grundwissen Geschichte" des Klett Verlages erwähnt z. B. bei der Darstellung von Bismarcks Außenpolitik — 2 Seiten — mit keinem Wort dessen Polenpolitik). Die zwar verdammenswerte nationalsozialistische Politik wird verharmlost gegenüber der Gefährdung des Kommunismus. Die Bedeutung der deutschen Ostgebiete wird durchgehend einem Rückgang, ja Verfall durch die jetzige polnische Wirtschaft gegenübergestellt.

„Östlich der Oder-Neiße-Linie stehen große Industriestädte einem schlecht genutzten und verarmten Bauernland gegenüber. Diese ehemals deutschen Gebiete stehen heute unter polnischer und russischer Verwaltung. Nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung setzten sich die polnischen Siedler im bäuerlichen Land fest. Viele stammen aus Ostpolen, das die Russen an sich gerissen haben. Sie waren mit der modernen Landwirtschaft nicht vertraut; es fehlte ihnen an Vieh und Ackergerät. Außerdem fürchteten sie, daß sie durch eine Änderung in der Politik ihre neuen Höfe bald wieder verlieren würden. Bald folgte auch die zwangsweise Eingliederung in die landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften. Aus all diesen Gründen ging die landwirtschaftliche Erzeugung stark zurück. Aus den ehemaligen deutschen Kornkammern wurden landwirtschaftliche Notstandsgebiete" [23]).

„Von der Weichsel ab verlieren sich die Grenzen gegen die Moränenzüge und die Mittelgebirgsausläufer: Trockene und feuchte, fruchtbare und unfruchtbare Gebiete verzahnen sich. Das Klima wird rauher, der Winter strenger und länger, die Fruchtbarkeit des Bodens läßt nach, das Gras auf den Wiesen wächst spärlicher. Die Städte werden seltener, die Dörfer kleiner und die Entfernung von Siedlung zu Siedlung größer. Wenige Eisenbahnlinien genügen. Die Zahl und die Güte der Straßen nehmen ab. Nur der Wald nimmt zu und mit ihm die Füchse, Wölfe und allerlei jagdbare Tiere. Schließlich versinkt die Landschaft in den weiten Sümpfen . . . Hier endet Mitteleuropa" [24]).

III

Polen bleibt, abgesehen von den Zeugen deutscher Kulturleistung, „Brachland". Wir sagten, es bedarf der Ratifizierung des Warschauer Vertrages auf gesellschaftlicher Ebene. Die wenigen Beispiele aus Schulbüchern sollten zeigen, wieviel in nächster Zeit zu tun ist, wenn wirklich eine neue Epoche zwischen Deutschen und Polen beginnen soll. Eine intensive kritische Beschäftigung mit Schulbüchern wird darum dringend erforderlich. Sie sollte allerdings nicht nur dazu dienen, die Vorurteile aufzudecken, die in die Schulbücher eingegangen sind, die falschen Informationen und fehlenden Informationen zu erkennen und gegenüber dem Sprachgebrauch in den Schulbüchern sensibel zu machen. Jede kritische Beschäftigung mit den Schulbüchern sollte auch nach den Ursachen solcher Verzerrungen und Verfälschungen fragen. Dabei wird sich herausstellen, daß der verzerrten wie verfälschenden Darstellung Polens in unseren Schulbüchern nicht nur eine lange Tradition der Vorurteile, der antipolnischen wie antikommunistischen Einstellungen zu Grunde liegen, sondern daß sich hier politische Interessen in unserem Staate niederschlagen. Es kann darum nicht genügen, unter fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten, denn die politische Dimension des Themas Schulbuch darf nicht unterschätzt werden.

[23]) Deutschland und die Welt C, Klett Verlag, Stuttgart 1967, S. 46.
[24]) Das ist unsere Erde, Bd. 1: Die Landschaften Mitteleuropas, Bayerischer Schulbuchverlag, 1967, S. 147.

Es ergeben sich mehrere Aufgaben und Fragen, die hier nicht ausführlich erörtert werden können, aber doch als Konsequenzen genannt werden müssen, gerade dann, wenn wir das Problem der Darstellung Polens in Schulbüchern im Zusammenhang einer Ratifizierung der Verträge auf gesellschaftlicher Ebene verstehen.

Erste Feststellung: Die Empfehlungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik stehen im Widerspruch zur Entspannungspolitik der Bundesregierung und entsprechen nicht einer Erziehung zur Kritikfähigkeit junger Menschen, zu Befähigung der Konfliktlösung und zur Übernahme von Verantwortung. Einige Beispiele dieser Empfehlungen [25]):

„Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus gehört zu den wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung unserer Jugend. Die Lehrer aller Schularten sind daher verpflichtet, die Schüler mit den Merkmalen des Totalitarismus und den Hauptzügen des Bolschewismus und des Nationalsozialismus als den wichtigsten totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts vertraut zu machen.

A. Merkmale des Totalitarismus

Der Totalitarismus gründet sich auf eine Ideologie, die den Charakter einer Ersatzreligion und Heilslehre hat; beansprucht uneingeschränkte Beherrschung und völlige Durchdringung des gesamten öffentlichen und privaten Lebens; setzt die Alleinherrschaft einer Partei durch und schaltet jegliche Opposition aus; benutzt demokratische Formen zur Scheinlegitimierung der Diktatur einer Minderheit; herrscht mit systematischem, politischem, geistigem und seelischem Terror, der grundsätzlich jeden, selbst die eigenen Anhänger, bedroht, sich aber vor allem gegen bestimmte, zu Feinden erklärte Gruppen richtet; mißachtet die Würde des Menschen; verfälscht und mißbraucht werthaltige Begriffe (Friede, Freiheit, Demokratie, Sozialismus, Ehre, Vaterland u. a.) und pervertiert sittliche und rechtliche Werte im Dienste der Parteiziele („Die Partei hat immer recht").

B. Methodische Hinweise

Bei der Darstellung des kommunistischen und des nationalsozialistischen Totalitarismus sind ihre verwerfliche Zielsetzung und ihre verbrecherischen Methoden deutlich zu machen. Die Tatsache, daß die beiden Systeme einander bekämpft haben, darf nicht über ihre enge Verwandtschaft hinwegtäuschen.

Im Unterricht über den Nationalsozialismus müssen dem Schüler die Maßlosigkeit Hitlers und die innere Notwendigkeit der Katastrophe gezeigt werden.

Im Unterricht über den Bolschewismus ist dem Schüler der weltweite Anspruch und die damit verbundene Gefahr für die Menschheit zu zeigen.

Ausgewählte Beispiele sollen das menschliche Leid, das von den totalitären Systemen verursacht wird, zum erschütternden Erlebnis werden lassen. Die Haltung, die Männer und Frauen des Widerstandes und Verfolgte des Totalitarismus bewiesen haben, ist im Unterricht, auch in Schulfeiern, als vorbildlich zu würdigen."

Eindeutig geprägt von der Ideologie des Kalten Krieges sind auch die „Empfehlungen zur Ostkunde, die das Plenum der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland auf seiner 56. Sitzung am 13./14. Dezember 1956 in Hamburg verabschiedete:

---

25) Auszüge aus: Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 5. 7. 1962), KMK (Öff.A) Erg.-Lfg. Nr. 2 vom 17. 12. 1963.

„Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen muß den Aufgaben gerecht werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen, unter den Einfluß des Sowjetsystems geratenen Teil gestellt worden ist. Das Schicksal Deutschlands und Europas wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, diese Aufgaben zu meistern...

Das macht es nötig, diese Aufgaben und ihre Lösung völlig neu zu entwerfen, das überlieferte deutsche Welt- und Geschichtsbild zu überprüfen und die Studien- und Bildungspläne der Hochschulen wie aller allgemeinbildenden und berufsbildenden Schularten darauf abzustellen. Dabei werden drei Anliegen erfüllt und koordiniert werden müssen:

1) Das Bewußtsein von der deutschen Einheit und der Wille zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit sind wachzuhalten und zu entwickeln. Dazu ist die Kenntnis Mitteldeutschlands — der heutigen SBZ —, der Menschen dieses Raumes und der sich dort vollziehenden Entwicklung eine notwendige Voraussetzung.

2) Der deutsche Osten muß den Deutschen, besonders der Jugend, bekannt und vertraut sein. Seine Leistung ist im deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern. Die Deutschen sollen ein inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teiles ihres Volkes haben.

3) Die Kenntnis der Völker, Kulturen und Probleme Osteuropas und Ostmitteleuropas ist als Grundlage eines klaren und sachlichen Verhältnisses zu ihnen und einer fruchtbaren Auseinandersetzung auch mit dem System, das sie gegenwärtig beherrscht, notwendig...

C. Schulwesen

1) Die Einrichtung eines besonderen Unterrichtsfaches „Ostkunde" o. ä. ist abzulehnen. Dagegen ist eine planmäßige unterrichtliche Behandlung ostkundlicher Themen oder Themenkreise auf allen Stufen notwendig.

2) Deutschland ist als Einheit zu behandeln. Mitteldeutschland, Berlin und die übrigen, zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete müssen der Jugend ebenso nahegebracht werden wie das Gebiet der Bundesrepublik. Auch die übrigen, früher von Deutschen besiedelten Gebiete sind ihrer Bedeutung entsprechend zu würdigen...

6) Die Fächer, die neben dem Geschichtsunterricht der politischen Bildung dienen, insbesondere die Gemeinschaftskunde und die Erdkunde, sollen dafür sorgen, daß

a) die Jugend Einsicht in die Notwendigkeit und in die Problematik der Wiedervereinigung gewinnt;

b) der Jugend das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System, das zur Zeit Osteuropa, die Vertreibungsgebiete und die SBZ beherrscht, in seiner Theorie in den Grundzügen bekannt und in seinen der Theorie oft widersprechenden Auswirkungen auf die Wirklichkeit durchschaubar ist;

c) das Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge, die Tatsachen und Phasen der Eingliederung und der durch das Zusammentreffen von Deutschen verschiedener Herkunft hervorgerufene Wandel sichtbar und verständlich wird...

8) In allen diesen Fachbereichen kommt es neben der durch erlebnisbetonten Unterricht zu gewinnenden inneren Einstellung auf ein klares Sachwissen an. Bei abschließenden Prüfungen (z. B. bei der Reifeprüfung) sollten auch ostkund-

liche Fragen als Themen von Prüfungsarbeiten oder Prüfungsgesprächen dienen".

Zweite Feststellung: Bisher wird der Schulbuchmarkt beherrscht von wenigen privaten Unternehmen ohne öffentliche Konkurrenz. Es muß überprüft werden, auf welche Weise es möglich wird, nicht gewinnorientierte Verlage einzurichten, die öffentlich kontrolliert werden.

Dritte Feststellung: Es bedarf der öffentlichen Kontrolle der Unterrichtsmittel; gemeint sind alle Unterrichtsmittel, nicht nur die Schulbücher. Im Zusammenhang unseres Themas ist bedeutsam, daß die vielerlei Broschüren zur Ostkunde keiner Genehmigung für den Unterrichtsgebrauch bedürfen.

Die Kontrollgremien müssen Rechenschaft abgeben; darin sollten vertreten sein: Lehrer, Fachwissenschaftler, Didaktiker, Schüler wie Schulverwaltung.

Vierte Feststellung: Von besonderer Bedeutung erscheint uns jedoch die Initiative durch Eltern, Lehrer und Schüler. Es kann nicht darum gehen, daß wir auf bessere Schulbücher warten. Soll für eine neue Epoche zwischen unserem und dem polnischen Volk eine breitere Basis in der Bevölkerung erreicht werden, so wird der kritische Umgang mit dem zur Zeit angebotenen Bildungsgut immer noch der erste Schritt sein. Wir dürfen die Widerstände gegen die anderen genannten Forderungen nicht unterschätzen.

Wenn der Warschauer Vertrag „in Kürze" ratifiziert werden sollte, so dürfte angesichts allein des Befundes der Schulbücher klar sein, daß dann erst der eigentliche Prozeß einer Normalisierung beginnt. Die Haltung der Lehrerschaft, die Reaktion der Kultusbehörden, die Eigeninteressen der Verlage und die verbreitete Unkenntnis ernüchtern und lassen keine Illusionen zu. Sie sollten uns aber auch nicht hindern, erste wichtige Schritte zu tun.

Analyse des Ärztestreiks im Herbst 1971 Reaktionär oder progressiv?

Von Michael Eiken

I

Am 29. September dieses Jahres erklärte der Marburger Bund, der sich als Interessenvertretung der angestellten und beamteten Ärzte bezeichnet, einen über mehrere Wochen hin eskalierten Streik der Krankenhausärzte für beendet, nachdem es ihm gelungen war, von der Arbeitgeberseite bei den kurz darauf beginnenden Tarifgesprächen als Verhandlungspartner neben den Gewerkschaften ÖTV und DAG eingeladen zu werden.

Die aufsehenerregende Entwicklung, die mit einer spontanen Unruhe unter den Krankenhausärzten begonnen hatte, wurde in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich beurteilt, und in fortschrittlichen Kreisen der Ärzteschaft herrschte

häufig Unsicherheit in der politischen Einschätzung dieser Bewegung. Das richtige Verständnis kann jedoch einzig aus der Kenntnis der die Entwicklung bestimmenden Faktoren resultieren. Um diese zu erfassen, sei im folgenden der Analyse des Streiks eine Untersuchung der gegenwärtigen objektiven Existenzbedingungen des ärztlichen Berufsstandes in unserer Gesellschaft vorangeschickt.

II

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in der BRD und Westberlin wird bislang noch zum größeren Teil von den freien Kassenärzten getragen, die gegenwärtig über die Hälfte der praktizierenden Ärzte ausmachen. Den Rest bilden vor allem die Krankenhausärzte, die — abgesehen von den Chefärzten, welche eine extrem privilegierte Sonderstellung einnehmen — Angestellte, Gehaltsempfänger ohne eigenes Liquidationsrecht sind. Nur ein geringer Prozentsatz der Ärzte ist beamtet oder angestellt im öffentlichen Gesundheitsdienst — ihre geringe Gesamtzahl spiegelt die untergeordnete Bedeutung, die der Sozialhygiene und der prophylaktischen Medizin in unserer Gesellschaft zukommt.

Im Gegensatz zu früheren Ärzteunruhen, die, wie in der Weimarer Zeit oder zu Beginn der 60er Jahre, von den niedergelassenen Ärzten ausgegangen waren und vor allem der Verteidigung ihrer Standesvorrechte gegen Sozialisierungstendenzen im Gesundheitswesen galten, ging die jetzige Bewegung von den Krankenhausärzten aus. Ihr Aufbegehren ist verständlich, betrachtet man ihre Arbeitsbedingungen:

In häufig hoffnungslos veralteten Kliniken — 30 % der Bauten, 40 % der Betten stammen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg [1]) — werden den Assistenzärzten besonders in den chirurgischen und internen Kliniken, auf den Intensiv- und Aufnahmestationen z. T. unzumutbare Arbeitsbelastungen abgefordert. Sechsunddreißig Stunden Bereitschaftsdienst sind üblich, bis zu sechzehn Nachtdienste ohne entsprechenden Freizeitausgleich keine Seltenheit, Kunstfehler infolge Übermüdung an der Tagesordnung. Vereinzelt steht der Assistent am Arbeitsplatz — immer noch hilflos dem in seiner Machtfülle eingebetteten Chefarzt gegenüber, eingemauert in eine rigide Hierarchiepyramide. Sein Verdienst steht zu dem des frei praktizierenden Kollegen in einem krassen Mißverhältnis: Während das Durchschnittsgehalt des Krankenhausassistenten bei 1800 DM im Monat liegt [2]), streicht der Praktiker im Durchschnitt in derselben Zeit das ca. Drei- bis Vierfache ein, Spitzenverdiener kommen auf über 200 000 DM Umsatz im Jahr [3]). Der niedergelassene Facharzt liegt mit seinen Einkünften noch eine Stufe höher. Den Vogel schießen aber die Chefärzte ab, ihre Mammutverdienste stellen eine echte Provokation dar. Da sie als einzige Krankenhausärzte liquidationsberechtigt sind und Einrichtung sowie Personal „ihrer" Klinik zur Behandlung von Privatpatienten ausbeuten dürfen, geht ihr durchschnittlicher Jahresprofit in die Hunderttausende, die Medizinpäpste an den großen Krankenhäusern überschreiten z. T. weit die Millionengrenze.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es verwunderlich, daß die Masse der angestellten Krankenhausärzte nicht früher aufbegehrte, sondern lammfromm sich den bestehenden Verhältnissen anpaßte. Kollegen, die vereinzelt den Versuch machten, sich zur Wehr zu setzen, blieben isoliert und wurden oft nicht nur schutzlos den Disziplinierungsmaßnahmen ihrer Chefs überlassen, sondern sogar aus den eigenen Reihen bekämpft (vgl. den „Fall Mausbach" [3a])).

[1]) „Spiegel", 50/1970.
[2]) „Spiegel", a.a.O.
[3]) „Deutsches Ärzteblatt", 38/1969.
[3a]) s. „Blätter" 12/70: Hans Mausbach, „Halbgott in Weiß".

Diese Passivität und mangelnde Solidarität der angestellten Ärzte läßt sich aber nur teilweise aus abhängiger Stellung und Angst vor Maßregelung erklären. Entscheidender ist ihr Selbstverständnis, das bisher weniger von ihrer aktuellen beruflichen Existenz im Krankenhaus als von ihrer langfristigen Berufsperspektive, die bei den allermeisten draußen in der freien Praxis lag, bestimmt wurde. Deshalb identifizierte sich kaum einer mit seinem aktuellen Status; dieser wurde nur als Durchgangsstadium, als „harte, aber im Rückblick doch schöne Gesellenzeit" betrachtet, und die kleinbürgerliche Ideologie des niedergelassenen Kleinunternehmers „Arzt", vor allem auch sein Konkurrenzdenken, wurde vorweg übernommen. Der sachlich unbegründete Autoritätsdruck des Chefarztes war mit dieser Einstellung gerade noch ertragbar und sein Wohlwollen sehr umworben, da es einen bedeutsamen Grundstein für baldige und erfolgreiche Karriere bedeutete. Die wenigen Ärzte, die die Krankenhaustätigkeit als langfristige Perspektive sahen, erkannten diese angesichts der Verhältnisse nur in der anzustrebenden Position des Chefarztes, die, nur wenigen zugänglich, einzig durch bedingungslose Unterwürfigkeit unter den einflußreichen Chef und erbarmungslosen Kampf gegen rivalisierende Kollegen erreichbar zu sein pflegt. Die wenigen Ärzte, die lebenslang in untergeordneter Stellung arbeiteten und sich deshalb mit ihrem Angestelltendasein abfinden mußten, waren größtenteils auf der Strecke gebliebene, verbitterte „Karrieristen" oder solche, die den „Absprung" in die freie Praxis nicht geschafft hatten und die, abgesehen von den wenigen unerschütterlichen Idealisten, psychisch oft völlig verbogen, unfähig waren, noch einmal den Kampf um ihre eigentlichen Interessen aufzunehmen.

Die beschriebene fehlende Identifikation mit ihrer aktuell realen Lage spiegelt sich in der verschwindend geringen gewerkschaftlichen Organisierung der Krankenhausärzte. Eine Aufforderung dazu wird noch heute von der überwiegenden Mehrzahl als Zumutung und Beleidigung ihres Standesbewußtseins empfunden. So erklärt es sich, daß bis vor kurzem kaum mehr als 2 % der ca. 40 000 bundesdeutschen angestellten Ärzte in der für sie zuständigen Gewerkschaft ÖTV organisiert waren. Wesentlich höher — etwa um 70 % — lagen dagegen die Mitgliederzahlen ihrer Standesorganisation, des 1948 gegründeten Marburger Bundes. Diese Interessenvertretung grenzt sich ausdrücklich gegen die im DGB zusammengeschlossenen Großgewerkschaften, speziell gegen die ÖTV ab, indem sie im Gegensatz zum gewerkschaftlichen Kampf, dessen Funktion die Durchsetzung der Forderungen von Arbeitern und Angestellten, also Lohnabhängigen, gegenüber dem Arbeitgeber ist, eine auf die speziellen Vorstellungen und Sonderinteressen der Ärzte ausgerichtete Politik betreibt. Diese Standesinteressen werden nun — und das entspricht dem oben dargestellten Selbstverständnis des einzelnen Krankenhausarztes — nicht primär als Arbeitnehmerinteressen begriffen, sondern als die eines „freien" Standes, d. h. der Marburger Bund sieht sich nicht im Gegensatz zu den Standesorganisationen der frei praktizierenden Ärzte, sondern vielmehr als deren Ergänzung. Aus dieser Sicht ist die (jederzeit aufhebbare) Lohnabhängigkeit des angestellten Arztes nur noch ein unwesentlicher Unterschied zur Situation des frei praktizierenden: als vorrangig werden die gemeinsamen Interessen eingestuft, die in der Aufrechterhaltung der massiven Privilegien des Ärztestandes als Ganzes gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen bestehen. Entsprechend erläutert der Geschäftsführer des Marburger Bundes, H. Trawinski, ganz offen die beschriebene Politik: „Berufspolitisch haben die angestellten Ärzte immer den Standpunkt der Gesamtärzteschaft vertreten. Sie glaubten, richtig beraten zu sein, wenn sie ohne Bindung an eine andere Arbeitnehmerorganisation die Fragen der ärztlichen Berufspolitik mit den ärztlichen Standesorganisationen und Verbänden besprechen und

durchsetzen wollen" [4]). Damit wird aber offenkundig — und der unten analysierte Verlauf des jetzigen Ärztestreiks wird diese Erkenntnis bestätigen — was den Marburger Bund von einer Gewerkschaft grundlegend unterscheidet: Während letztere eine Interessenvertretung der Lohnabhängigen den Arbeitgebern gegenüber und damit eine Klassenorganisation ist, begreift sich der Marburger Bund selber als Standesorganisation, d. h. als eine Organisation, deren Aufgaben in der Durchsetzung der Interessen und Sonderwünsche eines Standes gegenüber dem Rest der Bevölkerung bestehen. Allerdings ist festzustellen, daß trotz seiner hohen Mitgliederzahl der Marburger Bund bisher im Vergleich zu anderen ärztlichen Standesorganisationen mit weniger rechtlichen Möglichkeiten — wie sie von jenen im Laufe der Zeit erkämpft worden sind — ausgestattet ist: Die Kenntnis dieser Tatsache ist wesentlich für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung; es wird unten noch einmal darauf eingegangen werden.

III

Es wurde die Situation der Krankenhausärzte geschildert — das jahrzehntelange geduldige Ertragen der Mißstände wurde durch die Analyse des Selbstverständnisses des Arztes in unserer Gesellschaft, das seinerseits durch dessen objektive Lage bestimmt wird, verständlich. Wenn nun seit einigen Jahren, zunächst noch vereinzelt, in letzter Zeit zunehmend, mit dem Ärztestreik dieses Herbstes als vorläufigem Höhepunkt, die angestellten Ärzte aufmüpfig werden, so ist die Erklärung für diese Entwicklung sicher nicht im zufälligen Zusammentreffen zufälliger Ereignisse begründet, sondern ein sich veränderndes Selbstverständnis des angestellten Arztes liegt zugrunde, das seinerseits wiederum durch einen Wandel der Bedingungen seiner objektiven gesellschaftlichen Existenz bestimmt ist. Diese Bedingungen zu untersuchen, ist demnach Voraussetzung zum Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung.

Zunächst ist festzustellen, daß durch die im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution gemachten großen Fortschritte der Medizin die Methoden von Diagnostik und Therapie immer aufwendiger werden. Häufig an kostspielige und rasch veraltende Apparaturen gebunden, können sie — da immer komplizierter — zunehmend nur noch von kooperierenden Spezialisten beherrscht werden.

Parallel zu dieser Entwicklung verändern sich laufend die Anforderungen, denen die ärztliche Versorgung der Bevölkerung gerecht werden soll(te!) So kümmerlich der bundesdeutsche staatliche Gesundheitsdienst auch im Vergleich zu dem anderer Länder, insbesondere dem der sozialistischen (vor allem UdSSR und DDR), ist, so ist doch erreicht worden, die Infektionskrankheiten als Ursache von Massenerkrankungen weitgehend auszuschalten. Dafür zeichnen sich heute Herz- und Gefäßkrankheiten, Krebsleiden, Rheumatismus und Diabetes in immer stärkerem Maße als Ursache für Krankheit, Siechtum und Verkürzung der Lebensdauer ab. Durch frühzeitige Erfassung und Aufbau eines wirksamen Gesundheitsschutzes wäre es auch hier möglich, Heilung zu bringen bzw. schwere Folgeerkrankungen und Komplikationen abzuwenden, die Arbeitsfähigkeit zu erhalten und das Leben wesentlich zu verlängern. Voraussetzung dafür sind eine Ausweitung der prophylaktischen Medizin und regelmäßige Vorsorge-, Kontroll- und Reihenuntersuchungen der gesamten Bevölkerung.

Die wachsende Bedeutung der Vorsorgemedizin signalisiert jedoch bislang noch keineswegs eine Entlastung der kurativen Medizin — im Gegenteil. Dabei spielen die Anforderungen der durch die gesteigerte Lebenserwartung vermehrt an-

[4]) „mb — der arzt". Monatsschrift des Marburger Bundes, 8/1971.

fallenden Alterskrankheiten noch nicht einmal die entscheidende Rolle. Denn trotz der Errungenschaften der modernen Medizin ist es bisher nicht nur nicht gelungen, die Morbidität der arbeitenden Bevölkerung zu senken, sondern es ist scheinbar paradoxerweise eine fast ununterbrochene Zunahme zu verzeichnen. So stieg der Krankenstand bei den Pflichtmitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung ((GKV) (ohne die Rentner) von 3,6 % im Jahr 1951 auf 5,05 % im 1969 [5]). Die Erklärung für diese Tendenz ist in dem außerordentlich hohen Ausbeutungsgrad der menschlichen Arbeitskraft in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg zu suchen. Die kapitalistische, aus Sparsamkeitsgründen die veränderte Beanspruchung der Arbeiter nicht berücksichtigende Rationalisierung sowie die ständig gestiegene Arbeitshetze und -intensität stellen extreme Ansprüche an die psychische und physische Leistungsähigkeit der Werktätigen mit schwerwiegend negativen Folgen für deren Gesundheit. Dabei haben die sich verändernden Produktionsbedingungen eine Reihe neuer Massenkrankheiten hervorgerufen, vor allem die des psychosomatischen Formenkreises (Geschwürskrankheit, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Herzrhythmusstörungen etc.). Daß die steigende Tendenz des Krankenstandes in der BRD tatsächlich durch die kapitalistischen Ausbeutungsmechanismen erklärt werden muß, zeigt die kontinuierlich rückläufige Krankenstandsquote in der DDR (von 6,06 % im Jahr 1960 auf 5,05 % im Jahr 1966) [6]). Diese Zusammenhänge werden fast noch deutlicher bei der Betrachtung des hohen Standes der vorzeitigen Invalidität und der erschreckenden Häufung der Arbeitsunfälle. So betrug beispielsweise im Jahr 1964 der Anteil der Versicherungsrente wegen vorzeitiger Invalidität im Gesamtbestand der Arbeiterrentenversicherung 34 %! [7]). So wurden 1970 in der BRD mehr als 2,5 Millionen Unfälle am Arbeitsplatz einschließlich Berufskrankheiten registriert [8]) — pro 1000 Beschäftigte zweieinhalbmal mehr als in der DDR [9])!

Die dargestellten Tendenzen — aufwendige Methoden und Spezialistentum infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Medizin, immer vordringlicher werdender Ausbau der Vorsorgemedizin und die weithin in ihrem katastrophalen Ausmaß unbekannte Morbidität der Bevölkerung — bestimmen die Situation, in welche der Arzt sich heute gestellt sieht.

IV

Betrachten wir nun, wie sich diese Voraussetzungen auf die beiden großen Bereiche ärztlicher Krankenversorgung, den der freien Praxis auf der einen, den des Krankenhauses auf der anderen Seite, auswirken.

Beginnen wir mit der freien Praxis. Der niedergelassene Arzt befindet sich heute tagtäglich in einer mißlichen Lage: Er wird mit dem überfüllten Wartezimmer nicht mehr fertig! Theoretisch könnte er dieses Problem durch einfaches Beschränken der Zahl der von ihm behandelten Patienten lösen. Das hieße aber, daß bei gleichbleibender Zahl der niedergelassenen Ärzte ein Teil der Kranken keine Behandlung mehr finden würde. Damit wäre das Monopol dieser Ärzte auf die ambulante Krankenversorgung gefährdet. An diesem Monopol müssen sie aber schon deshalb interessiert sein, weil Alternativlösungen, die Einrichtung staatlicher Polikliniken und Ambulatorien, sich sehr bald als überlegene Form der ärztlichen Versorgung erweisen würden und eine Abwanderung der

5) Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1962 bis 1969.
6) G. Tittel, Bonner Sozialstaatlichkeit, Berlin 1967, S. 69.
7) Ebenda, S. 71.
8) „Der Tagesspiegel", 30. 5. 1971.
9) Ingrid Fohlmeister, Die Funktion der Medizin im Kapitalismus, Sonderdruck, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1970.

Patienten einsetzen könnte. Das jedoch würde die Existenz des niedergelassenen Arztes, der in den letzten 20 Jahren sein Einkommen zunehmend von Kassenpatienten bezieht, ernsthaft gefährden (ca. 80 % der Patienten gehören heute der GKV an). Das Kassenarztwesen, wie es bei uns üblich ist, zwingt den Arzt, den branchenüblichen Verdienst durch Sammeln möglichst vieler Krankenscheine und das Anbieten möglichst kostspieliger Leistungen zu realisieren. Die hohe Morbidität der Bevölkerung steht also zu dem ökonomischen Interesse des niedergelassenen Arztes keineswegs im Widerspruch; das am meisten honorierte Verhalten ist: Bewältigung möglichst hoher Patientenzahlen pro Zeiteinheit, großzügige Verordnung, zeitsparende, hochdotierte diagnostische und therapeutische Maßnahmen. Langwierige, vergleichsweise gering bewertete Maßnahmen, wie z. B. gründliches ärztliches Gespräch, fundierte Anamnese, exakte Untersuchung etc., sind unrentabel und fallen entsprechend häufig unter den Tisch. Dazu kommt, daß der einzelne niedergelassene Arzt kaum noch in der Lage ist, in seiner technischen Ausstattung wie auch in seiner Fortbildung mit den Fortschritten der Medizin Schritt zu halten. Würde er daraus den Schluß ziehen, um so enger mit größeren Institutionen bzw. Kliniken, welche die entsprechenden Möglichkeiten haben, zusammenzuarbeiten, so wäre diese Situation sicherlich noch nicht so schlimm. Doch abgesehen davon, daß solche Möglichkeiten praktisch kaum gegeben sind, spricht nichts dafür, daß die Masse der Ärzte sie nutzen würde, wo doch das eigene, wenn auch unzulängliche „Herumdoktern" am Patienten wesentlich ertragreicher ist. Auch die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten verschiedener Fachrichtungen — durch die Entwicklung der Medizin eine unumgängliche Notwendigkeit geworden — ist durch die primär am Profit orientierte ärztliche Versorgung erheblich behindert. So überweist der Praktiver nur äußerst ungern an den Facharzt, da er fürchten muß, daß der Patient nicht zurücküberwiesen wrid. Wenn oben dargestellt wurde, warum der niedergelassene Arzt nicht an einer Senkung der von ihm versorgten Patientenzahl interessiert ist, so gilt das Gleiche natürlich auch für eine indirekte Senkung dieser Zahl durch Erhöhung der Arztdichte. Daher rührte auch der geringe Widerstand der ärztlichen Standesorganisationen gegen die kriminelle Reduktion der Medizinstudentenzahlen via Numerus clausus, da darin eine Möglichkeit gesehen wurde, das Einkommensniveau der Arztpraxen aufrechtzuerhalten oder möglichst noch weiter ansteigen zu lassen [10]).

So wird die profitbezogene Kassenarztpraxis selber zu einer kaum zu überschätzenden Ursache für die hohe Morbidität der Bevölkerung. Wie wenig dieses System in der Lage ist, die tatsächliche Gesundheitssituation in der BRD auch nur diagnostisch zu erfassen, geschweige denn wirksam zu verbessern — entgegen den ständigen Beteuerungen der Standesorganisationen —, darüber vermittelt der Bericht über die Ergebnisse einer 1970 an über 50 000 sozialversicherten Arbeitern und Angestellten in Baden-Württemberg durchgeführten medizinischen Massenuntersuchung beredte Auskunft: Der Zwischenbericht über die Auswertung der Befunde von ca. 3100 Untersuchten (die alle nicht krank geschrieben

10) So veröffentlichte bereits 1950 der Hartmannbund in der Denkschrift zur zeitweiligen Beschränkung des Medizinstudiums folgende Vereinbarung, an der auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ärztekammer und des Marburger Bundes teilhatten: „Die medizinischen Fakultäten des Bundesgebietes einschließlich der FU Berlin mögen sich verpflichten, für die nächsten zwei Jahre nicht mehr als 30 Studenten im Jahr an jeder Universität zum Medizinstudium neu zuzulassen", denn andernfalls würden bald „20 000 Ärzte im Überfluß vorhanden sein, für welche weder berufliche Betätigung noch wirtschaftliche Lebensmöglichkeit besteht" (zit. nach: Erkämpft das Sozialistische Studium, Hrsg. KSV-Zelle Medizin, Berlin, Oktober 1971). Nachdem nun allerdings der seit 1950 in Westberlin und seit 1967 an den Med. Fakultäten in der BRD bestehende Numerus clausus in die gesundheitspolitische Sackgasse geführt hat, wollen die Vertreter der Ärztekammern ihr früheres unverantwortliches Verhalten verleugnen. So liest man im Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer 1970/71: „Von Ärztekammern und ärztlichen Verbänden kommen seit Bestehen des Numerus clausus immer wieder Stimmen, die einen Abbau der Studienbeschränkungen fordern." Bereits der nächste Satz jedoch zeigt, wo die Herren der Schuh drückt: „Verständlicherweise wird diese Forderung vor allem zugunsten von Arztkindern erhoben, da gerade bei ihnen eine besonders positive Berufsmotivation vorliegen dürfte" (Deutsches Ärzteblatt 20a/1971, S. 1548).

waren und arbeiteten!) ergab, daß ca. 80 % der Untersuchungen pathologische Abweichungen vom klinischen Befund zeigten, ca. 50 % sofort zum Hausarzt und 20 % sofort zum Facharzt mußten. Bei etwa 1,5 % der Untersuchten stellte sich eine Krankenhauseinweisung, bei fast 20 % eine Kurverschickung als notwendig heraus [11]).

Es wird also zunehmend die Unmöglichkeit deutlich, mit dem System der freien Praxis den Ansprüchen der Bevölkerung an eine ausreichende ärztliche Versorgung zu entsprechen. Nur ein kleiner Teil der Kranken ist in der Lage, die hohen Kosten für eine privilegierte Behandlung als Privatpatient zu tragen. Die Masse der Bevölkerung wird trotz der fortgeschrittenen diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten der modernen Medizin zunehmend kränker.

Diese Entwicklung ist die Erscheinungsform des sich verschärfenden Widerspruchs zwischen einem privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitswesen und den Interessen der Patienten, und dieser Widerspruch wird auch durch den von den Standesorganisationen so eifrig propagierten Zusammenschluß mehrerer Ärzte zu Gruppenpraxen nicht aufgehoben werden können. Zwar werden durch solche Zusammenschlüsse gewisse für die Einzelpraxis charakteristische Kooperationsprobleme besser gelöst werden können, dennoch bestehen weiterhin die Möglichkeit und damit auch die Tendenz, Diagnostik und Therapie primär nach Gesichtspunkten der Rentabilität und nicht nach medizinischen Erfordernissen zu organisieren. Da aber immer mehr Bereiche der ärztlichen Tätigkeit so aufwendig werden, daß sie im Rahmen der durch die GKV vorgegebenen Vergütungsmöglichkeiten nicht mehr profitabel praktiziert werden können, werden die von dem bestehenden Kassenarztsystem noch getragenen Bereiche zunehmend reduziert werden müssen. Werden nun die unrentabel gewordenen Bereiche nicht von anderen Stellen, insbesondere dem Staat, übernommen, so wird das zwangsläufig eine weitere rapide Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Masse der Bevölkerung nach sich ziehen.

V

Betrachten wir nun kurz die Rolle, die der Staat in dieser Angelegenheit spielt. Diese läßt sich nur verstehen, wenn man sich dessen für die gegenwärtige Periode des Kapitalismus charakteristische enge Verflechtung mit den Interessen des Monopolkapitals vor Augen führt. Sie bedingt, daß die öffentlichen Mittel vorrangig in jene Bereiche investiert werden, die der Profitmaximierung der Großunternehmen dienen bzw. konjunkturpolitisch im Sinne der Profit- bzw. Wachstumsstabilität oder aber unter dem Aspekt des Systemkampfes gegen die sozialistischen Länder interessant sind (Militärausgaben, Entwicklungshilfe etc.). Hohe Ausgaben im Sozialbereich erscheinen unter diesem Aspekt relativ uninteressant. Auf diesem Sektor wird deshalb mit allen Mitteln eine Minimierung der Kosten angestrebt.

Unter diesen Voraussetzungen wird es verständlich, warum der Staat so lange zögert, der zunehmend anachronistischen und schon längst nicht mehr zu verantwortenden Monopolstellung der freien Ärzte ein Ende zu bereiten. Denn eine Verstaatlichung der ambulanten Krankenversorgung bedeutete doch — vorausgesetzt, der bestehende Mißstand solle tatsächlich verbessert werden —, daß die Mittel der GKV zumindest für eine längere Übergangsperiode selbst bei einer deutlichen Reduzierung der ärztlichen Honorierung kaum für die notwendigen kostspieligen Reformen ausreichen würden. Die Abzweigung großer Summen

11) Modell einer allgemeinen Vorsorgeuntersuchung. Zwischenbericht Stuttgart 1970 (erhältlich beim Arbeits- und Sozialministerium Baden-Württemberg).

öffentlicher Gelder auf den Gesundheitssektor wäre unumgänglich. Dem steht aber das erwähnte Prinzip der Minimierung der Kosten bei Maximierung der Monopolprofite entgegen, erkauft mit der ständigen Verschlechterung des Gesunheitszustandes der Bevölkerung.

So sehr nun allerdings das Großkapital an einer Kostensenkung im Bereich des Gesundheitswesens interessiert ist, so wenig wird es sich auf die Dauer mit der damit verbundenen Beeinträchtigung der Gesundheit seiner Arbeiter abfinden können; und zwar aus dem selben Grunde, da die gesunde menschliche Arbeitskraft als Hauptproduktivkraft eine der wesentlichsten Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wachstums ist. Die Schwierigkeiten, die der Industrie durch den sich ständig erhöhenden Krankenstand erwachsen, lassen sich erahnen, wenn man weiß, daß 5 % Krankenstand einer Schätzung zufolge 15 Mrd. DM Einbuße am Sozialprodukt pro Jahr bedeuten [12]).

Daraus folgt, daß der Staat als Anwalt der Großindustrie sich bei zunehmender Insuffizienz der ärztlichen Versorgung früher oder später gezwungen sehen wird, das Monopol der niedergelassenen Ärzte zu brechen und selber in Form von Polikliniken und Ambulatorien bessere Möglichkeiten der ambulanten Patientenversorgung zu schaffen. Das aber wäre tatsächlich, wie es die Standesvertreter der Ärzte unter aufgeregten Kassandrarufen an die Wand malen, der Anfang vom Ende der Freiberuflichkeit des Arztes. Dabei gehen zwischen der konservativen und der fortschrittlichen Fraktion der Monopolbourgeoisie, repräsentiert durch CDU und SPD-Führung, die Meinungen im Kern weniger in der Frage der prinzipiellen Notwendigkeit als vielmehr über die des Zeitpunktes einer Ablösung der freien Kassenpraxis auseinander. Zwar ist von offizieller SPD-Seite bisher noch keine Absichtserklärung in dieser Richtung bekanntgeworden — es wird im Gegenteil immer wieder auf die im Godesberger Programm den niedergelassenen Ärzten zugesicherte Erhaltung ihrer Freiberuflichkeit verwiesen. Dennoch kann es aber angesichts der objektiven Entwicklung nur eine Frage der Zeit sein, bis von dieser Seite, ungeachtet der früheren Versprechungen, die ersten Anstalten gemacht werden, die, aufs ganze gesehen, zum lästigen Ballast gewordenen Privilegien der freien Ärzteschaft abzubauen. Dabei ist unschwer vorauszusehen, daß derartige Maßnahmen auf die erbitterte, im Endeffekt jedoch erfolglose und daher sinnlose Gegenwehr der Standesorganisationen stoßen und eine erhebliche Unruhe unter der Ärzteschaft provozieren werden.

VI

Wie sieht nun dagegen die Entwicklung der krankenhausärztlichen Versorgung der Bevölkerung aus? Der Fortschritt der Medizin bedingt, daß — wie bereits erwähnt — zunehmend Bereiche ärztlicher Tätigkeit, die bisher von niedergelassenen Ärzten betreut wurden, nur noch in Kooperation verschiedener Spezialisten oder auf Grund aufwendiger finanzieller und organisatorischer Voraussetzungen an größeren Institutionen, besonders Krankenhäusern, geleistet werden können. Dabei werden aber zunehmend qualifizierte Ärzte an diese Einrichtungen gebunden, und die Lebensstellung des angestellten Krankenhausarztes tritt allmählich aus ihrem bisherigen Aschenputtel-Dasein und wird immer „salonfähiger". Diese Entwicklung spiegelt sich in der Zunahme der Zahl der Krankenhausärzte, die in den letzten zehn Jahren 91 % beträgt und damit schon fast die Zahl der Kollegen in der freien Praxis, die in der selben Zeit fast konstant geblieben war, eingeholt hat [13]). Der Entschluß, langfristig am Krankenhaus zu arbeiten (ähnliches gilt auch für die Entwicklung im öffentlichen Gesundheitsdienst), wird

[12]) E. Bauer, Aussagewert des Krankenstandes, „Medizinische Klinik", 63/1968, S. 1980.
[13]) „Deutsches Ärzteblatt", 20a/1971, S. 1513.

überdies durch die zunehmend unattraktive Entwicklung der Kassenarztpraxis gefördert. Denn trotz der guten Verdienstaussichten werden immer mehr junge Ärzte nicht nur durch die laufend sich verteuernden Praxiseinrichtungskosten, sondern vor allem auch durch das Beispiel ihrer Kollegen abgeschreckt, die sich mit unsicherer Berufsperspektive abschuften und — dem Zwang der geschilderten Mechanismen erliegend, ohne ihn zu durchschauen — mehr „Unheilung" als Heilung mit ihrem Gewerbe stiften.

Mit dieser Entwicklung verändert sich nun aber auch allmählich die herkömmliche Einstellung des angestellten Arztes. Während er früher seine Lage nur als Durchgangsphase begriff und daher an ihrer Verbesserung nicht ernsthaft interessiert war, identifizieren sich nun immer mehr Ärzte mit dieser Form ihrer Berufsausübung und sind an deren sinnvoller und erträglicher Gestaltung sowie an einer ihren Lebensansprüchen gemäßen Entlohnung interessiert.

Dieser langsamen Verwandlung der Arztprofession von der eines freien Unternehmers in die eines bezahlten Angestellten liegt — wie dargestellt — die Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen der Medizin zugrunde, was aus der Sicht der ärztlich zu versorgenden Bevölkerung natürlich einen echten Fortschritt darstellt.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein, verändertes Sein jedoch nicht mechanisch entsprechendes Bewußtsein — dieses kann durchaus noch für eine kürzere oder längere Zeitspanne der vorangegangenen Phase verhaftet sein. Nur die wenigsten der Krankenhausärzte entwickeln heute bereits ein Selbstverständnis, das ihrer veränderten gesellschaftlichen Lage als Angestellte entspricht — die meisten haften noch an ihrer hergebrachten Ideologie. Dabei ist charakteristisch, daß sie den auf lange Sicht zwar mit Notwendigkeit untauglichen, kurzfristig unter Umständen jedoch durchaus fortschrittshemmenden Versuch unternehmen, die früheren Privilegien in eben diese neue Lage hinüberzuretten. Nach der oben ausgeführten Charakterisierung des Marburger Bundes als reiner Standesorganisation steht er folgerichtig auch an der Spitze dieser Bestrebungen. So laufen seine langfristigen Pläne z. B. darauf hinaus, den krankenhausärztlichen Dienst in einem sogenannten „Kollegialsystem" zu organisieren. Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich das Modell der seit einiger Zeit ins Gespräch gebrachten „krankenhausärztlichen Vereinigungen". Kernpunkt dieses Modells ist es, alle Ärzte am Krankenhaus aus ihrem Angestelltendasein zum Krankenhausträger zu lösen und sie künftig in selbständigen Körperschaften zusammenzuschließen — ähnlich also den Zusammenschlüssen der niedergelassenen Ärzte zu kassenärztlichen Vereinigungen. Man verspricht sich davon „eine dem Wesen des Arztberufes entsprechendde Annäherung an eine freiberufliche Tätigkeit für alle Krankenhausärzte" und ihre Befreiung „aus ihrer derzeitigen Position als Erfüllungsgehilfe des Krankenhausträgers" [14]). In der Stellungnahme des Marburger Bundes zur Reform des Krankenhauswesens, die am 3./4. April 1971 von der 38. (außerordentlichen) Hauptversammlung in Saarbrücken beschlossen wurde, wird dieses Modell als „überzeugendste und daher anzustrebende Lösung" für die Zukunft bezeichnet [15]). Allerdings stoßen diese Vorstellungen bei den ande-

---

14) „Deutsches Ärzteblatt", a.a.O., S. 1589.

15) Damit die kämpfenden Krankenhausärzte auch ja nicht die ihnen vom Marburger Bund zugedachte langfristige Perspektive aus den Augen verlören, veröffentlichte der Marburger Bund auf dem Höhepunkt des Streiks einen Artikel des Schöpfers des Gedankens der genossenschaftlichen Organisation der Krankenhausärzte, Philipp Herder-Dorneich. Darin benutzte dieser gerade den Streik, um für seine Idee zu werben, indem er an den reaktionärsten Gefühlen der Ärzteschaft anpackt: „Was steht für die Ärzte auf dem Spiel? Der hippokratische Eid. Nicht weil er eine schöne alte Formel wäre, sondern weil er Grundlage des Prestiges der Ärzteschaft ist. Nur und gerade die Bindungen, die die Ärzte sich selbst auferlegen, geben ihnen das Recht, Außergewöhnliches zu fordern. Diesen letzten Grund für ihre Forderungen dürfen die Ärzte nicht gefährden. Ein Streik gefährdet sie" („mb — der arzt", 10/71, S. 457).

ren Standesorganisationen der Ärzte auf Widerstand. Die Chefärzte wehren sich dagegen, nach den Vorstellungen dieses Modells de facto entmachtet zu werden, die Kassenärzte sind mißtrauisch, da sie befürchten, den Kuchen der GKV evtl. mit den Krankenhausärzten teilen zu müssen.

Am entschiedensten aber stehen diese Pläne des Marburger Bundes im Gegensatz zu den Interessen der Patienten. Nach den Ausführungen zum prinzipiellen Unvermögen einer profitorientierten Krankenversorgung innerhalb des Systems des Kassenarztwesens, ihre Aufgaben zu erfüllen und nach Kenntnis ihrer katastrophalen Auswirkungen erscheint es gegenüber den Interessen der Bevölkerung geradezu wie blanker Hohn, die Ausdehnung dieses Systems auch auf den krankenhausärztlichen Bereich zu fordern. Wenngleich hier dasselbe gilt wie bei der ambulanten Krankenversorgung, daß nämlich derartige Modelle langfristig auch nicht im Interesse des Großkapitals liegen können, so ist deswegen aber noch immer die Möglichkeit gegeben und deshalb zu bekämpfen, daß der Marburger Bund unter geschickter Ausnutzung von Widersprüchen innerhalb der Monopolbourgeoisie vorübergehend seine Vorstellungen durchsetzt und damit den Fortschritt im Gesundheitswesen auf ungewisse Zeit hinaus empfindlich hemmen kann.

Die Erfahrung zeigt, daß der größere Teil der Krankenhausärzte auf die Veränderung seiner objektiven gesellschaftlichen Lage reaktionär reagiert, indem er sich verstärkt an sein borniertes Standesbewußtsein klammert. Dafür sprechen auch die ansteigenden Mitgliederzahlen des Marburger Bundes. Noch ist die Zahl derer nicht sehr groß, die erkannt haben, daß es sinnlos ist, seine Interessen nach längst überfälligen Standesvorrechten zu bestimmen, sondern daß diese aus den realen Bedingungen der eigenen Existenz in der Gesellschaft hergeleitet werden müssen. Die neue Lage ist dadurch charakterisiert, daß die bislang von der Masse der Bevölkerung getrennten und gegen sie gerichteten Sonderinteressen des Arztes mit dessen tendenziell verallgemeinerter Lohnabhängigkeit allmählich ihre ökonomische Basis verlieren. Dafür gerät er allmählich, wie breite Teile des übrigen Kleinbürgertums auch, in einen objektiven Gegensatz zum Monopolkapital und somit — erkennt er seine Lage richtig — zwangsläufig an die Seite der Arbeiterklasse. Er wird begreifen, daß seine Interessen nur in Übereinstimmung mit den übrigen Gruppen der Lohnabhängigen bestimmt und im Bündnis mit diesen durchgesetzt werden können, wobei dieses Bündnis wiederum umgekehrt Solidarität und Unterstützung für jene im Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung beinhaltet. Dieser Prozeß der Einsicht wird sich allerdings vorläufig nur vereinzelt entwickeln, denn solange durch das System das Geschäft mit der Krankheit wie bisher toleriert und unterstützt wird, werden die meisten von der zunehmend zur Illusion werdenden Möglichkeit eines erfolgreichen Ausbruchs aus der Lohnabhängigkeit geblendet bleiben. Auf lange Sicht jedoch wird sich die Einsicht mit Sicherheit immer mehr durchsetzen — den ideologischen Ablenkungsmanövern und Bestechungsversuchen der Monopolbourgeoisie zum Trotz.

VII

Analysieren wir nun vor diesem Hintergrund den in den letzten Monaten abgelaufenen Ärztestreik.

Anlaß der binnen kurzem eindrucksvoll anschwellenden Bewegung war die schleppende Abwicklung der Verhandlungen zwischen der als Arbeitgeber zuständigen Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und den Gewerkschaften ÖTV und DAG bezüglich einer längst überfälligen tariflichen „Sonderregelung Ärzte".

Den Gewerkschaften, die bisher nur einen ganz geringen Prozentsatz der Ärzte zu ihren Mitgliedern zählen, gelang es nicht — vor allem infolge des mangelnden Drucks von der Basis —, die ärztlichen Interessen wirksam zu vertreten. Im Mai dieses Jahres formulierte eine aus fünf Berliner Assistenzärzten bestehende Arbeitsgruppe, die spontan enstanden und weder im Marburger Bund noch in der Gewerkschaft organisiert war, klar und deutlich den bislang nur diffus in der gesamten Krankenhausärzteschaft gärenden Unwillen über die miserablen Arbeitsbedingungen. Es wurde als erstes die Abschaffung des als besonders lästig empfundenen Bereitschaftsdienstes verlangt — eine zweifellos berechtigte Forderung. Als Übergangslösung wurden 100%ige Vergütung der Bereitschaftsdienstzeit und 50%iger Freizeitausgleich vorgeschlagen.

Daß sich gerade am Bereitschaftsdienst der Unmut entzündete, ist symptomatisch für die Verhältnisse im öffentlichen Gesundheitswesen. Zwar hat die Zahl der Krankenhausärzte seit Jahren laufend zugenommen, jedoch keineswegs in dem erforderlichen Maß (Numerus clausus!) — die Zahl der realen Planstellen liegt weit unter der nach Meinung von Fachleuten für notwendig erachteten. Die daraus resultierende und sich für den Arzt besonders in überlangen und gehäuften Bereitschaftsdiensten auswirkende Misere ist dabei nur ein Teil eines allgemeinen Mißstandes, der im Zusammenhang mit der geschilderten, für den staatsmonopolistischen Kapitalismus typischen Kostenminderung im gesamten sozialen Bereich gesehen werden muß. Dieses Problem berührt natürlich alle Berufsgruppen in diesem Sektor und ist auch Ursache der besonders katastrophalen Zustände im Pflegebereich.

Die unter diesen Umständen mehr als berechtigten Bereitschaftsdienstforderungen der aktiv gewordenen Assistenten fanden bei den ungeduldig gewordenen Kollegen breite Unterstützung. Zur Durchsetzung dieser Forderungen wurden Streikmaßnahmen angedroht.

Der Westberliner Senat lud nun die ÖTV, die DAG und den Marburger Bund zu einer Besprechung der anstehenden Probleme ein. Die Ergebnisse dieses Gesprächs waren:

1) Einrichtung von 184 zusätzlichen Planstellen;

2) Ablehnung der Einrichtung weiterer Planstellen;

3) für die bessere Bezahlung des Bereitschaftsdienstes und die Neugestaltung der Arbeitszeit erklärte sich der Senat als nicht kompetent.

Diese Einstellung des Westberliner Senats ist tatsächlich sachlich gerechtfertigt und kann nicht als Ausweichmanöver gewertet werden, da Tarifverhandlungen eindeutig in den Zuständigkeitsbereich der TdL fallen.

Dieses Ergebnis wurde von den Krankenhausärzten nicht akzeptiert. Sie forderten Streikmaßnahmen.

Damit aber gerieten die Gewerkschaften in die Zwickmühle, denn in den letzten Monaten hatten ständig Verhandlungen mit der TdL stattgefunden; ein Scheitern der Verhandlungen war nicht ausgesprochen und zum 14. September 1971 waren Termingespräche für weitere Verhandlungen vereinbart worden. Das heißt aber, daß die Gewerkschaften — juristisch in der Friedenspflicht — gezwungen waren, jede Beteiligung an Streikmaßnahmen abzulehnen.

Es wurde bereits erwähnt, daß der Marburger Bund als Interessenverband im Verhältnis zu den anderen ärztlichen Standesorganisationen noch eine relativ schwache rechtliche Position besitzt. In dieser Situation, in welcher der ÖTV und DAG zumindest bis zum Beginn der Verhandlungen im Herbst die Hände gebun-

den waren, witterte er nun allerdings die Chance, seine Stellung gegenüber den Arbeitgebern auf Kosten der als „nicht-standesgemäß" bekämpften Gewerkschaften auszubauen. Folgerichtig setzte sich der Marburger Bund schleunigst an die Spitze der Streikbewegung — selber durch keine Friedenspflicht gebunden —, obwohl er zu Beginn der Unruhen noch in demagogischster Weise abzuwiegeln versucht hatte.

Am 23. August 1971 wurden, nachdem die TdL eine Vorverlegung der Gespräche mit der ÖTV und DAG abgelehnt hatte, vom Marburger Bund die Kampfmaßnahmen eingeleitet, die stufenweise bis zur totalen Arbeitsniederlegung unter Aufrechterhaltung eines Notdienstes an ausgewählten Schwerpunktkrankenhäusern gesteigert wurden.

Am 29. September 1971 blies der Marburger Bund den Streik unerwartet ab! Was war geschehen?

Während der Marburger Bund bislang von den Arbeitgebern nicht offiziell als Tarifgesprächspartner anerkannt war, erhielt er nun deren Einladung, sich an den am 14. Oktober 1971 in München beginnenden Tarifgesprächen mit sechs Vertretern zu beteiligen. De facto bedeutete das keine besondere Neuigkeit, denn der Marburger Bund hatte bereits bei früheren Tarifverhandlungen Vertreter entsenden können. Dennoch wurde die kleine Geste der Arbeitgeber als großer Sieg verkauft und der Streik abgesetzt, obwohl keine einzige der Streikforderungen (100%ige Vergütung des Bereitschaftsdienstes und 50%ige Freizeitabgeltung, Neugestaltung der Arbeitszeit der angestellten Ärzte und Neufassung der Aufgabengebiete) erfüllt worden war. Dennoch hatte es der Marburger Bund geschafft, sich der Masse der Krankenhausärzte als Kampforganisation ins Bewußtsein zu graben und massenhaft neue Mitglieder zu gewinnen [16]). Unter diesem Aspekt hatte der Marburger Bund eine Runde gewonnen.

Betrachten wir noch kurz das Verhalten der anderen Ärztegruppen gegenüber dem dubiosen Husarenstück des Marburger Bundes. Die Chefärzte, die in der angestrebten Aufwertung der Position der nachgeordneten Ärzte mit Recht eine Gefährdung ihrer Stellung sehen, bekämpfen — wenn auch ohne Erfolg — den Streik ihrer Untergebenen. Nicht so eindeutig war die Interessenlage der niedergelassenen Ärzte. Deren Gefühle sind geteilter Natur: Einerseits sehen sie in dem langfristigen Versuch des Marburger Bundes, krankenhausärztliche Vereinigungen durchzusetzen und damit die angestellten Ärzte evtl. an dem bislang unter ihnen allein aufgeteilten Kuchen der Krankenkassen zu beteiligen, eine Gefährdung ihrer eigenen materiellen Interessen, andererseits sind sie in ihrem reaktionären Kampf um die Erhaltung der „ärztlichen Freiheit", der sich auch der Marburger Bund verpflichtet fühlt, auf Bündnispartner angewiesen. Die gemeinsamen Standesinteressen setzten sich durch: schon bald nach Einleitung von Kampfmaßnahmen erklärten sich die Standesorganisationen der niedergelassenen Ärzte mit dem Marburger Bund solidarisch [17]).

Die faktische Aufwertung des Marburger Bundes, wenngleich lange nicht so massiv, wie von ihm selbst propagiert, ist objektiv ein Rückschlag im Kampf um ein an den Interessen der breiten Bevölkerung orientiertes Gesundheitswesen. Doch eine einzig an dieser Tatsache gemessene Beurteilung der Streikbewegung verfehlt deren ambivalenten Charakter. Zunächst bleibt festzuhalten, daß die Streikforderungen, mit denen sich die Masse der Krankenhausärzte voll identifizierte, gewerkschaftliche und keine Standesforderungen waren und damit nicht im

16) So traten dem Marburger Bund im Verlauf des Arbeitskampfes ca. 3000 neue Mitglieder bei („mb — der arzt", 10/71, S. 460).
17) „mb — der arzt", 8/1971, S. 395.

Gegensatz zu den Interessen anderer Berufsgruppen im Krankenhaus oder denen der Patienten standen. Das aber signalisiert eine Entwicklung des Selbstverständnisses der Krankenhausärzte in Richtung auf jenes Angestelltenbewußtsein, das dem Standesbewußtsein des klassischen Arztes diametral entgegengesetzt ist und — wie darzustellen versucht wurde — in der tendenziellen Proletarisierung des ärztlichen Berufsstandes als Ganzes begründet ist. Diese Entwicklung soll hier natürlich nicht überschätzt werden — es gibt genug Hinweise auf die Tatsache, daß das aktuelle Bewußtsein der meisten Krankenhausärzte noch immer vorwiegend vom Standesdünkel geprägt ist. Dennoch ist ihr Verhalten im Laufe der letzten Monate ein Novum, das vor einigen Jahren noch kaum denkbar gewesen wäre.

Diese Tendenz wird noch an anderer Stelle sichtbar. Bislang trafen sich in den Ärztegruppen der ÖTV nur wenige Kollegen, z. T. verknöcherte Vereinsmeier oder schrullige Amtsmedici und nur vereinzelt progressive Ärzte — entsprechend schwach war die Politik der jeweiligen Vorstände. In letzter Zeit hat nun die Zahl der Aufnahmeanträge von angestellten Ärzten in die ÖTV sprunghaft zugenommen. In den Mitgliederversammlungen — bisher in erster Linie reine Akklamationsgremien — wird mit einem Male erregt diskutiert! Es gibt also offenbar einen, wenn auch noch kleinen Teil unter den Krankenhausärzten, die begriffen haben, daß ihre echten Interessen nicht im Beharren auf Privilegien, sondern im Kampf um die Verbesserung ihrer Stellung als Lohnabhängige liegen [18]).

In solchem Kampf erfahren diese Ärzte immer deutlicher, daß er nur im Zusammenhang mit anderen Lohnabhängigen und werktätigen Schichten der Bevölkerung erfolgreich geführt werden kann und daß er nicht bei der Vertretung partikularer Wünsche stehenbleiben darf, sondern seinen Sinn erst bekommt in der Formulierung und Durchsetzung der gemeinsamen Interessen. Daß diese angesichts der katastrophalen Zustände in unserem Gesundheitswesen weit über Tarifprobleme hinausgehen, ist unschwer erkennbar; ebenso klar ist, daß der Kampf um ein menschenwürdiges Gesundheitswesen letztlich ein politischer sein muß.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Überlegungen? Es müssen alle Tendenzen unterstützt werden, die auf einen echten Fortschritt im Gesundheitswesen abzielen. Das beginnt bei dem Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller im Krankenhaus beschäftigten Berufsgruppen, nicht zuletzt im Interesse der Patienten, und um die Verbesserung der sozialen Lage der unterprivilegierten Schichten im öffentlichen Gesundheitswesen (Arbeiter, Teile des Pflegepersonals). Dabei ist die Durchsetzung einer effektiven Mitbestimmung auch im Krankenhaus von vordringlicher Bedeutung. Die Probleme der Neuordnung der pflegerischen und ärztlichen Aufgabenbereiche müssen entsprechend den Interessen der Angestellten und Patienten gelöst werden. Der Kampf gegen die monströsen Privilegien des Chefarztes ist weiterzuführen. Von mitentscheidender Bedeutung um die Zukunft unserers Gesundheitswesens wird vor allem sein, in welchem Maße die Profitinteressen aus der ärztlichen Praxis verdrängt werden können, mit welchem Erfolg der Kampf gegen die reaktionären Standesorganisationen der niedergelassenen und angestellten Ärzte um den

---

[18]) Wie schnell und erfolgreich durch das Einströmen fortschrittlicher Kräfte gerade in den Ärztegruppen der ÖTV die althergebrachte und erstarrte Politik durchbrochen werden kann, zeigt das Beispiel Westberlin: Dort gelang es in den Vorstandswahlen am 21. Oktober 1971, den alten Vorstand abzusetzen und durch fortschrittliche Kollegen abzulösen. Der progressive Charakter des neuen Vorstandes wird bereits in den geplanten Anträgen für die Bezirkskonferenz im März 1972, die einen eindeutig gesellschaftskritischen und politischen Charakter tragen, erkennbar. Eine solche Stoßrichtung wäre bislang praktisch nicht vorstellbar gewesen.

Aufbau eines an den Interessen der Bevölkerung orientierten Gesundheitswesens geführt werden kann.

Der ernsthafte Kampf um solche Reformen führt allerdings immer wieder zu der Erfahrung, daß der Versuch ihrer Durchsetzung auch und gerade im Bereich des Gesundheitswesens sehr bald zur Konfrontation mit der Macht der mit dem Staat verbundenen Monopole führt, und daß nur gegen deren Widerstand echte Verbesserungen der sozialen und gesundheitlichen Lage der Bevölkerung erkämpft werden können. Dabei wird zwangsläufig klar, daß der Kampf um ein besseres Gesundheitswesen eigentlich erst sinnvoll wird in Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse — daß nur in der Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole die Perspektive für ein wirklich humanes Gesundheitswesen sichtbar werden kann.

Portugal nach Salazar

„Erneuerung in der Kontinuität"?

Von Rudi Maslowski

I

Seit nunmehr drei Jahren wird Portugal von Marcello Caetano regiert, der im September 1968 die Nachfolge Salazars antrat. Mit der einprägsamen Formel „Erneuerung in der Kontinuität" stellte Caetano 1968 über Rundfunk und Fernsehen die von ihm angestrebte Politik vor und konnte damit gleichermaßen gedämpfte Erwartungen auf überfällige Reformen wecken wie unterschwellige Bedenken gegenüber einer allzu forschen Renovierung salazaristischer Usancen ausräumen — je nach politischem Standort seiner Zuhörer. Konservative „Ultras" und ein Großteil der illegalen Opposition überprüften Caetanos Politik daher eine Zeitlang eher mit unschlüssiger Skepsis als mit Argusaugen. Später sprach Caetano dann sogar von einer „Politik der Bewegung", einer „Politik des Fortschritts" und einer „Evolution ohne Revolution". Vor durchweg konservativen Auditorien begnügte er sich nach wie vor mit der Maxime „Evolution und Kontinuität", wobei somit „keine substantielle Neuerung" zu befürchten sei. In seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Reden, den „conversas em família", wie sie inzwischen von einem Teil der Lissabonner Presse apostrophiert werden, bevorzugt Caetano stets eine unverbindlich-pathetische Ausdrucksweise; er wird selten konkret und überläßt seinen Zuhörern sehr viel Spielraum für Interpretationen. Vor seiner Amtsübernahme war der Professor für Verfassungs-, Verwaltungs- und Strafrecht einer der renommiertesten Rechtsanwälte Portugals. Dies mag einiges erklären.

In der informierten Öffentlichkeit überwiegen unterdessen die Zweifel an Caetanos Konzeption, denn seine Regierung steht vor schier unlösbaren Problemen [1]). Doch auch in Portugal ist es gang und gäbe, politische Fragen und Probleme zu personalisieren und nicht durch aufschlußreichere Analysen wirtschaftspolitischer Strukturen aufzudecken. Und bei den Unterschichten, die dank Salazars rigoroser Strategie der Entmündigung nicht im entferntesten zu einem politischen Bewußtsein gelangen konnten, kann man nunmehr zumindest ein vages Unbehagen im Unterbewußtsein bemerken. Ebenso ist die liberale und konservative westeuropäische Presse in ihrer Berichterstattung über Portugal im Laufe dieses Jahres zunehmend kritischer geworden. Gegenüber Portugal — verglichen mit Berichten aus Griechenland, Spanien oder der Türkei — ist noch immer eine starke Informationsbarriere vorhanden. Zudem dominieren Meldungen über die Kolonien. Korrespondentenberichte aus Portugal sind nur sporadisch anzutreffen.

II

Bei der Beurteilung der vierzigjährigen Ära Salazar kolportieren einige liberale und sämtliche konservativen Beobachter der portugiesischen Szenerie unermüdlich zahlreiche beschwichtigende Klischees hinsichtlich des faschistoiden Charakters des Salazarismus. Man will trotz jahrzehntelanger unerbittlicher Repression und der umfassenden Bevormundung des Volkes — womöglich analog zu Hitlers Autobahn-Mythos — Salazars „Verdienste" um die Entwicklung [2]) und Befriedung des Landes nach den „Wirren" der vorsalazaristischen Republik beachtet wissen und hebt beharrlich hervor, daß Professor Salazar, den man vor allem an seinen verhältnismäßig milden Theorien mißt und weniger am portugiesischen Alltag, von der Roheit seines Regimes kaum etwas gewußt habe! Man katalogisiert ihn zwar als Diktator, fügt aber hinzu, daß er eigentlich „keiner sein wollte" [3]). Dementsprechend gibt man sophistisch-wohlwollend zu bedenken, daß Salazar „weder ein Heiliger noch ein Bösewicht (war), aber er war einer der außergewöhnlichsten Männer dieses Jahrhunderts, ein Mann der Macht und der — oft sehr begrenzten — Phantasie, ein Gelehrter, der staatliche Geschicke formen konnte, ein armer Mann, der den Reichtum zu handhaben verstand und ihn verachtete, ein halber Einsiedler [4]), der um jene weinen konnte, denen er Lasten aufbürdete, ein Mann, in dem Stolz und Demut in ständigem Kampf um die Herrschaft miteinander lagen. Er hat Portugal, Europa und Afrika einen unauslöschlichen Stempel aufgeprägt und mehr Haß und Schmeichelei auf sich gezogen als die Regierenden viel größerer Nationen. Was die Geschichte auch über ihn sagen mag, sie kann ihn nicht übersehen. Um seine Bedeutung zu verstehen, muß man das Portugal von 1928 [5]) mit dem vergleichen, was es heute ist, seine Stärken und Schwächen damals und heute. Was ihm eine Menge Abneigung eintrug, war seine unheimliche, ironische Art, die Ideale anderer Völker zu durchschauen, sein Haß auf modische Slogans. War das Klugheit oder Zynismus?" [6]). In gewisser Hinsicht mutet eine Rekapitulation derart offenkundiger Sophismen wahrscheinlich etwas gewollt-mühselig und eigentlich müßig an, doch in Gesprächen und

---

1) Die Kolonialpolitik wird im folgenden nur am Rande gestreift. Siehe dazu u. a.: Eduardo de Sousa Ferreira, „Evolution und Kontinuität" in der Kolonialstrategie Portugals, in: „Blätter" 7/1971.
2) Peter Demetz, Wo das Unmögliche zum Alltag gehört, in: „Die Zeit", Nr. 28/1971.
3) Fritz René Allemann, 8mal Portugal, München 1971, S. 227. Im großen und ganzen argumentiert Allemann jedoch als liberaler Demokrat.
4) Salazar stammte aus recht bescheidenen Verhältnissen. Von dem ihm zustehenden Gehalt gab er sogar einen Teil wieder an den Staat zurück. Während seiner ganzen Regierungszeit unternahm er nur eine einzige Auslandsreise nach Spanien. Die Kolonien hat er nie gesehen. Von seinen Mitarbeitern konsultierte er gewöhnlich nur Minister und Militärs.
5) 1928 wurde Salazar Finanzminister der damaligen Militärregierung.
6) Hugh Kay, Die Zeit steht still in Portugal, Bergisch Gladbach 1971, S. 459. Winfried Martini empfahl in seinem Buch „Das Ende aller Sicherheit" sogar dem „Westen", vom großen Salazar zu lernen.

Diskussionen über Portugal und Salazar begegnet man dieser Argumentationsweise selbst bei Liberalen noch immer auf Schritt und Tritt.

Auch um seinen Nachfolger ranken sich mittlerweile vergleichbare Zerrbilder. Etwas schemenhaft sieht man ihn in einem seiltänzerischen Zickzackkurs zwischen den angeblich vielfältigen Kraftströmungen reformfeindlicher Militärs und liberalisierungswilliger Technokraten dahinbalancieren. Die von Anfang an, allerspätestens jedoch ab Mitte 1969 deutlich sichtbare Schlagseite seiner Politik nach rechts scheint man noch immer nicht ausmachen zu können. Allenfalls verweist man mit vordergründigem Verständnis auf die „zahlreichen Probleme des Landes". Andere wiederum reden vom „Tauwetter in Portugal" [7]) und vermuten, daß die „jungen Technokraten" aus Caetanos Umgebung — irgendeinmal und irgendwie —, „wie Dubček" [8]), eine verheißungsvolle Neuorientierung des Regimes anvisieren.

III

Salazars Wirtschaftsdirigismus, der sich partiell auf merkantilistische Glaubenssätze stützte, hatte — teilweise bedingt durch sein überpointiertes Interesse an einem stabilen Escudo [9]) — der wirtschaftlichen Entwicklung Portugals nur ein äußerst „behutsames" Tempo gebracht. Gegenüber den Interessen der Industrie, den Besitzern landwirtschaftlicher Groß- und Mittelbetriebe, denen noch heute der größte Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens gehört, den Handwerksbetrieben und mittleren Unternehmen wirkte das Regime des früheren Wirtschafts- und Finanzprofessors als „Clearingstation". Obendrein ermöglichte der Korporativismus seines „Neuen Staates" eine schikanöse Kontrolle der Industrie- und Agrararbeiterschaft. Die vielgerühmten staatlichen Entwicklungsprogramme für die Industrialisierung des Landes wurden erst 1953 eingeführt. Dieser erste Aufbauplan, der sich eher zurückhaltend mit dem industriellen Aufbau des Landes auseinandersetzte, beinhaltete lediglich öffentliche Investitionen, die von der Bürokratie zudem nur schleppend verteilt wurden. Dabei wurde die Landwirtschaft im großen und ganzen favorisiert. Der zweite Entwicklungsplan von 1959 bis 1964 berücksichtigte dann auch Privatinvestitionen. Als Folge konnte Portugal von 1960 bis 1965 die im Durchschnitt höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten aller EFTA-Länder verzeichnen. 1965 waren es zum Beispiel noch 8 %, 1966 ging die Wachstumsquote jedoch rapide zurück. Bis heute konnte die danach einsetzende retardierende Entwicklung der Wirtschaft noch nicht überwunden werden.

Dieser Rückgang der wirtschaftlichen Schwungkraft verlief parallel zur Eskalation der Verteidigungsausgaben: Der zur Fortsetzung des Wirtschaftswachstums notwendige flankierende Ausbau einer adäquaten Infrastruktur, die auf private Inlands- und Auslandsinvestitionen stimulierend einwirkt, konnte dadurch nur ungenügend fortgesetzt werden. Vor 1960 hatte der Militäretat einen relativ gemäßigten Umfang. Von 1961 an, nach dem Angola-Aufstand, mußte das Militärbudget dann mit der Zunahme der Kampftätigkeit in den Kolonien fortlaufend aufgestockt werden. Die gesamten Ausgaben für Verteidigungszwecke belaufen sich seit 1966 auf über 60 % aller jährlichen Haushaltsausgaben. Die ursprünglichen Haushaltsansätze der letzten Jahre sahen für militärische Ausgaben jeweils „nur" etwa 50 % vor. Über die effektiven militärischen Aufwendungen Portugals kann man sich demnach erst im nachhinein, wenn alle Ausgaben getätigt worden sind, einen Überblick verschaffen. Unter Nichtbeachtung all dieser

[7]) Douglas L. Wheeler, Thaw in Portugal, in: „Foreign Affairs", New York, Nr. 4, Juli 1970.
[8]) Demetz, a.a.O.
[9]) Jahrzehntelang gab es unter Salazar kaum einen Geldwertschwund.

gravierenden Faktoren stellte die OECD 1970 in ihrem Wirtschaftsbericht über Portugal beispielsweise dezent fest: „Für die wichtigen Sektoren der Infrastruktur, wie Energiewirtschaft, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und insbesondere Wohnungsbau und Gesundheitswesen, zeigten die effektiven Ausgaben eindeutig die Tendenz, hinter den Programmansätzen zurückzubleiben." Obendrein „(stoßen) die zuständigen Stellen bei der Durchführung der Investitionsprogramme auf beträchtliche Schwierigkeiten, die vor allem auf administrative und technische Verzögerungen zurückzuführen sind" [10]).

Am Ende der jahrzehntelangen Herrschaft Salazars war die portugiesische Wirtschaft, trotz niedrigster Lohnkosten, auf dem internationalen Markt nicht konkurrenzfähig. Überdies sind wohl nur rund drei bis vier Millionen Portugiesen (von neun Millionen) als Konsumenten „interessant". Die Investitionsfähigkeit ist trotz einer gewissen Sogwirkung, die von ausländischen Kapitalanlagen ausgeht, auch heute noch immer „nicht zufriedenstellend".

IV

Von Caetano, der vor seiner Amtsübernahme jahrelang für die größten portugiesischen Gesellschaften als Rechtsbeistand tätig war, erwartete man nun eine Entkrampfung dieser wirtschaftspolitischen Situation. Zumindest erhoffte man sich einen zeitgemäßeren Dirigismus. Caetano zeigte sich dann auch bestrebt, die Wirtschaftsplanung effektiver zu gestalten. Bereits im März 1969 legte er das Wirtschafts- und Finanzministerium zusammen und besetzte auch die von Staatssekretären verwalteten Amtsbereiche für das Budget, für Handel und Industrie, für Landwirtschaft und für das Schatzamt neu. Für die Wirtschaftsplanung sowie für Arbeit und soziale Sicherheit wurden Unterstaatssekretariate eingerichtet. Sämtliche mit Wirtschaftsfragen zusammenhängenden Bereiche konnten damit straffer koordiniert werden. Auch Franco in Spanien hatte schon ein Jahrzehnt früher, 1959, eine vergleichbare Umdisponierung in den für die Wirtschaft zuständigen Ressorts vorgenommen. Ebenso wie Franco ließ auch Caetano rein politische Geschäftsbereiche mit erzkonservativen Männern besetzt, während der ökonomische Komplex weitgehend von Technokraten bearbeitet wird. Die wirtschaftliche Entwicklung kann somit „in Ruhe und Ordnung" erzielt werden. Und zur Auflockerung der internationalen Salonfähigkeit ihrer Diktaturen haben sich beide Länder derweil mit diplomatisch gewandten und reisefreudigen Außenministern garniert, denn ihre Vorsitzenden können sich noch immer nicht im Ausland sehen lassen.

Wie verhält sich nun die Technokratie zu den vorläufig noch relativ schwachen Emanzipationsbestrebungen des ausgenutzten Volkes? „In einem halbwegs demokratischen Staat muß sich der technokratische Einfluß auf das ‚social engineering' und auf Momente der Effizienzsummierung und -optimierung, der Sachrationalität und -gesetzlichkeit, auf solche der technologischen Fortentwicklung, des Pragmatismus und Dezisionismus beschränken. Eine technokratisch verbrämte Diktatur wie die in Spanien oder Portugal bevorzugt Entscheidungswillkür, wenngleich einige Politiker eher einer auftragserteilenden als befehlenden Manier der Machtanwendung den Vorzug geben. Gemeinsam ist jedoch allen, daß sie sich aufs Manipulieren spezialisiert haben. Ihr Engagement tragen sie nicht mit Enthusiasmus vor, sondern stets etwas unterkühlt. Obwohl ihre Herrschaftsmöglichkeiten mehr oder weniger klar abgegrenzt sind, konnten sie bislang noch nicht so etwas wie eine technokratische Staatsphilosophie oder gar Ideologie ausarbeiten. Die durch den Franquismus oder Salazarismus aufgebauten staatlichen und gesell-

[10]) OECD-Wirtschaftsbericht über Portugal, Paris, Juli 1970, S. 60.

schaftlichen Institutionen, wie die Korporationen oder Syndikate, Staatsparteien, Polizeiorganisationen usw., werden von ihnen nicht in Frage gestellt; im Gegenteil, sie bedienen sich ihrer für ihre zentralistisch-undemokratische Administrationsapparatur und sind bestrebt, ohne politische Evolution, Transformation oder gar Putsch die um die Macht konkurrierenden Gruppen mit teils prädemokratisch manipulativen und teils taktisch-aggressiven methodischen Kunstfertigkeiten in den Hintergrund zu drängen, was von vielen politischen Beobachtern, die hierin Demokratisierungsbestrebungen und dergleichen vermuten, als ‚Elan' oder ‚energiegeladene Aktivität' mißverstanden wird. Die Technokraten haben mit ihren ultrareaktionären Vorgängern gemein, daß auch sie den sich zuweilen regenden Volkswillen als störend empfinden und demzufolge stets im Namen eines imaginären Staatswillens agieren. Von den Technokraten wird der Volkswille zwar nicht immer gewaltsam ausradiert, doch auf dem Verwaltungswege führen sie eine verschleierte Übereinstimmung zwischen den Beherrschten und Herrschern herbei. Sozialkonflikte werden grundsätzlich als disharmonisch und diskordant bewertet, da diese in ihren Augen die angestrebte Produktivitätssteigerung der Wirtschaft behindern. Ebensowenig kollidieren mit der überlieferten Diktatur ihre konservative Einstellung, die jeder technokratischen Regierungsweise zugrunde liegt, sowie ihr Antiintellektualismus und Nationalismus [11])." Letzteres wirkt sich insbesondere auf die verschiedensten Oppositionsbewegungen aus; diese rekrutieren sich vorwiegend aus der intellektuellen Mittelschicht, die über zahlreiche Kontakte mit dem Ausland bestrebt ist, die dortige Öffentlichkeit wachzurütteln. Obgleich die neuen Regimemanager bevorzugt soufflierende Herrschaftstechniken anwenden und nicht mit der Haudegen-Mentalität der Altsalazaristen oder Falangisten behaftet sind, verstärken sie alles in allem gerade dadurch erheblich die traditionell ohnehin schon überaus stark ausgeprägte Intransparenz der Machtstrukturen.

V

Die Revisionsabsichten Caetanos und seiner Technokraten haben erkennen lassen, daß der von ihnen erwirkte Kurswechsel auf wirtschaftlichem Gebiet einen Übergang vom salazaristischen „Beharrungsdirigismus" zu einem ziselierteren „Erziehungsdirigismus" darstellt — ähnlich wie in Spanien ein Gemisch aus Staatskapitalismus und anordnender Marktwirtschaft. Doch im Gegensatz zu Spanien, wo man gegenwärtig zwar auch „Wachstumsschwierigkeiten" registriert, die aber einstweilen noch gedämpfter ausfallen, steht man in Portugal vor einschneidenderen und nicht ohne weiteres zu bändigenden Zwangslagen, die zum Teil auf die erwähnten Kriegskosten zurückzuführen sind, zum Teil aber auch mit vom Regime her kaum überwindbaren strukturellen Gegebenheiten zusammenhängen.

Salazar, der sein Land jahrzehntelang vom internationalen Kapital nicht aus dem Dornröschenschlaf reißen lassen wollte, erlaubte erst in seinen letzten Amtsjahren kontingentierte Auslandsinvestitionen. Für EWG- und amerikanische Unternehmen wurde Portugal als zollsparende Hintertür zum EFTA-Markt und — darüber hinaus für alle Industrieländer — als sogenanntes „Niedriglohnland" mit einem vermeintlich willigen Arbeitskräftereservoir äußerst beachtenswert. Auch die Investitions-„felder" in den Kolonien ließen und lassen sich von der Metropole aus leichter erschließen. Als sich nach Salazars Abgang mit Caetano trotz früher jahrelang befürchteter Erbauseinandersetzungen sogar ein überraschend reibungsloser Machtwechsel vollzog und seine Regierung dank der

11) Rudi Maslowski, Der Skandal Portugal, München 1971, S. 82.

prononcierten Kooperationswilligkeit führender einheimischer Gesellschaften mit dem Auslandskapital unübersehbar neue Investitionschancen offerierte, siedelten sich immer mehr ausländische Unternehmen in Portugal an.

Wenngleich diese fast die gleiche arbeitsplatzsparende Technologie wie in den Herkunftsländern anwandten, war das aufgrund der gegebenen miserablen Schul- und Ausbildungsverhältnisse letztlich nur begrenzt zur Verfügung stehende Facharbeiterpotential bald ausgeschöpft, zumal man sich bei der Bezahlung an der landesüblichen Gepflogenheit orientierte. Nunmehr richtete sich das Augenmerk der ausländischen Firmen vermehrt auf die profitverheißenderen Kolonien, wo sich inzwischen — aufgrund des unnachgiebigen Festhaltens Lissabons am Kolonialbesitz und indirekt infolge des Angola-Aufstandes — die Infrastrukturbedingungen gegenüber der Zeit vor 1960 erheblich verbessert hatten. Das ausländische Investitionsvolumen in Portugal selbst stieg insofern nur mäßig an. Ein weiterer Grund hierfür war der nach de Gaulles Tod erkennbare Beitritt des wichtigsten EFTA-Landes und portugiesischen Haupthandelspartners Großbritannien in die EWG, der das Investitionsinteresse ebenfalls abkühlte.

Unter Salazar, der die Auswanderung verboten hatte und zur Abschreckung gelegentlich Gefängnisstrafen verhängen ließ, mußten meistenteils Hilfs-, Landarbeiter und Kleinbauern illegal ins Ausland gehen. Für sie waren nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden, und obendrein wurden für die wenigen Anstellungsmöglichkeiten zu niedrige Löhne gewährt; Agrarreformen wurden auf Drängen mitbestimmender Großgrundbesitzer unterlassen. Des weiteren waren portugiesische Unternehmen, die ihre überhöhten Profitspannen noch immer für sakrosankt halten, nicht in der Lage und nicht willens, ihre Produktivitätsquote spürbar zu erhöhen. Durch den kontinuierlich ansteigenden Arbeitskräftemangel mußten dann zwangsläufig höhere Löhne zugestanden werden, die aber sogleich auf die Preise abgewälzt wurden. Die angeführte OECD-Analyse von 1970 berichtete beispielsweise: „Die in den letzten Jahren beobachtete Entwicklung der Verbraucherpreise steht in krassem Gegensatz zu der relativen Stabilität der für die Jahre 1960—1965 vorliegenden Indizes. So stieg der Index der Lebenshaltungskosten in Lissabon zwischen 1966 und 1969 im Jahresdurchschnitt um 6,5 %, gegenüber 2,7 % in der ersten Hälfte des Jahrzehnts" [12]).

In den letzten Jahren hat sich nun die jährliche Inflationsrate auf 10 bis 13 % eingependelt. Die sich infolge des Arbeitskräftemangels auf einen ähnlichen Prozentsatz belaufenden jährlichen Lohnerhöhungen werden dadurch eliminiert. Daneben werden auch im jährlichen Rhythmus die Mieten drastisch erhöht, die in den größeren Städten mittlerweile westeuropäisches Niveau haben. Um den sich allmählich regenden Unmut der Bevölkerung zu ventilieren, mußte die Regierung — zum Teil auf Drängen Frankreichs — die gesetzlichen Auswanderungsbeschränkungen entschärfen.

Diese Maßnahme erfolgte synchron zu einer Phase der Konjunkturbelebung in Frankreich, dessen Wirtschaft auf die Existenz eines Subproletariats angewiesen ist und wie andere westeuropäische Länder ebenfalls ausländische Hilfs- und Facharbeiter beschäftigen muß. Inzwischen hat sich Lissabon bei der französischen Regierung darum bemüht, daß portugiesischen Arbeitern mehr Rechte eingeräumt werden. Seither nahm die Auswanderung noch mehr zu, obgleich es in Frankreich gegenwärtig wieder 500 000 Arbeitslose gibt und aufgrund nachlassender Investitionsneigung französischer Industrieller durch die Dollar-Krise in den nächsten Monaten weniger ausländische Arbeiter benötigt werden. Nach Angabe des

[12]) OECD-Bericht, a.a.O., S. 20.

afrika heute

in der deutschen und internationalen Politik

Afrika heute — wirtschaftlicher und politischer Hinterhof eines Groß-Europas?

Namibia-Uran. Cabora Bassa-Geschäft. Rhodesien-Separatismus. Befriedigung durch Apartheid. Und Söldner. Und Entwicklungshilfe. Und das Einpressen in das dirigierte Kalkül des Weltmarktes und seine Arbeitsteilungen.

Oder:
„China in Afrika"? Disziplinierung. Kulturrevolution. Udjamaa.
Also: Antirassismus, Antiimperialismus, Dekolonisation.
Also: Nationale Selbstartikulation. Vielleicht sogar — Revolutionäre Gewalt?

Stellen SIE sich der Diskussion!

Wir bieten Ihnen ein Forum dafür. Und die Hintergrundinformation. Alle 14 Tage neu: überblicken Sie die wichtigsten Ereignisse und ihre Resonanz.

Unser Standpunkt?

afrika heute veröffentlichte exklusiv:
die Stellungnahme der VDW *) zu Cabora Bassa. Rassismus auf der Olympiade: 1936 applaus — 1968 skandal — 1 9 7 2 ??

In der eben erschienenen **Jahres-Nr.** 1971 lesen Sie:
Korruption in Afrika. Kritik der Entwicklungshilfe-Kritik. Und natürlich **das** heiße Thema des Jahres: Englands Beitritt zur EWG — Afrikas Dilemma?

afrika heute liegt im Blickpunkt dieses Europa von morgen. Und umgekehrt. Welche Perspektive Sie auch wählen.

Darüber schreiben wir ein politisches Magazin. 14tägig. Zweimal im Monat übersehen Sie die politischen Ereignisse und ihre Resonanz. In Afrika. Und in Europa. Bei uns.

Berichte ... Interviews ... Background ... Medienanalysen ... Buchbesprechungen ... Und anderes.

Schreiben Sie uns.

afrika heute, Redaktion, 53 Bonn, Markt 10—12. Ruf (02221) 63 12 77/8
Jahresabonnement (26 Hefte) DM 60,—
Studenten, Lehrlinge, Schüler, Wehrpflichtige DM 30,—.

*) Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Hamburg.

Office Nationale d'Immigration in Paris leben in Frankreich gegenwärtig 650 000 Portugiesen [13]). Am 1. Juli 1970 waren es 559 176. 1962 sollen es — nach Schätzungen — erst 50 000 gewesen sein. Bis Mitte 1970 kamen 95 % der portugiesischen Einwanderer weder mit einem Paß oder einem Personalausweis, noch hatten sie einen Arbeitsvertrag, geschweige denn genügend Geld, um eine Zeitlang ohne Arbeit leben zu können. Am 25. Juli 1970 erließ dann Lissabon ein entsprechendes Dekret, das die Ausreise liberalisierte. Seither nimmt der Exodus unkontrollierbar rasch zu. Letztes Jahr verließen rund 150 000 Portugiesen ihre Heimat, dieses Jahr sind es wahrscheinlich 180 000. In die Kolonien wollen jährlich nur etwa 5000 Portugiesen gehen. Währenddessen emigrieren immer mehr dringend gesuchte Facharbeiter. Bereits in Frankreich lebende Portugiesen lassen nunmehr auch ihre Familien nachkommen. In erster Linie wandern 20- bis 45jährige Portugiesen aus, die jetzt oft schon Frau und Kinder gleich mitnehmen. Unter ihnen befinden sich sehr viele illegale Wehrdienstverweigerer. Die Militärs haben daher ernsthafte Rekrutierungsschwierigkeiten. Portugals Armee mit rund 180 000 Soldaten, die relativ zur Bevölkerungszahl dem Umfang nach weitaus größer ist als beispielsweise die der DDR, muß bei den Kolonialkriegen immer mehr auf afrikanische Soldaten zurückgreifen, die jetzt schon 30 bis 40 % der in den Kolonien stationierten — ca. 130 000 bis 150 000 — Soldaten stellen müssen. Portugiesen, die den drei- bis vierjährigen Wehrdienst absolviert haben, wandern anschließend ebenfalls zum großen Teil aus.

Als in Portugal unlängst eine Bevölkerungszählung durchgeführt wurde, stellte man fest, daß die Einwohnerzahl in zahlreichen Zählbezirken seit dem letzten Zensus von 1960 um weit über 10 % abgenommen hat. Lediglich Lissabon und Porto haben heute mehr Einwohner als vor einem Jahrzehnt. Ganze Landstriche, vor allem im armen Norden, sind im Veröden begriffen. Dadurch wird der ohnehin schon stark ausgeprägte Trend, neue Industrien in den Ballungsgebieten zwischen Lissabon und Porto anzusiedeln, wo sich bereits über zwei Drittel aller Industriebetriebe niedergelassen haben, noch weiter verstärkt. Und damit auch die Landflucht und Auswanderung: Eine Beschäftigung in den Industriestädten wird zumeist nur als Übergangsstadium angesehen, mit dem die Ausreise finanziert werden soll. Die Nachfrage nach Wohnungen in Porto und Lissabon ist dementsprechend stark angestiegen. Lissabon erlebt gegenwärtig einen beispiellosen Bauboom. Die Mieten eskalieren. Als im vergangenen Jahr der schon zu Salazars Zeiten amtierende Oberbürgermeister von Lissabon, ein General, von Caetano entlassen wurde, kündigte sein Nachfolger sogleich an, daß er im Laufe des Jahres 1971 die Slumbewohner — nach Schätzungen der Opposition waren es 1970 etwa 80 000 — in modernere Sozialbauten übersiedeln lassen werde. Seither hat sich ihre Zahl jedoch auf 90 000 bis 100 000 erhöht!

Die erwähnte Bevölkerungszählung brachte nun ein für das Regime bestürzendes Ergebnis an den Tag: 1960 hatte Portugal 8,8 Millionen Einwohner, heute sind es 8,6 Millionen! Recherchengeübte Oppositionelle wollen obendrein herausgefunden haben, daß bei dieser Zählung als Nebenresultat eine für die weitere wirtschaftliche Entwicklung äußerst ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung festgestellt wurde: Angeblich ist die Hälfte des Volkes über 45 Jahre alt.

Seit der Jahrhundertwende — und das sind wiederum nur Schätzungen — haben etwa drei Millionen Portugiesen ihre Heimat verlassen, die sich in früheren Jahrzehnten vorwiegend in Brasilien und den Kolonien niederließen. In den Kolonien lebten Ende des 19. Jahrhunderts — an den Küsten! — nur ein paar tausend Portugiesen. Die vielbeschworene 500jährige „Zivilisation" Portugals in Afrika

[13]) In der Bundesrepublik arbeiten gegenwärtig ca. 60 000 Portugiesen.

ist somit pure Windbeutelei. Heute sollen etwa eineinhalb bis zwei Millionen Portugiesen in Westeuropa und Nordamerika leben. Der gegenwärtige Exodus aus Portugal ist noch am ehesten mit den irischen Emigrationswellen im 19. Jahrhundert vergleichbar. Verglichen damit ist die heutige Emigration aus anderen südeuropäischen Ländern relativ gemäßigt.

Hauptgespächsthema in Lissabon ist gegenwärtig die Inflation. Etwa zwei Drittel bis drei Viertel ihres Einkommens muß eine Arbeiterfamilie für Nahrungsmittel aufbringen, obwohl viele Portugiesen ähnlich wie in Spanien einer Zweitbeschäftigung nachgehen. Will Caetano die horrenden Preissteigerungen eindämmen, muß er sich mit der Bourgeoisie anlegen. Stoppt er die Auswanderung, würde der Unmut in der Bevölkerung wahrscheinlich unkalkulierbar. Im übrigen ist man auf die Geldüberweisungen der Auslandsportugiesen mehr denn je angewiesen: 1970 brachten sie zum Beispiel doppelt soviel Devisen wie der Fremdenverkehr ein. Dabei ist der Tourismus gegenwärtig die wichtigste und erfolgreichste Wachstumsbranche [14]).

Im Laufe dieses Jahres wurden — als Versuchsballon? — etwa 20 000 afrikanische Arbeitskräfte von den Kap-Verde-Inseln nach Portugal gebracht. Doch für die Regierung bietet sich auch hier wohl kaum ein Ausweg an: Kapverdianer verdienen gerade noch genug, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Auch sie reden von einer Reise nach Frankreich oder möchten so bald wie möglich wieder in ihre Heimat zurückkehren, wo die Lebenshaltungskosten — bedingt durch die ärmlichere Lebensweise — wesentlich niedriger sind und wo ein geringeres Einkommen dennoch ein sorgloseres Leben ermöglicht.

Alle diese Umstände bewirken, daß es der Technokratie gegenwärtig nicht möglich ist, den sich fortlaufend vergrößernden Abstand Portugals in der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den westeuropäischen Industrieländern aufzuhalten oder gar zu verkleinern.

VI

Das Auswanderungsproblem und weitere Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art können seit einem Jahr in der „Gesellschaft für das Studium der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung", der S.E.D.E.S., auf sozusagen halbamtlicher Ebene von Technokraten der Regierung zusammen mit einigen mit dem Regime auf diskreter Distanz lebenden Christdemokraten, einigen Sozialdemokraten und gemäßigt-fortschrittlichen freischwebenden Katholiken, die alle zum peripheren Bereich der Opposition gezählt werden können, erörtert werden. Von Beruf sind sie Ingenieure, Ärzte, Architekten, Professoren, Ökonomen oder Journalisten. Ein Sohn Caetanos und einige Abgeordnete der Nationalversammlung haben sich ihnen ebenfalls angeschlossen. Da die Bildung von organisierten politischen Gruppierungen strengstens verboten ist und Caetano Salazars frühere Staatspartei, die Nationale Union, in eine sogenannte Nationale Volksaktion umgebildet hat, die nunmehr als eine überparteiliche politische Sammelorganisation „des Volkes", die auch alle 130 Mitglieder der Nationalversammlung stellt, auftreten soll, mußte die Regierung oppositionelle Strömungen teilweise kanalisieren, wenn sie nicht irgendwann einmal einen Überdruck der durch die „Wahlen" vom Herbst 1969 her nunmehr politisierteren Regimegegner riskieren wollte. Die S.E.D.E.S. soll den „Dialog" zwischen der Regierung und den Liberalen erleichtern. Von Anfang an wurde ihr jedoch auferlegt, sich „unpolitisch" zu verhalten. Sie sollte nun nicht als eine portugiesische Variante des in Spanien bedeutsamen Laienordens Opus

14) Der in Portugal vorherrschende Individualtourismus ist — relativ zur Urlauberzahl — weitaus devisenträchtiger als der spanische Massentourismus.

Dei angesehen werden, denn dieser hat in Portugal keinerlei Bedeutung. Das Gründungsmanifest der S.E.D.E.S., dessen Bekanntgabe sogar eine Zeitlang von der Zensur blockiert worden war, erwähnt zwar die Möglichkeit, daß das Fehlen politischer Strukturen durch eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgeglichen werden könne, doch die Opposition soll damit lediglich daran erinnert werden, daß sie sich „konstruktiv" mit dem Staat befassen solle, denn eigentlich müsse nur die Produktivität der Wirtschaft gesteigert werden, wenn Portugals politische und soziale Probleme auf lange Sicht gelöst werden sollen.

Die vom Salazarismus überlieferte pathologische Besessenheit gegenüber der — fiktiven — „kommunistischen Gefahr" grassiert im Regierungslager, vor allem bei den Militärs und Altsalazaristen, noch immer auf mehr epidemische als endemische Weise. Die angeblichen kommunistischen Invasions- und Unterminierungsgelüste werden noch immer aufs sorgsamste von der Propaganda kultiviert und zu gegebener Zeit jedweder Opposition gegenüber der Einfachheit halber als Hauptanliegen unterstellt. Die Kommunistische Partei Portugals, die dieses Jahr ihr 50jähriges Jubiläum feierte, war lediglich vom Zweiten Weltkrieg bis etwa 1958 die am besten organisierte Widerstandsgruppe und eigentliche Speerspitze der portugiesischen Opposition. Die Mehrheit aller Oppositionsangehörigen repräsentierten damals noch die Republikaner und Liberalen, die der portugiesischen Widerstandsbewegung auch zum Image eines intellektuellen Debattierzirkels verhalfen, das bis heute noch nicht verblaßt ist. Seit 1958, als der gemeinsame Kandidat der Opposition, General Delgado, bei den demaligen Präsidentschaftswahlen trotz brutalen Vorgehens der Armee und Polizei gegen seine Anhänger und trotz gefälschter Stimmenauszählung fast ein Drittel aller wahlberechtigten Stimmen erhielt, hat sich die Mitgliederzahl der KP ständig vermindert. Heute ist sie nur noch in den fünf größten Städten vertreten. Fast alle politischen Gefangenen sind in den letzten Jahren dennoch als angebliche Angehörige der KP eingesperrt worden. Wirkliche KP-Mitglieder wurden am brutalsten behandelt.

Die portugiesische Opposition, der liberale Republikaner, Christdemokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Marxisten-Leninisten, Linkskatholiken und seit etwa einem Jahr auch die Partisanen der „Bewaffneten Revolutionären Aktion" (ARA) angehören, kann unter den gegebenen präventiv-faschistischen Machtverhältnissen im großen und ganzen nur für ihre Selbsterhaltung sorgen, kaum jedoch für eine Ausweitung ihres Aktionsradius'. Lediglich an den Universitäten, die aber nur von weniger als 30 000 Studenten besucht werden können, ist die Zahl der Regimegegner im vergangenen Jahrzehnt erheblich angestiegen. Mehr als zwei Drittel aller Studenten sind heute antisalazaristisch eingestellt. Die Studentenproteste werden vermutlich dazu führen, daß die Armee in den nächsten Jahren auch an Offiziersmangel leiden wird. Nach oppositionellen Angaben gab es dieses Jahr erstmals weniger als zehn Offiziersanwärter. Studenten, die nach Abschluß ihrer Studien einberufen werden, sind in der Regel stark politisiert. Gerade die Kolonialkriege haben der portugiesischen Studentenschaft konkrete Ansätze für eine langfristige Politisierung geliefert. An sämtlichen portugiesischen Universitäten ist die Studentenrevolte schon seit Jahren nachhaltiger als in Spanien. Die Zahl der Desertionen ist gegenüber früher bereits sprunghaft angestiegen.

Etwa 80 bis 90 % aller Regimegegner kommen aus der Mittelschicht. Davon wiederum sind rund zwei Drittel Angehörige der Intelligenzberufe. Innerhalb der Oppositionsbewegung geht es daher zuweilen recht akademisch zu. Es ist fast

unmöglich, weitere Kreise aus der Mittelschicht für die Opposition zu aktivieren. Ingenieure oder Architekten, Ärzte oder Rechtsanwälte und ähnliche Berufe verdienen ungefähr ebenso gut wie ihre westeuropäischen Kollegen. Verglichen mit der Situation eines Arbeiters, der je nach Qualifikation nur ein Drittel bis zwei Fünftel eines mitteleuropäischen Arbeiters verdienen kann, geht es ihnen blendend. Für die Mehrheit dieser Berufsschicht gibt es daher keinen Anlaß, sich zu beklagen. Lediglich die Intellektuellen sind noch am ehesten bereit, sich zu engagieren. Unter Salazar beschränkte man sich jedoch im großen und ganzen auf das Verlangen nach bürgerlichen Freiheiten, wie etwa Aufhebung der Pressezensur. Bis vor etwa zwei Jahren hat man sich kaum um die Interessen der Arbeiterschaft gekümmert. Dieser Bereich war jahrzehntelang eine Domäne der relativ wenigen Kommunisten. In dieser Hinsicht befindet sich die Opposition (gemeint ist die gegenwärtig stärkste Gruppierung der Sozialisten und Linkskatholiken) gegenwärtig noch in einer Entwicklungsphase. Man sondiert vor allem Streikmöglichkeiten in den größeren Industriebetrieben. Diesbezügliche Erfolgsaussichten sind für die nahe Zukunft allerdings sehr begrenzt; die Regierung pflegt sich hier unverzüglich einzuschalten. Und gerade der kritischste Teil der Arbeiterschaft entschließt sich ja zur Auswanderung.

VII

Bis spätestens zum Sommer kommenden Jahres muß nach der Verfassung ein Nachfolger für den 1972 höchstwahrscheinlich aus Altersgründen sich nicht zur Wiederwahl stellenden Staatspräsidenten Tomás gewählt werden. Bereits unter Salazar hatte es sich eingebürgert, daß ein führender Militär als Staatspräsident fungierte. Die Generalität ist mit der seit Salazars Abgang eingetretenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, nach allem, was man weiß, zumindest unzufrieden. Selbst der noch vor wenigen Jahren in Zurückgezogenheit lebende Tomás ist in letzter Zeit öffentlich mahnend hervorgetreten. Vor wenigen Wochen mußte sich Caetano von den Abgeordneten der Nationalversammlung, die zum Militär ein relativ unbelastetes Verhältnis haben, Sondervollmachten erteilen lassen, die nicht einmal näher erläutert wurden, doch darauf hinauslaufen, daß das Land jederzeit im Ausnahmezustand regiert werden kann. Begründet wurde diese überraschende Maßnahme vor allem mit der Eröffnung der „Vierten Front" durch die ARA in Portugal selbst, die der Regierung allmählich unheimlich zu werden scheint, da sie bisher nur wenige Mitglieder festnehmen konnte.

Ein potentieller Nachfolgekandidat für Präsident Tomás ist General Kaúlza de Arriaga, gegenwärtig Militäroberbefehlshaber in Mozambique. Bereits während der Salazar'schen Nachfolgediskussion im Herbst 1968 galt er als einer der Gegenkandidaten Caetanos. Er ist einer der intelligentesten und agilsten Generäle Portugals. Wird er gewählt [15]), kann man annehmen, daß er bestrebt sein wird, mehr in den Vordergrund zu treten als bisherige Präsidenten. Nach der Verfassung verfügt der Staatspräsident über wichtigere Befugnisse als der Ministerpräsident. Salazar allerdings brauchte diese Präsidialrechte nie zu fürchten, da sich „seine" Staatspräsidenten auf Repräsentationsaufgaben beschränkten.

---

15) Nach der unerwartet hohen Stimmabgabe bei der Präsidenten„volkswahl" von 1958 für Delgado ließ Salazar die Verfassung umändern. Nunmehr ist hierfür ein regimeergebenes Wahlmännergremium zuständig.

Vorschau auf die Präsidentschaftswahlen 1972 in den USA

Von Martin Hall, Los Angeles

Während diese Zeilen geschrieben werden, ein Jahr also vor den Wahlen des Jahres 1972, läuft der Wahlkampf bereits seit einiger Zeit auf vollen Touren, zumindest soweit es das Weiße Haus anbetrifft. Präsident Nixon benutzt bereits jetzt jeden Vorwand und jede sich bietende Gelegenheit, um für eine Unterstützung seiner Politik und damit für seine Wiederwahl zu werben. Kein Präsident hat sein Vorrecht, bei allen Fernsehsendern die günstigste Sendezeit für politische Erklärungen zu erhalten, so ausgenutzt wie Nixon, und viele Leute sind der Ansicht, daß auch niemand dieses Privileg stärker zur Sicherung seines eigenen, parteipolitischen Vorteils mißbraucht hat wie der gegenwärtige Bewohner des Weißen Hauses. Der Mann, der die Wahl des Jahres 1968 nur sehr knapp und mit einem Kostenaufwand von über 30 Mio. Dollar an Wahlkampfausgaben gewinnen konnte, jedoch nicht imstande war, in der gleichen Wahl eine republikanische Mehrheit im Kongreß zu erhalten, überläßt 1972 nichts dem Zufall. Das ist eine sehr notwendige Vorsichtsmaßnahme. Die Popularität des Präsidenten hat ihre Höhepunkte und ihre Tiefs, langfristig ist sie jedoch im Sinken begriffen. Immer und immer wieder hat Nixon versprochen, im Jahre 1972 werde die amerikanische Kampfaufgabe in Vietnam beendet sein; und er hat — vielleicht noch gewagter — vorausgesagt, 1971 werde ein „gutes Jahr" und 1972 ein „sehr gutes Jahr" sein. Inzwischen müßte er wissen, daß selbst der verzweifelte Versuch, den Frieden für Vietnam in Peking statt in Paris zu erreichen, keinen Erfolg haben wird. Ebenso muß ihm klar sein, daß seine völlige Kehrtwendung in der Wirtschaftspolitik keinerlei Anzeichen eines Inflationsstopps oder eines Zurückgehens der Massenarbeitslosigkeit gebracht hat. 1971 wird kein „gutes Jahr" gewesen sein, und auch 1972 sieht alles andere als vielversprechend aus.

Es ist bezeichnend, daß Nixon bereits zu einem so frühen Zeitpunkt (September 1971) innerhalb seiner eigenen Partei vom Abgeordneten Paul N. McClosky herausgefordert wurde, der aktiv um seine Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten kämpft und das auch weiterhin tun will, wenn der Vietnamkrieg nicht vor den ersten Vorwahlen in New Hampshire und Florida im kommenden Frühjahr beendet ist.

Für Nixon muß es auch unangenehm sein, daß der rassistische Gouverneur von Alabama, George Wallace, sich erneut auf eine Präsidentschaftskandidatur vorbereitet, und zwar auf der Liste der dritten Partei, der American Independent Party. Damit droht er, wie schon 1968, den großen Parteien eine genügend große Anzahl Stimmen zu entziehen (hauptsächlich den Republikanern), um die Wahl in den Kongreß zu verlegen, falls nämlich kein Kandidat im Wahlmännerkollegium genügend Stimmen aufbringen kann. Wallace unternimmt alle Anstrengungen, die Nixon-Administration zur offenen Auseinandersetzung um seine unverschämte Kriegserklärung zu zwingen, die sich gegen eine Verwirklichung der Gerichtsentscheidungen in Sachen Schulintegration richtet. Nichts würde ihn in den Augen der rassistischen Rechten — nicht nur im Süden, sondern im ganzen Lande — so sehr zum „Helden" machen wie ein derartiger „tapferer Kampf

für den way of life der Südstaaten" gegen die Yankees. Wallace hat die Schulen in Alabama angewiesen, die Gerichtsurteile über Rassenintegration in den Schulen zu ignorieren. Eine derartige offene Herausforderung unberücksichtigt zu lassen, ist für die Bundesregierung außerordentlich schwer, wie sehr Washington auch immer gerade einer solchen Konfrontation aus dem Wege gehen möchte.

Ein Blick auf die lange Liste demokratischer Präsidentschaftskandidaten spiegelt die offensichtliche Tatsache wider, daß der Präsident für außerordentlich verwundbar gehalten wird und man die Chancen, ihn zu schlagen, für ziemlich gut hält. Nicht jeder der Aspiranten hat schon offiziell bekanntgegeben, er bewerbe sich um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, aber mindestens ein halbes Dutzend hat bereits eine Wahlkampfzentrale, die jeweils auf Hochtouren arbeitet. Senator Edmund S. Muskie aus dem Staate Maine gilt noch immer als Spitzenbewerber, obwohl er seine offizielle Erklärung noch abgeben muß. Er wurde im ganzen Lande bekannt, als er ganz zum Schluß des Präsidentschaftswahlkampfes 1968 in einer in alle Teile des Landes übertragenen Fernsehansprache auf Nixons letzten Wählerappell und dessen Beschimpfungen und Emotionen im Namen der Demokratischen Partei antwortete. Muskies ruhige und würdige Antwort ließ damals viele Wähler der Demokratischen Partei wünschen, die Partei hätte besser Muskie anstelle des geschwätzigen Hubert Humphrey als Kandidaten für das Weiße Haus aufgestellt. Edmund S. Muskie, Sohn eines polnischen Einwanderers, vertritt im US-Senat seinen Heimatstaat Maine. Praktisch hat er seit jenem Tag im November 1968 nicht aufgehört, sich um das Amt des Präsidenten zu bewerben. Er verfügt in jedem Staat der USA und in Washington selbst über einen gutfinanzierten Apparat und erhält von der Führung der Demokratischen Partei beträchtliche Unterstützung. Seine Ablehnung des Vietnamkrieges ist relativ jungen Datums. In Fragen der Innenpolitik ist er ein gemäßigter Politiker mittlerer Position, der in dem Ruf steht, zu langsam, zu vorsichtig auf eine neue Situation zu reagieren. Deshalb überraschte er kürzlich alle und verlor viel Unterstützung, als er die Meinung vertrat, eine demokratische Kandidatenliste mit einem schwarzen Vizepräsidenten könne 1972 nicht gewinnen. Dies war eine unerwartete, geradeheraus und direkt gegebene Antwort, die nach Meinung vieler ohne jeden Grund Minderheitenwähler verärgert hat. Muskie hat sich seither alle Mühe gegeben, zu erklären, er bedauere eine solche Einstellung bei den Wählern, halte jedoch rassische Vorurteile gegenwärtig für eine politische Realität.

Hubert H. Humphrey, der 1968 als Präsidentschaftskandidat Nixon unterlag und in der Zwischenzeit von seinem Heimatstaat Minnesota in den Senat gewählt wurde, zählt offensichtlich auf die ausgezeichneten Kontakte, die er zu demokratischen Politikern in allen Teilen des Landes unterhält. Er hofft vermutlich darauf, daß die Wähler 1972 seine enge Verbindung mit Lyndon B. Johnson und seiner verheerenden Vietnampolitik vergessen haben. Weiter rechts unter den demokratischen Aspiranten für das Weiße Haus steht Senator Henry M. Jackson aus dem Staate Washington. Er ist ein ausgesprochener „Falke" und hat sowohl Johnsons wie Nixons Vietnampolitik so unverfroren unterstützt, daß Nixons erste Wahl eines Verteidigungsministers auf ihn fiel — ein Angebot, das Jackson jedoch ausschlug. Senator Jackson gilt als liberal in innenpolitischen Fragen und wird von Teilen der Gewerkschaftsbewegung unterstützt. Man muß sich daran erinnern, daß der Staat Washington der Sitz der großen Flugzeugwerke Boeing und ihrer zahlreichen Kontraktfirmen ist, deren materielle Grundlage die ständigen Verteidigungsausgaben darstellen.

Es gibt nur einen demokratischen Kandidaten, der noch rechts von Jackson steht: Sam Yorty, der Bürgermeister von Los Angeles. Sam Yorty ist nie ein verläßlicher Demokrat gewesen: Mehr als einmal hat er der Parteilinie zuwider gehandelt und offen republikanische Kandidaten unterstützt. Er ist strikter Befürworter von „Gesetz und Ordnung". In Los Angeles und in ganz Kalifornien ist er als „reisender Bürgermeister" bekannt, da er mehr als oft Reisen in alle Welt auf Kosten der Steuerzahler unternommen hat, angeblich, um die Handelsbeziehungen von Los Angeles zu verbessern. Seiner Verachtung rassischer Minderheiten entspricht seine Vorliebe für eine harte Polizeitruppe, die in ihren oft brutalen Methoden der Unterdrückung militanter Minderheitsorganisationen seine volle Unterstützung genießt.

Die übrigen Hoffnungen unter den Kandidaten stehen alle links von Muskie. Da ist zunächst Senator George S. McGovern aus Süd-Dakota. Er war der erste, der offiziell seine Kandidatur bekanntgab. Im Senat steht Senator McGovern in der ersten Reihe derjenigen, die den vollständigen Rückzug aus Indochina spätestens bis Ende dieses Jahres fordern. McGovern kämpfte bereits 1963 gegen den Krieg in Vietnam. Gleich gut ist sein Ruf als Innenpolitiker. Er wird von der liberalen Organisation „Amerikaner für Demokratische Aktion" unterstützt. McGovern hatte den Mut, für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten all denjenigen volle Amnestie zu versprechen, die sich dem Wehrdienst entzogen haben. Diese Haltung kann ihn die Stimmen einer Reihe von Wählern aus der Mitte kosten, könnte ihm jedoch einen guten Teil der fünf Millionen Stimmen der Achtzehnjährigen einbringen, die 1972 zum ersten Male das Recht haben, ihre Stimme bei der Wahl des Präsidenten abzugeben. Niemand zweifelt an der Aufrichtigkeit und an der ernsthaften Besorgtheit McGoverns.

Ferner hat auch Senator Fred R. Harris aus Oklahoma seine Kandidatur angekündigt. Sein Motto ist der Ruf nach einer „neuen Volksbewegung", einer Art populären Zusammenschlusses aller Entrechteten, der Schwarzen, der Armen, der jungen Leute, der Alten, der Vietnamveteranen (mit ihrem immensen Arbeitslosigkeitsproblem), der Arbeiter, der Braunhäutigen und der Rothäutigen. Er hat von einer „Neuverteilung der Vermögen" gesprochen. Seine Frau La Donna ist indianischer Abstammung (Nation der Comanchen) und kämpft für die amerikanischen Indianer. Harris' Einstellung für die Bürgerrechtsbewegung und gegen den Vietnamkrieg ist bekannt.

Obwohl es keine Überraschung war, bedeutete es doch eine politische Sensation, als im September des Jahres 1971 New Yorks Bürgermeister John V. Lindsay in dramatischer Weise bekanntgab, er habe die Republikanische Partei verlassen und sei Demokrat geworden. Er verlor keine Zeit und bewarb sich sofort um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten seiner neuen Partei, sehr zur Bestürzung vieler demokratischer Aspiranten. Bürgermeister Lindsay ist vielleicht nach Senator Edward Kennedy die am stärksten charismatische Persönlichkeit unter allen, die wir bisher erwähnt haben. Er gilt als Liberaler und hat kein Geheimnis aus seiner Meinung gemacht, die USA sollten sich aus Vietnam zurückziehen, und zwar je eher desto besser. In diesem Wahlkampf, über den sich kaum irgendwelche Vorhersagen machen lassen, könnte Lindsay durchaus der Außenseiter werden, der das Rennen macht.

Wir haben bisher über alle potentiellen Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei berichtet — bis auf einen: Senator Edward M. Kennedy aus Massachusetts, den einzigen Überlebenden der Gebrüder Kennedy. Während er unerschütterlich jede Absicht bestreitet, sich für 1972 als Kandidat für das Amt

des Präsidenten aufstellen zu lassen, steht er bei praktisch jeder Meinungsumfrage in den USA an bevorzugter Stelle, entweder an der Spitze der jeweiligen Liste oder gleich hinter Muskie. Nicht wenige Experten der amerikanischen Politik sind der Meinung, daß der Senator aus Massachusetts sich nicht weigern könnte und auch nicht weigern würde, wenn der Nominierungskongreß der Demokraten in eine Sackgasse geraten oder sogar zu einer Spaltung führen und sich dann verzweifelt an Edward Kennedy wenden würde.

Gerade als ob all diese komplizierten Möglichkeiten sowie die verwirrend große Zahl der Kandidaten noch nicht genug wären, müssen noch zwei weitere Namen berücksichtigt werden: Der eine ist der frühere Senator Eugene McCarthy, der Mann, der Johnson 1968 in den Vorwahlen von New Hampshire herausforderte und vielleicht die Nominierung zum Kandidaten der Demokraten hätte erreichen können, wäre nicht Robert Kennedy verspätet in das Rennen eingestiegen. Es ist ziemlich ruhig um den Mann geworden, der im Jahre 1968 eine Bewegung von Jugendlichen anführte, die durchaus die Ergebnisse hätte entscheiden können, hätten die Achtzehnjährigen damals bereits das Wahlrecht gehabt. Aber doch nicht völlig ruhig. Bereits am 23. Mai 1971 sprach McCarthy auf einer Kundgebung vor 25 000 Menschen in Minneapolis über die Perspektive einer neuen Partei, falls weder die Demokraten noch die Republikaner den Forderungen des Volkes nachkommen würden.

Vorrangig und dringend erforderlich für die Vereinigten Staaten von heute ist es, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob der demokratische Prozeß erhalten und gestärkt werden kann oder ob das Land weiter nach rechts steuert und sich auf dem Wege zum Faschismus befindet. Aber es ist auch wahr, daß dieses Problem nur von den politisch geübteren und versierteren Wählern und von jenem Teil idealistischer Jugendlicher verstanden wird, die McCarthy immer gefolgt sind. Die große Mehrheit der Wähler ist zu zynisch geworden — ein Ergebnis der Immoralität der Gesellschaft, in der sie leben —, als daß sie diese Frage als diejenige akzeptieren würden, die ihre Stimmabgabe beeinflussen sollte; sie sind nur interessiert an den praktischen Themen, die ihren Lebensstandard, ihre Arbeitsplätze betreffen, oder an der Möglichkeit, für einen Krieg eingezogen zu werden, der nicht zu rechtfertigen ist.

Der andere bisher nicht erwähnte Name ist der einer schwarzen Frau, Shirley Chisholm, einer Demokratin, die von New York aus in den Kongreß gewählt wurde. Am 6. Oktober 1971 erklärte sie in Washington, die Nominierung des Senators Henry M. Jackson, den sie als den Kandidaten des militärisch-industriellen Komplexes bezeichnete, werde die Demokratische Partei tief spalten. Mrs. Chisholm hat angekündigt, sie werde in Florida, Wisconsin, Nord-Carolina und Kalifornien zu den Vorwahlen antreten. Sie werde sich nicht dazu verpflichten lassen, den von den Demokraten aufgestellten Kandidaten zu unterstützen. In der Zwischenzeit haben führende schwarze Politiker in einem Gespräch zur Vorbereitung auf die Wahlen mögliche Kandidaten diskutiert; zum gleichen Zweck wurde eine nationale Konferenz von Amerikanern mexikanischer Abstammung und Puertorikanern durchgeführt. Es scheint klar zu sein, daß in vielen Wahlbezirken braune oder schwarze Kongreßkandidaten unabhängig nominiert werden, falls sie keine Aufstellung durch die Demokratische oder Republikanische Partei erreichen können.

Auf diese Weise ist eine politische Situation außerordentlich kompliziert geworden, die im Falle einer einheitlichen demokratischen Opposition gegenüber Nixons Politik einfach gewesen wäre und eine Niederlage der Republikaner

wahrscheinlich gemacht hätte. Unwahrscheinlich scheint ein Rückzug der USA aus Indochina bis November 1972, dem Wahltermin. Nixon hat es sorgfältig vermieden, zu erläutern, was er mit den „verbleibenden Streitkräften" meint, die auch nach dem Abzug in Vietnam stationiert bleiben sollen. Sein Verteidigungsminister Laird hat der Öffentlichkeit wesentlich unverblümter mitgeteilt, außer der Unterstützung der südvietnamesischen Truppen durch Luftwaffe und Artillerie werde es nötig sein, mit amerikanischen „Sicherheitsstreitkräften für Kampfoperationen" Häfen, Flugplätze und Militärbasen zu schützen, wo amerikanisches Ausrüstungsmaterial ausgeliefert oder installiert werde (Pressekonferenz in Saigon, Oktober 1971). Ohne eine derartige starke Unterstützung könne sich Thieu, dessen Prestige unter der Farce seiner sogenannten Wahl stark gelitten habe, nicht an der Macht halten.

Die Situation in Kambodscha ist noch schlechter, falls das überhaupt nocht möglich ist. Einige der alptraumhaften Kriegspläne des Pentagon von einem „elektronischen Schlachtfeld", wobei das gegnerische Territorium ohne den direkten Einsatz von Amerikanern verwüstet würde, könnten nach Nixons Auffassung das Problem lösen. Er und seine Berater hoffen, ohne amerikanische Verluste werde es in den USA auch keinen Widerstand gegen eine Fortsetzung des Krieges geben. Ob diese „Hoffnung" realistisch ist, bleibt noch abzuwarten.

Nixons zweites Versprechen, 1972 werde wirtschaftlich ein „sehr gutes Jahr", wird wahrscheinlich ebensowenig erfüllt werden. Die zweite Phase von Nixons Wirtschaftspolitik nach Beendigung des Einfrierens von Löhnen und Preisen ist bereits auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Gegenwärtig weigern sich die Gewerkschaftsvertreter in den Preisbehörden, mit den Vertretern der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand zusammenzuarbeiten, weil die beiden letztgenannten Gruppen Lohnerhöhungen nicht gewähren wollen, die bereits vor Inkrafttreten des Lohn- und Preisstopps ausgehandelt waren. Und Nixons „moralischer Appell" an die Unternehmen, das Ansteigen der Dividende unterhalb der Fünf-Prozent-Grenze zu halten, kann kaum als ernsthafte Maßnahme bezeichnet werden.

Es fällt schwer, sich eine Situation vorzustellen, in der Nixon aus Peking oder aus Moskau mit so etwas wie einem Erfolg zurückkehren könnte, der ihm den Wahlsieg garantieren würde. Als er seinerzeit Kissinger zum ersten Male nach Peking schickte, mag der Präsident gehofft haben, er könnte durch Intervention aus Peking in Vietnam Frieden zu seinen Bedingungen erreichen. Die Volksrepublik China hat jedoch völlig klar gemacht, daß sie nicht bereit ist, sich in dieser Weise benutzen zu lassen. Weder China noch die UdSSR könnten eine derartige Rolle auch nur in Erwägung ziehen, und beide haben auch keinerlei Anzeichen dafür erkennen lassen, daß sie in solchen Begriffen denken. Die Geschichte des vietnamesischen Volkes liefert eine überwältigende Fülle von Beweisen dafür, daß niemand den Nordvietnamesen oder der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams je einen Frieden zu unannehmbaren Bedingungen aufzwingen könnte.

Was die Sowjetunion betrifft, so stehen ihre führenden Politiker mitten in einer außerordentlich erfolgreichen diplomatischen Friedensoffensive, wobei Breschnews Besuch in Paris nur einen von mehreren Höhepunkten darstellte. Die Europäische Sicherheitskonferenz wird jetzt, da die Idee die offizielle Unterstützung Frankreichs erhalten hat, zustandekommen. Und der wachsende Einfluß der Sowjetunion hat sich durch die Besuche Kossygins in Kanada und Kuba selbst in der amerikanischen Hemisphäre bemerkbar gemacht.

Natürlich sollte niemand den immensen Vorteil unterschätzen, den die Partei des amtierenden Präsidenten heutzutage besitzt, da die Medien — vor allem das Fernsehen — Millionen Menschen erreichen und ihr Denken weit stärker beeinflussen können als jeder noch so hitzig geführte Wahlkampf früherer Zeiten. Und man darf keinesfalls die Möglichkeiten außer acht lassen, die sich zum Beispiel dadurch eröffnen, daß riesige Verteidigungsaufträge erteilt werden, daß öffentliche Arbeiten vergeben oder Sozialetats so frisiert werden, daß zur rechten Zeit Rentenerhöhungen oder mehr Sozialunterstützung gewährt werden können. Dennoch macht Nixons Mangel an Charisma es schwer, das tiefsitzende Mißtrauen der Öffentlichkeit gegenüber dem „Tricky Dick" zu überwinden. Der Wähler fühlt, und die Medien sprechen es für ihn auch aus, daß jede von Nixon getroffene politische Entscheidung nur darin begründet ist, daß sie sich möglicherweise auf seine Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode günstig auswirken könnte.

Ein Kennedy oder vielleicht auch ein Lindsay könnten diesen Mann schlagen, der den Bankrott seiner Außen- und Innenpolitik dadurch eingestehen mußte, daß er in der Wirtschaftspolitik eine Kehrtwendung um 180 Grad vollführte und gleichzeitig über zwanzig Jahre antikommunistischer Einkreisung Chinas liquidierte. Ob die demokratischen Aspiranten, deren Politik besser auf die Grundprobleme der Nation eingestimmt ist, gewinnen können, scheint zur Zeit der Abfassung dieses Artikels zweifelhaft.

Sollte Nixon die Wiederwahl gewinnen, dann würde der Bankrott der demokratischen Parteipolitik zum Bankrott des demokratischen Verfahrens auf lange Sicht werden. Zwar begann er sicherlich nicht erst vor vier Jahren, sondern erstreckte sich gleichmäßig über einen ganzen Zeitraum, um dann seit dem Zwischenfall

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

1 *Holz* Utopie und Anarchismus. 134 S. Beim Verlag vergriffen.

2 Sozialdemokratie und Sozialismus heute. 230 S. DM 5,–

3 *Beyer* Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung. 151 S. Beim Verlag vergriffen.

4 *Rose* Konvergenz der Systeme. 214 S. DM 9,80

5 *Beyer Vier* Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács. 232 S. DM 9,80

6 *Bamberg* Militärseelsorge in der Bundeswehr. 304 S. DM 9,80

7 *Nazari* Das iranische Erdöl. 217 S. DM 9,80

8 *Rilling* Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD. 312 S. DM 9,80

9 *Lewan* Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse. 179 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

im Golf von Tonking an Tempo zuzunehmen. Dieser Prozeß könnte während einer zweiten Amtsperiode Nixons kulminieren.

Für die politische Führung der Demokraten besteht das Dilemma darin, mit ansehen zu müssen, wie Nixon mit seiner neuen Wirtschaftspolitik ihnen die Schau stiehlt. Das wiederum illustriert die Zwiespältigkeit in der Politik beider großen Parteien. Sie resultiert aus der Tatsache, daß beide in weitem Umfange die Interessen der großen Unternehmen repräsentieren. Es hat kaum irgendeinen bemerkenswerten Angriff der Demokraten auf Nixons NATO-Politik gegeben — aus dem einfachen Grunde, daß die amerikanischen Unternehmerinteressen und -investitionen gleich starke Befürworter in beiden Parteien haben.

Das bislang von beiden großen Parteien stillschweigend akzeptierte politische Dogma besagt, die Mehrheit der amerikanischen Wähler werde sich immer auf einer Position der Mitte befinden, und weder die extreme Rechte noch die extreme Linke könnten die Wahl ihres Präsidentschaftskandidaten beeinflussen. Die Polarisierung, die jedoch in den vergangenen fünf Jahren stattgefunden hat, droht beide Parteien zu spalten: die Republikanische Partei, falls sie sich zu sehr nach der Mitte orientiert — ein Beispiel dafür bieten die Jungen Republikaner, die Nixon wegen seiner Chinapolitik ihre Unterstützung entzogen haben —; die Demokratische Partei, falls sie einen Mann wie Henry Jackson oder Hubert Humphrey wählen sollte, da dann eine weitreichende Revolte der Jungwähler und der Minderheiten droht. Es ist sicherlich noch viel zu früh, um sagen zu können, ob die Auflösung von Parteieinheit und Disziplin sowohl in der Republikanischen wie in der Demokratischen Partei einen Punkt erreichen wird, an dem das Zweiparteiensystem ernstlich in Frage gestellt wird. Die Zahl progressiver Kandidaten, die im Jahre 1970 Sitze im Kongreß erhalten haben — oft von keiner Partei unterstützt —, könnte 1972 noch überschritten werden. Vielleicht ist es das, was Eugene McCarthy und die Kongreßabgeordnete Shirley Chisholm meinten, als sie von einer möglichen Spaltung der Demokratischen Partei sprachen. Was die Republikaner anbetrifft, so fühlen sie den Druck von rechts nicht nur von der Seite der Jungen Republikaner, sondern von der bereits gegründeten Partei des Alabama-Gouverneurs George Wallace, während zur gleichen Zeit ein liberaler Flügel seinen Sprecher im Abgeordneten Paul McClosky gefunden hat. Closky wird bei der republikanischen Nominierung gegen Nixon antreten, wenn der Rückzug der USA aus Südostasien zur Zeit der Frühjahrsvorwahlen noch nicht abgeschlossen ist.

Weitere Bewegungen großer Wählerblöcke kündigen sich bereits an. 1968 stimmte ein nicht unbedeutender Teil der Facharbeiter für Nixon, einige sogar für Wallace. Die Prahlerei der Gewerkschaftsbosse, sie könnten die Stimmen der organisierten Arbeiterschaft gleichsam „abliefern", ist höchst fragwürdig geworden. Wenn die Zweite Phase von Nixons neuer Wirtschaftspolitik dazu führt, daß sich die Vertreter der Arbeiterschaft entschließen, nicht mitzuarbeiten, dann wird es für Nixon außerordentlich schwierig, die Arbeiterstimmen zu halten, über die seine Partei verfügt. Hinzu kommt die große Zahl qualifizierter Ingenieure vor allem in der Luft- und Raumfahrtindustrie, die in den vergangenen Wahlen wahrscheinlich republikanisch wählten: jetzt haben sie ihre Arbeitsplätze verloren und werden vermutlich zweimal nachdenken, bevor sie ihre Stimme abgeben.

Wenn man noch den unbekannten Faktor der Jugendlichen hinzunimmt, die das Wahlrecht erhalten haben, dann kann selbst die auf das sorgfältigste ausgearbeitete Wahlstrategie zunichte gemacht werden.

Bücher

„Volk der Kleinstaktionäre"

Michael Jungblut, Die Reichen und die Superreichen in Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1971, 383 S., 26,— DM.

Gründlich räumt Jungblut mit der „Mär von der gleichen Startchance" auf: keineswegs hatte jeder, der am Tage der Währungsreform seine 40,— DM Kopfgeld erhielt, die gleiche Chance, reich zu werden. Diese Chance hatten nur diejenigen, die ohnehin schon reich waren, die günstig gelegene Grundstücke, Fabrikgebäude oder bestimmte Aktien besaßen. Und so zählt Jungblut die Superreichen auf, die Flick, Quandt, v. Finck, Oetker usw., die alle schon auf vorhandenen Besitz — den sie teilweise unter dem Schutz der Nazis erworben hatten — zurückgreifen konnten. Das Ergebnis ist klar: „In die Gruppe der fünfzig größten Unternehmen konnte außer Gustav Schickedanz mit seiner ‚Quelle' und Helmut Horten mit seinem Warenhauskonzern niemand eindringen, der nicht schon vor dem Krieg in der deutschen Wirtschaft Rang und Namen hatte oder zumindest schon das eine oder andere Unternehmen sein eigen nennen durfte. Dabei haben auch diese beiden Handelsherren nicht völlig von vorn angefangen. Mit nahezu leeren Händen standen von den heutigen Mitgliedern im Club der hundert Größten im Jahre 1945 eigentlich nur Max Grundig und Werner Otto da. Auf der anderen Seite gab es nur eine unter den großen Familien, die ihren Platz an der Sonne wieder räumen mußte: die Krupps" (S. 134).

Finanziert wurde dieses gar nicht verwunderliche „Wirtschaftswunder" — so Jungblut — durch überhöhte Preise, in denen sowohl Investitionskosten als auch Abschreibungen enthalten waren — was ja doch wohl eher heißen müßte, daß es auf dem Rücken der Lohnabhängigen finanziert wurde, die einmal ihre Arbeitskraft zu billig verkaufen und zum anderen die von ihnen produzierten Waren zu teuer kaufen mußten. Mit diesem System konnten die ohnehin schon Reichen zu den Superreichen werden: 1,7 % der Bevölkerung besitzen ca. 70 % des gesamten Produktivvermögens.

Das aber erscheint Jungblut nicht gerecht, und so sinnt er auf einen Ausweg. Denn „einer der größten Mängel unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ... ist die ungerechte Verteilung des Eigentums und die damit eng verbundene, oft an die Zustände im Mittelalter erinnernde Struktur der wirtschaftlichen Macht" (S. 366). Hier erkennt Jungblut zwar richtig die Auswüchse einer kapitalistischen Gesellschaftsstruktur, kann sie aber als liberaler Wirtschaftstheoretiker nicht an ihrer Wurzel packen, sondern glaubt, sie mit einem Rezept bewältigen zu können, das auf der Basis gerade des Wirtschaftssystems liegt, das diese „Auswüchse" notwendigerweise hervorbringen muß. Sein Rezept heißt: Aktiengesellschaft.

Denn die Aktiengesellschaft bietet seiner Meinung nach die Möglichkeit, Eigentum an Produktivvermögen — denn allein dieses Eigentum bringt Macht — breit zu streuen und damit der Konzentration von Macht vorzubeugen. Dies jedenfalls in der Theorie.

Daß es in der Praxis noch ganz anders aussieht, bemängelt Jungblut selbst: 0,08 % der Bevölkerung kontrollieren über 50 % der Kapitalgesellschaften (S. 54). Und das Verhalten von Großbanken, Großaktionären, Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsräten sei auch nicht gerade geeignet, die Aktien populär zu machen: da werden Interessen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, Posten verschoben und Minderheiten kaltgestellt. Noch aber ermögliche das Aktienrecht diese Mißstände, daher müsse es geändert werden: größere Publizität, Aufhebung des Depotstimmrechts und Verteilung der Aufsichtsratssitze nach dem Kapitalanteil, denn dann hätten die Kleinaktionäre die Möglichkeit, sich zu informieren und zusammenzuschließen, um die ihnen zustehenden Aufsichtsratssitze selbst zu besetzen (S. 322). Doch da die Gefahr bestehe, daß durch eine Popularisierung der Kleinaktie „zur Freude der alten Aktionäre nur die Kurse in die Höhe getrieben" (S. 306) werden (wie es heute geschieht!), sich sonst aber nichts ändert, müßten alle

größeren Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Damit aber überhaupt erst die Nachfrage nach Kleinaktien einsetzen könne, müßten die Lohnabhängigen, also diejenigen, die gemeinhin keinen Besitzanteil am Produktivvermögen haben, dazu gebracht werden, Aktien zu kaufen, um so „Vermögen" zu bilden. Das 624-DM-Gesetz sei dafür nur unzureichend geeignet, denn es werde in erster Linie genutzt, um langfristige Konsumgüter zu finanzieren. Am naheliegendsten sei daher eine gesetzlich erzwungene Bildung von Anteilen am Produktivvermögen. „Durch regelmäßige vermögenswirksame Leistungen (Investivlöhne) ändert sich dann zwar langsam, aber sicher auch der Verteilungsschlüssel für das wachsende Volkseinkommen zugunsten der in dem bisherigen System ungerechtfertigt benachteiligten Arbeitnehmer" (S. 349 f.) und damit auch für die wirtschaftliche Macht.

Hier spätestens ist der Liberale Jungblut von seiner Analyse abgegangen und hat auf reinen Optimismus zurückgegriffen. Denn: Vermögenswirksame Leistungen sind nichts anderes als Teil des Arbeitslohnes. Da aber das kapitalistische Wirtschaftssystem darauf beruht, daß der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft mehr Produkte herstellt, als er in Form von Lohn erhält, und sich der Unternehmer den Rest aneignet, kann auch niemals über die vermögenswirksamen Leistungen eine Besitz- und Machtnivellierung erreicht werden. Denn während der Lohn des Arbeiters gerade ausreicht, den notwendigen Konsum zu sichern, verwendet der Unternehmer nur einen geringen Teil seines Profites für seinen eigenen Lebensunterhalt (Revenue). Den Rest setzt er als Kapital ein, um erneut Arbeitskraft zu kaufen. Leistet der Arbeiter aber tatsächlich Konsumverzicht (freiwillig oder durch gesetzlichen Zwang) und erwirbt mit dem Ersparten Anteile am Produktivvermögen (wie es Jungblut will), so wird er gleich doppelt übers Ohr gehauen: von seinem Lohn wird ihm die „vermögenswirksame Leistung" einbehalten, und als Kleinstaktionär hat er nicht einmal die Möglichkeit, wirtschaftliche Macht auszuüben. Denn die Kleinstaktie hat dadurch, daß an sie nur ein Kleinststimmrecht gebunden ist, den Charakter eines Kredites, über dessen Verzinsung der Kleinstaktionär faktisch nicht mehr bestimmen kann. Auch die von Jungblut angedeutete Möglichkeit eines Zusammenschlusses von Kleinstaktionären zu Interessengemeinschaften, um auf diesem Wege Einfluß zu gewinnen, dürfte angesichts der Interessen des Kapitals kaum realisierbar sein. Viel einfacher erscheint es doch, über die Mitbestimmung selbst die Unternehmenspolitik zu kontrollieren und zu beeinflussen — wozu soll der Arbeiter denn noch dafür bezahlen, daß er (als Kleinstaktionär) angeblich „mitbestimmen" darf. Schließlich geht es doch bei der Mitbestimmung in erster Linie darum, die Unternehmenspolitik endlich zugunsten der Arbeiter und Angestellten zu beeinflussen. Wenn das gelingt, dann brauchen wir auch keine Kleinstaktionäre.

Wolfgang Krutz

Wissenschafts- und Bildungspolitik

Joachim Hirsch / Stephan Leibfried, Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik. edition suhrkamp 480, Frankfurt/M., 504 S., 8,— DM.

In der Kontroverse, die in den Sozialwissenschaften zwischen Theoretikern der „Herrschaft von Strukturen" (Nicos Poulantzas) und der „Herrschaft von Personen" (Ralph Miliband) ausgetragen wird, ist die vorliegende Untersuchung der ersten Richtung zuzurechnen. Denn sie begnügt sich nicht damit, personelle Verflechtungen zwischen Staatsbürokratie und Industriemanagement aufzudecken, die zwar Machtstrukturen illustrieren können, analytisch jedoch nur punktuelle Interrelationen fassen. Vielmehr bestimmt sie die wichtigsten Etappen und Trends der Ausbildungs- und Forschungspolitik seit 1945, mit deutlicher Akzentuierung der Zeit seit 1968 (Kapitel 1), die Funktion des Wissenschaftszentrums Berlin (Kapitel 2) wie auch die bislang nicht kritisch aufgearbeiteten Tendenzen der Verwaltungsausbildung (Kapitel 3) und Verwaltungsforschung (Kapitel 4) auf dem Hintergrund der Entwicklung und Struktur des westdeutschen Kapitalismus. Arbeiten die Autoren dabei die vorliegende

Literatur über den Kapitalismus nur auf und bezeichnen sie eine theoretisch befriedigende und empirisch abgesicherte Analyse seiner Entwicklung zu Recht als Desiderat, so besteht das große Verdienst ihrer Untersuchung darin, daß sie Ausbildung und Forschung als Segmente der gesellschaftlichen Totalität begreifen.

Die wachsende Bedeutung der „Produktivkraft Wissenschaft" leiten sie zum einen aus den Verwertungsbedingungen des Kapitals ab, die sich aufgrund des versiegenden Arbeitskräftepotentials und der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz in den 1960er Jahren verschlechtern, zum anderen aus der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems, aus der den staatlichen Apparaten sowohl die Aufgabe erwächst, kapitalverwertungsintensive Steuerungs- und Strukturmaßnahmen zu treffen als auch systemgefährdende Loyalitätskrisen abzuwehren.

Auf dem Hintergrund der verschiedenen Entwicklungsstadien des westdeutschen Kapitalismus und seiner strukturellen Bedingungen arbeiten die Autoren als vorherrschenden Zug in den Plänen zur Reorganisierung des Ausbildungssektors die Differenzierung und Hierarchisierung wie auch die Bedeutung der „systemkonformen Konditionierung" der Auszubildenden heraus. Ausgehend von Modellen, die im Rahmen der OECD erstellt werden, offiziellen und offiziösen Verlautbarungen und einer Analyse des Hochschulrahmengesetzes (s. auch im Anhang, S. 291 ff) werden die Pläne einer Qualifikationsabstufung zwischen „Rezeptemachern", „Rezeptanwendern" und „qualifizierten Hilfsarbeitern" sowie die Ersetzung inhaltlicher Studienziele durch die Vermittlung formaler, systemadäquater Fähigkeiten als symptomatisch für die augenblicklich diskutierte Politik im Ausbildungsbereich betont. Analog zu diesen Trends unterstreichen die Autoren, daß auch die Forschung dahingehend organisiert werden soll, zum einen unmittelbar verwertungsrelevante Ergebnisse zu liefern, zum anderen die Methoden und Instrumente eines sozialwissenschaftlichen „Frühwarnsystems" zu erstellen, das Status-quo-gefährdende Bewegungen bereits im Keim erkennen und ersticken kann. Um diese Funktionen zu erfüllen, wird die Forschung organisatorisch von der Lehre getrennt, privatisiert oder in GmbH-Universitäten ausgelagert. Am Beispiel der Ent-

Röderberg
Das profiliert antifaschistische Programm

Start der neuen Reihe:
Antifaschistische Arbeitshefte
1. Neofaschismus in der BRD
2. Von Brüning zu Hitler

Ein engagiertes Programm:
Bibliothek des Widerstandes.
Politik. Zeitgeschehen.
Romane. Krimis.

Röderberg-Verlag Frankfurt/Main
6 Frankfurt, Schumannstraße 56
Telefon 779084, Telex 04-14721

Röderberg
Das profiliert antifaschistische Programm

scheidung und Planung des WZB (Wissenschaftszentrum Berlin) machen die Autoren materialreich und eindringlich deutlich, daß in derartigen außeruniversitären Treibhäusern (s. auch die Bundeswehrhochschulen) anpassungsfähige Spitzenkader in politisch keimfreier Luft ausgebildet werden, zum anderen der Inhalt von Forschung und Lehre der Kontrolle einer kritischen universitären Öffentlichkeit entzogen werden sollen.

Hatten die Verfasser bereits darauf hingewiesen, daß mit den Richtungs- und Inhaltsverschiebungen in Ausbildung und Forschung auch ein administrativer Strukturwandel verbunden war und daß die bildungs- und wissenschaftspolitischen Aktivitäten der Staatsbürokratie „Element(e) eines allgemeinen Funktionszuwachses des Staatsapparats" sind, die im Rahmen des Übergangs vom Konkurrenz- zum „organisierten" Kapitalismus zu interpretieren sind, so greifen sie in den beiden abschließenden Kapiteln systematisch Probleme der Verwaltungsausbildung und -forschung auf. Dabei können sie parallel zum universitären Bereich für die Aus- und Fortbildung von Verwaltungsfachleuten nachweisen, daß eine Differenzierung der Ausbildungsprogramme zur Verfestigung hierarchischer Strukturen dient. Ideologiekritisch wird ermittelt, daß es das Ziel der geplanten Verwaltungsausbildung ist, einerseits ein Qualifikationsdefizit der Beamten zu beseitigen, andererseits eine „Funktionseinheit" von administrativen und Managementfähigkeiten herzustellen.

Gestützt auf eine Analyse der Staatsfunktionen im Spätkapitalismus lassen die Verfasser abschließend die wichtigsten verwaltungswissenschaftlichen Ansätze Revue passieren, die sie auf ihre immanente Schlüssigkeit, ihren Erkenntniswert und ihre objektive Wirkung hin durchleuchten. Dabei gehen sie besonders auf die Thesen von Niklas Luhmann ein, die sie nach den angegebenen Kriterien kritisch referieren und einer über alle bisherigen Ansätze hinausgehenden Kritik unterziehen. Dabei gelingt es ihnen, die verwaltungswissenschaftliche Theoriebildung bei Luhmann als eine „bewußtlos betriebene Hilfswissenschaft im Dienste etablierter ökonomisch-politischer Machtgruppen" auszuweisen.

Wie der Titel bereits andeutet, ging es den Autoren nicht darum, eine erschöpfende Untersuchung zu geben, sondern einen Beitrag zur augenblicklich geführten bildungsökonomischen und wissenschaftspolitischen Diskussion zu leisten. Mit der systematischen Verbindung von Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Funktions- und Strukturwandel der Staatsbürokratie und Entwicklung sowie Struktur des westdeutschen Kapitalismus ist ihnen dieses Vorhaben in ihrem reich dokumentierten Buch (s. Dokumentenanhang, S. 291—497) gelungen. Unbefriedigend bleibt allerdings, daß außer einem theoretischen Vorspann und gelegentlichen Andeutungen die Position der Autoren in ihren Konturen verschwimmt, daß theoretische Alternativen zu vorherrschenden Trends sozialwissenschaftlicher Theoriebildung selten, praktische Ansatzpunkte für eine die „Formierungsversuche" aufhaltende oder verhindernde Strategie gar nicht explizit gemacht werden. Außerdem werden die begrenzten Steuerungsmöglichkeiten des Staatsapparates von den Autoren zwar gesehen und mehrfach theoretisch thematisiert, aber es gelingt ihnen nicht durchgängig, die Interventionen des Staates einerseits durch die widersprüchlichen Interessen und Bewegungen des Kapitals einzugrenzen, andererseits durch potentielle Aktionen und Reaktionen der von staatlichen Planungsmaßnahmen Betroffenen behindert zu sehen. Diese Schwäche verweist auf einen grundsätzlichen Mangel des theoretischen Ansatzes, mit dem die Autoren zwar die Bedingungen einer im „organisierten Kapitalismus" durchgeführten Ausbildungs- und Wissenschaftspolitik in den Griff bekommen, aber nicht die prinzipielle Aufhebbarkeit des Systems. Somit hilft die vorliegende Untersuchung zwar bei der Diskussion über hochschulpolitische Aktionen weiter, da sie deren objektiven Rahmen absteckt, kann aber unmittelbar keine Ansatzpunkte und Möglichkeiten für eine systemverändernde Politik aufdecken. Heinz-Gerhard Haupt

Was wollen die Lehrlinge?

Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen, Was wollen die Lehrlinge? Frankfurt/M. und Hamburg 1971 (Fischer-Bücherei, Informationen zur Zeit Bd. 1186), 288 S., 4,80 DM.

Was dieses Buch auszeichnet und es besonders lesenswert macht, ist zweierlei: Erstens gibt es einen guten Überblick über die Mißstände in der Berufsausbildung, zweitens werden verschiedene Modelle des Kampfes der Auszubildenden gegen die am Profit orientierte, dem Unternehmerinteresse untergeordnete Berufsausbildung und des Kampfes um eine demokratische Erneuerung unserer Gesellschaft — denn beide gehören zusammen — vorgeführt.

Die Autoren beginnen mit einer kurzen Rückblende: Nach den Studenten und Schülern, etwas verspätet, beginnen im Herbst 1968 auch die Unruhen unter den Lehrlingen; die DGB-Jugend veranstaltet erste Demonstrationen, andere Organisationen beginnen mit aufsehenerregenden „Arbeiterjugendgerichten", in denen nicht nur die unmittelbare Misere der Ausbildung angeprangert, sondern auch der Kampf für ein besseres Ausbildungs- und Bildungssystem im Rahmen des Kampfes für gesamtgesellschaftliche Veränderungen geführt wird.

Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte des Kapitalismus, seine ökonomischen Gesetze und seine aktuelle Erscheinungsform, folgt eine kritische Analyse der Erziehung in Schule und Elternhaus; und die Autoren geben eine Einschätzung der Hauptschulausbildung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Sie (die Hauptschule, H. K.) ist nicht in der Lage, auch nur das Minimum beschränkten Wissens, mit dem sie die Schüler ausstatten soll, zu vermitteln; sie gibt keine hinreichenden Hilfen für eine vernünftige Berufswahl; sie zeichnet ein verlegenes Bild der hochindustrialisierten Gesellschaft; sie klärt künftige Lohnabhängige nicht auf über ihre Lage unter der Herrschaft des Kapitals; sie unterschlägt die Geschichte und die Bedeutung der Arbeiterbewegung; sie verpflichtet sich auf Sozialpartnerschaftsharmonie und Antikommunismus. Kurz: Sie liefert der Wirtschaft, was sie verlangt: nützliche Idioten, die an ihre Interessen und an Widerstand zu denken nicht gelernt haben" (S. 48).

Die auf die Schulzeit folgende Berufsausbildung ist in privater Hand; damit ist abgesichert — und nicht nur durch die Kammern des Handwerks, der Industrie und des Handels —, daß Ausbildung in Betrieben heute immer noch heißt: eine billige Arbeitskraft eines kleinen oder größeren Handwerkmeisters zu sein (jeder dritte Lehrling wird in Handwerksbetrieben ausgebildet) oder möglichst schnell, billig und geschliffen eine „qualifizierte Arbeitskraft" in einem Großbetrieb zu werden, wobei dann z. B. die Zahl der Lehrjahre und damit das Ausbildungsziel vom Betrieb geregelt wird, natürlich nach seinem Interesse, nach dem Profit (z. B. Stufenausbildung bei Krupp). Die überwiegende Zahl der Auszubildenden wird aber immer noch in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet; die Autoren sprechen von 90 % (S. 92). Die Ausbilder, sofern es welche gibt und die „Ausbildung" nicht von Gesellen oder gar Lehrlingen im zweiten oder dritten Lehrjahr selbst (!) ge„meistert" wird, haben durchweg keine pädagogische Ausbildung; es gibt keine Kontrolle über ihre pädagogischen Fähigkeiten (wie etwa bei Schulen die Schul-

Kalenski, W. G./R. Mocek/ B. P. Löwe

Politologie in den USA.

Dt. Verl. d. Wissenschaften. 1971. 200 S. DM 4,20

Klaus, Georg

Sprache der Politik.

Dt. Verl. d. Wissenschaften. 1971. 350 S. DM 14,00

Rose, G.

Industriegesellschaft und Konvergenztheorie. Genesis, Strukturen, Funktionen.

Dt. Verl. d. Wissenschaften. 1971. 396 S. DM 12,80

BRÜCKEN-VERLAG GMBH
4 Düsseldorf, Postfach 1928

aufsichtsbehörde). Die Skala der berufs- und ausbildungsfremden Arbeiten reicht weit; und auch Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz stehen auf der Tagesordnung (1968 allein 50 000 registrierte, die Dunkelziffer dürfte viel höher liegen, so Haug/Maessen, S. 88). Und die Justiz? Sie hat lediglich 2000mal eingegriffen und lächerliche Geld„bußen" den Unternehmern auferlegt. Unzureichender, veralteter Berufsschulunterricht; Lehrermangel; Lehrbücher, die von Abs und Flick stammen könnten, runden das Bild ab: die Ausbildung der Lehrlinge ist ein getreues Abbild der Klassenstruktur dieser Gesellschaft, deren Widersprüche zu groß sind, als daß man sie verkleistern könnte, auch nicht durch das neue Berufsbildungsgesetz, das keine großen Neuerungen gebracht hat und (deshalb) von den Unternehmern begrüßt wurde (S. 162).

Die Lehrlinge haben der Ausbildungsmisere den Kampf angesagt; und sie haben dabei, obwohl sie anfangs unter dem Eindruck der antiautoritären Studentenbewegung deren Formen des Kampfes übernahmen, heute eigene Formen entwickelt: Arbeiterjugendgerichte und Ausbeuterprozesse, Fragebogenaktionen und Lehrlingszeitungen, Lehrlingszentren und der „Jour fix" sind wohl die bekanntesten. Sie werden bei Haug/Maessen, soweit das in einem Buch möglich ist, skizziert und mit Materialien illustriert. Möglichkeiten der Selbstorganisation in Kleinstädten und Großstädten, der Widerstand in Lehrlingsheimen und im Großbetrieb nehmen einen relativ großen Platz in diesem Buch ein.

Der Anhang wird mit Auszügen aus den Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend, aus verschiedenen Aktionsmodellen politischer Organisationen, aus dem Berufsbildungsgesetz interessant gestaltet. Die von den Autoren dargestellten Formen der Organisierung und der Aktionen sowie die Dokumentensammlung des Anhangs machen dieses Buch zu einem Handbuch für alle die, die in der täglichen Auseinandersetzung im Betrieb stehen oder an der Seite der Auszubildenden mitarbeiten.

Was wollen die Lehrlinge? Auch ihre konkreten Forderungen werden genannt: Aufhebung der Trennung von Bildung und Ausbildung; Gleichstellung der Jugendvertreter mit den Betriebsräten; überbetriebliche Ausbildungsstätten, in denen die Gewerkschaft als Interessensvertretung der Arbeitnehmer Mitbestimmungs- und Kontrollrecht hat; Streikrecht für Lehrlinge — das sind nur einige Forderungen, die in diesem Buch angesprochen werden.

Natürlich konnten die Autoren nicht alle Modelle und Aktionsformen ausführlich beschreiben; und auch die Kontaktadressen sind veraltet, unvollständig und heute schon (das Buch wurde im März 1971 veröffentlicht) teilweise überholt. Aber das zeigt gerade, daß die Lehrlingsbewegung nicht stehen geblieben ist, daß immer neue Möglichkeiten gefunden werden und immer mehr Lehrlinge nicht länger bereit sind, die versteinerten katastrophalen Verhältnisse, nicht nur im Bereich der Ausbildung und der Bildungspolitik, hinzunehmen.

Hermann Korte

Jugend-Forscher Jaide

Walter Jaide, Jugend und Demokratie. Juventa-Verlag, München 1970, 168 S., br., 16,80 DM.

An dem Mann, der in der Erforschung der politischen Einstellung der westdeutschen Jugend gleichsam eine Monopolstellung hat, ist die wissenschaftstheoretische Debatte in der Folge des (west)deutschen Soziologentages 1961 anscheinend spurlos vorübergegangen. Er verläßt sich mit geradezu bewundernswerter Naivität auf die Möglichkeiten seiner technischen Apparatur. Es ist selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, daß er sich des entwickeltesten Instrumentariums bedient, das den empirischen Sozialforschern zur Verfügung steht. Aber zweierlei gibt zu denken:

1) Die Beschränkung auf den Versuch, die Ergebnisse der Untersuchung auf technisch-statistischem Wege „abzusichern". Mittels „Item-, Faktor- und Dimensionsanalysen" hält Jaide die Gültigkeit von Zuordnungen und Interpretationen für genügend erhärtet. Dieses Verfahren ist in-

sofern unzulänglich, als inhaltliche Fragen auf diesem Wege vorschnell „gelöst" und der Reflexion entzogen werden. Die Theoriebildung im Bereich gesellschaftlich-politischer Tatbestände erscheint als überflüssig, ja unsinnig. Beispiel: Frage 48 des zentralen Untersuchungsinstruments, des Meinungsfragebogens, lautet: „Meinen Sie, daß das Einkommen des Facharbeiters zu gering ist im Vergleich zu den Einkommen der mittleren Angestellten und Beamten?" Nach Jaide ist eine bejahende Beantwortung dieser Frage dem Meinungsfaktor „faschistoid", „antirepräsentativ", „nationalistisch" zuzuordnen. Abgesehen davon, daß aus dem Ja eher eine realistische Einschätzung der Einkommenssituation der Arbeiter in der Bundesrepublik spricht, ist „faschistoid" ein aufgeblähter, wohlgenährter Beamtenapparat und nicht die materielle Besserstellung der Arbeiter.

2) Jaide benutzt die Sprache der empirischen Sozialforschung wie den Code eines Geheimbundes. Keine Spur von Entgegenkommen, um dem Laien das Verständnis zu erleichtern. Ganz im Gegenteil: Statt seinen Wissensvorsprung dem Leser gegenüber zu verkürzen, versucht Jaide, diesen mit Hilfe seiner Fachsprache einzulullen. Dem Leser wird die Möglichkeit zu kritischer Distanz genommen, so daß er sich nicht mehr kompetent fühlen kann. Von daher ist erklärlich, daß die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung fast überall auf Zustimmung gestoßen und mit warnendem Zeigefinger weitergegeben worden sind.

Denn welchem Laien würde nicht warm ums Herz, wenn er sich mit einer „Interkorrelationsmatrix" konfrontiert sieht? Und wenn er erst erfährt, daß seitenlang dargebotene Zahlen eine „vollständige rotierte Faktorenmatrix für fünf Faktoren" darstellen, geht er endgültig vor Ehrfucht in die Knie.

Eine inhaltliche Kritik an seiner Forschung versucht Jaide als kluger Kopf von vornherein zu unterlaufen: „Auch sei die Anmerkung nicht unterdrückt, daß der Laie gemeinhin die Rapportbeziehung zwischen Frage und Antwort — ungeachtet der Itemanalysen — simplifiziert und die ausgiebige Fachliteratur darüber ... nicht berücksichtigt" (S. 39). Auch ich will meine Anmerkung nicht unterdrücken, daß der (positivistische) Fachmann gemeinhin die Relevanz inhaltlicher Fragen unter- und die Reichweite technischer Finessen überschätzt und die ausgiebige Fachliteratur darüber nicht berücksichtigt.

Das zentrale Problem der Erforschung politischer Einstellungen liegt im Politikverständnis und Demokratiebegriff des Forschers selbst. Denn aus ihm werden die Kategorien und Kriterien abgeleitet, an denen die Einstellungen der „Probanden" gemessen werden. Insofern bildet sein Selbstverständnis schon einen Teil der Untersuchung. Da das Parlamentarische selbst zu den demokratischen Normen gehört, gerinnt bei Jaide Demokratie zu Parlamentarismus. Deshalb ist seine Aussage nicht „abstrakt formuliert", sondern von der Realität parlamentarischer Demokratien abstrahiert, in denen sich demokratische Politik immer wieder über politische Bewegungen an der Basis Geltung verschaffen muß. Die formalen Spielregeln des parlamentarischen Systems, die den Souverän, das Volk, auf die Ausübung des Wahlaktes beschränken, garantieren nicht selbstverständlich die Durchsetzung demokratischer Normen.

Die Ursache der Fixierung auf den Parlamentarismus liegt in Jaides Anschauungen über unsere Gesellschaft begründet. Erscheint sie ihm doch nicht als Herrschaftsorganisation, sondern als die eine Nation, in der wir alle nur Menschen sind und unser Bestes geben müssen. Über 25 % der Fragen des Meinungsfragebogens spiegeln diese Auffassung. Da soll angegeben werden, ob „wir", „wir Deutschen", „die Amerikaner" usw. etwas tun oder lassen sollen. Daß die Gesellschaft der freien und sozialen Marktwirtschaft, von bösen Buben auch als Kapitalismus bezeichnet, in Schichten und Klassen zerfällt, für die politische Maßnahmen jeweils verschiedene Auswirkungen haben, reflektiert Jaide nicht. Ihm sind alle Menschen gleich. Als Ziel für uns alle, die wir nach dem Besten streben, preist er „Europa" an. Mit diesem Zauberwort meint er alle Probleme, die sich in unserer Gesellschaft stellen, lösen zu können. Daß er dabei jenes nationalistische Streben, das er seinen „Probanden" bescheinigt, auf supranationaler Ebene reproduziert, geht ihm nicht auf. Als hohe Politik existiert Politik für Jaide überhaupt nur auf nationaler und insbesondere internationaler Ebene.

Durch dieses Politikverständnis hat die arbeitende Jugend, die am härtesten mit den gesellschaftlichen Widersprüchen konfrontiert ist, besonders starke Schwierigkeiten. Ihr gesellschaftlicher Erfahrungsbereich findet nämlich in die Untersuchungsinstrumente keinen Eingang, obwohl Jaide ausdrücklich behauptet, daß er diese besonders auf die arbeitende Jugend zugeschnitten habe. Eine solche Behauptung läßt jedoch andere Fragen erwarten als: „Schaffen wir (!) uns (!) eine neue Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wenn wir (!) die Entwicklungsländer unterstützen?" (Nr. 83) Solche Fragen sind Jaides Spezialität; aber ob die Jugendlichen durchschauen können, in welche Zwangs- und Konkurrenzverhältnisse sie selbst in unserer Gesellschaft eingebettet sind, erfragt er nicht. Daran fehlt ihm das Interesse, und zwar, weil er politisches Engagement mit moralischem identifiziert.

Daß Politik nur auf der Grundlage von Interessen langfristig betrieben werden kann, verschweigt er, bestätigt es jedoch zugleich, weil der idealistische Masochismus, den er den Jugendlichen abverlangt, von den Herrschenden auf der Haben-Seite abgebucht werden kann: „Ist Ihrer Meinung nach die EWG ein so wichtiger Zusammenschluß auf dem Weg zum geeinten Europa, daß wir Deutschen (!) dafür sogar große Nachteile in Kauf nehmen sollten?" (Nr. 54) Solche Formulierungen sind aus der Geschichte nur zu bekannt. Immer wenn sie auftauchten, konnten die Lohnabhängigen damit rechnen, den Gürtel enger schnallen zu müssen.

Nach alledem kann ich es nur als schlechten Scherz verstehen, wenn Jaide den von ihm untersuchten Jugendlichen ein „mangelhaftes Politikverständnis" vorwirft (S. 42). Im Lichte dessen, was die Sozialwissenschaften über gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen und Entscheidungsprozesse auszusagen haben, muß Jaides auf den Parlamentarismus als Funktionsmechanismus einer nationalen und supranationalen Gesellschaft fixiertes Politikverständnis als naiv und „mangelhaft" bezeichnet werden.

Daß das Angebot der Fragen auf die „Haupt- und Staatsaktionen" beschränkt ist, habe ich schon erwähnt. Hinzu kommt, daß diese Fixierung auf die „hohe Politik" Irrtümer nach sich zieht, die sich auf die „Probanden" als Irreführungen auswirken müssen. Ein Beispiel: „Sollen die demokratischen Staaten des Westens praktisch etwas unternehmen (geht das auch theoretisch? RK) gegen die Militärdiktatur in Griechenland?" (S. 89) Wissen wir denn nicht, daß der CIA und ein NATO-Plan den Militärputsch in Griechenland begünstigt haben?

Offen suggestiv angelegt ist die Frage: „Stimmen Sie den linksextremen Studenten in ihren politischen Ansichten zu?" (Nr. 20), die dennoch von immerhin 18,12 % mit Ja beantwortet wurde. Mit welchen Argumenten eine solche Frage gerechtfertigt werden kann, ist mir unerfindlich. Inhaltlich gespeist wird sie aus der Totalitarismus-Ideologie, die auf der Linken neuerdings sogar radikaldemokratische Strömungen wie die Studentenbewegung umfaßt. Aber Jaide sagt nicht einfach: „Links gleich rechts." Nein, er argumentiert „differenzierter": „(Man darf) wohl die Hypothese wagen, daß das Unbehagen am bestehenden System durch ‚die Linke' erregt worden ist und auch weitere Bevölkerungskreise mit bewegt und bei einigen Gruppen mangels anderer Aspekte die aufgewiesene (?!) faschistoide Artikulation gefunden hat" (S. 45).

In der Konkretion läßt Jaide alle Zurückhaltung fahren: „Halten Sie Walter Ulbricht für einen gefährlichen Politiker?" (Nr. 10) „Befürchten Sie, daß die Chinesen uns eines Tages überrennen und unterwerfen?" (S. 32) „Wenn die Nazis (eine völlig unzulässige Verengung des Faschismus, RK) oder Kommunisten versuchen sollten, die demokratische Staatsform zu stürzen, würde ich gegen sie auf die Barrikaden gehen" (S. 137).

Die Unzulänglichkeit der Untersuchungsinstrumente selbst setzt sich bei der Handhabung und Interpretation der Ergebnisse fort. Unter den Meinungsfaktor „Befürchtungen und Ängste" subsumiert Jaide ein Ja auf die Frage: „Meinen Sie, daß wir innerhalb der nächsten fünf Jahre eine schwere wirtschaftliche Krise erleben werden?" (Nr. 3) Das möchte jede Bundesregierung wissen. Denn in dieser Beziehung hegen sie alle „Befürchtungen und Ängste". Wer könnte davon auch in einem gesellschaftlichen System frei sein, das wirt-

schaftliche Krisen mit einer Regelmäßigkeit produziert wie Mutter Natur die Jahreszeiten?

Zum Meinungsfaktor „faschistoid" gehören folgende Fragen: „Glauben Sie, daß Deutschland, wenn es wiedervereinigt wäre, eine Weltmacht würde?" (Nr. 14) und: „Glauben Sie, daß ein Mann wie Hitler heute in Deutschland (in der DDR? RK) wieder an die Macht gelangen könnte?" (Nr. 99) Schlummern also in jedem Sozialisten faschistoide Züge, der meint, daß ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland eine Weltmacht würde? Würden ihm rationale Gründe für die Furcht vor einem neuen Faschismus dasselbe Prädikat einbringen? (Allerdings würde er den Faschismus nicht so völlig enthistorisieren und personalisieren wie Jaide.) Diese Fragen ergeben sich nur deshalb, weil Jaide in die Jugendlichen, die mit Ja geantwortet haben, hineininterpretiert, daß sie eine wiedervereinigte Weltmacht „Deutschland" und einen neuen Mann wie Hitler wünschen. Damit macht er es sich allerdings zu einfach. Hat er doch nur nach der Einschätzung von Möglichkeiten gefragt. Hinzu kommt, daß Jaide sich selbst ad absurdum führt, wenn er an anderer Stelle ein Ja auf die Frage nach einem neuen Hitler als „problembewußte" Beantwortung bezeichnet. Solche Kapriolen kann ich nicht mehr rational nachvollziehen.

Jaides Interpretationen zeichnen sich durch ihre Beliebigkeit aus. Nur selten sind die inhaltlichen Kriterien ausgewiesen, nach denen er vorgeht. Wenn er sie darlegt, hält er sich nicht daran, weil die Ergebnisse seinem Argumentationsziel zuwiderlaufen.

Bei der „Diskussion der Befunde" teilt Jaide dem Leser mit, daß „durch Itemanalyse mangels Ja-Stimmen (unter 20 %)" einige Fragen ausgeschieden wurden (S. 38). Unter dem Meinungsfaktor „immobil-konservativ", also einer der Säulen, auf der seine Argumentation ruht, finden sich jedoch gleich zwei Fragen, die unter 20 % Ja-Stimmen erhielten: „Sollen nach Ihrer Meinung Jugendliche, die sich gegen die Ordnung der Erwachsenen stellen, in einem Arbeitslager zusammengefaßt werden?" (Nr. 67/19,58 %) „Sind Sie der Meinung, daß die NPD mehr für Deutschland (?!) tun kann als die anderen Parteien?" (Nr. 80/9,52 %)

Diese Manipulationen wären unerheblich, wenn nicht ihre Ergebnisse Jaide veranlassen würden, zu einem Riesenschlag gegen die Jugend auszuholen: „Die Ordnung der Erwachsenen soll vor jugendlichen Störern nach faschistischem Vorbild bewahrt werden. Falls das alles nicht hilft, wird von einigen als letzter Büttel die NPD reklamiert" (S. 26). Angesichts des passablen Rechtsdralls von CDU/CSU und einer in weiten Teilen peinlich stark nach rechts kopflastigen SPD kann dieses Ergebnis nur verwundern. Nach dem 2. Juni 1967 mit seiner verstärkt einsetzenden Sozialistenhetze hätte ich mehr Prozentpunkte für die NPD erwartet.

Da Jaide diese Daten zum Beweis der „Entfremdung nach rechts" nicht ausreichen, greift er auf Ergebnisse der Vortests zurück, die zwischen 5 und 8 % Ja-Stimmen erreicht hatten. Denn sie „(hätten) eventuell (!) eine Ladung auf dem Meinungsfaktor 4 (faschistoid) erhalten" (S. 42). Wenn das nicht eine wissenschaftlich einwandfreie und stimmige Argumentation ist, dann weiß ich nicht!

„So wie Staatsverwaltung, Parteien und Militär sollen vermutlich (!) auch die übrigen gesellschaftlichen Mächte (Kirchen, Landwirtschaft, Bergbau) weiterhin salviert und sekuriert bleiben" (S. 27). Nach dieser vernichtenden Kritik kann man schlagende Beweise verlangen. Jaide bleibt sie, ich möchte sagen, wie zu vermuten war, schuldig. Denn nur 23,06 % sind für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes. Die Diagnose bezüglich Landwirtschaft und Bergbau bezieht sich gar auf eine Frage, die Jaides Interpretation auf keinen Fall zuläßt, nämlich: „Meinen Sie, daß finanzielle Zuschüsse des Staates an einzelne Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Kohlebergbau) deren Lage auf die Dauer bessern können?" (Nr. 27) Es ist unzweifelhaft, daß mit dieser Frage lediglich eine Meinung eingeholt wird darüber, ob finanzielle Zuschüsse „die Lage" (wessen?) in Landwirtschaft und Bergbau bessern können. Ob solche Zuschüsse zur „Salvierung und Sekurierung" auch tatsächlich gezahlt werden sollen, steht überhaupt nicht zur Debatte.

Das Ziel der Jaideschen Untersuchung bestand darin, nachzuweisen, daß „die Jugend" in der Bundesrepublik auf einen „kleinbürgerlichen Bummelzug mit faschi-

stoidem Kurswagen" wartet (S. 109). Wie dargelegt, hat Jaide zum „Beweis" dieser These weder Mühen noch Mittel gescheut. Daraus leite ich die Empfehlung ab, daß, wer in der Bundesrepublik politische Jugendarbeit treiben will, sich nicht auf seine Untersuchung verlassen sollte, die zum großen Teil das Produkt seines Vorverständnisses und seiner Vorurteile ist.

Es geht mir nicht darum, zu behaupten, daß die bundesrepublikanische Jugend doch eigentlich revolutionär sei. Worauf es ankommt, ist, deutlich zu machen, daß Jaide die Jugend an einem statischen, idealistischen und damit unrealistischen Politikbegriff mißt und politisch abqualifiziert. Die Fähigkeit zum Lernen und zur Veränderung durch soziale Erfahrungen spricht er ihr erst gar nicht zu.

Ihre besondere Note erhält diese Abqualifizierung dadurch, daß sie durch Jaides Untersuchung selbst widerlegt wird. Denn nach seinen eigenen Kriterien entfallen auf den Meinungsfaktor „progressiv"/„liberal"/„demokratisch" zwischen 60 und 80 % Ja-Stimmen.

Daß die Ergebnisse einer inhaltlich untermauerten Untersuchung anders aussehen würden, läßt sich schon daraus ersehen, daß Jaides Argumentation in Richtung Nationalismus zum großen Teil erst dadurch ermöglicht wird, daß er die Jugendlichen in die Falle seiner durch einen statisch-nationalen Politikbegriff geprägten Fragen lockt. Ich hoffe, daß zukünftige „Probanden" ihm einen Strich durch diese Rechnung machen werden.

Richard Kelber

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

András Gedö, Der entfremdete Marx. Zur existentialistisch-„humanistischen" Marxismus-Deutung. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 94 S., br. 5,— DM (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 8).

Jochen Schulte-Sasse, Literarische Wertung. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, X, 79 S., br. 6,80 DM (Sammlung Metzler, Bd. 98).

Helmut Koopmann, Die Entwicklung des „intellektuellen Romans" bei Thomas Mann. Untersuchung zur Struktur von „Buddenbrooks", „Königliche Hoheit" und „Der Zauberberg". Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage. Verlag Bouvier, Bonn, VIII, 187 S., kart. 24,— DM.

Tendenzen deutscher Literatur seit 1945. Herausgegeben von Thomas Koebner. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, X, 559 S., Register, Ln. 22,— DM.

Ewald Standop / Edgar Mertner, Englische Literaturgeschichte. Zweite, verbesserte Auflage. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg, 693 S., Werkstoffeinband 42,— DM.

Peter Schütze, Die Entwicklungsgeschichte lokaler Wechselseiten im deutschen Pressewesen bis 1945. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 180 S., br. 24,— DM (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 15). — In der gleichen Reihe erschien als Bd. 14: Heinz-D. Fischer, Publizistik in Suburbia. Strukturen und Funktionen amerikanischer Vorortzeitungen (204 S. mit 8 Tafeln, br. 28,— DM).

Hans-Michael Seibert, Zivilbeauftragte in Deutschland. Verlag Anton Hain, Meisenheim, XII, 191 S., br. 27,50 DM (Politik und Wähler, Bd. 8).

Klaus Kröger, Widerstandsrecht und demokratische Verfassung. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 23 S., br. 4,50 DM (Recht und Staat, Heft 399).

Geschichte und Zeitgeschichte

Winfried Baumgart, Bücherverzeichnis zur deutschen Geschichte. Hilfsmittel, Handbücher, Quellen. Ullstein Verlag, Frankfurt, 196 S., br. 2,80 DM (Ullstein Buch 3856 / Deutsche Geschichte, Bd. 14).

Der Dreißigjährige Krieg in Augenzeugenberichten. Herausgegeben und eingeleitet von Hans Jessen. Deutscher Taschenbuch

Verlag, München, 445 S., br. 6,80 DM (DTV Bd. 781).

Eduard Winter, Barock, Absolutismus und Aufklärung in der Donaumonarchie. Europa Verlag, Wien, 280 S., Ln. 26,— DM.

C. Aylmer Macartney, Geschichte Ungarns. Deutsche Ausgabe von „Hungary, a short history" (Edinburgh 1962). Aus dem Englischen übertragen von Hans Jürgen Baron v. Koskull. Verlag Kohlhammer, Stuttgart, 135 S., br. 7,20 DM (Urban-Taschenbücher, Bd. 139).

Eduard Hochenbichler, Republik im Schatten der Monarchie. Das Burgenland, ein europäisches Problem. Europa Verlag, Wien, 184 S., Paperback 17,— DM. — Die Studie erschien anläßlich der 50jährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zur Republik Österreich.

Sigurd v. Ilsemann, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen aus den Jahren 1918-1941. Eine Auswahl. Herausgegeben von Harald v. Koenigswald. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 316 S., br. 6,80 DM (DTV Bd. 791).

Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem. Droste Verlag, Düsseldorf, 324 S., Ln. 48,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 40).

Quellen zur baden-württembergischen Landesgeschichte. Ausgewählt und zusammengestellt von Helmut Christmann. Heidenheimer Verlagsanstalt, Heidenheim, 88 S., br. 5,80 DM.

John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945—1949. Deutsche Ausgabe von „The American Occupation of Germany" (Stanford 1968). Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hans Jürgen Baron v. Koskull. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 400 S., Ln. 28,— DM.

Peter Klein, Francos zweite Inquisition. Spanien zwischen Garotte und EWG. Hanser Verlag München, 176 S., br. 9,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 81).

Aktuelle Themen

Rudolf Geiger, Internationale Verträge und Organisationen. Friedensrecht, Kriegsverhütung und Konfliktsrecht. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 335 S., br. 5,80 DM (DTV/Beck-Rechtsbücher/Bd. 5094).

Max Ivers Kehden, Die Inanspruchnahme von Meeresbodenzonen durch Küstenstaaten. Eine Übersicht über die Staatenpraxis. Zweite, neubearbeitete Auflage. Metzner Verlag, Frankfurt, IX, 214 S., br. 13,70 DM (Werkhefte, Bd. 18).

Felix Ermacora, Österreichische Verfassungslehre. Grundriß eines Studienbuches. Verlag Braumüller, Wien/Stuttgart, 428 S., Ln. 37,— DM (Studienreihe zum Öffentlichen Recht und zu den Politischen Wissenschaften, Bd. 1).

Theodor Meder, Handkommentar zur Verfassung des Freistaates Bayern. Richard Boorberg Verlag, München, 424 S., Ln. 54,— DM, br. 49,50 DM.

Quo vadis SPD? Aktuelle Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie. Herausgegeben von Rolf Seeliger. Verlag Rolf Seeliger, München (13, Gernotstr. 4), 144 S., br. 6,20 DM.

Heinz Seeger, EWG Monopole, Gewerkschaftliche Gegenmacht. Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, Frankfurt, 112 S., br. 4,50 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Sowjetisch-französische Erklärung vom 30. Oktober 1971

(Wortlaut)

Auf Einladung G. Pompidous, des Präsidenten der Französischen Republik, und der französischen Regierung weilte L. I. Breschnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Präsidialmitglied des Obersten Sowjets der UdSSR, vom 25. bis zum 30. Oktober 1971 in Frankreich zu Gast. L. I. Breschnew begleiteten W. A. Kirillin, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik beim Ministerrat der UdSSR, A. A. Gromyko, Außenminister der UdSSR, und N. S. Patolitschew, Außenhandelsminister der UdSSR.

Leonid Breschnew und seine Begleiter besuchten Paris und Marseille. Sie hatten Gelegenheit, Einblick in verschiedene Lebensbereiche des französischen Volkes zu nehmen. Ihnen wurde ein außerordentlich freundschaftlicher, herzlicher Empfang bereitet.

L. I. Breschnew hat mit dem Präsidenten der Republik verhandelt und ist auch mit dem Ministerpräsidenten und mit anderen Mitgliedern der französischen Regierung zusammengetroffen.

An den Verhandlungen nahmen teil:

Von sowjetischer Seite W. A. Kirillin, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik beim Ministerrat der UdSSR; A. A. Gromyko, Außenminister der UdSSR; N. S. Patolitschew, Außenhandelsminister der UdSSR; P. A. Abrassimow, Botschafter der UdSSR in Frankreich; G. E. Zukanow, Assistent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU; A. M. Alexandrow, Assistent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU; A. G. Kowaljow, stellvertretender Außenminister der UdSSR; W. W. Sagladin, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, und J. W. Dubinin, Leiter der 1. Europaabteilung im Außenministerium der UdSSR.

Von französischer Seite Ministerpräsident J. Chaban-Delmas, Außenminister M. Schumann, Wirtschafts- und Finanzminister V. Giscard d'Estaing, Minister für industrielle und wissenschaftliche Entwicklung F.-X. Ortoli, Generalsekretär des Präsidenten der Republik M. Jobert, Generalsekretär des Außenministeriums H. Alphand, Botschafter Frankreichs in der UdSSR R. Seydoux, Leiter der politischen Abteilung im Außenministerium J. de Beaumarchais und Berater im Generalsekretariat des Präsidenten der Republik J.-B. Raimond.

Die Verhandlungen haben in einer vertrauensvollen, herzlichen Atmosphäre stattgefunden, wie sie dem Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden Ländern entspricht. Sie zeugten von der Entschlossenheit beider Partner, die Entspannung voranzubringen und das Verhältnis zwischen der UdSSR und Frankreich enger zu gestalten. L. I. Breschnew und G. Pompidou sprachen ihre Befriedigung darüber aus wie sich die sowjetisch-französische Zusammenarbeit auf allen Gebieten, auch auf dem politischen, entwickelt. Im Zuge der Ausführung des sowjetisch-französischen Protokolls vom 13. Oktober 1970 halten die beiden Länder politische Konsultationen über alle in der Welt aufkommenden großen Probleme ab. Die Partner haben die große Bedeutung dieses Dokuments für das sowjetisch-französische Verhältnis bekräftigt und erklärt, daß sie beide bestrebt sind, es immer wirksamer zu machen. In der Erkenntnis, daß die Resultate der letzten Jahre beim Ausbau der sowjetisch-

französischen Beziehungen es gestatten, sie auf ein höheres Niveau zu bringen, haben L. I. Breschnew und G. Pompidou beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich, insbesondere die ausschließlich auf friedliche Ziele ausgerichtete politische Zusammenarbeit, noch zu vertiefen und zu verstärken. Zu diesem Zweck haben sie die „Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Frankreich" unterzeichnet.

Bei der Erörterung der großen, aktuellen weltpolitischen Probleme haben L. I. Breschnew und G. Pompidou der Lage in Europa besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Sie haben mit Genugtuung festgestellt, daß — nachdem 1970 die Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie zwischen Polen und der BRD unterzeichnet worden waren — neue hoffnungerweckende Anzeichen für eine Fortentwicklung zur Entspannung hin zu beobachten waren, und die Partner haben die Überzeugung ausgesprochen, daß das Inkrafttreten der genannten Verträge viel für einen festeren Frieden in Europa zu bedeuten haben wird. Es ist betont worden, daß das am 3. September d. J. geschlossene Viererabkommen zwischen der UdSSR, Frankreich, den USA und Großbritannien infolge ihrer gemeinsamen Verantwortung das gemeinsame Bestreben der Partner ausdrückt, die Spannungsherde in Mitteleuropa auszuräumen, und einen wichtigen Schritt zur Entspannung in Europa und in der Welt darstellt. L. I. Breschnew und G. Pompidou hoffen, daß vorgesehene Vereinbarungen sowie ein Schlußprotokoll dieses Abkommen ergänzen werden. Der auf diese Weise erzielte Fortschritt, die Resultate, die von den Bemühungen um eine allgemeine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD erwartet werden können, sowie eine daraus resultierende Aufnahme beider Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen werden neue Aussichten auf eine höhere Sicherheit, auf ausgedehntere Beziehungen und eine umfangreichere Zusammenarbeit zwischen allen Staaten Europas bieten.

L. I. Breschnew und G. Pompidou haben bekräftigt, welche Bedeutung sie einer gesamteuropäischen Konferenz für Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beimessen. Eine baldige Ausführung dieses Vorschlags, für die die Entwicklung in jüngster Zeit günstig ist, muß ihrer Ansicht nach zu einer allmählichen Wandlung des Verhältnisses zwischen den europäischen Staaten beitragen, zu einer Wandlung, die es ermöglichen wird, der Teilung des Kontinents in militärische und politische Gruppierungen ein Ende zu bereiten. Eine Hauptaufgabe der Konferenz soll es sein, die europäische Sicherheit durch Bildung eines Systems von Verpflichtungen zu erhöhen, das jede Gewaltandrohung oder -anwendung in den Beziehungen zwischen den Staaten ausschlösse und die Respektierung der territorialen Integrität der Staaten, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Gleichheit und Unabhängigkeit aller Staaten gewährleisten würde.

Eine solche Konferenz soll auch dazu führen, daß sich zwischen allen beteiligten Ländern wirtschaftliche und kommerzielle Verbindungen, eine industrielle und technische Zusammenarbeit, ein kultureller und wissenschaftlicher Austausch sowie Kontakte zwischen den Menschen entwickeln. So werden die Völker dadurch, daß sie einander näher kennenlernen und die Früchte ihrer Arbeit, ihrer Kunst und ihres Ingeniums gemeinsam genießen, imstande sein, sich besser der Solidarität bewußt zu werden, die sie zu festerem Frieden, größerer Freundschaft und engerer Zusammenarbeit eint.

L. I. Breschnew und G. Pompidou haben ihren Wunsch wiederholt, daß in Helsinki mit Zustimmung der interessierten Staaten so bald wie nur möglich vielseitige Vorbereitungen zur Konferenz anlaufen, und sagten, ihrer Meinung nach müsse diese multilaterale Vorbesprechung eine Möglichkeit geben, den Inhalt der Tagesordnung für diese Konferenz, ihre Geschäftsordnung, den konkreten Termin und den Modus ihrer Einberufung zu vereinbaren.

Beide Partner halten es für wichtig, daß die gesamteuropäische Konferenz restlos den Erwartungen der Öffentlichkeit entspricht und in den Angelegenheiten, mit denen

sie sich befassen wird, greifbare Resultate zeitigt. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß die Konferenzvorbereitungen so vor sich gehen werden, daß die Konferenz im Jahre 1972 stattfinden kann.

Die beiden Partner haben das Abrüstungsproblem erörtert. Sie haben konstatiert, daß die UdSSR und Frankreich für eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle eintreten. Sie haben ihre Überzeugung bestätigt, daß eine Konferenz der fünf Kernmächte eine diesem Zweck entsprechende Veranstaltung wäre. Sie vertreten den Standpunkt, daß an erster Stelle über die Fragen der Kernabrüstung debattiert werden muß. Die Partner beabsichtigen, auch in Zukunft alles aufzubieten, damit das erreicht wird. In diesem Sinne pflichten sie dem sowjetischen Vorschlag bei, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen.

Die UdSSR und Frankreich haben konstatiert, daß sie hinsichtlich der chemischen und der bakteriologischen (biologischen) Waffen ein gemeinsames Ziel anstreben. Sie haben den Wunsch geäußert, daß es möglich gemacht werden soll, unter Bedingungen, die die ganze Weltgemeinschaft befriedigen würden, die Erzeugung dieser beiden Waffen zu verbieten und sie zu vernichten.

Beide Partner haben ihre Besorgnis über das Fortbestehen der gespannten Lage im Nahen Osten ausgesprochen und festgestellt, daß es mit einer politischen Beilegung des Konflikts noch immer nicht vorwärtsgeht. Sie halten es für notwendig, daß der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs, Botschafter Jarring, eine Möglichkeit bekommt, im Einklang mit der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 die Absprache zwecks Herstellung eines gerechten und festen Friedens sofort wiederaufzunehmen, eine Absprache, die vorsähe, daß Israel seine Truppen aus allen besetzten Gebieten zurücknimmt und daß jedes interessierte Land die Souveränität, die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Länder dieses Raumes anerkennt und respektiert.

Die Sowjetunion und Frankreich werden energisch handeln und alle ihnen verfügbaren politischen Möglichkeiten, namentlich die Viererkonsultationen, benutzen, um weiter Mittel und Wege für eine möglichst baldige Nahostregelung ausfindig zu machen. Im Laufe der Konsultationen sollen u. a. für beide Teile annehmbare Prinzipien eines Systems von Garantien für die Nahostregelung gründlich erwogen werden.

Die Sowjetunion und Frankreich setzen sich für Einstellung der in Indochina noch immer fortdauernden ausländischen Intervention sowie für eine politische Regelung in diesem Raum ein, die im Interesse der dortigen Völker läge. Sie werden sich weiter tatkräftig darum bemühen, zu einer solchen Regelung durch Verhandlungen beizutragen, die den Völkern dieses Raums auf der Basis der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 die Möglichkeit gewährleisten würden, über ihr Geschick selbst, ohne jede auswärtige Einmischung zu bestimmen.

L. I. Breschnew und G. Pompidou haben verschiedene Aspekte der gefährlichen Situation erörtert, die in Vorderindien infolge der Geschehnisse in Ostpakistan entstanden ist, und haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, sich weiter um eine Wahrung des Friedens in diesem Raum zu bemühen. Sie haben ihr Verständnis für die Schwierigkeiten ausgesprochen, mit denen es die Regierung Indiens infolge des massenhaften Zustroms von Flüchtlingen zu tun hat. Beide Partner haben die Hoffnung geäußert, daß baldigst eine politische Bereinigung der in Ostpakistan entstandenen Probleme herbeigeführt und dadurch u. a. den Flüchtlingen die Heimkehr ermöglicht wird.

Die beiden Partner bekräftigen, daß sie getreulich an den Zielen und Grundsätzen der Charta der Organisation der Vereinten Nationen festhalten, und sind der Meinung, daß deren Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Bereinigung von Streitfragen restlos genutzt werden müssen; sie äußern ihrer beider Wunsch, ihre Konsultationen fortzusetzen und profunder zu gestalten, um zu erreichen, daß sich die Organisation der Vereinten Nationen wirksamer betätigt. Sie

heben hervor, welch nützliche Rolle das gegenseitige Verständnis und die Konsultationen der beiden Länder in der Organisation der Vereinten Nationen spielen.

L. I. Breschnew und G. Pompidou haben verschiedene Aspekte der bilateralen Beziehungen erörtert. Sie haben Genugtuung darüber geäußert, wie sich diese Beziehungen seit dem Besuch des Präsidenten der Französischen Republik in der UdSSR vom Oktober 1970 entwickelt haben.

Beide Partner haben befriedigt festgestellt, daß die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit Fortschritte gemacht hat.

Seitdem am 26. Mai 1969 das fünfjährige Abkommen über kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen wurde; haben sich die Handelsbeziehungen fortentwickelt. Mit Genugtuung ist festgestellt worden, daß Frankreichs Import an sowjetischen Waren im laufenden Jahr merklich zugenommen hat und daß Maschinen und Ausrüstungen einen größeren Teil davon ausmachten.

Beide Partner haben bestätigt, daß sie es sich zum Ziel gemacht haben, den im Abkommen über die kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgesehenen Umfang des sowjetisch-französischen Handels zwischen 1970 und 1974 zu verdoppeln.

Zu diesem Zweck haben sie beschlossen, der Entwicklung des Handels der beiden Länder miteinander einen neuen Impuls zu geben. Insbesondere werden sie sich darum bemühen, daß neben größeren Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion der Anteil der sowjetischen Industrieausrüstungen am französischen Import weiter zunimmt. Beide Partner haben den Wunsch geäußert, daß eine Reihe großer Projekte ausgeführt wird, die zur Zeit aufgestellt werden. In diesem Zusammenhang haben beide Partner mit Genugtuung auf die wesentlichen Resultate hingewiesen, die besonders hinsichtlich des Baus eines großen Holzindustriekomplexes in der Sowjetunion erzielt worden sind; ferner auf die bedeutende Rolle, die der französische Kraftwagenbau durch Beteiligung am Bau eines Lkw-Werks in der UdSSR spielen soll. Die französische Regierung ihrerseits wird einer Beteiligung sowjetischer Organisationen am Bau einiger Industriekomplexe in Frankreich auch weiterhin förderlich sein.

Beide Partner haben Interesse daran geäußert, daß sowjetisches Erdgas in Frankreich verkauft wird und daß in Frankreich Ausrüstungen und Werkstoffe für die Gasindustrie der Sowjetunion angekauft werden. Sie vereinbaren Maßnahmen dafür, daß die betreffende Übereinkunft in nächster Zeit in die Tat umgesetzt werden kann. Beide Partner haben auch ihr Interesse für die Beteiligung französischer Unternehmen an Projekten mittlerer Größe bestätigt, die in kurzer Zeit ausgeführt werden können. Die Partner haben nochmals bekräftigt, welch große Bedeutung die sowjetisch-französische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik ihrer Meinung nach gewonnen hat.

Mit Befriedigung haben sie die Erfolge konstatiert, die seit Unterzeichnung des Abkommens vom 30. Juni 1966 in dieser Hinsicht erzielt worden sind, und haben u. a. ein günstiges Urteil über die Resultate der 6. Tagung der Ständigen Sowjetisch-Französischen Kommission abgegeben, die vom 22. bis zum 24. Juli 1971 in Moskau stattfand. In diesem Zusammenhang wurden die ansehnlichen Erfolge der Zusammenarbeit in der Raumforschung und in der friedlichen Atomenergienutzung sowie in der Physik hoher Energien festgestellt, namentlich die Installation eines französischen Laserreflektors auf der Mondoberfläche, die Inbetriebnahme der französischen Blasenkammer „Mirabelle" im sowjetischen Protonenbeschleuniger in Serpuchow und der sowjetisch-französische Kontrakt über die Aufbereitung französischen Natururans in der Sowjetunion. Die Zusammenarbeit hat auch in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Architektur, in der Wasserwirtschaft, den medizinischen Forschungen, dem Bahnverkehr, der Meteorologie und der Meeresforschung günstige Resultate gezeitigt.

Die Partner haben vereinbart, diese Zusammenarbeit sowohl bei den fundamentalen als auch bei den angewandten Forschungen fortzusetzen und auszudehnen und ihre Ausdehnung auf andere aktuelle Probleme zu fördern, namentlich auf den Umweltschutz, auf die physikalisch-chemischen Lebensgrundlagen und auf den Bau großer Forschungsgeräte.

Um die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit auf weite Sicht stabiler zu gestalten, haben die Partner ein 10jähriges Abkommen über den Ausbau ihrer wirtschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit geschlossen; es soll zur Ausführung eines großen Programms der für beide Teile nützlichen Zusammenarbeit beitragen.

Die Partner haben beschlossen, den Austausch von Besuchen auf militärischer Ebene fortzusetzen.

Beide Partner haben auch ihre Absicht bekräftigt, die kulturellen Verbindungen zwischen der UdSSR und Frankreich zu vertiefen. Sie haben mit Genugtuung die Fortschritte festgestellt, die u. a. in Frankreich im russischen und in der UdSSR im französischen Sprachunterricht gemacht worden sind, und haben vereinbart, sich noch mehr darum zu bemühen. Sie erklären, daß sie den Austausch auf allen anderen Gebieten der Kultur auch weiterhin stimulieren werden, nämlich in Rundfunk, Fernsehen, Kunst, Film, Unterrichts- und Bildungswesen, Sport und Information, ferner die Kontakte zwischen Staatsbürgern beider Länder, namentlich den Austausch auf der Ebene der Jugendorganisationen. Sie haben zugegeben, daß, abgesehen von den Erfolgen auf diesen Gebieten, noch große Möglichkeiten zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit vorhanden sind.

Die Partner konstatieren befriedigt, daß Leonid Breschnews Besuch Gelegenheit geboten hat, die ununterbrochene Ausdehnung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern wie auch den besonderen Charakter des Freundschaftsverhältnisses und der gegenseitigen Achtung zu bekräftigen, die die Völker der UdSSR und Frankreichs füreinander hegen. Dieser Besuch verleiht dem sowjetisch-französischen Einvernehmen und der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit im Dienste des Friedens einen neuen Maßstab.

Paris, den 30. Oktober 1971

Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion

G. Pompidou, Präsident der Französischen Republik, und L. I. Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsidialmitglied des Obersten Sowjets der UdSSR, haben,

gestützt auf die alten Traditionen der Freundschaft zwischen den beiden Ländern,

fest entschlossen, der ersprießlichen Zusammenarbeit, die sich nach General de Gaulles Besuch von 1966 in der UdSSR zwischen Frankreich und der Sowjetunion angebahnt hat, einen neuen Impuls zu geben,

in dem Wunsche, daß die beiden Länder mehr zum Frieden in Europa und in der ganzen Welt beisteuern mögen, wie auch in dem Wunsche, die Entwicklung der Zusammenarbeit aller Staaten zu fördern,

als Resultat des Besuches L. I. Breschnews in Frankreich folgende Prinzipien angenommen, auf denen die politische Zusammenarbeit der beiden Länder beruht:

1): Die Zusammenarbeit Frankreichs und der UdSSR entspricht den beiderseitigen Erwartungen und gemeinsamen Interessen des französischen und sowjetischen Volkes und hat auf dem gegenseitigen Vorteil und auf gegenseitigen Verpflichtungen der beiden Länder zu beruhen.

2): Diese Zusammenarbeit richtet sich nicht gegen die Interessen irgendeines Volkes und berührt in keiner Weise die Verpflichtungen, die die beiden Länder dritten Staaten gegenüber eingegangen sind.

3): Die Politik des Einvernehmens und der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der UdSSR wird auch künftighin betrieben werden; sie ist dazu berufen, in ihrem Verhältnis zueinander die ständige Politik sowie im weltpolitischen Leben ein konstanter Faktor zu werden.

4): Die politische Zusammenarbeit der beiden Länder, fußend auf der Respektierung der Prinzipien und Bestimmungen aus der UNO-Charta, zielt darauf ab, in Konfliktherden zur Wiederherstellung des Friedens, ferner zur Milderung der internationalen Spannungen, zu einer Bereinigung der Streitfragen mit friedlichen Mitteln und zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Völker beizutragen.

5): Um tatkräftig zur Erhöhung der europäischen und der internationalen Sicherheit sowie zur Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit von Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und auf Grund des französisch-sowjetischen Protokolls vom 13. Oktober 1970, beizutragen — dieses Protokolls, das ein Markstein bei der Organisation einer solchen Zusammenarbeit war —, werden die politischen Konsultationen zwischen den beiden Regierungen eine neue Entwicklung erfahren, wobei sowohl die usuellen diplomatischen Kanäle als auch Sondertreffen ihrer Vertreter benutzt werden sollen. Diese Konsultationen sollen u. a. Gelegenheit bieten, Möglichkeiten zu einhelligen Aktionen ausfindig zu machen, darunter solchen in Weltorganisationen und auf Weltkonferenzen, falls damit nach Ansicht beider Partner dem Frieden genützt werden kann.

6): Die Zusammenarbeit Frankreichs und der UdSSR im politischen Bereich wird bei gebührender Berücksichtigung der Rechte und Prärogative anderer interessierter Staaten u. a. zum Ausdruck kommen in einer Ausübung der Verantwortlichkeit, die die beiden Länder in der Welt tragen, einer Verantwortlichkeit als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der Organisation der Vereinten Nationen, ihrer Verantwortlichkeit in Europa, die von den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs herrührt.

Sollte eine Situation entstehen, die nach Ansicht beider Partner den Frieden gefährdet, ihn stört oder eine internationale Spannung verursacht, dann werden Frankreich und die Sowjetunion im Einklang mit dem französisch-sowjetischen Protokoll vom 13. Oktober 1970 handeln.

7): Sehr wichtig ist es, daß in Europa Frankreich und die UdSSR gemeinsam mit interessierten Staaten eng zusammenarbeiten, um den Frieden zu wahren, den Kurs auf Entspannung weiter zu steuern, die Sicherheit zu erhöhen, die friedlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten enger zu gestalten, wobei folgende Grundsätze restlos zu befolgen sind:

Unantastbarkeit der jetzigen Grenzen; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten; Gleichheit; Unabhängigkeit; Abstandnahme von Gewalt oder Gewaltandrohung.

8): Frankreich und die UdSSR sind überzeugt, daß das Zusammenwirken der Völker Europas an der Fortentwicklung ihres industriellen Potentials, an der Ausdehnung des Austausches von Erfahrungen und Kenntnissen und am Umweltschutz Europa befähigen wird, den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu beschleunigen.

9): Frankreich und die UdSSR werden sich darum bemühen, daß dort, wo der Frieden gefährdet oder gestört ist, im Interesse des Weltfriedens sobald wie möglich eine politische Regelung getroffen wird.

10): Die Partner werden in jeder Hinsicht zur Lösung der nuklearen Abrüstung beitragen, dazu, daß die Spaltung der Welt in militärisch-politische Gruppierungen behoben wird und daß die Organisation der Vereinten Nationen gemäß den Bestimmungen ihrer Charta eine größere Rolle spielt.

11): Ihre bilateralen Beziehungen in allen Bereichen werden Frankreich und die UdSSR so gestalten, daß sie damit ein gutes Beispiel gleichberechtigter Zusammenarbeit von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung liefern.

12): Die Entwicklung des wirtschaftlichen und kommerziellen Austauschs gemäß den geltenden Abkommen, die durch das vom 27. Oktober 1971 ergänzt werden, ferner die Zusammenarbeit bei der Nutzbarmachung der Naturressourcen sowie der Erfahrungsaustausch in Industrie und Technik werden als wesentlich für die Konsolidierung der Verbindungen zwischen den beiden Ländern angesehen.

13): Alles wird gefördert werden, was zur gegenseitigen Bereicherung mit geistigen Werten und zur Fortentwicklung der Mittel für eine immer ausgiebigere Bekanntmachung des französischen und des sowjetischen Volkes mit ihrer Kultur und ihrer Tätigkeit beitragen kann, wobei ihre langjährige Verbindung in diesem Bereich, ihre Traditionen und ihre Freundschaft berücksichtigt werden sollen. Diese Ziele sollen erreicht werden durch eine weitere Ausdehnung des akademischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Austauschs, der Verbreitung von Informationen, der Kontakte zwischen den Organisationen der beiden Länder, namentlich der Jugendorganisationen. Das gilt auch für die Kontakte zwischen Staatsbürgern, darunter für Zusammenkünfte der Jugend, gemeinschaftliche oder individuelle, offizielle oder inoffizielle Reisen. Die Schritte in dieser Richtung werden von den zuständigen Behörden unterstützt werden.

Paris, den 30. Oktober 1971

Präsident der Französischen Republik: G. Pompidou

Generalsekretär des ZK der KPdSU Präsidialmitglied des Obersten Sowjets der UdSSR: L. Breschnew

Sowjetisch-kanadisches Kommuniqué vom 26. Oktober 1971

(Wortlaut)

Auf Einladung des Ministerpräsidenten von Kanada, P. E. Trudeau, die er während seines Staatsbesuchs in der Sowjetunion im Mai 1971 überbracht hatte, hielt sich der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kossygin, vom 17. bis 26. Oktober 1971 als Gast der kanadischen Regierung zu einem Staatsbesuch in Kanada auf.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und die ihn begleitenden offiziellen Personen pflogen Verhandlungen in Ottawa und besuchten Montreal, Vancouver, Edmonton und Toronto. Überall wurde ihnen eine freundliche Aufnahme bereitet. Sie hatten die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Teilen Kanadas bekannt zu machen, mit Vertretern breiter Kreise der kanadischen Bevölkerung zusammenzukommen sowie in das Wirken von Institutionen, in das Leben und die Errungenschaften des kanadischen Volkes in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Einblick zu nehmen.

Die Verhandlungen A. N. Kossygins mit Ministerpräsident Trudeau verliefen in einer Atmosphäre der Aufrichtigkeit, Herzlichkeit und Verständigung, wie es den freundschaftlichen gutnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und dem Geist des Protokolls über Konsultationen entspricht, das in Moskau am 19. Mai 1971 unterzeichnet worden war. Diese Verhandlungen boten die Möglichkeit für einen nützlichen und ersprießlichen Meinungsaustausch zu internationalen Problemen von gegenseitigem Interesse für beide Partner und zu Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen.

An den Verhandlungen nahmen teil: der Vorsitzende des Ministerrates der Georgischen SSR, G. D. Dshawachischwili, der Minister für die Seeflotte der UdSSR, T. B. Gushenko, der stellvertretende Außenminister der UdSSR S. P. Kosyrew, der stellvertretende Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees der UdSSR M. I. Misnik, der Botschafter der UdSSR in Kanada, B. P. Miroschnitschenko, das Mitglied des Kollegiums des Außenministeriums der UdSSR N. M. Lunkow sowjetischerseits;

der Regierungsleader im Senat P. Martin, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, M. Sharp, der Minister für Industrie und Handel, J. L. Pépin, der Minister für Angelegenheiten der Indianer und für Entwicklung der Nordgebiete, J. Chrétien, der Minister für Angelegenheiten des Umweltschutzes, J. Davis, der Minister für Verkehrswesen, D. Jamieson, der Botschafter Kanadas in der UdSSR, R. Ford, der Parlamentssekretär des Ministerpräsidenten B. Danson kanadischerseits.

Die Regierungschefs stellten mit Genugtuung fest, daß die sowjetisch-kanadischen Beziehungen seit ihrer letzten Zusammenkunft weitere Entwicklung erfahren haben und daß die von beiden Partnern geäußerte Absicht, den Austausch zwischen beiden Ländern auf möglichst vielen Gebieten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Nutzens auszubauen, realisiert wird.

Im Verlauf der Begegnungen und Verhandlungen stimmten beide Seiten überein, daß das sowjetisch-kanadische Protokoll über Konsultationen bereits positive Resultate bei der Festigung des gegenseitigen Vertrauens, der Freundschaft und der guten Nachbarschaft zwischen beiden Ländern gezeitigt hat. Ein guter Anfang wurde sowohl beim Meinungsaustausch auf verschiedenen Ebenen als auch beim Studium der Möglichkeiten für die Entwicklung der Zusammenarbeit in einer Reihe von Fragen gemacht. Wie festgestellt wurde, haben diese Konsultationen eine Gemeinsamkeit bzw. Ähnlichkeit der Ansichten über mehrere aktuelle internationale Probleme zutage gefördert. Als solche Konsultationen dienten gemäß dem Protokoll die kürzlichen Treffen der Außenminister der Sowjetunion und Kanadas in New York, der Ständigen UNO-Vertreter der UdSSR und Kanadas sowie der sowjetischen und der kanadischen Vertreter im Genfer Abrüstungsausschuß. Angesichts der Erfahrungen, die bis jetzt bei gegenseitigen Konsultationen gesammelt wurden, beschlossen beide Seiten, diese Konsultationen auch weiterhin zu pflegen.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und der Ministerpräsident von Kanada legten die Grundsätze des außenpolitischen Kurses ihrer Regierungen dar und bestätigten die tiefe Treue der Sowjetunion und Kanadas zur Sache des Friedens und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit. Sie kamen überein, daß sich alle Staaten, gleichviel welcher gesellschaftlicher und sozialer Ordnung, in ihren gegenseitigen Beziehungen strikt an folgende Prinzipien halten müssen: gegenseitiges Vertrauen, Respektierung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, territoriale Integrität, Gleichberechtigung aller Staaten, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Verzicht auf Gewaltanwendung und -androhung, Bereinigung von Streitfragen durch Verhandlungen im Einklang mit der UNO-Satzung.

Die Partner erklären, daß sie sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie bei der Lösung internationaler Probleme und unabänderlich von diesen Prinzipien werden leiten lassen.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und der Ministerpräsident von Kanada erörterten die internationale Entwicklung in der Zeit seit ihrer letzten Zusammenkunft in Moskau.

Sie betonten die besondere Wichtigkeit der Gewährleistung der europäischen Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und verliehen ihrem Bestreben Ausdruck, zur Entwicklung der in Europa vor sich gehenden positiven Prozesse beizutragen.

Die Regierung der UdSSR und die Kanadas schätzen das von der UdSSR, den USA, Frankreich und Großbritannien am 3. September 1971 unterzeichnete Vierseitige Abkommen als positiv ein und betrachten es als einen wichtigen Schritt zur Minderung der Spannungen in Europa. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD sowie zwischen der DDR und dem Westberliner Senat ohne Verzögerungen verlaufen werden, was einen weiteren Schritt zur Entspannung und Stabilität in Europa darstellen würde. Die Partner betonten den wohltuenden Einfluß der Verträge der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik Deutschland auf die Entwicklung der europäischen Angelegenheiten als Ganzes und sprachen sich für das baldigste Inkrafttreten der Verträge aus.

Diese positiven Wandlungen begrüßend, sprachen sich beide Partner für eine gebührend vorbereitete Konferenz aller Staaten Europas sowie Kanadas und der USA über Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit aus. Sie verliehen der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche Konferenz die Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten fördern wird. Sie erachten mehrseitige Konsultationen aller interessierten Staaten über diese Frage als nützlich.

Ausgehend davon, daß die militärische Konfrontation in Mitteleuropa besonders gefährlich ist, wurde übereinstimmend auf die Notwendigkeit hingewiesen, in nächster Zeit Schritte zu tun zu einer Übereinkunft über gegenseitige Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstungen in diesem Raum ohne Beeinträchtigung der Interessen der Mitgliedstaaten.

Beide Seiten sind für die Einstellung des Wettrüstens und für eine unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erfolgende allgemeine und vollständige Abrüstung, die sich sowohl auf die nuklearen als auch auf die konventionellen Waffen erstrecken würde. Sie halten es für notwendig, weitere praktische Schritte zur Abrüstung und vor allem zum effektiven Verbot der Massenvernichtungswaffen — der nuklearen, der bakteriologischen und der chemischen — zu unternehmen. Eine wichtige Errungenschaft der jüngsten Zeit ist der Entwurf einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Hortung der bakteriologischen (biologischen) Waffen und der Giftstoffe und über ihre Vernichtung. Die UdSSR und Kanada unterstützen restlos diesen Entwurf und fordern die anderen Länder auf, die genannte Konvention auf der gegenwärtigen UNO-Vollversammlung gutzuheißen. Sie vertreten die Ansicht, daß die Annahme dieser Konvention als erster Schritt zum vollständigen Verbot der chemischen und bakteriologischen Kriegsführungsmittel dienen wird.

Die Partner beabsichtigen, auch weiterhin — gemeinsam und jeder für sich — dazu beizutragen, daß partielle Abrüstungsmaßnahmen getroffen werden einschließlich des Verbots der unterirdischen nuklearen Versuche, der Kürzung der Militärausgaben u. a.

Im Laufe der Verhandlungen fand ein nützlicher Meinungsaustausch über den Vorschlag statt, eine Weltabrüstungskonferenz zur Erörterung der Abrüstungsfragen in ihrem vollen Umfang, namentlich der Fragen des Verbots und der Vernichtung der Kernwaffen, einzuberufen. Beide Seiten kamen überein, weitere Konsultationen zu dieser Frage abzuhalten.

Der Ministerpräsident von Kanada äußerte seine Genugtuung über das zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika erzielte Abkommen über Maßnahmen zur Verhütung einer zufälligen oder nichtsanktionierten Anwendung der unter ihrer Kontrolle stehenden Kernwaffen und verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Vereinbarung von Maßnahmen zur Einschränkung der strategischen Rüstungen ein weiterer Fortschritt erzielt wird.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR erklärte, daß sich die Sowjetregierung, die den weiterlaufenden Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA große Bedeutung beimißt, auch künftighin darum bemühen wird, ein Übereinkommen über Reduzierung der strategischen Rüstungen auf der Grundlage des Prinzips der gleichen Sicherheit zu erreichen, was sowohl im Interesse der Völker der UdSSR und der USA liegen als auch der Aufgabe entsprechen würde, den Weltfrieden zu festigen.

Bei der Erörterung der Lage in verschiedenen Gebieten der Welt, in denen Spannungen bestehen, verwiesen die Seiten darauf, daß die Situation in Ostpakistan, die Anwesenheit vieler Millionen Flüchtlinge aus Ostpakistan in Indien und die daraus resultierenden Spannungen in diesem Raum nach wie vor Besorgnis auslösen. Die Partner kamen überein, daß es zur Erhaltung des Friedens und zur Abwendung einer weiteren Verschlechterung der Lage in diesem Gebiet notwendig ist, in Ostpakistan unverzüglich eine politische Regelung herbeizuführen, die den legitimen Rechten und Interessen seiner Bevölkerung Rechnung tragen und zur baldigsten und sicheren Heimkehr der Flüchtlinge beitragen würde. Dies könnte durch Zurückhaltung der interessierten Seiten gefördert werden.

Die Partner äußerten ihre Besorgnis über die andauernden Spannungen im Nahen Osten. Wie sie hervorhoben, ist es notwendig, daß alle interessierten Staaten konstruktive Sofortmaßnahmen treffen, um das Nahostproblem auf eine gerechte und dauerhafte Weise politisch zu lösen. Sie kamen überein, daß die Bemühungen des Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs, Botschafter Jarring, zu unterstützen sind, desgleichen die Vier-Mächte-Konsultationen über den Nahen Osten, die darauf gerichtet sind, zur Herbeiführung einer allumfassenden Regelung auf Grund der Ausführung aller Punkte der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 beizutragen.

Die Regierungschefs beider Länder tauschten ihre Meinungen über die Lage in Indochina aus und betonten, daß sie noch immer besorgniserregend ist. Sie äußerten sich dahingehend, daß es notwendig ist, in diesem Raum festen Frieden durch eine politische Regelung wiederherzustellen, die allen Völkern Indochinas die Möglichkeit bieten würde, über ihr Schicksal gemäß ihren nationalen Interessen und ohne Einmischung von außen zu entscheiden.

Die Sowjetunion und Kanada messen der Organisation der Vereinten Nationen große Bedeutung bei. Sie bekunden erneut ihre Entschlossenheit, auf die Konsolidierung dieser Organisation, auf die Erhöhung ihrer Wirksamkeit bei der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gemäß der UNO-Satzung hinzuwirken. Sie legen großes Gewicht darauf, daß die von der Organisation der Vereinten Nationen angenommene Deklaration über die Festigung der internationalen Sicherheit verwirklicht wird, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die der UNO angehörenden Staaten gemeinsam praktische Maßnahmen vereinbaren werden, um die wichtigsten Punkte dieser Deklaration in die Tat umzusetzen. Die Partner treten dafür ein, daß die Volksrepublik China als der einzige Vertreter Chinas in ihre legitimen Rechte in der UNO wiedereingesetzt wird.

Die Regierungen der Sowjetunion und Kanadas bestätigen die Wichtigkeit der größtmöglichen und vielseitigen Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen der Bewahrung und der Verbesserung der Umwelt des Menschen, darunter des Problems des Schutzes der Seegewässer vor Verschmutzung. Die für 1972 vorgemerkte UNO-Konferenz über Fragen der Umwelt könnte wesentlich zum Studium dieses Problems beitragen, mit dem in der gegenwärtigen Epoche die Lebensbedingungen der Menschen und der weitere Fortschritt der Zivilisation aufs engste zusammenhängen.

Beim Meinungsaustausch zu Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen verwiesen die Seiten mit Genugtuung auf den Ausbau der Kontakte zwischen Staatsmännern und Politikern beider Länder, zwischen Vertretern der Geschäftskreise und der Öffentlichkeit sowie der Kontakte in Wissenschaft, Bildung und Kultur.

Die Seiten bekräftigten, daß der weitere Ausbau von Austausch und Zusammenarbeit, besonders in Wissenschaft, Technik, Kultur und in anderen Bereichen, die Festigung der

freundschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens fest untermauern wird. Zu diesem Zweck unterzeichneten die Regierungsoberhäupter während des Besuches ein Rahmenabkommen über den Austausch, darauf gerichtet, die Erweiterung der Sphäre des Austausches zu fördern.

Die Regierungen der UdSSR und Kanadas, die dem Ausbau der sowjetisch-kanadischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet, zu welcher die Ähnlichkeit der Naturverhältnisse und der Wirtschaftsprobleme beider Länder beitragen, gebührende Bedeutung beimessen, kamen überein, die entsprechenden Ämter mit dem Studium von Mitteln und Wegen zu beauftragen, die zur Anbahnung einer langfristigen bilateralen Zusammenarbeit in diesen Bereichen unter Benutzung der Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung führen. Die Seiten pflegten einen nützlichen Meinungsaustausch hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags auf den Abschluß eines Rahmenvertrages, der die wirtschaftliche Entwicklung, die technische und industrielle Zusammenarbeit umfassen würde. Die kanadische Seite setzt das Studium dieses Angebots fort.

Die Regierungschefs beider Länder äußerten ihre Genugtuung über die gute Verwirklichung des sowjetisch-kanadischen Abkommens über Zusammenarbeit bei der Verwertung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen in der Industrie. Sie hoben die erfolgreiche Tätigkeit der im Einklang mit diesem Abkommen gegründeten gemischten sowjetisch-kanadischen Kommission hervor, die ihre nächste Sitzung im Mai 1972 in Kanada abzuhalten gedenkt. Die Arbeitsgruppen, die im Rahmen der gemischten Kommission gebildet sind, konzentrieren sich in ihrer Tätigkeit auf die Industriebereiche, in denen die größten Möglichkeiten für die Zusammenarbeit und den Ausbau des Handels bestehen. Sie haben für das bevorstehende Jahr nützliche Programme ihrer praktischen Tätigkeit aufgestellt. Die Seiten bekundeten ihre Absicht, das weitere fruchtbare Wirken der gemischten Kommission und ihrer für verschiedene Produktionszweige zuständigen Arbeitsgruppen bei der Erarbeitung und Koordinierung von Programmen gemeinsamer Arbeiten und Forschungen in Technik und Wirtschaft zu unterstützen.

Bei der Erörterung der Frage des sowjetisch-kanadischen Handels sprach die kanadische Seite ihre Genugtuung über den vor kurzem geschlossenen Vertrag über Weizenankauf aus. Diese Ware wird auch künftighin Gegenstand des bilateralen Handels sein. Die kanadische Seite erklärte, daß sie eine Erweiterung des Imports von Waren aus der Sowjetunion, darunter von Maschinen und Ausrüstungen, begrüßen und fördern wird. Die sowjetische Seite stellte fest, daß sie in bezug auf Warenimport aus Kanada auf die gleiche Weise verfahren wird.

Es wurde beschlossen, Verhandlungen über die Prolongierung des Handelsabkommens um weitere vier Jahre Anfang 1972 zu beginnen, sowie vereinbart, bei diesen Verhandlungen den kanadischen Vorschlag auf die Gründung einer gemeinsamen Konsultativkommission für Fragen des Handels zwischen beiden Ländern zu prüfen.

In Bestätigung der Wichtigkeit der arktischen Gebiete für die Sowjetunion wie auch für Kanada untersuchten die Partner die Errungenschaften bei der Erschließung des Nordens. Es wurde vermerkt, daß der Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet, der von gegenseitigem Interesse ist, für beide Länder nützlich ist und daß Möglichkeiten für seine Erweiterung bestehen. Mit Genugtuung wurde auf den kürzlichen erfolgreichen Besuch des kanadischen Ministers für Angelegenheiten der Indianer und für Entwicklung der Nordgebiete, J. Chrétiens, in der UdSSR hingewiesen. Ein positives Ergebnis dieses Besuchs bestand darin, daß er zur Erzielung einer Übereinkunft darüber beitrug, in Moskau ein Treffen technischer Experten zu organisieren, das die Thematik, die Organisationsformen und die Methoden der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Fragen der Arktis ausarbeiten soll.

Feststellend, daß die rauhen klimatischen Bedingungen, die Spezifik der Eis- und Navigationsverhältnisse sowie andere Besonderheiten der Arktis verstärkte Anstrengungen für die Erschließung und Nutzbarmachung der Nordgebiete der Sowjetunion und Kanadas erfordern, befanden die Seiten es für nützlich, die zweiseitige Zusammenarbeit in Fragen

der Arktis zu erweitern. Die Partner kamen überein, daß eine solche Zusammenarbeit u. a. den Zweck haben könnte, die Verunreinigung der Gewässer in den arktischen Gebieten nicht zuzulassen sowie andere Maßnahmen zu treffen, um das natürliche Gleichgewicht dieser Gebiete aufrechtzuerhalten, was für den Umweltschutz wichtig ist.

Zwecks weiterer Entwicklung der Geschäftsverbindungen zwischen der UdSSR und Kanada gaben die Seiten ihre Absicht bekannt, die Verhandlungen über den Ausbau der Zusammenarbeit im Luftverkehr und in der Hochseeschiffahrt fortzuführen.

Die Regierungen der UdSSR und Kanadas, die der Aufrechterhaltung regelmäßiger persönlicher Kontakte zwischen den leitenden Vertretern beider Länder große Bedeutung beimessen, beabsichtigen, sie auch künftighin zu pflegen. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR sprach seine Erkenntlichkeit für die ihm in Kanada erwiesene herzliche Gastfreundschaft aus.

Aufruf zur Unterstützung der weltweiten Kampagne gegen die Militärdiktatur in der Türkei*)

Eine Militärdiktatur hat in den letzten Monaten die Türkei in ein Land der Konzentrationslager verwandelt. Über die elf wichtigsten Provinzen ist der Ausnahmezustand verhängt. Die liberale Verfassung von 1961 wurde in 35 Artikeln grundlegend verändert. Die demokratischen Freiheiten wurden auf dem Papier eingeschränkt, in der Praxis aufgehoben, das Parlament entmächtigt, ein Großteil der Parteien, Gewerkschaften und Studentenorganisationen aufgelöst und verboten, das Streikrecht faktisch beseitigt, jede Kritik an der Diktatur unter Strafe gestellt. Professoren der Jurisprudenz, die sich weigerten, an der „Änderung" der Verfassung mitzuarbeiten, wurden verhaftet. Neben ihnen füllen Tausende von Professoren, Schriftstellern, Journalisten, Lehrern, Offizieren und mit ihnen viele Arbeiter und Studenten die Gefängnisse des Landes, deren himmelschreiende Zustände ohnehin schon bekannt waren. In ihnen ist die Folter an der Tagesordnung.

Der Abschaffung der Demokratie in Griechenland ist nun die Abschaffung der Demokratie in der Türkei gefolgt. Das kommt nicht von ungefähr. In zunehmendem Maße erkannten auch in der Türkei breite Bevölkerungsschichten ihre soziale Unterdrückung und Benachteiligung und begannen, politisch bewußter für eine sozial gerechtere und demokratischere Gesellschaftsstruktur einzutreten. Diese Entwicklung erschien den Herrschenden gefährlich. Sie griffen zur nackten Gewalt. Und wie immer, war ihnen dabei die Beratung des US-Geheimdienstes CIA zur Hand. Jeglicher sozialer Fortschritt wird als „Machtergreifung des Kommunismus" erklärt. Im Zwange dieser verordneten Betrachtung schauen die westeuropäischen Staaten der Militärdiktatur in der Türkei untätig zu oder begünstigen das faschistische Regime.

Jetzt bereitet das türkische Militärregime eine Welle von Hinrichtungen vor. 18 Studenten sind bereits zum Tode durch den Strang verurteilt; für 82 weitere ist die Todesstrafe beantragt. Gegen Hunderte von Demokraten und Sozialisten laufen Prozesse vor militärischen Sondergerichten. Sie alle haben nicht gegen, sondern für die Verfassung nicht gegen, sondern für die Demokratie gekämpft.

*) Vgl. die Beiträge von Klaus-Peter Dietzel und Eberhard Rondholz in „Blätter" 6/71 und 11/71.

Wenn nicht durch internationalen Protest die Ermordung der 18 jungen Menschen verhindert wird, dann wird ihr die Ermordung der anderen Angeklagten und noch vieler anderer folgen. Wir fordern deshalb jeden, der diese Erklärung liest, auf:

Aufklärungs- und Protestaktionen zu organisieren und den Kampf der türkischen Patrioten aktiv zu unterstützen;

Proteste nach Ankara zu schicken und jede Möglichkeit zu nutzen, auf die SPD/FDP-Bundesregierung und den Bundespräsidenten einzuwirken, damit sie zugunsten der politischen Gefangenen und Verurteilten in der Türkei intervenieren. Es gilt unmittelbar, das Leben bedrohter Sozialisten und Demokraten zu retten!

Im November 1971

Ernst Bloch, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Gollwitzer, Heinrich Hannover, Hakki Keskin, Arno Klönne, Oskar Negt, Helmut Ridder, Klaus Vack, Martin Walser, Wilhelm M. Breuer, Manfred Pahl-Rugenstein.

Erklärung des Belgischen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(Wortlaut)

Für die Leitung des Belgischen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übergaben Robert De Gendt, Albert De Smaele, Raymond Goor, Maurice Lambilliotte, Lucien Radoux, Jean Terlve und Alphonse Tonneaux der Presse folgende Erklärung:

Am Dienstag, dem 19. Oktober 1971, trafen in Brüssel auf Einladung einer Gruppe belgischer Repräsentanten der Öffentlichkeit, die zu verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen gehören, Vertreter der Öffentlichkeit aus 19 europäischen Ländern zusammen, um die Arbeit zur Durchführung der Beschlüsse fortzusetzen, die auf dem Konsultativtreffen in Brüssel vom 22. bis 24. Juni dieses Jahres gefaßt wurden.

Im Verlauf der letzten Monate hat diese Gruppe ihre Kontakte zu zahlreichen Kreisen der Öffentlichkeit in Ost- und Westeuropa verbreitert.

Im Ergebnis dieser Kontakte wurde die Überzeugung bekräftigt, daß es sehr zweckmäßig ist, ein seinem Charakter nach völlig neues Forum auf Nicht-Regierungsebene vorzubereiten, das die Aufgabe haben soll, im gesamteuropäischen Maßstab das wachsende Interesse der Volkskräfte an der Liquidierung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, der Verminderung und dann der Einstellung des Rüstungswettlaufs, der Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten — auf sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen — konkret auszudrücken, um dadurch zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Europa zu gelangen.

Dieses Forum muß Bestandteil einer breiten Volksbewegung zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit sein. Denn ohne die Herstellung des Vertrauens kann man nicht auf den Erfolg der Anstrengungen hoffen, die von den Regierungen auf dem Weg zur friedlichen Regelung der europäischen Probleme unternommen werden. Die gesellschaftliche Initiative darf in keiner Weise den Verhandlungen entgegengesetzt werden, die zwischen den Regierungen begonnen haben, insbesondere in Hinblick auf die Einberufung einer gesamteuropä-

ischen Beratung der Staaten. Beide Richtungen ergänzen, unterstützen und verstärken sich gegenseitig. Die öffentliche Meinung und die Politiker müssen in eigener Kompetenz und Verantwortung handeln, denn Sicherheit und Zusammenarbeit können nur auf der Grundlage vereinter Anstrengungen entstehen.

Der völlig neue Charakter des vorgeschlagenen Forums soll sich nach Meinung der Teilnehmer des Treffens vom 18. Oktober darin äußern, daß es auf der Grundlage voller Gleichheit uneingeschränkt und ständig für alle gesellschaftlich-politischen Kräfte offen ist, die für Entspannung und Zusammenarbeit in Europa eintreten.

Das Forum wird damit die Möglichkeit geben, verschiedene Meinungen zu den europäischen Problemen auszutauschen und zu vergleichen, um zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einer effektiven Annäherung zu gelangen, die niemanden zwingt, Überzeugungen aufzugeben.

Ohne von vornherein die Ziele und Aufgaben des Forums, Datum und Ort seiner Einberufung sowie die Bedingungen seiner Vorbereitung und Durchführung zu bestimmen, so lange nicht alle, die aktiv am Schicksal Europas interessiert sind, informiert und herangezogen sind, haben sich die Teilnehmer für die Einberufung eines weiteren breiten Konsultativtreffens ausgesprochen. Seine Aufgabe sollte es sein, einen Beschluß zu diesen Fragen auf der Grundlage der Verständigung zwischen den am meisten autorisierten Gruppen herbeizuführen.

Es wurde ein Vorschlag der belgischen Veranstalter angenommen, daß dieses Konsultativtreffen in Brüssel am 11., 12. und 13. Januar des kommenden Jahres stattfinden soll.

Die Teilnehmer der Beratung haben die belgische Gruppe darum gebeten, in sehr breitem Maße verschiedenste Kreise der öffentlichen Meinung der europäischen Länder über das Januartreffen zu informieren. Sie haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Verbreitung dieser Information unter Persönlichkeiten, Organisationen, Institutionen und Begegnungen zu fördern, mit denen sie Kontakte aufrechterhalten.

Meinungen, Wünsche und Vorschläge, von welcher Seite sie auch kommen mögen, werden im zeitweiligen Sekretariat in Brüssel zusammengefaßt.

Mitglieder des Belgischen Komitees: Emilio Arnould, Generalsekretär „Pax Christi" — Isabelle Blume, Präsidentin des Belgischen Friedensrates — Pierre Boena, Chefredakteur des Belgischen Rundfunks — Jean Brachet, Professor an der Freien Universität Brüssel — Willy Calewaert, Senator — Alfred Califice, Abgeordneter — Maurice Careme, Schriftsteller — Edouard Close, Abgeordneter — Léo Collard, Finanzminister, Vorsitzender der SP Belgiens — Ernest Davister, Vors. der Regionalleitung des Belgischen Gewerkschaftsbundes Charleroi — Robert De Gendt, Generalsekretär des Weltbundes Christlicher Arbeiter — Roger Dekeyser, Senator — Lisette Delepierre, Generalsekretärin des Sozialistischen Frauenverbandes — Christiane Delrue, Generalsekretärin der Gesellschaft Belgien—DDR — Marcel Delvigne, Generaldirektor der Sozialabteilung des Belgischen Gewerkschaftsbundes — Charles Delvoye, Professor an der Freien Universität Brüssel — Albert De Smaele, Präsident des Wirtschaftsrates — A. Monseign. Dondeyne, Professor der Christlichen Universität Löwen — Marc Drumeau, Abgeordneter, Präsident der KP Belgiens — Marthe Dumon — Maurice Errera, Professor an der Freien Universität Brüssel — Pieter Frantzen, Professor an der Freien Universität Brüssel — Jean Gayetot, Vorsitzender der Regionalleitung des Belgischen Gewerkschaftsbundes Lüttich — Ernest Glinne, Abgeordneter, Bürgermeister — Raymond Goor, Kanonikus — Jacques Guyaux, Chefredakteur „Journal" — Léon-E. Halkin, Professor in Lüttich — Pierre Hayolt, Kanonikus — Thérése Helard — Jaak Henckens — Maurice Hulsman, Intendant des „Royal-Theaters" — Henri Janne, Professor der Freien Universität Brüssel — Jean Kevers, Senator — André Lagasse, Senator — Maurice Lambilliotte, Direktor von „Synthéses" — Henry Lambotte, Advokat — Victor Larock, Abgeordneter — Jacques Nagels, Wirtschaftswissenschaftler — Lucien Outers, Abgeordneter — Iréne Petry, Nationalsekretärin des Sozialistischen Frauenverbandes — Michel Quevit, Assistent an der Christlichen Universität Löwen — Lucien Radoux, Abgeordneter — Raymond Ravar — Charles Roger, Sekretär des Wirtschaftsrates — Henry Rolin, Minister — Jean Terfve, Vizesekretär der KP Belgiens — Georges Thill, Physiker — Alphonso Tonneaux — Urbain Vanderschraege, Führendes Mitglied des Jugendverbandes — Auguste Vanistendael, Präsident von „Zusammenarbeit und Solidarität" — Jean Verstappen — Pierre Wigny, Nationalrat Belgischer Frauen — Emilienne Brunfaut — Charles Crévecoeur, Generalsekretär — André Gillet, Nationalsekretär der Christlichen Friedensbewegung — Alois Gerlo, Rektor der Freien Universität Brüssel — Edouard Hamont, Präsident CGSB — Etienne Huysentruyt, Belgischer Vertreter in UNESCO — René Klutz, Generalsekretär des Belgischen Friedensrates — Robert Lambion, Generalsekretär der Regionalabteilung des Belgischen Gewerkschaftsbundes Lüttich — Willem Pete, Professor an der Universität Gent — Jean Bouguiol, Präsident der Belgischen UNESCO-Kommission — Z. H. Bacq, Professor an der Universität Lüttich — Louis Blitz, Kanonikus der Union der katholischen Universitäten — Dr. Jos. Bosmans, Jurist — Maxime Brunfaut, Architekt — H. Ceuppens, Sekretär des Hauptvorstandes der Gewerkschaft — Maître J. Chome, Richter, Präsident der demokratischen Juristen Belgiens — Pierre Cornul, Direktor der belgischen Liga für Verteidigung der Menschenrechte — Dr. Pierre Depage — W. Deswaerte, Generaldirektor der Sabena — André Descamps, Richter — André de Smet, Nationalsekretär B.U.V.V. — Agnès Devos, Christliche Jugend — Jean du Bosch, Richter — Claude Fonteyn,

Aktionskomitee für den Frieden — Joseph Gerard — Marc Guiot, Professor — André Haucotte, Verwaltungssekretär der internationalen Beziehungen des Komitees für Europäische Sicherheit — Maurice-Pierre Herremans, Vizepräsident der CRISP — Rosie Holender, Richter — M. J. Heyvaert, stellvertretender Sekretär der sozialistischen Frauen — Emilie Janson, Richter — Frans Janssens — H. Levarlet, Generalsekretär im Ministerium für nationale Erziehung — Mr. Lindemans, Komitee für Europäische Sicherheit — Bertrand Lassens — René Marchandise, Präsident der christlichen Bewegung für den Frieden — Francois Martou, Mitglied des Verwaltungsrates der Katholischen Universität Löwen — Claude Mertens, Direktor der belgischen Liga für Verteidigung der Menschenrechte — Gilbert Mousset, Generalsekretär der S.G.S.P. — M. Orban, Kanonikus, Professor an der katholischen Fakultät in Mons — Mr. l'Abbé Papeleux, Apostolische und soziale Aktion, Tourrai — Jan Reyners, Präsident der sozialistischen flämischen Jugend — Mme Salmon, Sekretär der demokratischen Juristen Belgiens — Mr. Sbiogl — Henri Simonet, Abgeordneter, Bürgermeister von Anderlecht — Mme Siron, Delegierte des Fernsehens — Gérard van Acker, Jurist, Sekretär beim Präsidium der CEE — Mr. Vanhorenbeek, Christliche Gewerkschaften — Mr. Vansintjan, Christliche Gewerkschaften — Francis Verborg, Nationalpräsident der sozialistischen Jugend — Michel Vincineau — Walter Weydt — Mme Pierre Wigny, Präsident des Nationalrates der belgischen Frauen — Louis Zeeuwts, C.S.C.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

LINDE, Godela, geb. 1945 in Vahrenholz, Studium der Rechtswissenschaften in Marburg. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg, Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Berlin 1967 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *MELNIKOW, Prof. Dr. Daniil,* ist einer der bedeutendsten sowjetischen Deutschland-Forscher und Autor zahlreicher wissenschaftlicher Werke, u. a. über die deutsche Widerstands-Bewegung im Dritten Reich. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, anerkannter Kriegsdienstverweigerer, studiert Germanistik und Geschichte in Köln, seit Oktober 1970 Mitglied des Bundesvorstandes der „Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner" (Ersatzdienstreferent). *** *BENSELER, Dr. Frank,* geb. 1929 in Remscheid, Studium der Philosophie, Rechtswissenschaft, Soziologie; Rechtsanwalt; Cheflektor für Soziologie im Luchterhand Verlag, Neuwied. Herausgeber der Werke von Georg Lukács. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt (gemeinsam mit May und Schwenger) Literaturproduzenten, Westberlin 1970. *** *ELSNER, Wolfram,* geb. 1950 in Fritzlar, Studium der Volkswirtschaft und Politologie in Köln. Buchveröffentlichung: Die Kritik der Neuen Linken an Europa, Bonn 1972. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *BERNDT, Günter,* geb. 1932 in Landeshut, Studium der Theologie in Bethel, Wien, Göttingen, danach Gemeindepfarrer, Landesjugendpfarrer, seit Oktober 1969 Studienleiter an der Ev. Akademie Berlin. Publikation: Polen — Ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen, Reinbek 1971. *** *MASLOWSKI, Rudi,* geb. 1942 in Heydekrug/Memel, studierte an der Hochschule für Politische Wissenschaften München, lebt als freier Journalist in München; Buchveröffentlichung: Der Skandal Portugal, München (Hanser) 1971. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *KRUTZ, Wolfgang,* geb. 1943 in Schivelbein (Pommern), Studium der Geschichte, Politik und Erziehungswissenschaften in Mainz, Frankfurt und Marburg, heute als Jugendbildungsreferent bei der Arbeiterwohlfahrt tätig. *** *HAUPT, Heinz-Gerhard,* geb. 1943 in Göttingen, Studium der Geschichte, politischen Wissenschaften und Romanistik in Göttingen, Paris und Berlin, z. Z. Doktorand; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KORTE, Hermann,* geb. 1949 in Meppen/Ems, nach Abitur Ersatzdienst, anschließend Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Münster, Jugendbildungsreferent der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Westfalen. *** *KELBER, Richard,* geb. 1948 in Debar/Jugoslawien, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin.

Bemerkungen

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld. Diesem Heft liegt ein Vordruck bei, den Sie ausgefüllt Ihrem Geldinstitut übergeben können.

Ferner liegt dieser Ausgabe ein Hinweis mit der Bitte des Verlages bei, noch nicht bezahlte Abonnementsrechnungen für 1971 bis zum 31. Dezember zu begleichen.

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Helga Einsele
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Helmendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Holmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Matthofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Friedhelm Nyssen
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pini
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reinlanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

LINDE, Godela, geb. 1945 in Vahrenholz, Studium der Rechtswissenschaften in Marburg. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg, Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Berlin 1967 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *MELNIKOW, Prof. Dr. Daniil,* ist einer der bedeutendsten sowjetischen Deutschland-Forscher und Autor zahlreicher wissenschaftlicher Werke, u. a. über die deutsche Widerstands-Bewegung im Dritten Reich. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, anerkannter Kriegsdienstverweigerer, studiert Germanistik und Geschichte in Köln, seit Oktober 1970 Mitglied des Bundesvorstandes der „Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner" (Ersatzdienstreferent). *** *BENSELER, Dr. Frank,* geb. 1929 in Remscheid, Studium der Philosophie, Rechtswissenschaft, Soziologie; Rechtsanwalt; Cheflektor für Soziologie im Luchterhand Verlag, Neuwied. Herausgeber der Werke von Georg Lukács. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt (gemeinsam mit May und Schwenger) Literaturproduzenten, Westberlin 1970. *** *ELSNER, Wolfram,* geb. 1950 in Fritzlar, Studium der Volkswirtschaft und Politologie in Köln. Buchveröffentlichung: Die Kritik der Neuen Linken an Europa, Bonn 1972. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *BERNDT, Günter,* geb. 1932 in Landeshut, Studium der Theologie in Bethel, Wien, Göttingen, danach Gemeindepfarrer, Landesjugendpfarrer, seit Oktober 1969 Studienleiter an der Ev. Akademie Berlin. Publikation: Polen — Ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen, Reinbek 1971. *** *MASLOWSKI, Rudi,* geb. 1942 in Heydekrug/Memel, studierte an der Hochschule für Politische Wissenschaften München, lebt als freier Journalist in München; Buchveröffentlichung: Der Skandal Portugal, München (Hanser) 1971. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *KRUTZ, Wolfgang,* geb. 1943 in Schivelbein (Pommern), Studium der Geschichte, Politik und Erziehungswissenschaften in Mainz, Frankfurt und Marburg, heute als Jugendbildungsreferent bei der Arbeiterwohlfahrt tätig. *** *HAUPT, Heinz-Gerhard,* geb. 1943 in Göttingen, Studium der Geschichte, politischen Wissenschaften und Romanistik in Göttingen, Paris und Berlin, z. Z. Doktorand; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KORTE, Hermann,* geb. 1949 in Meppen/Ems, nach Abitur Ersatzdienst, anschließend Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Münster, Jugendbildungsreferent der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Westfalen. *** *KELBER, Richard,* geb. 1948 in Debar/Jugoslawien, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin.

Bemerkungen

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld. Diesem Heft liegt ein Vordruck bei, den Sie ausgefüllt Ihrem Geldinstitut übergeben können.

Ferner liegt dieser Ausgabe ein Hinweis mit der Bitte des Verlages bei, noch nicht bezahlte Abonnementsrechnungen für 1971 bis zum 31. Dezember zu begleichen.

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 12/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE † · MANFRED PAHL-RUGENSTEIN · ROBERT SCHOLL
GERHARD GOLLWITZER · HERMANN RAUSCHNING · FRITZ STRASSMANN
ANTON NEUHÄUSER · HANS RHEINFELDER † · KARL GRAF v. WESTPHALEN
KNUT NEVERMANN · HELMUT RIDDER · ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Paul-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats November 1971

1. 11. — D D R / U d S S R. Der sowjetische Parteisekretär Breschnew beendet einen dreitägigen Meinungsaustausch mit den führenden Politikern der DDR. In einem Kommuniqué heißt es u. a.: „Genosse E. Honecker informierte Genossen L. I. Breschnew über den Gang der gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen der DDR mit der BRD und dem Senat von Westberlin. Die sowjetische Seite brachte ihre Unterstützung für die sachliche und konstruktive Haltung der DDR und deren auf den schnellstmöglichen Abschluß dieser Verhandlungen gerichteten Bemühungen zum Ausdruck." Breschnew hatte den Rückflug von Frankreich am 30. 10. in Berlin unterbrochen.

— I n d i e n / P a k i s t a n. Aus dem indisch-ostpakistanischen Grenzgebiet werden Truppenbewegungen und neue Feuergefechte gemeldet. Das Verteidigungsministerium in Neu Delhi gibt die Zahl der Grenzzwischenfälle im Oktober mit 159 an. — Am 5. 11. reist der Vorsitzende der Pakistanischen Volkspartei und frühere Außenminister Ali Bhutto als persönlicher Beauftragter von Präsident Yahya Khan nach Peking. Das pakistanische Außenministerium läßt vor der Abreise mitteilen, die von Bhutto geleitete Delegation, zu der u. a. der Chef der Luftwaffe und die Stabschefs des Heeres und der Flotte gehören, werde mit der Führung der Volksrepublik China „Konsultationen über Fragen von gemein-

samem Interesse", insbesondere einen Meinungsaustausch" über die jüngste Entwicklung auf dem Subkontinent" führen. — Vom 10.—12. 11. hält sich die indische Ministerpräsidentin Frau Gandhi in Bonn auf, der letzten Station einer ausgedehnten Auslandsreise. Frau Gandhi hatte zuvor Belgien (23.—25. 10.), Österreich (26.—28. 10.), Großbritannien (29. 10. — 1. 11.), die Vereinigten Staaten (4.—7. 11.) und Frankreich (7.—9. 11.) besucht, um den indischen Standpunkt in der Auseinandersetzung mit Pakistan darzulegen. — Am 21. 11. kommt es an der gemeinsamen Grenze zu größeren Kampfhandlungen. — Am 22. 11. bezeichnet ein Regierungssprecher in Islamabad die Lage im Grenzgebiet als einen „kriegsähnlichen Zustand".

4.—5. 11. — E F T A. Vor dem Ministerrat der Europäischen Freihandelszone, der Großbritannien, Portugal, Österreich, die Schweiz und die skandinavischen Länder angehören, kündigt der britische Europaminister Rippon das Ausscheiden seines Landes aus der Organisation zum 31. Dezember 1972 an; am 1. Januar 1973 soll der britische Beitritt zur EWG wirksam werden.

7. 11. — D D R / B R D. Auf einem Empfang der sowjetischen Botschaft in Berlin zum 54. Jahrestag der Oktoberrevolution erklärt SED-Sekretär Honecker, die DDR wolle die Verhandlungen mit der Bundesrepublik und Westberlin möglichst „noch in diesem Monat" abschließen. Ein „konstruktives Herangehen der Regierung Brandt" an die Lösung der noch offenen Fragen werde „auf unserer Seite ein entsprechendes Entgegenkommen finden". — Am 17. 11. teilt DDR-Außenminister Winzer anläßlich eines Diplomatenessens zum Fortgang der Verhandlungen mit, die DDR habe der Bundesregierung am 9. 11. und dem Senat von Westberlin am 11. 11. neue Vertragsentwürfe unterbreitet. Während des Monats treffen die Staatssekretäre Bahr und Kohl sowie Senatsdirektor Müller und Staatssekretär Kohrt mehrfach zusammen.

— K e r n w a f f e n. Auf der Aleuten-Insel Amchitka wird in 1790 m Tiefe eine Fünf-Megatonnen-Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht. Es handelt sich um den bisher stärksten unterirdischen Kernwaffenversuch der Vereinigten Staaten; der verwendete Sprengsatz ist 250mal so stark wie die Atombombe, die im Jahr 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde. Japan und einige andere Staaten hatten zuvor vergeblich versucht, die Zündung zu verhindern.

10. 11. — C h i l e / K u b a. Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro trifft zu einem mehrwöchigen Besuch in der chilenischen Hauptstadt ein. Castro folgt einer Einladung von Präsident Allende, der nach seinem Amtsantritt vor einem Jahr am 12. November 1970 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wiederaufgenommen hatte.

10.—11. 11. — U S A. Der Senat berät und verabschiedet zwei „Interims"-Vorlagen zur Auslandshilfe und revidiert damit vorläufig seine Entscheidung vom 29. 10. über die vollständige Einstellung des Auslandshilfeprogramms der Regierung. Die zunächst bewilligten 26,4 Mrd Dollar liegen unter dem von Präsident Nixon geforderten Betrag.

12. 11. — U N O. Mit einer Antrittsvisite beim Präsidenten der 26. Generalversammlung, Adam Malik (Indonesien), und der Übergabe des Beglaubigungsschreibens an UN-Generalsekretär U Thant am 14. 11. nimmt die Delegation der Volksrepublik China ihre Arbeit am Sitz der Vereinten Nationen auf. Leiter der Delegation ist der stellvertretende Außenminister Chiao Kuan-hua; als ständiger Vertreter im Sicherheitsrat amtiert der bisherige chinesische Botschafter in Kanada Huang Hua. — Am 15. 11. erklärt Chiao Kuan-hua in einer ersten Rede vor der Versammlung, die Insel Taiwan sei „ein unlöslicher Teil" des chinesischen Territoriums: „Das chinesische Volk ist entschlossen, Taiwan zu befreien, und keine Macht der Erde kann uns davon abhalten." — Am 24. 11. nimmt Chiao Kuan-hua gegen den sowjetischen Vorschlag zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz Stellung. Sowjetbotschafter Malik erklärt in einer Replik, die Anregung seines Landes sei seit Beginn der diesjährigen Generalversammlung lediglich von zwei Seiten negativ beurteilt worden, nämlich von US-Außenminister Rogers und vom Delegationschef der Volksrepublik China. Die Öffentlichkeit sei damit „Zeuge eines seltsamen chinesisch-amerikanischen Duetts" geworden. — Am 23. 11. wählt die Generalversammlung Indien, Jugoslawien, den Sudan, Guinea und Panama zu neuen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1972/73. Dafür scheiden ab 1. Januar

1972 Burundi, Nicaragua, Polen, Sierra Leone und Syrien aus.

14. 11. — Arabische Liga. Der Rat der Organisation erörtert in Kairo die Wiederaufnahme der zwischen den arabischen Staaten (mit Ausnahme Jordaniens und des Jemens) und der Bundesrepublik abgebrochenen Beziehungen und faßt auf Antrag Syriens den Beschluß, eine Entscheidung darüber bis März 1972 zu vertagen.

15. 11. — SALT. In der österreichischen Hauptstadt wird die sechste Runde der seit November 1969 abwechselnd in Helsinki und Wien geführten amerikanisch-sowjetischen „Strategic Arms Limitation Talks" eröffnet. Die Delegationen stehen unverändert unter Leitung von Wladimir Semjonow (UdSSR) und Gerard Smith (USA).

17. 11. — Thailand. Ministerpräsident Feldmarschall Thanom Kittikachorn, der gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, proklamiert das Kriegsrecht, löst Regierung und Parlament auf und setzt die Verfassung außer Kraft. Später werden auch die politischen Parteien verboten. Kittikachorn rechtfertigt den Staatsstreich unter Hinweis auf „Streiks, Studentendemonstrationen und kommunistische Aktionen in verschiedenen Teilen des Landes".

18.—19. 11. — BRD/CSSR. Staatssekretär Frank vom Auswärtigen Amt und der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Götz setzen in Rothenburg ob der Tauber ihre Sondierungsgespräche fort. Staatssekretär Frank erklärt nach Abschluß, diese vierte Runde sei vermutlich die entscheidende gewesen. Aus den Delegationen verlautet, beide Seiten hätten „Formulierungsentwürfe" für eine künftige Vereinbarung ausgetauscht.

20. 11. — NPD. Zu Beginn des fünften Parteitages der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, der in Holzminden stattfindet, tritt Adolf v. Thadden überraschend vom Amt des Parteivorsitzenden zurück. Thadden begründet seinen Schritt mit partei- und vorstandsinternen Differenzen. Zum Nachfolger bestimmen die Delegierten den NPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg Martin Mussgnug.

24. 22. — Japan. Nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen ratifiziert das Unterhaus einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten, der die Rückgabe der Insel Okinawa an Japan vorsieht, den USA jedoch weiterhin das Recht der Truppenstationierung einräumt. Die Entscheidung im Parlament fällt mit 285 gegen 73 Stimmen in Abwesenheit der 104 Abgeordneten der Sozialisten und Kommunisten. In einer mit Mehrheit angenommenen Resolution wird die Regierung aufgefordert, von den USA eine Verpflichtung zum Abzug aller Kernwaffen von Okinawa zu erlangen. Der amerikanische Senat hatte das Abkommen schon am 10. 11. mit 84 gegen 6 Stimmen ratifiziert.

25.—28. 11. — DKP. Die Deutsche Kommunistische Partei hält in Düsseldorf ihren zweiten Parteitag ab. Die Delegierten verabschieden 44 Programm-Thesen mit dem Titel „DKP kontra Großkapital — für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus". Zum Vorsitzenden wird wiederum Kurt Bachmann, zu seinem Stellvertreter Herbert Mies gewählt.

26. 11. — DDR. Die am 14. 11. neugewählte Volkskammer tritt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht und Ministerpräsident Willi Stoph werden für die neue Legislaturperiode in ihren Ämtern bestätigt.

28. 11. — Jordanien. Ministerpräsident Wasfi Tell fällt in Kairo einem Attentat zum Opfer. Drei Palästinenser, die sich als Mitglieder einer Organisation „Schwarzer September" ausgeben, werden unmittelbar nach dem Anschlag festgenommen. — Am 29. 11. ernennt König Hussein den bisherigen Finanzminister Al-Luzi zum neuen Regierungschef.

29. 11. — CDU/CSU. Eine gemeinsame Verhandlungskommission nominiert den CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel zum Kanzlerkandidaten für die 1973 stattfindenden Bundestagswahlen. Die Kandidatur wird vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß bekanntgegeben.

30. 11. — UdSSR/BRD. Bundesaußenminister Scheel kehrt von einem sechstägigen Besuch der Sowjetunion nach Bonn zurück. Scheel hatte in Moskau mit Außenminister Gromyko konferiert. Ein Kommuniqué nennt den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und seine Ratifizierung, bilaterale Probleme, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen und die europäische Sicherheitskonferenz als Themen der Gespräche.